

Akademie Solidarische Ökonomie

Reader

zur

Tagung

*Kapitalismus und dann?
Systemwandel und Perspektiven
gesellschaftlicher Transformation*

Berlin, 22. und 23. Oktober 2011

10.11.2011

Akademie Solidarische Ökonomie

*Eine andere Wirtschaft
ist möglich!*

Richtungsentwurf einer Solidarischen Ökonomie

Redaktion:

Harald Bender, Dietmar Poetzsch, Bernd Winkelmann

Endredaktion: Norbert Bernholt

10. November 2011

Kontakt: **Akademie Solidarische Ökonomie** www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Geschäftsführer Norbert Bernholt,

Am Butterberg 16, 21335 Lüneburg Tel. 04131-7217450, e-mail: nbernholt@t-online.de;

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	8
Worum es geht – Was dieser Richtungsentwurf aufzeigen will	11
I. Ursachen der Krise	12
1. Ursachen der Zivilisationskrise unserer Zeit	12
1.1 Die Grundparadoxien unserer Kulturepoche	12
Exemplarische Daten:.....	13
1.2 Zentrale Ursachen der Fehlentwicklungen des Kapitalismus	14
(1) Die Prinzipien und Zielsetzungen kapitalistischer Wirtschaftsweise.....	14
(2) Ordnungs- und Strukturfehler kapitalistischer Wirtschaftsweise	15
(3) Mythen, Ideologien und Irrtümer	17
Erster Exkurs: Akkumulation und Wachstumszwang.....	19
II. Grundlagen und Prämissen	22
2.1 Grundanliegen, Paradigmenwechsel und methodischer Ansatz einer Solidarischen Ökonomie	22
Zweiter Exkurs: Zur Vielfalt alternativer Ansätze.....	23
2.3 Ethische Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie	24
2.3.1 Menschenbild und Lebensverständnis.....	24
2.3.2. Der Mensch als Sozialwesen - die sozialetische Bestimmung des Menschen	25
2.3.3 Gemeinwohl und Demokratie	27
Dritter Exkurs: Zur Produktivität des Kapitals	27
2.4 Ökonomische Prämissen und Systemansätze einer lebensdienlichen	29
2.4.1 Vorbemerkungen	29
2.4.2 Schaffung einer wertegeleiteten Wirtschaft.....	30
2.4.3 Statt Wachstumsökonomie Gleichgewichtsökonomie	31
2.4.4 Abschöpfungs- und Bereicherungsmechanismen überwinden	31
2.4.5 Entschleunigung und ganzheitliche Wertschöpfung.....	32
2.4.6 Beteiligungsökonomie statt Ausgrenzungsökonomie.....	33
2.4.7 Statt Konkurrenzwirtschaft kooperative Marktwirtschaft.....	33

2.4.8 Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft	34
2.4.9 Primat der Ökologie	34
2.4.10 Primat der Politik.....	35
2.4.11 Erneuerte Verfassungsordnung	35
III. Exemplarische Handlungsfelder	36
3.1. Exemplarische Handlungsfelder einer Solidarischen Ökonomie - Vorbemerkungen	36
3.2	Neue Eigentumsordnung
.....	37
3.2.1 Analyse	37
3.2.2 Vorschläge zur Neuordnung.....	39
3.3. Neue Finanzordnung	42
3.3.1 Analyse	42
3.3.2 Vorschläge zur Neuordnung.....	44
3.3.2.1 Reform des Schuldgeldzinses	44
3.3.2.2 Anlageformen von Realgeld und Realkapital	45
3.3.2.3 Reform des Bankwesens	46
3.3.2.4 Verbot jeden spekulativen Geldhandels und direkte Risikoversicherung der Wirtschaft ohne Geschäfte Dritter.....	46
3.3.2.5 Einführung eines dualen Geldsystems	48
3.3.3 Sofort-Maßnahmen zur Finanzmarktkontrolle und zur Dämpfung der Spekulation	48
3.4 Partizipatorische Unternehmensverfassung und genossenschaftliche Wirtschaftsweise.....	49
3.4.1 Analyse	49
3.4.2 Vorschläge zur Neuordnung.....	50
3.4.2.1 Die Ausweitung der Bilanzierung auf soziale und ökologische Kriterien:	50
3.4.2.2 Partizipatorische Betriebsleitung:	50
3.4.2.3 Bildung nationaler und regionaler Wirtschaftsräte	52
3.4.2.4 Anreizsysteme	52
3.5 Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem	54
3.5.1 Analyse	54
3.5.2 Vorschläge zur Neuordnung.....	55

3.6 Neue Arbeitskultur	56
3.6.1 Analyse	56
3.6.2 Vorschläge zur Neuordnung.....	56
3.7 Solidarisches Steuer- und Sozialsystem	58
3.7.1 Analyse	58
3.7.2 Vorschläge zur Neuordnung.....	59
3.8 Ökologische Kreislaufwirtschaft	60
3.8.1 Analyse	60
3.8.2 Vorschläge zur Neuordnung.....	61
3.9 Ökosoziale Globalisierung und Regionalisierung	62
3.9.1 Analyse	62
3.9.2 Vorschläge zur Neuordnung.....	63
Schlussbemerkungen	65
Literaturauswahl	66
Von der kapitalistischen zur solidarischen Ökonomie –	68
Teil 1: Transformationspfade und Wandlungsprozesse	68
1. Zur Notwendigkeit der Transformation	68
2. Grundfragen einer Transformationsstrategie	69
3. Krise und Transformation	70
3.1 Die Krisen des Kapitalismus	70
3.2 Begriffsklärung: Reform und Transformation	71
3.2.1 Transformation, Novität und Antithesen	72
3.3 Widersprüche und Transformationsdynamik im Kapitalismus	72
3.4 Die Logik des Transformationsprojektes.....	73
4. Pfade und Kernelemente der Transformation	74
4.1 Systemische Strategie und Transformationspfad „solidarischer Markt“	75
4.1.1 Reformen der Unternehmensverfassung.....	76
4.1.2 Nachhaltigkeitsbilanz und „Zieldreieck“ der Nachhaltigkeit.....	76
4.1.3 Aufhebung des Wachstumszwangs und Rückgang der Wachstumsraten	77

4.1.4 Rahmenbedingungen der Nachhaltigkeitsorientierung.....	78
4.2 Transformationspfad kooperativ-genossenschaftliche Wirtschaftsformen	78
4.3 Transformationspfad Vergesellschaftung des Kapitals	80
4.3.1 Nachhaltiges Wirtschaften mit öffentlichem Kapital.....	80
4.3.2 Der gesellschaftliche Charakter des Kapitals	81
4.3.3 Die Linearisierung des Zins.....	82
4.4 Transformationspfad Verfassungswandel und ökonomische Verfassungsgrundsätze	82
5. Strategiefelder des Transformationsprojektes	85
5.1 Der Aufbau solidarwirtschaftlicher Projekte.....	85
5.2 Der systemische und institutionelle Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft.....	86
Literaturhinweise	87
Von der kapitalistischen zur solidarischen Ökonomie –	89
Teil 2: Systemtheorie und Transformationsszenarien	89
1. Systemtheorie und Transformation	89
2 Bewegungsarbeit und Mobilisierung.....	92
2.1 Gesellschaftliche Bedingungen der Bewegungsarbeit und Mobilisierung	92
2.2 Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit.....	93
2.3 Kernbereiche der Mobilisierung	94
3. Transformationsszenarien und Handlungsstrategien	96
3.1 Szenarien sukzessiver Reform und Transformation	96
3.2 Crash-Szenarien.....	99
3.3. Fazit Szenario-Analyse.....	100
Literaturhinweise	102
Solidarische Ökonomie heute.....	104
1. Vorbemerkung	104
2. Die „Pioniere von Rochdale“	104
3. Der Garten: Länder und Regionen	107
3.1 Solidarische Ökonomie in Israel	107
3.2 Italien.....	107

3.3 Österreich.....	109
3.4 Solidarische Ökonomie in Lateinamerika.....	111
3.4.1 Ecuador.....	112
3.4.2 Venezuela.....	113
3.4.3 Bolivien.....	115
3.4.4 Brasilien.....	117
4. Den Garten bestellen - Lehren aus den SÖ-Bewegungen in Lateinamerika	118
5 Pflanzen im Garten: ausgewählte Beispiele.....	121
5.1 Mondragon.....	122
5.2 Banco Palmas	124
5.3 Elektrizitätswerke Schönau	125
5.4 Hess Natur	125
5.5 Energie-Allmenden.....	126
5.6 Gemeinschaften	126
Einladung zur Mitwirkung:	129
Organisation:.....	129
Anlage1: Satzungsentwurf: 21. Juli 2011	130
Anlage 2: Tagungsprogramm	134

Was ist und was will die „ Akademie Solidarische Ökonomie“?

Im Sommer 2007 – noch auf der Höhe der neoliberalen Wirtschaftseuphorie und vor der Finanzkrise 2008 - trafen sich einige langjährig im Ökumenischen Netz in Deutschland Engagierte auf Burg Bodenstein/Adelsborn. Sie waren von einem nahezu schmerzlichen Anliegen bewegt: Es kann doch auf Dauer nicht reichen, den Kapitalismus immer wieder und immer scharfsinniger zu kritisieren, aber auf die Frage nach einer Alternative sprachlos oder sehr unkonkret zu bleiben. Es müsste doch möglich sein, „dem Dogma von der Alternativlosigkeit der neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsweise zu widersprechen und Prinzipien, Strukturen und Modelle einer lebensdienlichen, solidarischen und zukunftsfähigen Ökonomie aufzuzeigen“, die jenseits der kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien liegen.

Um dafür wenigsten einen Anstoß zu geben, sollte eine „Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie“ gegründet werden, in der Vertreter sozialer Bewegungen, Wissenschaftler und engagierte Persönlichkeiten an Leitvorstellungen, Modellen und Projekten einer alternativen Ökonomie arbeiten und diese in den öffentlichen Diskurs einbringen. Auf einen entsprechenden deutschlandweit verbreiteten Aufruf meldeten sich weit über hundert Interessierte. An der Gründungsversammlung im Juni 2008 auf Burg Bodenstein nahmen 45 Engagierte teil.

In dieser Broschüre legen wir nach nunmehr dreijähriger Arbeit die ersten Ergebnisse unserer Arbeit vor. Sie sind im Zusammenwirken von selbständigen Arbeitsgruppen und halbjährigen Plenartagungen erarbeitet worden. Es wurde in fünf Arbeitsgruppen gearbeitet: 1. Leitvorstellungen, Prämissen und Menschenbild einer Solidarischen Ökonomie, 2. Systementwürfe alternativer Ökonomie, 3. Rahmenbedingungen, Transformationsstrategien, gesellschaftlicher Wandel, 4. Solidarische Wirtschaftsunternehmen und Projekte, 5. Theologische Orientierung, Herausforderungen für Kirche und Christen.

Zu den bisher durchgeführten sieben Plenartagungen wurden entsprechende Fachleute als Referenten eingeladen und mit ihnen an Grundfragen einer alternativen Ökonomie gearbeitet. Es wurden die erstellten Arbeitstexte der Arbeitsgruppen vorgelegt und Aufträge für deren Weiterarbeit erteilt.

Bisher wurden 18 „Handlungsfelder“ einer Solidarischen Ökonomie erarbeitet. Der in dieser Broschüre vorgestellte „Richtungsentwurf einer Solidarischen Ökonomie“ versucht eine Zusammenschau des Ganzen.

Ausgangspunkt unserer Arbeit ist die Tatsache, dass unsere Wirtschaftsweise zwar eine ungeheure Produktivität, unermessliche Reichtümer und ein noch nie da gewesenes wissenschaftliches und technologisches Potential entwickelt hat, aber darin die Grundfragen menschlichen Zusammenlebens nicht löst, sondern verschärft: die skandalöse Kluft zwischen wenigen extrem Reichen und den vielen in Armut, Arbeitslosigkeit und prekäre Einkommensverhältnisse Gedrängten, die Überproduktion von Nahrungsmitteln und die weltweiten Hungerkatastrophen, die verheerende Umweltzerstörung, Terror und neue Kriege und ein Finanzsystem, das hochentwickelte Industriestaaten in einen drohenden Staatsbankrott treibt.

Wir meinen, dass diese grundlegende Fehlentwicklung nicht mit Reparaturmaßnahmen am alten System überwunden werden können, sondern nur mit dem Stellen und Beantworten der Systemfrage: Was sind auf der strukturellen wie auf der mentalen Ebene die systemischen Ursachen dieser Fehlentwicklung? Welche neuen Denkmuster, Regeln und Rahmen-

bedingungen müssen entwickelt werden, um aus den Widersinnigkeiten unserer Ökonomie heraus zu einer wirklich lebensdienlichen und zukunftsfähigen Wirtschaftsweise zu kommen?

Die Alternative zum Kapitalismus kann nicht der Staatsozialismus des früheren Ostblocks sein. Diese dirigistische geführte Planwirtschaft war eher eine staatsmonopolistische Entartung des Kapitalismus und hat sich als Zukunftsmodell gänzlich diskreditiert. Wir streben eine Systemalternative jenseits des Kapitalismus und des Kommunismus an.

Dabei fragen wir zuerst nicht nach jetzt machbaren Veränderungen, sondern wir setzen „realutopisch“ an, d.h. wir gehen in unseren Entwürfen bewusst über das bisher Gedachte und jetzt Mögliche hinaus, um uns nicht wie bei vielen Reformversuchen von vornherein im Gestrüpp des alten ökonomischen Denkens und seiner Begrifflichkeiten zu verfangen.

Wir fragen zielorientiert: Wo wollen wir hin? Was sind die Ziele, die Prämissen und Leitvorstellungen einer lebensdienlichen Ökonomie? Von hier her entwickeln wir Ordnungsstrukturen einer neuen Ökonomie, die die Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise überwinden und nicht auf Konkurrenz und Ausgrenzung, sondern auf Solidarität, Teilhabe aller und ökologischer Nachhaltigkeit aufgebaut sind.

Damit wir hier aber nicht im Utopischen hängen bleiben, sondern die Utopie in die Realität holen, stellen wir immer wieder zwei Testfragen. Erstens: Könnten unsere Ansätze ökonomisch grundsätzlich funktionieren? Und zweitens: Entsprechen unsere Ansätze einem realistischen Menschenbild?

Im zweiten Schritt fragen wir nach der Anschlussfähigkeit unserer Entwürfe, nach konkreten Umsetzungsmöglichkeiten und den nötigen Transformationsprozessen, die einen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel ermöglichen. Hier untersuchen wir in einem umfangreichen Arbeitspapier konkrete Transformationsschritte, mögliche Strategien und Handlungsfelder bis hin zu politischen Mobilisierungsarbeit und der Lebensstilbewegung. Und wir fragen nach möglichen „Kipppunkten“ der gesellschaftlichen Entwicklung.

Neben der Theorieebene spielt die Projektebene eine große Rolle, z.B. die Entwicklung solidarischer Ökonomie in Betriebsübernahmen durch Arbeitnehmer, in Genossenschaften, in Regionalgeld-Projekten, in Tauchringen u.ä.. In solchen Pionierprojekten finden sich unerlässliche Vorwegnahmen und Übungsfelder einer alternativen Ökonomie, ohne die eine gute Theoriearbeit ihre Bodenhaftung verlieren würde.

In der Streitfrage, ob eine Transformation hin zur lebensdienlichen Ökonomie im oder jenseits des Kapitalismus gelingen könne, vertreten wir eine „Doppelstrategie“: einmal die notwendige grundlegende Systemveränderung klar erkennen, herausarbeiten und anstreben, ohne die es letztlich nicht geht; zugleich aber Reformschritte und Teillösungen bejahen und fördern, wenn sie in die richtige Richtung gehen.

Die innere Logik unserer Arbeit spiegelt sich in der Gliederung dieser Broschüre: als erstes steht die Systemfrage, der „Richtungsentwurf einer Solidarischen Ökonomie“; dem folgen das Aufzeigen möglicher „Transformationsschritte und Wandlungsprozesse“; die exemplarische Benennung von „Projekten und Praxisbeispielen“ will zum jetzt schon mögliche Handeln ermutigen.

In all dem sind unsere vorgelegten Arbeiten keine fertigen Konzepte, sondern Entwürfe, die eine Richtung und alternative Möglichkeiten aufzeigen, überhaupt nicht fertig sein wollen, offene Fragen haben dürfen und ständig weiter zu entwickeln sind.

Wir meinen, dass die Zeit reif ist für alternative Systementwürfe. Vor fünf Jahren wurden Menschen, die den Kapitalismus infrage stellten, in der allgemeinen Öffentlichkeit verlacht. Nach der Finanzkrise von 2008 wurde Kapitalismuskritik Thema aller prominenten Medien. Die vorher tabuisierte Wachstumsfrage wird inzwischen von einer Enquetekommission der Bundesregierung bearbeitet. Laut einer von der Bertelsmannstiftung veranlassten Ernid-Umfrage von 2010 wünschen sich fast 90% der Deutschen eine „neue Wirtschaftsordnung“, sind aber vollkommen desorientiert, wie diese aussehen könnte. Die verschiedenen Vorträge und Seminare, die von Mitarbeitern unserer Akademie zwischenzeitlich durchgeführt wurden, zeigen, dass viele Menschen regelrecht ungeduldig auf Alternativentwürfe warten, um endlich aus einer nur klagenden und anklagenden Kritik des Kapitalismus hinauszukommen, eine neue Wirtschaft wenigstens denken zu können und an möglichen Projekten mitzuwirken.

Wir bitten unsere Leser und Mitdiskutanten, sich auf den Entwurfscharakter unserer Arbeit einzulassen, also zunächst die Schere „Wie soll das unten den heutigen Bedingungen realisiert werden?“ aus dem Kopf heraus zunehmen, sich auf das Gedankenexperiment einer alternativen Ökonomie einzulassen und an der Entwicklung einer Solidarischen Wirtschaftsweise mitzuwirken.

Bernd Winkelmann

Worum es geht – Was dieser Richtungsentwurf aufzeigen will

Die nicht enden wollende Kette von elementaren Krisen (Hungerkrise, Umweltkrise, Finanzkrise, Weltwirtschaftskrise etc.) stößt uns unweigerlich auf eine Kernfrage:

Wird unser Wirtschaftssystem der Grundaufgabe des Wirtschaftens, dem Austausch von Gütern und Dienstleistungen zum Nutzen und Vorteil **aller** Beteiligten, überhaupt gerecht?

Nach unserer Überzeugung zeigen die Erfahrungen der letzten Jahrhunderte, dass ein Wirtschaftssystem, das „Streben nach Eigennutz“ zum Motor und Leitbild allen Handelns macht, keineswegs zum größtmöglichen Wohlstand für alle, führt, sondern vielmehr die Mehrheit der Menschen in Armut und Elend treibt, ganze Volkswirtschaften an die Grenzen des Ruins führt und die Lösung der Umweltkrise unmöglich macht.

Ausgangsthese:

Die Erfahrungen der letzten Jahrhunderte zeigen: ein Wirtschaftssystem, das „Streben nach Eigennutz“ zum Motor und Leitbild allen Handelns macht, führt eben nicht zum größtmöglichen Wohlstand für alle, sondern treibt die Mehrheit der Menschen in Armut und Elend, führt ganze Volkswirtschaften an die Grenzen des Ruins und macht die Lösung der

Wir sind der Auffassung, dass die oben erwähnten grundlegenden Krisen weder mit moralischen Appellen an Manager, mit Auffangmaßnahmen des Staates, noch mit Reparaturen am alten System zu beheben sind. Vielmehr müssen die systemischen Ursachen untersucht und von Grund auf andere Maximen und Modelle des Wirtschaftens entwickelt werden.

Das wird nur gelingen, wenn die **Tabufragen** der bestehenden Wirtschaftsweise breit und offen diskutiert werden. Dies sind Fragen nach der legitimen Aneignung von Reichtum, nach der Rolle des Marktes und der Unabdingbarkeit ständigen Wachstums, nach der Gemeinwohlfunktion des Wirtschaftens, nach einem lebensdienlichen Finanz- und Geldsystem und nicht zuletzt nach den Folgen unserer Wirtschaftsweise auf weltweite Zerstörungs- und Ausbeutungsprozesse.

Wir suchen nach Antworten, indem wir Prämissen, Systemansätze und Modelle einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise zusammentragen und daraus eine Ökonomie skizzieren, in der nicht Profitmaximierung und Bereicherung im Kampf aller gegen alle, sondern Solidarität zum Leitmotiv des Wirtschaftens und der Gesellschaft wird.

Wir widersprechen der These, dass es keine Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft gäbe, denn überall auf der Welt werden bereits Ansätze einer solidarischen Ökonomie praktiziert. Ausgehend von diesen Erfahrungen und neueren, nicht nur ökonomischen Erkenntnissen, möchten wir mit unseren Texten und Aktivitäten ein Stück dazu beitragen, sowohl Alternativen zu formulieren als auch Wege ihrer praktischen Realisierbarkeit aufzuzeigen.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist somit die Frage, welche Wirtschaft wir wollen. Wir formulieren zunächst die Ziele um dann nach einer geeigneten Umsetzung (die Frage des Wirtschaftssystems) und nach Wegen zur Zielerreichung (die Frage der Transformation) zu suchen. Wir wollen Entwürfe und Modelle einer **Realutopie** vorstellen: „*Utopia*“, wörtlich der Ort, an dem noch keiner war, zu dem wir aber hinmüssen, um nicht im Alten zu ersticken.

Wir können und wollen kein fertiges Konzept bieten, in dem alle Details einer Solidarischen Ökonomie als neues Wirtschaftssystem geregelt sind, denn diese müssen aus den neuen Prinzipien eigendynamisch erwachsen. Aber wir wollen mit unserem **Entwurf** eine

gesellschaftliche Diskussion in Gang setzen, die ökonomische und politische Umsetzungsformen in neuer Perspektive diskutiert.

Zur Gliederung dieses Richtungsentwurfs:

Im vorliegenden Entwurf¹ gehen wir **folgende Schritte**: Zunächst fragen wir nach den tieferen Ursachen unserer zivilisatorischen Krise. Im zweiten Schritt geht es um die Beschreibung eines notwendigen und grundlegenden Paradigmenwechsels einer Solidarischen Ökonomie. Im dritten Schritt beschreiben wir die wichtigsten Handlungsfelder eines systemischen Umbaus unserer Wirtschaftsweise.

Dabei sind wir uns der Tatsache bewusst, dass echte Transformationen immer historische Prozesse sind, die niemals nur aus planerischen und willentlichen Entscheidungen resultieren. Sie erfordern die Wirkkraft sozialer Bewegungen und einschneidender Ereignisse, die die Deutungsgewohnheiten sprengen und Raum geben für wirklich Neues.

I. Ursachen der Krise

1. Ursachen der Zivilisationskrise unserer Zeit

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“

(Aus dem Ahlener Programm der CDU von 1947)

1.1 Die Grundparadoxien unserer Kulturepoche

Die Menschheit steht heute vor einer **Grundparadoxie**:

- Einerseits erleben wir enorme Steigerungen des Produktionspotentials, des Geld- und Sachvermögens, der wissenschaftlichen und ökologischen Erkenntnisse sowie der technischen Möglichkeiten – und zwar in einem Tempo und in einer Höhe, wie es das in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch nie gegeben hat.
- Andererseits erfahren wir keine Lösung, sondern die Zuspitzung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Grundprobleme wie Armut und Hunger, Fremd- und Selbstausbeutung im Arbeitsprozess, Umweltzerstörung, soziale Spannungen, kriegerische Konflikte u. a. m.
- Gleichzeitig wächst national wie international die Schere zwischen Arm und Reich, werden Menschen zunehmend aus Arbeit und ertragreichem Lohn, aus sozialer, kultureller und entwicklungsfähiger Teilhabe ausgegrenzt.

¹ Der vorgelegte Text ist eine Zusammenfassung umfangreicher Arbeiten, die in zahlreichen ausgeführten „Handlungsfeldern“ einer Solidarischen Ökonomie erarbeitet wurden und werden. Darum wird hier vieles nur in Konturen gezeichnet und zum genaueren Verstehen auf die ausführlichen „Handlungsfeldern“ auf der Homepage (www.akademie-solidarische-oekonomie.de) oder im Ausdruck verwiesen.

Diese Widersprüche verschärfen sich durch weitere sich gegenseitig verstärkende Faktoren:

- Anhaltendes Bevölkerungswachstum in den meisten wenig entwickelten Ländern
- Rasche Klima- und Umweltveränderungen mit zunehmenden Naturkatastrophen
- Exponentielles Wirtschaftswachstum in vielen Schwellen- und Entwicklungsländer mit entsprechenden sozialen Polarisierungen, Ressourcen- und Umweltbelastungen
- Verknappung der Erdölreserven²
- Die Erschöpfung weiterer natürlicher Ressourcen (Peak Everything) und Nahrungsmittelverknappung
- Zunehmender Kampf der Industrie- und Schwellenländer um das vorhandene Land („Land Grabbing“) und um die knapper werdenden Rohstoffe

Schon der erste unbefangene Blick auf diese Tatsachen lässt erkennen:

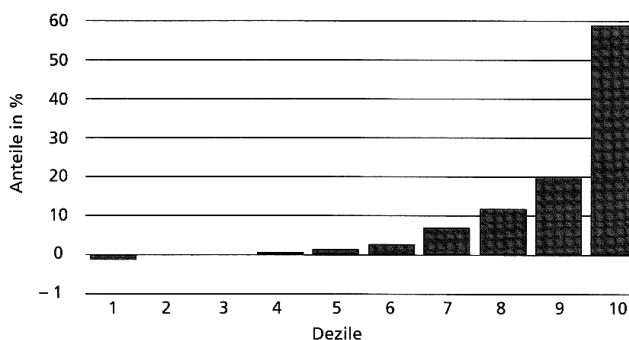
- Die Menschheit steht heute in einer **Zivilisationskrise**, die ihre Existenz bedroht
- Die Art unseres Wirtschaftens ist wesentliche Ursache dieser Krise
- Es kann bei der Bewältigung der Krise nicht um die Schaffung von noch mehr Wachstum und Reichtum gehen, sondern um einen grundlegend anderen Umgang mit Ressourcen und Vermögen und um eine fundamentale Umorientierung zu einer „nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise“³

Notwendige Umkehrung

Bei der Bewältigung der Krise kann es nicht um die Schaffung von noch mehr Wachstum und Reichtum gehen, sondern um einen grundlegend anderen Umgang mit Ressourcen und Vermögen und um eine fundamentale Umorientierung zu einer „nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise.“

Exemplarische Daten:⁴

- Das Netto-Geldvermögen ist in D bis 2008 jäh um 7 % gewachsen, liegt bei ca. 8,1 Bio. € Das reichste Zehntel besitzt fast 60 % des Nettogeldvermögens. Die ärmeren 50 % verfügen knapp 4 % des Gesamtvermögens - dies in zunehmender Scherentwicklung.



² Aufgrund der exponentiell steigenden Preise ist ein Zusammenbruch der auf Erdöl basierenden Energieversorgung in 10-20 Jahren zu erwarten. (vgl. Meadows, 2009)

³ „Nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise“ ist die Formel, auf die sich die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development – UNCED) 1992 in Rio geeinigt hatte.

⁴ Daten aus: Armuts- Reichtumsbericht der Bundesregierung Deutschland 2004 und 2008; - Jahrbuch Gerechtigkeit „Armes reiches Deutschland“ 2005; - Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2008; - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 45/2008; - Weltsozialbericht 2005; - Studie des Worldwatch Institut Washington 2010: „Transforming Cultures: From Consumerism to Sustainability“; - Meadows, Dennis: „Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Signale zum Kurswechsel“, 2009; - BUND und Brot für die Welt: „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.“ Studie des Wuppertal Instituts, 2008

- Das Welt-Bruttosozialprodukt ist seit 1991 um über das Zweifache gestiegen.
- Das reichste Fünftel verfügt über 83 %, das ärmste Fünftel über 17 % des Welteinkommens – ebenfalls mit zunehmender Scherenentwicklung.
- Im Jahr 2010 sterben immer noch mehr als 20.000 Kinder pro Tag an den Folgen des Hungers.
- Die Arbeitsproduktivität stieg in D von 1960 bis 2000 um das Vierfache, das BIP um das Zehnfache. Die Arbeitszeit ist von 1885 bis 1985 von ca. 70 WStd. auf 40-35 WStd. gesunken; seitdem steigt sie auf 40-45 WStd. und schließt etwa 20 % der Erwerbsfähigen aus nachhaltige reguläre Erwerbsarbeit aus.
- Der Umweltverbrauch (ökologischer Fußabdruck) liegt gegenwärtig weltweit mit 20-30 % über dem ökologisch vertretbaren Maß, in D bei dem Vierfachen, in den USA bei dem Zehnfachen der ökologischen Tragfähigkeit.
Wenn das Ziel, den Erdtemperaturanstieg nicht über 2 Grad gehen zu lassen, erreicht werden soll, dürfte der CO₂-pro-Kopf-Ausstoß bis 2050 weltweit nicht über 2 t gehen; in D. liegt er bei 11 t, in den USA bei 20 t.
- Eine von Al Gore veranlasste Studie besagt, dass in den USA bei einer Investition in Dimension des US-Apolloprogramms (Mondraumflug) in den 60ziger Jahren in 10-20 Jahren ein Umstieg auf 100 % regenerativer Energie möglich wäre. Seine Programmwürfe wurden abgelehnt.

Will man die gegenwärtige fatale Entwicklung korrigieren, stellt sich zunächst die Frage nach den **Ursachen**. Wir möchten an dieser Stelle drei zentrale Ursachen aufzeigen.

1.2 Zentrale Ursachen der Fehlentwicklungen des Kapitalismus

(1) Die Prinzipien und Zielsetzungen kapitalistischer Wirtschaftsweise

Kapitalismus ist nicht gleich Marktwirtschaft. Marktwirtschaft ist der Austausch von Waren und Dienstleistungen im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage. Das Geld dient als Tauschmittel. Kapitalistisch wird die Marktwirtschaft erst durch die Dominanz zweier Prinzipien:

1. durch das **kapitalwirtschaftliche Prinzip**,
d.h. durch die Mehrung des Kapitals als Sinn des Wirtschaftens
2. durch das **Privatisierungsprinzip**,
d.h. durch das Streben, die Ergebnisse möglichst jeder Wertschöpfung zu privatisieren

Zusammengenommen erwächst aus diesen beiden Prämissen das Hauptmerkmal kapitalistischer Wirtschaftsweise: die **Akkumulation des gesellschaftlich geschaffenen Mehrwertes in Privatverfügung**.

Damit wird der ursprüngliche Sinn des Wirtschaftens auf den Kopf gestellt: Nicht die ausreichende Bereitstellung sinnvoller Güter, Dienstleistungen und Arbeitsplätze und die Förderung des Gemeinwohls ist Ziel und Zweck des Wirtschaftens, sondern die Konzentration eines möglichst hohen Anteils an Reichtum bzw. Kapitals in privater Hand. Konkret: die Gewinn- und Renditenmaximierung ist dominierender Zweck kapitalistischer

Wirtschaftsweise.

Dies führt dazu, dass solches Kapital nicht der Bedürfnisbefriedigung der Menschen dient, sondern die wirtschaftlichen Anstrengungen und Leistungen der Menschen in einer paradoxen Umkehrung in den Dienst der Vermehrung des Kapitals gestellt werden. Die ursprüngliche Funktion wirtschaftlichen Kapitals, nämlich die verbesserte und verstetigte Befriedigung von Bedürfnissen zu befördern, hat dabei allenfalls noch nachgeordnete Bedeutung.

Anders ausgedrückt muss „aus Geld mehr Geld werden“. Dabei ist das Geld nicht mehr nur Medium für den Austausch von Waren und Arbeit gegen andere Ware bzw. Arbeitsleistungen ($W - G - W'$), sondern Waren und Arbeitsleistungen sind nur noch Medium und Mittel einer Geldmehrung ($G - W - G'$), die zugleich unter dem Rendite- und Konkurrenzdruck der privaten Organisationsform steht.

Die konsequente Umsetzung dieser Prinzipien hat geradezu zwangsläufig die Umsetzung weiterer Prinzipien zur Folge:

- **Das Verwertungsprinzip:**
Alles muss zur Geldvermehrung verwertet werden, „muss sich rechnen“: Natur, Mensch, Kunst und Kultur, Sport, Religion... Aus dem Verwertungsprinzip folgt eine durchgreifende Ökonomisierung und Monetarisierung des Lebens.
- **Das Konkurrenzprinzip:**
Wirtschaften findet im Gegeneinander statt, im gegenseitigen Übervorteilen, im Verdrängen und Ausschalten möglicher Konkurrenz.
- **Das Profitmaximierungsprinzip:**
Der höhere Profit schlägt die Konkurrenz. Deshalb müssen alle kapitalwirtschaftlichen Akteure maximale Profite anstreben und realisieren.
- **Das Wachstumsprinzip:**
Renditedruck, Konkurrenzwettkampf und Zinserwirtschaftung erzwingen permanentes Wachstum.
- **Das Externalisierungsprinzip:**
Das Abschieben von Risiken und sozialen und ökologischen Folgekosten auf die Allgemeinheit sichert komparative Vorteile im Wettbewerb.
- **Das Deregulierungsprinzip:**
Das weitgehende Hinausdrängen staatlicher Regelungen und die Behauptung des „freien Spiels ökonomischer Kräfte“.

(2) Ordnungs- und Strukturfehler kapitalistischer Wirtschaftsweise

Die benannten Prinzipien führen zu den folgenden, im Kapitalismus immer wieder auftauchenden Mechanismen.

Abschöpfungsmechanismen:

Die Wirtschaftssubjekte sind bestrebt, wo immer sie aktiv werden, Gewinne für sich abzuschöpfen. Dieses Verhalten wird von der Gesellschaft als natürlich und normal angesehen.

Bereicherungsmechanismen:

Die möglichst hohe materielle Bereicherung wird gesellschaftlich als notwendige Grundlage des Glücks interpretiert.

Verdrängungsmechanismen:

Da weder hohe Gewinne noch Reichtum in paradiesischer Fülle von den Bäumen fallen, müssen andere Wirtschaftssubjekte verdrängt werden, will man Reichtum und ein hohes Einkommen auch für sich persönlich realisieren.

Externalisierungsmechanismen:

Hohes Einkommen und Reichtum entsteht nicht von alleine. Man benötigt dazu Ressourcen aus der Natur oder die Hilfe anderer Wirtschaftssubjekte. Das heißt, es entstehen Kosten. In kapitalistischer Sichtweise gilt es als äußerst geschickt, wenn es gelingt, diese Kosten jemand anders oder der Allgemeinheit aufzubürden, die Vorteile bzw. die Gewinne aber selber einzustreichen.

Diese Mechanismen finden sich in den unterschiedlichsten Bereichen (Teilsystemen) der Wirtschaft wieder und tragen so in der Summe der Teilsysteme entscheidend zu den gravierenden Fehlentwicklungen unserer Wirtschaftsweise bei.

Typische Teilsysteme, in denen diese Mechanismen wirken, sind:

- Das **Finanzwesen**, das mit spekulativem Geldhandel (neue „Finanzprodukte“), abschöpfenden Kapitalmarktfunktionen und mit leistungslosen Gewinnen im Zinswesen die Akkumulation von Geld bei den Kapitaleignern beschleunigt und von der „Realwirtschaft“ frei stellt.
- Die **Eigentumsordnung**, die erstens die Aneignung und **Akkumulation** des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes in alleiniger Privatverfügung der Kapitaleigner und zweitens das Eigentum an Grund und Boden, zum privaten – statt öffentlichen! – Produktionsfaktor macht.
- **Markt- und Bilanzregeln**, die ein **Abschieben der sozialen und ökologischen Kosten** (Externalisierung) auf den Staat bzw. Steuerzahler und auf die kommenden Generationen ermöglichen („Privatisieren der Gewinne, Sozialisieren der Risiken und Verluste“).
- Ein „**Entlohnungssystem**“, das Spitzenlöhne weit über jedes Leistungsvermögen möglich macht (das 50 bis 500-fache der Durchschnittslöhne).
- Ein **Steuer- und Sozialsystem**, das die Unternehmens- und Kapitaleinkommen ebenso entlastet wie die der Besserverdienenden, die Einkommen des Großteils der Lohnabhängigen hingegen zunehmend belastet und den solidarischen, paritätischen Ansatz des Bismarckschen Sozialsystems zunehmend aufgibt („Kopfpauschale“ u. a.).⁵
- Eine **Unternehmensverfassung**, in der unethisches Handeln, Verdrängung vom Markt, Zerstörung und feindliche Übernahme von anderen (zumeist kleineren) Betrieben zum System gehören.
- **Die Liberalisierung und neoliberale Deregulierung der Märkte**, die die reichen Länder gegenüber Entwicklungsländern bevorteilt (Agrarexportsubventionen, einseitiger Protektionismus u. a.) und Teile der Weltbevölkerung in die Verelendung führt.

In der Realität erleben wir fortwährend, wie die hier genannten Teilsysteme den lebensfeindlichen Zielen und Prinzipien der heutigen Wirtschaftsweise dienen und damit

⁵ Des Weiteren wird der enorme Umweltverbrauch im aktuellen Steuersystem völlig unzureichend berücksichtigt.

entscheidend zu den zerstörerischen Entwicklungen beitragen, mit denen wir uns dringend auseinandersetzen müssen.

Wir behaupten nicht, dass die ganze Wirtschaft mit diesen Praktiken und Mechanismen agiert. Ein einfaches Schwarz-Weiß-Denken wird der Realität nicht gerecht. Es gibt Unternehmer und Manager, die aus ethischen Gründen in ihrem ökonomischen Handeln sehr wohl die Gemeinschaft und die Anliegen der Mitarbeiter im Auge haben⁶. Indes sind diesem individuelle ethischen Engagement aufgrund der „anethischen“ Natur der „Eigengesetzlichkeiten“ des kapitalistischen Marktes (Max Weber) enge Grenzen gesetzt: Das konkurrenzgetriebene Prinzip des „Wachsen oder Weichen“ sorgt in aller Regel dafür, dass solch verantwortliches Handeln auf die „guten Zeiten“ bzw. prosperierende „Nischenmärkte“ beschränkt bleibt.

Die auf Konkurrenz und Egoismus basierenden Funktionsprinzipien mögen auch durchaus dazu beigetragen haben, die immer wieder angeführte hohe Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Kapitalismus zu fördern, sie verursachen jedoch ebenso die destruktive Kraft dieses Systems. Der Kapitalismus ist blind in Bezug auf soziale, ökologische und ethische Aspekte des Wirtschaftens. Er ist damit nicht in der Lage, den enormen globalen Herausforderungen unseres Jahrhunderts in einer angemessenen und konstruktiven Weise gerecht zu werden. Die kapitalistischen Antriebe forcieren zwar einzelwirtschaftliche Innovationen, zerstören aber gleichzeitig vielfältige Potentiale, Ressourcen und Gemeinguttreichtümer. Damit führen sie immer wieder zu den oben genannten Grundparadoxien und Zivilisationskrisen.

Selbst liberale Ökonomen und Wissenschaftler wie Franz Josef Radermacher sprechen von der dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz der „Brasilianisierung“, d.h. einer Spaltung der Gesellschaft, in der das reichste Zehntel fast 60 % des Nettovermögens besitzt. Die ärmeren 50 % verfügen dagegen nur über knapp 4 % des Gesamtvermögens.⁷ 30 % der Bevölkerung verfügt über gar kein Vermögen bzw. ein negatives Vermögen.

(3) Mythen, Ideologien und Irrtümer

Es fragt sich, warum sich die kapitalistische Wirtschaftsweise trotz der auf der Hand liegenden Schwächen bislang behaupten konnte. Eine mögliche Begründung hierfür ist unseres Erachtens in den tief eingewurzelten Glaubenssätzen, Ideologien, Mythen und Halbwahrheiten, die von den Profiteuren dieser Wirtschaftsweise äußerst geschickt propagiert werden, zu suchen.

Zentrale Mythen sind aus unserer Sicht:

- **Eigennutz und Konkurrenz** führen wie von einer „*unsichtbaren Hand geleitet*“ zum Wohlstand aller (Adam Smith 18. Jahrhundert).
- Der **Markt** löst in sich und automatisch sich selbst stabilisierend alle wirtschaftlichen Fragen in höchstmöglicher Effektivität.
- **Große Fehlsteuerungen** durch den Markt können durch **staatliche Korrekturen** dauerhaft vermieden werden

Systemfehler

Die Systemfehler des Kapitalismus liegt darin, dass die Wirtschaft, die eigentlich dem Wohl aller (Mensch und Natur) dienen soll, mit den privat-kapitalwirtschaftlichen Prinzipien, den kapitalistischen Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen und den auf Eigennutz, Marktgläubigkeit und Reichtumsmehrung ausgerichteten Ideologien und Mythen vornehmlich der Geldvermehrung in den Händen weniger dient und darin eine verheerend zerstörerische Wirkung hat.

⁶ Dokumentiert z.B. in Joachim Galuska „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln“ 2004

⁷ Franz Josef Radermacher „Globalisierung gestalten“ S. 32ff.

und so zu einem **stabilen System** führen.

- Die **Liberalisierung des Marktes**, der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und seine „Verschlankung“ bringen die beste wirtschaftliche Entwicklung („Selbstheilende Kräfte des Marktes“).
- **Freier Welthandel und freier Kapitalverkehr** führen automatisch zum Vorteil für alle Beteiligten.
- Die **Privatisierung und Kommerzialisierung** aller Güter des Lebens bewirken höchste Effizienz und größten Wohlstand.
- **Kapitalanhäufung und Reichtum** in der Hand weniger zieht die unteren Bevölkerungsschichten mit nach oben („Pferdeapfeltheorie“ von M. Thatcher).
- Ständiges **Wachstum** der Wirtschaft ist möglich und erfolgreiches Wirtschaften ist nur im ständigen Wachstum möglich.
- Die **Entwicklung und Erfassung des Wohlstands** kann durch die Messgröße des **BIP**, also durch den Material-, Energie- und Geldumsatz, mangels geeigneter alternativer Messgrößen in angemessener Weise festgestellt werden.
- **Kapitalismus, Demokratie** und Freiheit bedingen einander und können nur im Miteinander gedeihen.

Vor allem dem Zusammenspiel von Eigennutz, Konkurrenz und Markt wird eine geradezu gottähnliche Bedeutung zugeschrieben („die unsichtbare Hand“). Wer an diesem Zusammenspiel zweifelt, wird heute zwar nicht mehr der Inquisition unterworfen, aber öffentlich als naiv und inkompetent gebrandmarkt. Eine Auflehnung gegen die vermeintlichen ökonomischen Sachzwänge ruft mit Sicherheit ein ganzes Heer kapitalistisch marktwirtschaftlich orientierter Gralshüter auf den Plan, die die öffentliche Verdammnis zelebrieren. Wer die Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft nicht verstehe, habe in dieser Sache keine Rederecht. Dies ist pure Ideologie, wobei tückischerweise diese Ideologien den Charakter von Halbwahrheiten haben, d.h. sie gaukeln etwas vor, was nur bei sehr einseitiger Sicht der Dinge wahr zu sein scheint. Sowohl die einfache Logik als auch die Empirie zeigen eine andere Gesetzmäßigkeit des freien Marktes: Bei einem nur geringen Anfangsunterschied zwischen dem Stärkeren und Schwächeren führt dies im Fortgang unaufhaltsam zur Bevorteilung des Stärkeren - und zwar um so mehr, je stärker der Vorteil durch die Kapitalform entpersönlicht wird und als anonyme Kraft weiter für den Stärkeren wirken kann, dessen Stärke sich alsbald potenziert.

Hinter den o.g. Irrtümern und Ideologien steht ein alter „**materialistischer Grundirrtum**“, mit dem sich die Menschheit schon immer auseinandersetzen musste, nämlich die Meinung, Leben und Glück seien im Haben und Immer-mehr-Haben, im Erobern und Unterwerfen zu finden.

Die Weisheiten der Menschheit, die Bibel, die Religionen und Philosophien haben stets gewusst, dass dies eine zerstörerische Verkennung des Lebens ist. Das Verheerende der kapitalistischen Ideologien und Praktiken ist, dass sie diesen Grundirrtum zum System, zum Leitprinzip menschlichen Lebens machen.⁸

Dem entspricht auch die Tatsache, dass durch die neoliberale Wirtschaftsweise und ihre Ideologien latent oder auch ganz direkt das **sozialdarwinistische Menschenbild** und Lebensver-

Kapitalistisches Lebensverständnis

Kern der kapitalistischen Geisteshaltung ist ihre materialistische Weltanschauung und ihr sozialdarwinistisches Menschenbild: Leben und Glück sei im materiellen Haben und immer Mehrhaben zu finden; der Mensch sei ein auf Egoismus, Bereicherung und Gegeneinander angelegtes Wesen; die Wirtschaft habe dem zu entsprechen.

⁸ Grundlegend dargestellt durch Erich Fromm in „Haben oder Sein“

ständnis postuliert und propagiert werden: Der Mensch sei ein auf Egoismus, materielle Bereicherung, Neid, Konkurrenz, Aggressivität hin angelegtes Wesen. Nur im Ausleben dieser Gaben könne er überleben. Die Gaben von Solidarität, Teilen und Verzicht, Nächstenliebe, Verantwortung, spiritueller Sinngebung werden abgewertet und im besten Fall ins rein Private abgeschoben.

Die Kombination dieses Menschenbildes mit der oben beschriebenen Wirtschaftsideologie führt dazu, dass der Egoismus und das Streben nach Reichtum, das Austricksen und Übervorteilen des anderen, Konkurrenzdenken, Ellbogenmentalität, Aggression und Gewalt auf allen Ebenen des Lebens und der Gesellschaft zum selbstverständlichen Leitbild und Lebensstil erhoben werden. Deutlich wird dies im herrschenden Mainstream, in Medien und Werbung, im „Kampf um Arbeitsplätze“, in der Unterhaltungsindustrie, in der Kindererziehung usw.

Solange dieses Menschenbild und Lebensverständnis dominant bleiben und propagiert werden, ist eine von Egoismus, Konkurrenz und Verantwortungslosigkeit für das Allgemeinwohl und für das Ökosystem gekennzeichnete Wirtschaftsweise zwingend. Insofern sind Menschenbild und Lebensverständnis Schlüsselfragen für die Ermöglichung einer lebensdienlichen Ökonomie und einer zukunftsfähigen Zivilisation.

Erster Exkurs: Akkumulation und Wachstumszwang

Wachstum ist ein wesentliches Merkmal der Evolution und findet sich überall in Natur und Gesellschaft. Auch in der Ökonomie spielt Wachstum eine zentrale Rolle und gehört im Rahmen der heutigen Strukturen zu den grundlegenden Zielgrößen der Unternehmen und der Volkswirtschaft. Von besonderem Interesse ist deshalb die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen Wirtschaft ohne Wachstum möglich ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, welche die Wirtschaft zum Wachstum drängen oder zwingen: Die Konkurrenz am Markt und der Versuch, die Gewinnmargen durch Auslastung und Ausweitungen der Produktion bei Erschießung und Durchdringung der Märkte zu erhöhen, sind unmittelbar einleuchtende Motive jedes Unternehmens. Der tiefere Grund liegt dabei im Grundprinzip des kapitalwirtschaftlichen Systems: Kapitalismus zielt ökonomisch auf die Akkumulation von Mehrwerts; aus Kapital soll mehr Kapital werden. Und dieser Drang erfährt seinem Prinzip nach keine Begrenzung. Im Gegenteil: Je unbegrenzter das Akkumulationsprinzip wirkt und je höher die Akkumulationsrate ist, desto erfolgreicher ist in der Logik dieses Handlungssystems der jeweilige Akteur. Kapitalismus *ist* insofern Wachstum. Doch nicht nur der Wunsch der Eigner oder Sachwalter des Kapitals führt in fortwährendes Wachstum. Ihm steht in der Gesellschaft und auf der Seite der Märkte und Abnehmer ein Ruf nach „immer mehr!“ gegenüber. Dieser Drang zur bedingungslosen Steigerung materieller Ansprüche treibt das Wirtschaftswachstum ebenso an wie die Merkmale des Akkumulationsprinzips. Über die Ökonomie hinaus weist Wirtschaftswachstum eine *kulturelle Dimension* auf.

Niemand wird bestreiten: Fortwährendes Wachstum ist in einer endlichen Umgebung nicht möglich. Natürliches Wachstum kommt zum Stillstand, sobald es an seine Grenzen stößt. Wie in der Natur sind auch dem Wirtschaftswachstum Grenzen gesetzt. Die erste Begrenzung besteht in der *Sättigung der Märkte*, die unter den Bedingungen der Nationalökonomie immer wieder zur Wachstumsabschwächung geführt hat. Infolge der Globalisierung kann heute diese Wachstums-Begrenzung (noch) umgangen werden, indem die Industrieländer bei gesättigtem Binnenmarkt sich anderswo in wachsenden Märkten engagieren.

Die zweite Begrenzung stellt das *Ökosystem* dar. Wirtschaftswachstum war bisher stets mit steigendem Stoffdurchsatz verbunden, und das hat zu immer mehr Ressourcenverbrauch und Schadstoffbelastung geführt. Folglich richten sich alle Anstrengungen auf umweltverträglichere technische Prozesse (*Konsistenz*) und auf die Steigerung des Wirkungsgrades (*Effizienz*). Die Forderung einer Effizienzsteigerung um Faktor 10 bis zum Jahr 2050 ist deshalb allgemein anerkannt. Diese allerdings mausert sich zum Faktor 27, wenn man von nur 2% weiterem Wirtschaftswachstum ausgeht. Derart hohe Steigerungsraten lassen sich nicht sicherstellen – zumal der sog. *Reboundeffekt* immer wieder Effizienzgewinne durch quantitative Zunahme kompensiert (z.B. effektivere Flugzeugtriebwerke, dafür aber mehr Flugverkehr).

Bisher ist es – trotz technischer Innovation – nicht gelungen, die von der Ökologie vorgegebenen Wachstumsgrenzen zu respektieren. Im Gegenteil: die menschlichen Ansprüche an das Ökosystem liegen heute im weltweiten Durchschnitt 20% zu hoch, in den USA gar 8fach und in Europa 4fach über dem maximal verträglichen Maß! Das ähnelt einem Baum, der 8mal so hoch gewachsen ist, wie seine Statik zulässt. Wir müssen unseren Stoffdurchsatz schnellstmöglich wieder unter das kritische Maß zurückführen, d.h. in den Industrieländern um ein Vielfaches absenken. Dies lässt sich derzeit nur durch einen Rückgang industrieller Aktivität sicherstellen, d.h. durch das Gegenteil von Wirtschaftswachstum: durch Schrumpfung von Teilen der Wirtschaft.

Somit liegt ein Teil der Lösung auch im *Suffizienz*-Gedanken: Weniger ist mehr. Dieser Gedanke kann uns weg von der „Kultur des immer mehr!“ führen, hin zu einer „Kultur des Genug“. Die Anforderungen dieses Kulturwandels an den Einzelnen sind offensichtlich. Welche Wahrscheinlichkeit man dem damit verbundenen Mentalitätswandel auch zumessen mag – ein Rückgang materieller Bedürfnisse ist auf der Konsumentenseite dringend erforderlich⁹.

Auf der Produzentenseite indessen ist ein solcher Rückgang *im Prinzip ausgeschlossen*, solange die Bedingungen des kapitalgesteuerten Konkurrenzsystems herrschen und die Schrumpfung eine Vorform des wirtschaftlichen Untergangs ist.

Von grundlegender Bedeutung für den Wachstumszwang in einer kapitalistischen Ökonomie ist der Zins. Dieser führt zu einem *automatischen Kapitalwachstum*. Guthaben liegen nicht einfach auf der Bank, sondern werden als Kredit weitergegeben oder in vielfältigen Formen „angelegt“, um Zins zu erbringen. Der dabei gewonnene Buchwert¹⁰ (der Zins- oder Kapitalgewinn) wird wiederum kapitalisiert, d.h. aus dem *Mehr* an Guthaben wird wieder ein *Mehr* an Guthaben, Krediten, usw. Es wächst also zunächst nur ein *Buchwert* auf dem Konto. Erst spätere, hieraus finanzierte Arbeit, macht einen realen Wert daraus.¹¹ So geht das Wachstum der Buchwerte in Kapitalzinssystemen dem Wachstum der „realen“ Wirtschaft voraus bzw. erzeugt den Zwang, auf der Seite der Realwirtschaft „nachzuziehen“.

In der Praxis muss die Wirtschaft ständig *neue Kredite* aufnehmen, um unter Marktdruck den Kapitaleinsatz aus Zins und Tilgung leisten zu können. Das aber ist nur möglich, wenn das

⁹ Siehe dazu auch die unerwartet hohe CO₂-Emission im Jahr 2010 (6% Steigerung gegenüber dem Vorjahr), die die gesteckten Klimaziele in weite Ferne rücken lässt. (vgl. SZ vom 5. 11. 2011)

¹⁰ Der Zins ist noch kein „Mehrwert“, denn „Mehrwert“ wird in Marx' politischer Ökonomie auf den Wertüberschuss der Arbeit gegenüber ihren Gestehungskosten bezogen. Der Zins ist insofern zunächst nur ein „Buchwert“, da er ohne Arbeitsleistung entsteht (weil das Geld eben nicht „arbeitet“).

¹¹ Heute wird vielfach die attraktivere Variante gewählt, in dem das Buchgeld in Finanzpapiere investiert wird, die keinen Bezug mehr zur Realwirtschaft aufweisen.

kreditfinanzierte Unternehmen - und auf aggregierter Ebene die immer stärker kreditfinanzierte Wirtschaft als Ganzes – permanent wächst.¹²

Aus Sicht der Unternehmen lässt sich der durch den Zins verursachte „Wachstumszwang“, gut nachvollziehen: Mit einem Fremdkapitalanteil von zumeist über 80% finanzieren heute die Unternehmen ihre Produktion von morgen. Die fälligen Zinsen und Renditen sind oft in ähnlicher Größenordnung wie die Kreditsummen selbst, d.h. die Unternehmen müssen in den kommenden Jahren das Doppelte des geliehenen Geldes zurückzahlen. Dies ist nur möglich, wenn sie ihr Geschäft ausweiten – also wachsen. Dazu werden sie wiederum Kredite nutzen: Es entsteht eine Kredit- und Wachstumsspirale. Wirtschaftswachstum ist demnach unverzichtbar, solange Marktkonkurrenten aus ihrer Tätigkeit Kreditzinsen oder Kapitalrenditen entrichten müssen, also einen Anteil „nach draußen“ geben, den sie durch Produktivitätssteigerung oder neue Kredite wieder „reinholen“ müssen.

Kapitalismus ohne Wachstum „fällt um wie ein Fahrrad, das nicht mehr rollt“. Die Wachstums-Orientierung erweist sich nicht als bloße Fehlorientierung von Politikern und Wirtschaftsverbänden, die es zu korrigieren gälte. *Wirtschaftswachstum ist vielmehr eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren des kapitalistischen Systems!* Da aber zugleich klar ist, dass die uns bedrängenden ökologischen Probleme bei weiterem Wirtschaftswachstum unlösbar bleiben, zeigt sich hier das Dilemma in seiner ganzen Tragweite: Das kapitalistische System wird den dringlichen Aufgaben nicht gerecht, vor denen die Gesellschaft heute steht.

¹² Ob die Finanzierung dabei dem „Fremdkapital“ der Kreditbank einen Zins abwerfen muss oder dem „Eigenkapital“ der Aktionäre die Dividende, ändert für den Grundsachverhalt des wachstumsinduzierenden Zinsdrucks (als Kredit- oder Kapitalzins) nichts.

II. Grundlagen und Prämissen

2.1 Grundanliegen, Paradigmenwechsel und methodischer Ansatz einer Solidarischen Ökonomie

Eine Solidarische Ökonomie will das Wirtschaften des Menschen wieder zu seinem eigentlichen lebensdienlichen Sinn bringen. Dazu muss sie die vorherrschende Wirtschaftsweise gewissermaßen „*wieder vom Kopf auf die Füße stellen*.“ Sozial und ökologisch motivierte Reformen der kapitalwirtschaftlichen Prinzipien, wie sie in vielen Ansätzen postuliert werden, verringern im günstigsten Fall für einige Zeit die zerstörerischen Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft, sie setzen sie jedoch nicht außer Kraft und führen somit auch nicht zu einer Überwindung des Systems.

Denn nicht die Mehrung und Akkumulation des Kapitals in der Hand weniger sind Sinn, Ziel und Zweck allen Wirtschaftens, sondern die Bereitstellung von nützlichen Produkten, Dienstleistungen und sinnvollen Arbeitsplätzen in gerechter Teilhabe aller, in Förderung des Gemeinwohls und in ökologischer Verträglichkeit.

Wirtschaften muss deshalb in einem umfassenden Verständnis dem Gebot der sozialen, ökologischen und ökonomischen **Nachhaltigkeit** folgen. Wirtschaften darf aus sozialer Perspektive das Wohlergehen eines Teils der Menschen nur insofern fördern, dass es gleichzeitig das Wohl vieler anderer Menschen und das Wohl kommender Generationen erhält. Wirtschaften darf aus ökologischer Perspektive die Natur und die Erde nur in einem solchen Maß belasten, dass eine Regeneration immer wieder möglich ist, und den nachfolgenden Generationen keine verminderte Chancen der Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse hinterlassen werden¹³. Auch aus ökonomischer Perspektive darf nachhaltiges Wirtschaften die Grundlagen kommenden Wirtschaftens nicht zerstören oder hemmen (z. B. durch überschießendes Wachstum oder den Einsatz langfristiger Investitionsmittel für kurze, konkurrenzgetriebene Wachstumsperioden).

Nachhaltigkeitsgebot

Wirtschaften muss in einem umfassenden Verständnis dem Gebot der sozialen und ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit folgen.

Die leitenden Paradigmen des nachhaltigen Wirtschaftens liegen nicht mehr in der eigennützigen Bereicherung und im Konkurrenzdenken, sondern werden auf der Grundlage von Kooperation und Solidarität bestimmt. Soll dies gelingen, müssen grundlegende Veränderungsprozesse auf mehreren Ebenen begonnen werden. Auf der mentalen Ebene sind die oben benannten Ideologien, Mythen und Irrtümer der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch die Rückbesinnung auf Leitvorstellungen eines gelingenden Lebens und eines lebensdienlichen Wirtschaftens zu überwinden. (Kapitel 4). Gleichzeitig müssen grundlegende systemische und strukturelle Änderungen in Angriff genommen werden. In den oben beschriebenen Subsystemen der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind Strukturen und Regelwerke einer kooperativen, solidarischen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft sukzessive einzuführen.

Methodisch setzen wir bei der Suche nach alternativen Ansätzen immer wieder bei den **elementaren Vollzügen** des Wirtschaftens an. Das heißt, wir steigen „unten“ ein, z. B. mit der

¹³ Im Brundland-Bericht der WCED von 1987 wird „nachhaltige Entwicklung“ definiert als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können“ (zitiert nach M. Hauff, Nachhaltige Entwicklung, Oldenburg, 2009, S. 7).

Frage nach der ursprünglichen lebensdienlichen Funktion des Geldes, nach einer legitimen Eigentumsaneignung, nach einer wirklich leistungsgerechten Entlohnung usw.. Von den elementaren Prämissen her versuchen wir einen grundlegend neuen Aufbau wirtschaftlicher Strukturen und Regeln zu skizzieren. Kontinuierliche Leitfragen sind dabei immer die Fragen nach dem Gemeinwohl und der ökologischen Nachhaltigkeit.

Zweiter Exkurs: Zur Vielfalt alternativer Ansätze

Es gibt eine große Vielfalt alternativer Ökonomieansätze, die von vergleichbaren Überlegungen wie den in diesem Text vorgestellten ausgehen. Bislang haben diese unterschiedlichen Ansätze noch keine gemeinsame Stimme gefunden. Wir verwenden in diesem Text bewusst die Namen verschiedener Ansätze, weil wir uns keinem Ansatz eindeutig zuordnen können und wollen. Die für uns inhaltlich nächsten Ansätze seien an dieser Stelle kurz vorgestellt:

- **„Lebensdienliche Wirtschaftsweise“** oder „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ – so von Kairos Europa entwickelt und in progressiven kirchlichen Aufbrüchen bekannt. Dieser Ansatz betont besonders die zivilisatorisch und ökologisch lebensdienliche Funktion des neuen Wirtschaftens¹⁴.
- **„Gemeinwohl-Ökonomie“** – so besonders durch Christian Felber in Österreich als Bewegung in Gang gesetzt. Dieser Ansatz betont den Gemeinwohlcharakter gegenüber den Kapitalmehrerinteressen der Kapitaleigner¹⁵.
- **„Solidarische Ökonomie“** - mit der besonderen Betonung des Kooperations- und Solidaritätsprinzips in der Wirtschaft vor dem Konkurrenzprinzip. „Solidarische Ökonomie“ wird in zwei Varianten entwickelt: Einmal im engeren Sinne praktischer Projektarbeit wie Entwicklung genossenschaftlicher Arbeitsweise, Übernahme von Betrieben in Belegschaftshand u.a.m. Zum anderen verstehen wir Solidarische Ökonomie im weiteren Sinne als Arbeit am systemischen Neuentwurf einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise, die nicht mehr auf der Erzielung leistungsloser Kapitaleinkommen basiert.

Unsere Initiative verwendet in den Texten und in dem Namen den Begriff „Solidarische Ökonomie“. Sie bezieht sich damit explizit auf eine umfassende Interpretation des Begriffs, der den systemischen Neuentwurf in den Mittelpunkt stellt, was unserer Ansicht nach die Projektarbeit zwingend mit einschließt. Darüber hinaus beziehen wir den Begriff „solidarisch“ sowohl auf das menschliche Zusammenleben als auch auf das Zusammenleben mit der Natur.

Alle Ökonomieentwürfe, die sich alternativ zur kapitalistischen Wirtschaftsweise verstehen, müssen sich an folgenden **Kriterien** und **Zielen** messen lassen:

- Entschlossene Förderung des Kooperationsprinzips vor dem Konkurrenzprinzip
- Absage an die Selbstbezüglichkeit des Geldes und an die damit verbundene Erzielung leistungsloser Kapitaleinkommen

¹⁴ Dokumentiert in den vielen Arbeitshilfen und Textheften Kairos Europa e.V., Heidelberg; www.kairoseuropa.de.

¹⁵ Felber: „Gemeinwohloökonomie“, bes. S. 24ff.

- Hineinnahme aller in die gesellschaftlichen Austauschprozesse von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, ehrenamtlicher und sozialer Arbeit und Einkommen
- Demokratische Mitbestimmung und Kontrolle wirtschaftlicher Abläufe
- Entwicklung einer sozialen, existenzsichernden Grundsicherung aller, unabhängig von der Leistungsfähigkeit des Menschen
- Primat des Gemeinwohls vor ökonomischen Partikularinteressen
- Solidarisch-partnerschaftliche Beziehungen zwischen allen Völkern der Erde,
- Primat ökologischer Nachhaltigkeit

2.3 Ethische Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie

Das Wiedergewinnen einer lebensdienlichen Ökonomie bedarf einer Rückbesinnung auf die **grundlegenden Bestimmungen menschlichen Lebens**. Diese sehen wir vor allem

- (1) im Lebensverständnis des Menschen
- (2) in seiner Disposition als Gemeinschaftswesen
- (3) in seiner Demokratiefähigkeit.¹⁶

2.3.1 Menschenbild und Lebensverständnis

Grundlegend für alle humanistischen Leitvorstellungen ist ein **ganzheitliche Menschenbild** und Lebensverständnis, das wir an die Stelle des sozialdarwinistischen neoliberalen Menschenbildes setzen. Es besagt: Dem Menschen sind sowohl egoistische Anlagen gegeben wie das Streben nach Selbstbehauptung und persönlicher Bereicherung, aber auch altruistische Bedürfnisse und Gaben der Solidarität, der Verantwortung, des sinnvollen Verzichts, der Nächstenliebe und der spirituellen Sinnsuche. Beide Anlagen sind lebensnotwendig, müssen aber in ein Verhältnis zueinander gebracht werden, in welchem die solidarischen und gemeinschaftsförderlichen Gaben die selbstbezogenen Bestrebungen eingrenzen und tragen.

Ganzheitliches Menschenbild

Dem Menschen sind sowohl egoistische Anlagen gegeben wie das Streben nach Selbstbehauptung und persönlicher Bereicherung, aber auch altruistische Bedürfnisse und Gaben der Solidarität, der Verantwortung, des sinnvollen Verzichts, der Nächstenliebe und der spirituellen Sinnsuche. Die stärksten Glückserfahrungen und lebensförderliche Motivationen erfährt der Mensch in gegenseitiger Empathie, in Wertschätzung und Kooperation.

Nicht nur die biblischen Überlieferungen und alte Weisheiten der Menschheit, auch neuere neurobiologische und sozialpsychologische Forschungen weisen nach, dass gelingendes Leben nicht im Ausleben von Egoismen und in Kampf und Konkurrenz stattfinden kann. Vielmehr sind *„Kooperation, Zugewandtheit, Empathie, Vertrauen und Wertschätzung Kern aller lebensförderlichen Motivation in biologischen, sozialen und auch wirtschaftlichen Systemen.“*¹⁷

¹⁶ Grundlegend für den folgenden Abschnitt sind die ausgeführten Bausteine „Leitvorstellungen, Menschenbild und Prämissen einer Solidarischen Ökonomie“ und „Theologische Leitvorstellungen einer Solidarischen Ökonomie“

¹⁷ So zu finden bei Gerald Hüther, Joachim Bauer, Christian Felber. Siehe z.B. Joachim Bauer, Prinzip Menschlichkeit – Warum wir von Natur aus kooperieren, 2006, S. 34ff.

Darüber hinaus widerlegt die moderne „**Glücksforschung**“ den materialistischen Grundirrtum und die Behauptung neoliberaler Ideologien, dass der Mensch im Immer-Mehr-Haben, im sich steigenden Konsum und höheren Geldeinkommen Glück und Zufriedenheit findet.

Nach Erreichen eines guten mittleren Einkommensniveaus steigt die Zufriedenheit mit wachsendem Einkommen nicht mehr.

Vielmehr sind gelingende Beziehungen, Liebe, Vertrauen, eine intakte Natur und soziale Stabilität und das Einbringen individueller Fähigkeiten wesentlich entscheidender für Lebenszufriedenheit der Einzelnen und der Gemeinschaften.¹⁸

Allerdings sind für die Entwicklung dieser Erfahrung der zwischen-menschlichen und sozialen Gaben des Menschen die Stimulationen aus seiner Umwelt, dem



Elternhaus, der Bildung, aus Kultur und Wirtschaft prägend. Darum gehört es zur Grundlagenarbeit aller alternativen Ökonomiebewegungen, sich für die Überwindung des auf Neid, Kampf und Konkurrenz gerichteten Mainstream in der Gesellschaft einzusetzen, eine ganzheitliche Werterfahrung und solidarische Denken auf allen Ebenen zu fördern.

2.3.2. Der Mensch als Sozialwesen - die sozialetische Bestimmung des Menschen

Der Mensch existiert von seiner Evolution her in einem Spannungsfeld zwischen Einzelwesen und Gemeinschaftswesen. D. h. der Mensch kann weder als Individuum noch als Gattung isoliert ohne andere oder im generellen Gegeneinander überleben, sondern nur als Sozialwesen und in einer sich Regeln gebenden Sozietät.

Dieser einfache und scheinbar selbstverständliche Satz stellt das herrschende Denken und erst recht den Ansatz der herrschenden Ökonomie auf den Kopf. Nicht allein das isolierte Individuum und gelebter Egoismus machen den Menschen lebensfähig, sondern auch erfahrene Beziehung, Gemeinschaft und Empathie. Descartes abgewandelt hieße das: „*Ich nehme teil, also bin ich*“. Weiter gedacht bedeutet das, die Gemeinschaft wird nicht von Individuen geschaffen, sondern erst in erfahrener Gemeinschaft kommt das Individuum zur Welt.

Hier liegt die **sozialetische Wertebestimmung des Menschen**. Sie hat genauer gesehen einen dreifachen Grund:

Einmal in der **Empathiefähigkeit** des Menschen:

das Leid, die Not des anderen rührt sein Herz und führt zum solidarischen Handeln.¹⁹

Darüber hinaus braucht es die **begriffene Zweckmäßigkeit des Guten** für das Individuum wie für die Gemeinschaft. Unübertroffen spricht es die „Goldene Regel“ der Bibel und vieler Religionen aus: „*Was du willst, das dir die Leute Gutes tun, das tue ihnen auch*“ - dies aus der Erfahrung, dass es mir erst dann nachhaltig gut geht, wenn es damit auch dem anderen und der Gemeinschaft gut geht, und in der Erfahrung, dass aus der Zweckmäßigkeit des gegenseitig Guten Eigenwohlinteressen und Gemeinwohlinteressen am ehesten in Einklang

¹⁸ Studie zur Glücksforschung 2010; veröffentlicht in TAZ 25.6. 2010; verschiedene „Happiness Studies“

¹⁹ Klassische Texte hierfür die Erzählung vom „Barmherzigen Samariter“, Lukas 10,30ff.

gebracht werden können. Aus dieser Erfahrung entwickelten sich seit Beginn menschlicher Zivilisation **ethisch und sozial leitende Regeln** für das Miteinander der Menschen - von den Zehn Geboten über den Kantschen kategorischen Imperativ: „*Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde*“²⁰ bis zur Gesetzgebung eines modernen Staates.

Zum Dritten liegt die sozialetische Bestimmung des Menschen in ethischen **Wertsetzungen aus dem Unabdingbaren**: Die spirituelle Erfahrung von Werten und Wahrheiten, der Antrieb zum Gutsein, zur Liebe, zur Wahrheitssuche und Sinnfindung, die das jeweils Zweckmäßige überschreiten.²¹ Diese unabdingbaren spirituell-ethischen Antriebe gibt es in religiöser, wie auch in säkularer Form, so geschichtlich geworden in den „Propheten“, Religionsstiftern, Freiheitskämpfern und ethischen Pionieren der Menschheit und erkennbar in Schlüsselsätze wie bei Immanuel Kant „*Der gestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir*“, bei Albert Schweitzer in der „*Ehrfurcht vor dem Leben*“, in der modernen Theologie „*Gott als das Woher meines Umgetriebenseins*“²² oder bei Michail Gorbatschow: „*Die mahnende Stimme des Gewissens*“ und das „*Muss des Lebens lehren uns*“²³.

Hier liegt auch das **Besondere der biblischen Spiritualität**. Sie lässt den Menschen drei wesentliche Wertsetzungen erfahren. Das Erste, Grundlegende: Sein Leben wird vor allen Leistungen und trotz allen Versagens von einer bedingungslosen Liebe getragen. Das macht ihn frei gegenüber allen selbstgesetzten und fremdgesetzten Zwängen der Welt. Das Zweite: Die Weltgeschichte verliert sich nicht im Sinnlosen und Gegeneinander des Lebens, sondern geht auf Gerechtigkeit, Frieden und Geschwisterlichkeit allen Lebens zu (Schalomverheißung im Alten Testament, Reich-Gottes-Ansage Jesu). Das Dritte: Der Mensch ist von Gott in diesen „heilsgeschichtlichen“ Prozess hineingenommen und findet in dieser Teilhabe Sinn und Aufgabe für sein Leben.

Im Ganzen kann gesehen werden, dass für die ethische Entwicklung der Menschheit unabdingbare Werterfahrungen und Wertsetzungen gegeben werden und notwendig sind. Die Zweckmäßigkeit des gegenseitigen Gutseins allein konnte z.B. die Sklaverei oder Leibeigenschaft innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Vorgaben nicht überwinden. Nötig waren und sind immer wieder spirituelle ethische Inspirationen und Antriebe, die über das jeweils Opportune hinausgehen, oft im Widerstand zum Bisherigen stehen, aber gerade so das Humanum und die Geschichte emanzipierend weiterentwickeln. Dass sich daraus neue ethische Paradigmen entwickeln können, zeigt sich z. B. in der Proklamation der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, die jedem Menschen die gleiche Menschenwürde unabhängig von Nationalität, Religion, Rasse, sozialer Herkunft, Leistung und Gesundheit zusprechen, wie es das in früheren Kulturen so nicht gab.

Unübersehbar lehrt uns allerdings auch die Geschichte, dass alle diese Errungenschaften immer wieder Angriffen und Unterwanderungen unterliegen, sie müssen ständig neu verteidigt werden. Menschen sind als soziales und gesellschaftliches Wesen auch zu Krieg, Massenmord und Ausbeutung fähig. Entscheidend ist, eine Kultur zu schaffen, die die Empfänglichkeit für die benannte sozialetische Wertebestimmung fördert und Rahmenbedingungen menschlichen Zusammenlebens zu entwickeln, in denen zerstörerische Eigenschaften systematisch bestraft und begrenzt werden und lebensdienliche Eigenschaften gefördert und belohnt werden. Dieser Anspruch lässt sich nur in einem permanenten gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess umsetzen.

²⁰ Kant, Akademie-Ausgabe Bd. IV, 421

²¹ Vgl. zum Ganzen die Spannung und Zusammengehörigkeit von „Verantwortungsethik“ und „Gesinnungsethik“

²² z.B. bei Herbert Braun in den 60ziger Jahre des vorigen Jahrhundert.

²³ M. Gorbatschow „Perestroika“ S.27, 183, 334

2.3.3 Gemeinwohl und Demokratie

In einer lebensfähigen Gesellschaft müssen Gemeinwohl und Privatwohl immer wieder in Einklang gebracht werden.

Das Primat des Gemeinwohls über das Privatwohl ist in Diktaturen häufig missbraucht worden. Damit dem gewehrt werden kann, sind **Demokratie** und **Rechtsstaatlichkeit** unerlässliche Voraussetzungen für ein möglichst synergetisches Zusammenspiel von Gemeinwohl und Privatwohl. Hierfür sind **Öffentlichkeit** und **demokratische Kontrolle** von besonderer Wichtigkeit und müssen immer wieder errungen werden.

Die sozialetische Bestimmung des Menschen

Der Mensch kann nur als Gemeinschaftswesen leben. Erst durch seine sozialetische Bestimmung und Begabung ist der Mensch in der Lage, dem Gemeinwesen die notwendigen lebensdienliche Regeln zu geben und in ihnen zu leben. Die Regeln eines Gemeinwesens sind immer wieder im Ringen um partizipatorische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu erkämpfen.

Gegen den Verschleiß und Basisverlust der parlamentarischen Demokratie (Funktionärsdemokratie) sollten als zweites Standbein lebendiger Demokratie die Möglichkeiten einer **partizipatorischen Demokratie** (Beteiligungsdemokratie) wesentlich stärker ausgebaut werden, z. B. durch Volksbegehren und Volksentscheide, durch Partizipation in der Arbeitswelt und nicht zuletzt durch Förderung und politische Integration von Bürgerbewegungen, Bürgerinitiativen, zivilgesellschaftlichen Initiativen u. ä. – dies auch, um der Usurpation der Politik durch Wirtschaft oder andere Sonderinteressen entgegenzuwirken.²⁴

Dritter Exkurs: Zur Produktivität des Kapitals

Die Kritik der Kapitalwirtschaft, ihrer falschen Prämissen, Fehlentwicklungen und destruktiven systemischen Mechanismen würde an der empirischen Realität vorbei gehen, wenn nicht auch die produktive Kraft des Kapitals und die historischen Errungenschaften des kapitalwirtschaftlichen Prinzips in Rechnung gezogen würden.

Kapital stellt historisch eine spezifisch „moderne“ Form der Mobilisierung von Arbeit dar. Es repräsentiert ein System der Mobilisierung gesellschaftlicher Produktivkräfte, das seit den Tagen der „industriellen Revolution“ ein beispielloses Potential der Entfaltung technischer, sozialer und politischer Innovationen entfaltet hat. Die umwälzende Kraft des Kapitals und die ungeheure Steigerung volkswirtschaftlicher Wertschöpfung war schon in Karl Marx' „Kritik der politischen Ökonomie“ Ausgangspunkt der Analyse einer alle ständischen und feudalen Strukturen ersetzenden bürgerlichen Gesellschaft.

Worauf beruht nun jene ungeheure Kraft, die heute im globalen Maßstab wirkt und unter drohendem Verzehr weltweiter natürlicher Ressourcen bis in die letzten Winkel der Erde hinein reicht?

Zur Beantwortung dieser Frage ist eine Unterscheidung von zwei Grundformen des Kapitals nötig:

- a) Das aus vergangener Arbeit gewonnene und als „Mehrwert“ *abgeschöpfte* Kapital, das der Bereicherung des Unternehmers bzw. der Anteilseigner oder der Finanzierung neuer Investitionen aus Mitteln des Unternehmens dient (der „klassische Gegenstand der marx'schen Analyse) und

²⁴ Ausführlich im entstehenden Baustein „Partizipatorische Demokratie“

- b) das „*geschöpfte*“ Kapital, das der kreditförmigen Finanzierung von Investitionen dient und kein Eigenkapital sondern Fremdkapital darstellt.

Schon die marxistische Analyse mit ihrem „Gesetz“ des tendenziellen Falls der Profitraten hatte gezeigt, dass das ungeheure Wachstum und die exponentiellen Steigerungen der Arbeitsproduktivität durch permanente Rationalisierungsinvestitionen nur für eine begrenzte Zeit durch eine fortwährende Ausbeutung geleisteter Arbeit möglich ist.

Die volkswirtschaftlich wie auch global umwälzende Kraft des Kapitals beruht heute im wesentlichen auf der stetig an Bedeutung gewinnenden zweiten Form: Auf dem erst in der Zukunft möglicherweise erzeugten Mehrwert des zur Verfügung gestellten Finanzkapitals.

Dies ist u.E. der Kern der permanenten „Kapitalrevolution“: In Form des Finanzkapitals steht eine im Prinzip unbegrenzt verfügbare Vorfinanzierung künftiger zu leistender Arbeit zu Verfügung. Zum Zeitpunkt x wird eine Summe bereit gestellt, die für ein aktuelles Projekt ausgegeben werden kann und die sich erst im Abschreibungszeitraum durch Wertschöpfung – also Arbeit - amortisieren muss. Die Abschreibungszeiträume können dabei *auf Jahrzehnte* kalkuliert sein. So muss die jeweils nächste Stufe der Produktionsausweitung und Rationalisierung nicht aus laufender Produktion vom Lohn und „abgespart“ werden, der Lohn kann im Gegenteil schon an der durch die Investition erst erwarteten Produktivität orientiert sein.

Hierin liegt die Attraktivität des heutigen Finanzkapitals und dessen Kraft zur Mobilisierung von Arbeit, Intelligenz, Erfindungsgeist und Innovation. Es ist die „sofortige Vergütung“, die für die kreative Leistung der Innovation kapitalförmig vorfinanziert wird.

Aus der Perspektive vieler abhängig Beschäftigten ist das System dort, wo solches „vorfinanziertes“ Wachstum stattfindet, durchaus attraktiv: Der Lohn/ das Gehalt wird bis zur Erschöpfung der neuen Mittel ausbezahlt, ohne dass es eine Gewähr gibt, dass die „Rechnung“ dereinst wirklich aufgeht. Die Beschäftigten sind vom akuten Risiko freigestellt und werden gleichwohl viel dafür tun, durch persönlichen Einsatz zur Bewahrheitung der Geschäftspläne beizutragen, um ihren Arbeitsplatz, der von neuen Erfolgen des Unternehmens abhängt, auch künftig behalten zu können.

Eine schöne, fast schon perfekte Welt, so scheint es. Doch für *jede* solcher Finanzierungen – ob durch künftig eintretende Erfolge amortisiert oder nicht – wird „die Rechnung“ mit Zins- und Zinseszins aufgemacht. Und wo sie ein einzelner Unternehmer nicht zahlen kann, zahlt letztlich die Allgemeinheit bzw. die Gesamtheit der Wirtschaftssubjekte. Wie solche aus falschen oder gar jeder realen Grundlage entbehrenden Prognosen entstammenden Verluste „sozialisiert“ werden, zeigen die akuten Finanzkrisen nur all zu deutlich. Der Tatsache, dass diese Krisen vielfach durch eine weitere Spielart dieses Systems, nämlich die **finanzmarkt-interne** Gewinnprognose, deren Realisierung vorfinanziert wurde, verursacht werden, soll an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden.²⁵ Sie sollte nicht darüber hinweg täuschen, dass auch der Zusammenbruch „systemrelevanter“ Realindustrien, dieselben Mechanismen des Ausfalls von Krediten und der Letzthaftung des Staates zur Folge hätten.

Was sind nach dieser Analyse nun die „produktiven Aspekte und Mechanismen“ des kapitalwirtschaftlichen Systems, die beim Versuch der Überwindung seiner destruktiven Tendenzen bewahrenswert sind?

Die Arbeitsmobilisierung durch Kapital kann zu einer menschenverachtenden Ausbeutung der Beschäftigten führen, sie kann für die Beteiligten aber auch ein *großes* Maß an Hand-

²⁵ Siehe hierzu weiter unten das Kapitel zur Finanzordnung

lungsfreiheit und Chancen persönlicher Entfaltung mit sich bringen. Dies ist abhängig davon in welcher Branche, zu welchem Zweck, welche Form von Kapital (privates oder öffentliches) von welcher Art von Unternehmen (privat, genossenschaftlich, öffentlich-rechtlich) investiert wird.

Wenn das kapitalwirtschaftliche Prinzip *nicht* mit den handlungsleitenden Kriterien der Realisierung und Privatisierung von Gewinnen gleichgesetzt wird, sondern als Organisationsprinzip von Zukunftsinvestitionen im öffentlichen Interesse dienen kann, ergibt sich zumindest eine Chance, seine produktiven von seinen destruktiven Kräften sukzessive abzulösen und die *Zweckbestimmung dieses Prinzips zu transformieren*.

Neue, nachhaltigkeitsorientierte Bilanzregeln für Unternehmen, das Prinzip der Fremdfinanzierung durch „öffentliches Kapital“, eine Aussetzung des Kreditzinses und die Bindung von Kapitalgewinnen an reale Wertschöpfungen (ohne Anrechte auf nominelle Kapitalrenditen), sind Transformationsschritte, die in diesem Sinne (vgl. unten) vorgeschlagen werden.

2.4 Ökonomische Prämissen und Systemansätze einer lebensdienlichen Ökonomie

2.4.1 Vorbemerkungen

Aus den Leitvorstellungen und ethischen Grundlagen für eine lebensdienliche Ökonomie ergeben sich ökonomische Prämissen. Sie beschreiben die konkreten **Zielvorstellungen**, die Paradigmen und Systemansätze einer Solidarischen Ökonomie. Diese Zielvorstellungen mögen aus der aktuellen Perspektive manchem als utopisch erscheinen. Dennoch möchten wir im Folgenden begründen, weshalb wir uns im gesellschaftlichen Diskurs für die Realisierung dieser Ziele einsetzen wollen.

In diesem Kapitel wird, bildlich gesprochen, die Latte festgelegt, an der wir uns zu messen haben. Inwieweit es uns gelingt, diesen Ansprüchen auch durch konkrete praxisnahe Konzeptionen gerecht zu werden, mag der Leser oder die Leserin in Kapitel 5 kritisch prüfen, in dem es um den konkreten systemischen Umbau der Strukturen und Regelwerke gehen wird.

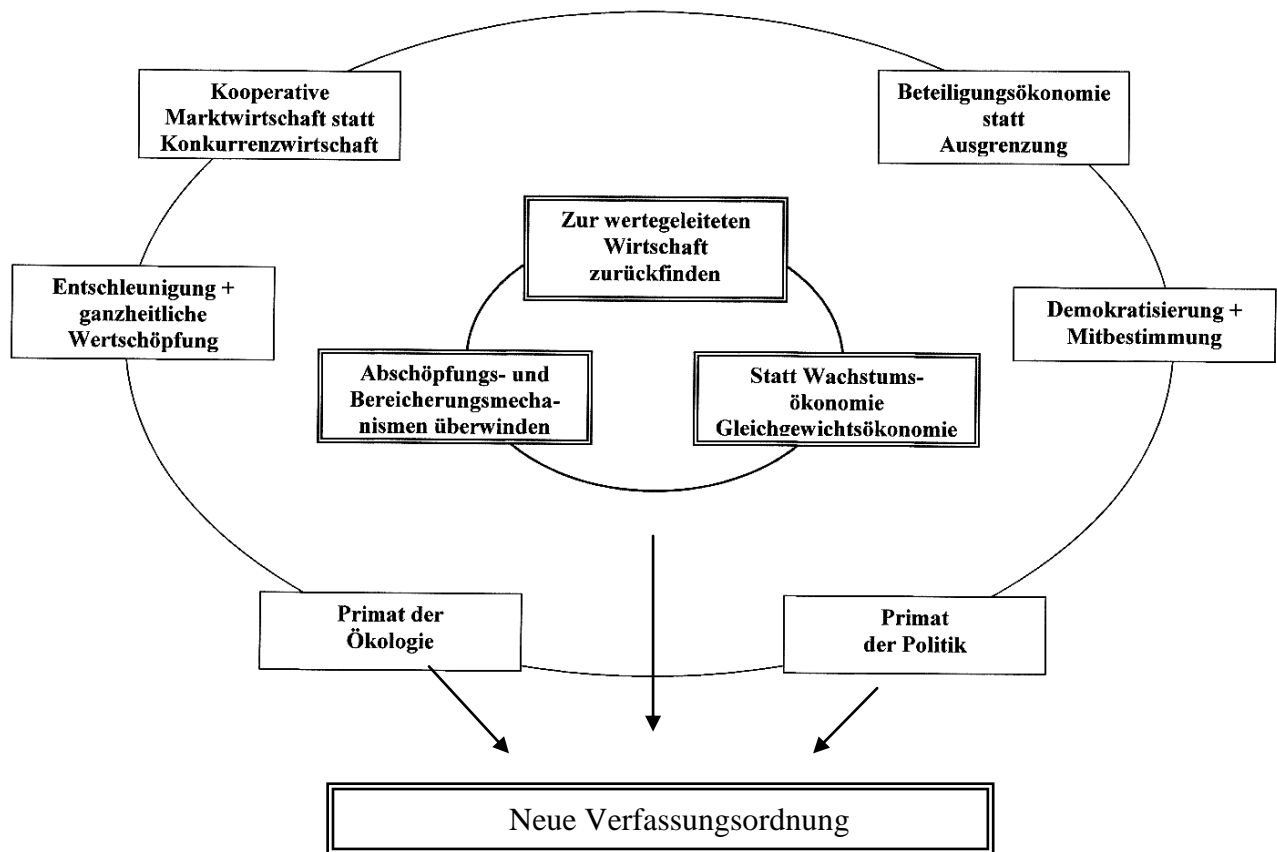
Letztendlich können wir mit diesen Vorschlägen nur die ersten Schritte und die Richtung einer Veränderung skizzieren. Die meisten Veränderungen wird es dann erst durch die im Prozess sich ergebenden Resultate geben. Wir beschreiben somit den Start eines sich dann ständig korrigierenden und verbessernden Prozesses.

Zunächst geht es aber in diesem 4. Abschnitt um nichts weniger als den **Entwurf einer neuen ökonomisch-gesellschaftlichen Werteordnung**.

Dieser Ordnung seien zunächst drei Prämissen vorangestellt:

1. Anerkennung der Menschenwürde und der Grundrechte eines jeden Menschen
2. Anerkennung des Leitprinzips der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit
3. Anerkennung des Vorrangs des Gemeinwohls vor allen ökonomischen Sonderinteressen

Die folgende Grafik vermittelt einen Überblick über die drei grundlegenden veränderten Zielvorstellungen (innerer Kreis), und den daraus folgenden und weiterführenden (äußerer Kreis).



2.4.2 Schaffung einer wertegeleiteten Wirtschaft

Die neoliberale kapitalistische Wirtschaftsethik macht den Markt und den damit verbundenen Konkurrenzkampf zum Maß aller Dinge. Der Markt sei das einzig geeignete Instrument zur Herstellung einer allgemein akzeptierten Gerechtigkeit, da jeder die Chance habe, sich hier zu bewähren. Die Umsetzung von Werten, wie Fürsorge für die Mitarbeiter, Förderung des Gemeinwohls, Erhaltung einer gesunden Umwelt etc. wird in der neoliberalen Theorie den evolutionären Kräften des Marktprozesses überlassen, soweit diese die Marktchancen von Unternehmen verbessern. Ethische Ansprüche des Staates, der Gewerkschaften, der Kirchen, sozialer Verbände und anderer

Wertegeleitete Wirtschaft

Eine Gesellschaftsordnung, die den größten Teil des Lebens, den die Wirtschaft ausmacht, aus ethischen und sozialen Verantwortungen ausklammert, muss in zerstörerische Entwicklungen führen und Menschen und Kultur psychisch und sozial krank werden lassen.

Darum ist die Rückkehr zu einer wertegeleiteten Wirtschaft dringendstes Gebot.

zivilgesellschaftlicher Kräfte werden als unzulässige Störungen des Marktes angesehen und als „ideologisch“ gebrandmarkt und abgelehnt. Diese aus unserer Sicht zynische und menschenverachtende Sichtweise lehnen wir ab. Wenn aber - wie jüngst in der Finanzkrise - der Markt offensichtlich versagt, wird der Staat zu Hilfe gerufen, um den Steuerzahler in Haft zu nehmen für unverantwortliche Risiken, die Finanzmarktakteure eingegangen sind um Extraprofit zu machen. Zur Externalisierung entsprechender Kosten überlässt man diesen Institutionen gern korrigierende soziale oder umweltschützende Aufgaben. Die Unternehmen werden so gleichsam von ihrer gesamtgesellschaftlichen ethischen Verantwortung entlastet.

Eine Gesellschaftsordnung, in der der größte Teil des gesellschaftlichen Lebens, nämlich die Wirtschaft, derart aus ethischen und sozialen Verantwortungen ausgeklammert ist, muss zu den oben benannten Widersprüchen und zerstörerischen Entwicklungen führen und Menschen auch psychisch und sozial krank werden lassen. Darum ist es die erste Prämisse einer lebensdienlichen Ökonomie, wieder zu einer wertegeleiteten Wirtschaft zurückzukehren.

Insofern stellen wir folgende grundlegenden Forderungen an eine lebensdienliche Ökonomie:

- Die Geltung der Menschenwürde und der Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Grundgesetz der Bundesrepublik proklamiert werden, sind auch in der Wirtschaft und in den wirtschaftlichen Strukturen durchzusetzen.
- Unternehmer und Unternehmen tragen nicht in erster Linie die Verantwortung für die Erzielung möglichst hoher Gewinne sondern vielmehr für das Wohlergehen der Beschäftigten und des Gemeinwesens sowie für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Neben ökonomischen und fachlichen sind ebenso sozialetische und ökologische Prämissen und Qualifizierungen in die Unternehmensführung einzubringen.
- Das gesamte ökonomisch-soziale Gefüge ist so zu organisieren, dass die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Wohnung, Bildung, ausreichende Nahrung und medizinische Versorgung tatsächlich gewährleistet sind.

2.4.3 Statt Wachstumsökonomie Gleichgewichtsökonomie

Die zwanghaft auf Wachstum orientierte Wirtschaftsökonomie muss in eine **Gleichgewichtsökonomie** überführt werden. In einer Gleichgewichtsökonomie gibt es ständige wirtschaftliche Entwicklungen, die aber nicht zwanghaft zum fortwährenden (quantitativen) Wachstum führen, sondern sich immer wieder in ein ökologisch und sozial verträgliches Maß flexibel einpendeln.

Dazu gehören:

- Generell ein rasches Absenken (Schrumpfen) des Ressourcenverbrauchs und des Energiedurchsatzes in Richtung eines global nachhaltigen Maßes
- Umstieg vom quantitativen Wachstum zur qualitativen Entwicklung
- Ein natürliches und flexibles Wachstum in Bereichen, in denen und so lange Wachstumsfelder öko- und sozialverträglich offen sind (z. B. neue Produkte in offenen/bedürftigen Märkten, verträgliches Wachstum in Entwicklungsländern)
- Ein enges Zusammenspiel von Konsistenz (Umweltverträglichkeit), Effizienz (hoher Wirkungsgrad) und Suffizienz („*Mit weniger besser leben*“)²⁶

2.4.4 Abschöpfungs- und Bereicherungsmechanismen überwinden

Da die Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Hauptkräfte der Ungerechtigkeit und Zerstörungen sind, sollten sie auf allen Ebenen überwunden werden.

Dazu gehören vor allem:

- Die Überwindung der Akkumulation des Mehrwertes in alleiniger Verfügung der Kapitaleigner

²⁶ Siehe Baustein „Wirtschaftswachstum“

- Eine leistungsgerechte Gewinnbeteiligung aller am Unternehmen Beteiligten
- Ein Finanzsystem und eine Eigentumsordnung, die leistungslose Abschöpfung un möglich machen
- Gesetze und Regeln, die die ökologischen und sozialen Folgekosten im Produktionsprozess und in der Wirtschaftsrechnung berücksichtigen (internalisieren)
- Eine (Welt)Handelsordnung, die ein Übervorteilen des Schwächeren verhindert und auf ausgeglichene Handelsbilanzen abzielt

2.4.5 Entschleunigung und ganzheitliche Wertschöpfung

Seit etwa 250 Jahren vollzieht sich die wissenschaftliche, technische und ökonomische Entwicklung der Menschheit in einem nie da gewesenen, sich ständig beschleunigenden, explosiven Tempo. Eine der gravierendsten Triebfedern dieser Entwicklung ist das kapitalistische Wirtschaftsprinzip und seine Ideologie mit dem Diktat von ständiger Wohlstandssteigerung, Konkurrenz und Wachstumswettlauf.²⁷

Sowohl die Logik wie auch die empirischen Wahrnehmungen zeigen, dass diese „Stichflammenentwicklung“²⁸ nicht endlos verlängert werden kann, sondern kollabieren wird – dies nicht nur aus ökologischen Gründen des begrenzten Erdraumes, sondern auch aus psychischen, ethischen, sozialen und geistigen Gründen: Der Mensch kann weder emotional noch in seiner persönlichen Lebensgestaltung, noch im Wahrnehmen von Verantwortung diesem Tempo und der sich potenzierenden Fülle nachkommen. Nicht Stillstand oder Rückwärtsentwicklung ist geboten, sondern eine **Entschleunigung auf allen Ebenen**: Auf der technischen Ebene, in der Informationsanhäufung, in der Wohlstandsentwicklung. Weg von dem „*Immer schneller, immer höher, immer mehr*“ hin zu einem deutlich verlangsamten, verträglichen Maß und zu einer verstärkt qualitativen Entwicklung des Lebens.

Dabei ist besonderer Wert auf die **ganzheitliche Wertschöpfung** zu legen: Weniger nur materielle Wertschöpfung, dafür mehr geistige, seelische, emotionale, kulturelle, soziale, zwischenmenschliche Wertschöpfung und Wertebildung. Es gibt eine große latente Sehnsucht der Menschen danach, die aus ihrer Latenz befreit und aktiviert werden muss. Dies geht wiederum nur durch Entschleunigung und durch Schaffen entsprechender Freiräume (vgl. Glücksforschung S.14).

Dem Vorwurf, dass eine Solidarische Ökonomie weniger effizient arbeite, ist positiv entgegenzuhalten: Sie will im Tempo langsamer und in der Menge sparsamer produzieren, um Freiräume für menschliche Beziehungen, Muße und Selbstbesinnung, für kooperatives, kreatives, humaneres und naturverträglicheres Arbeiten und Leben zu ermöglichen.

Konkret gehören dazu:

- Überwindung des BIP als Bemessungsgrundlage des gesellschaftlichen Wohlergehens, dafür Einführung ganzheitlicher Indizes, die neben den ökonomischen Parametern auch ökologische und soziale Parameter, Gesundheitsentwicklung, Zeitwohlstand, kulturelle Entwicklung u. a. bemessen („Brutto-Sozialglück“, Human Development Index“, Gemeinwohlprodukt, u. ä.)
- Eine drastische Reduzierung der Regelarbeitszeit

²⁷ So z.B. Fritz Reheis in „Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus“, 2004

²⁸ Der Soziologe Meinhard Miegel umschreibt die frühere Entwicklung mit dem langsamen Aufleuchten von „Lichterketten“, die gegenwärtige Entwicklung mit einem Aufflammen einer „Stichflamme“, die in die Katastrophe führt, in Miegel „Exit. Wohlstand ohne Wachstum“, S.76ff.

- Eine Reduzierung des Überangebots von Waren
- Eine Fortentwicklung neuer Technologien, die sich primär an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und nicht an den Renditeaussichten. Dieser Grundsatz kann in bestimmten Fällen zu einer erheblichen Beschleunigung in der Entwicklung neuer Technologien führen, er dürfte in den meisten Bereichen aber eher zu einer gravierenden Entschleunigung beitragen
- Förderung des Orientierungswissens, Rücknahme der Informationsüberflutung
- Bejahung eines geringeren materiellen Wohlstandes der Wohlhabenden („*Mit weniger besser leben*“)

2.4.6 Beteiligungsökonomie statt Ausgrenzungsökonomie

Die heutige Wirtschaftsweise ist ihren Grundprinzipien nach eine Ökonomie der Ausgrenzung: Das Verdrängen oder Vernichten des möglichen Konkurrenten, die Gewinnsteigerung durch Abbau von Arbeitsplätzen („Entlassungsproduktivität“), die Akkumulation des Mehrwertes in Verfügung der Kapitaleigner und die fehlende Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Kosten der Allgemeinheit grenzen andere aus dem ökonomischen Prozess permanent aus.

Der **ökonomische Gesamtprozess** ist ein Zusammenwirken von sechs Faktoren: (1) der Inanspruchnahme kostenloser Vorleistungen der Natur

(2) der Arbeit des Menschen

(3) der darin ermöglichten Produktion

(4) der damit erzielten Einkommen

(5) der so möglichen Konsumtion

(6) der aktiven Beteiligung am Steuer- und Sozialsystem

Ein Grundprinzip Solidarischen Wirtschaftens ist zunächst die soziale Grundabsicherung aller Mitglieder der Gesellschaft, damit sich alle entsprechend ihrer Möglichkeiten und Interessen am gesellschaftlichen Prozess beteiligen können.

Zur Beteiligungsökonomie gehören:

- Beteiligung aller an dem gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess entsprechend ihrer Möglichkeiten und Interessen. Dies wird aus heutiger Sicht nur mit einer deutlichen Reduzierung der Regelarbeitszeit möglich sein.
- Wirksame Mitbestimmung aller am Unternehmen Beteiligten
- Leistungsgerechte Teilhabe aller an den Erträgen des Wirtschaftens
- Überwindung der Konkurrenzwirtschaft und des Wachstumswettlaufs

2.4.7 Statt Konkurrenzwirtschaft kooperative Marktwirtschaft

Die kapitalistische Wirtschaftsdeologie behauptet, dass der Markt nur in konkurrierendem Wettbewerb Leistungen und Effizienz hervorbringt. Konkurrenz kann zwar hohe Leistungen freisetzen, zugleich erzeugt sie Angst und engt damit Kreativität und Entfaltungsmöglichkeiten ein. Wie ausgeführt, zeigen neuere sozialpsychologische und neurobiologische Forschungen, dass gegenseitige Wertschätzung und Kooperation zu stärkerer Motivation und zu einer größeren Entfaltung der menschlichen Potentiale führen als

Konkurrenz.²⁹ Darum sollen Arbeits- und Marktbedingungen geschaffen werden, in denen das Konkurrenzprinzip des Wirtschaftens durch eine kooperative Marktwirtschaft überwunden wird. Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben sollen so gestaltet werden, dass hier vor allem das kooperative Zusammenwirken gepflegt wird. Dabei kann es durchaus auch Elemente eines fairen Wettbewerbs geben, aber eindeutig mit der Tendenz hin zur Kooperation und der Anteilhabe aller am Erfolg.

Der Markt mit seinem Wechselspiel von Angebot, Nachfrage und Preisen und seiner aktivierenden, regelnden und anregenden Wirkung bleibt erhalten. Doch widersprechen wir dem Irrglauben, dass freie Märkte automatisch vorteilhaft für alle sind. Dies leistet der Markt nur, wenn ihm sozialethische und ökologische Rahmenbedingungen gegeben werden, die Fairness und Chancengleichheit aller Marktteilnehmer schützen und Kooperation auch zwischen unterschiedlich starken Marktteilnehmern ermöglichen.³⁰

2.4.8 Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft

Die hoch entwickelten Staaten sind stolz auf ihre Demokratie und auf das Zusammenspiel von politischer Freiheit und Demokratie. Das sind kostbare Werte. Umso erstaunlicher ist es, dass Prinzipien und Regeln der Demokratie in dem größten Bereich öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, weitgehend ausgeschlossen werden. Es gibt zwar einige in der Sozialen Marktwirtschaft erkämpfte demokratische Elemente in der Wirtschaft, z. B. die Tarifpartnerschaft, Mitarbeitervertretung durch Betriebsräte, bestimmte Mitbestimmungsgesetze u. ä.. Doch geraten diese im Zug der Neoliberalisierung der Wirtschaft immer mehr ins Hintertreffen und in den entscheidenden Fragen regieren fast ausschließlich die Kapitaleigner und ihre Manager unter weitgehendem Ausschluss demokratischen Mitwirkens aller Beteiligten und der öffentlichen Kontrolle. Dies ist nicht nur ein Ausschalten von demokratischen Grundregeln in der Wirtschaft, sondern eine Unterhöhlung der gesamtgesellschaftlichen Demokratie. Denn unkontrolliertes Agieren großer Wirtschaftsmächte ignoriert nur allzu oft die demokratische Willensbildung des Volkes bzw. der Betroffenen (Beispiel: die Auseinandersetzung um den Atomenergieausstieg oder die Bankenrettung).

Es sollten Institutionen und Gesetze geschaffen werden, in denen eine partizipatorische Mitbestimmung aller am Unternehmen Beteiligten gesichert wird, in der leitende Funktionen in der Wirtschaft den demokratischen Wahlprinzipien unterstellt werden, und eine öffentliche Kontrolle³¹ der grundlegenden Wirtschaftsabläufe gesichert ist.

2.4.9 Primat der Ökologie

Das einzigartige Ökosystem unserer Erde ist Grundvoraussetzung allen Lebens, auch des menschlichen Lebens. Der Mensch kann nur eingebunden und in Übereinstimmung mit dem ökologischen Netzwerk der Erde leben und überleben. Die heute verheerend um sich greifende Gefährdung dieses Ökosystems hat einen Stand erreicht, der das weitere Leben auf der Erde in absehbarer Zukunft erheblich gefährdet. Nimmt man den ökologischen Fußabdruck als Messgröße, beansprucht jeder Deutsche mit einem durchschnittlichen Fußabdruck von 5,1 ha (USA 8,0 ha) bereits das Vielfache dessen, was die Erde ökologisch

²⁹ Mit Nachdruck von Felber ausgeführt in „Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“, S.44 f.; 79 ff.

³⁰ Ausführliche Begründung und Darstellung dazu im Baustein „Markt und Wettbewerb“

³¹ Red.Anm. „Aller“ ginge sicherlich zu weit.

(1,8 ha) regenerieren kann³². Bleibt es trotz gegenwirkender Bemühungen bei der immer noch vorherrschenden Tendenz weiterer Umweltzerstörungen, könnte der Mensch von der Natur als „Parasit“ ausgestoßen werden; menschliches Leben auf der Erde wäre dann nur eine sehr kurze Episode in der Evolution des Lebens gewesen.³³

Der treibende Motor des naturzerstörenden Wirtschaftens liegt vor allem in den oben geschilderten Profitmehrsprinzipien kapitalistischer Wirtschaftsweise und ihrer Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen. Darum gehört es zu den grundlegenden ökologischen Prämissen einer Solidarischen Ökonomie, diese so rasch wie möglich zu überwinden. Dazu muss das ökonomische Handeln national und international unabdingbar unter das **Primat ökologischer Nachhaltigkeit** gestellt werden. Menschliches Gemeinwohl schließt das Wohl aller Lebewesen und die Achtung der Integrität der natürlichen Ökosysteme mit ein.

2.4.10 Primat der Politik

Wie schon unter „Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft“ beschrieben, können große wirtschaftliche Machtzusammenschlüsse demokratische Willensbildung und deren Durchsetzung empfindlich stören und verhindern. Die üblichen Mittel hierfür sind Drohungen oder Versprechungen durch die Wirtschaft, ein mit allen Mitteln ausgestattetes Lobbyistentum bis hin zur gezielten Korruption.

Damit diese „Ohnmacht der Politik“ überwunden werden kann und es möglich wird, die Wirtschaft in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, muss ein Primat der Politik und des Rechts gegenüber der Wirtschaft hergestellt und gesichert werden. Das heißt nicht die Installation eines Staatssozialismus und einer zentralistischen Planwirtschaft. Es heißt vielmehr, dass der demokratisch legitimierte Staat wieder in die Lage versetzt wird, Rahmenbedingungen und Regeln zu setzen, die ein effizientes Wirtschaften innerhalb der Bedingungen des Gemeinwohls, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit ermöglichen. Hierzu sind auf den jeweiligen Ebenen Institutionen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen zu schaffen, durch die es auch für die Wirtschaft möglich und sinnvoll wird, ihr Handeln an den Regeln umfassender Nachhaltigkeit und des Gemeinwohls zu orientieren. Das übergeordnete Erfordernis des „Primats der Politik“ muss deshalb mit kooperativen Umsetzungsformen „vor Ort“ einher gehen, bei dem die Betroffenen gemeinsam Wege entwickeln, gesellschaftliche Vorgaben auch zum Wohl des Unternehmens umzusetzen.

2.4.11 Erneuerte Verfassungsordnung

Ziel ist es, die ökonomischen und ökologischen Prämissen einer lebensdienlichen Ökonomie in die Verfassungsordnung unseres Gemeinwesens einzustellen. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Systematik unseres Rechtssystems, die jede Gesetzgebung an die Verfassung, insbesondere an den Grundrechtskatalog und die Staatsziele bindet. Deshalb sind neben den individuellen und politischen Grundrechten auch wirtschaftliche Grundrechte in der Verfassung als Staatsziele zu verankern - konkret das Nachhaltigkeitsgebot und das Gemeinwohlgebot der Wirtschaft sowie das demokratische Gestaltungs- und ökonomische

³² Quelle: www.footprintnetwork.org/atlas

³³ Vgl. Hoimar von Ditfurth in „So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen. Es ist soweit.“

Teilhaberecht aller.³⁴ Dieser Prozess könnte durch einen breiten öffentlichen Diskurs mit dem Ziel eines neuen „Gesellschaftsvertrages“ in Gang gesetzt werden.³⁵

III. Exemplarische Handlungsfelder

3.1. Exemplarische Handlungsfelder einer Solidarischen Ökonomie - Vorbemerkungen

Auf der Basis der dargelegten Leitvorstellungen und Prämissen sollen in diesem Abschnitt die wichtigsten Handlungsfelder einer solidarischen Ökonomie beleuchtet werden. Damit begeben wir uns auf die Ebene politischer Gestaltung und systemischer **Veränderungen**, also der Veränderungen von Strukturen, Regelwerken und Institutionen.

In diesem Text versuchen wir einen Überblick über mögliche Änderungsschritte zu geben, die zusammen genommen die Wirtschaft auf eine systemisch neue Basis stellen sollen. Um nicht in abstrakten Postulaten stecken zu bleiben, stellen wir dabei mögliche konkrete Neuregelungen dar. Wir verdeutlichen diese Neuregelungen anhand exemplarischer Zahlen und Umsetzungsbeispielen. Diese sind als Vorstellungshilfen für konkrete Realisierungsmöglichkeiten zu verstehen, deren Umsetzung in einem tatsächlichen Prozess des Umbaus und der Transformation natürlich von den Interessen und der Kreativität der handelnden politischen und gesellschaftlichen Gruppen abhängt.

Genauere Reflexionen sind in den ausführlicheren Texten zu den jeweiligen Handlungsfeldern auf der Homepage der Akademie oder im Einzelausdruck nachzulesen. Natürlich wäre es vermessen, in den einzelnen Handlungsfeldern ein detailliert ausgefeiltes Konzept vorstellen zu wollen. Wir können von der heutigen Ausgangslage her nur die ersten Schritte eines Prozesses aufzeigen und zur Diskussion stellen und darüber hinaus eine mögliche Richtung aufzeigen. All dieses muss so gut und gewissenhaft begründet sein, wie es der jetzige Wissens- und Erkenntnisstand erlaubt. Die tatsächliche Entwicklung muss sich dann aber als ein iterativer Prozess erweisen, dessen Ergebnis wir nicht kennen und der letztlich kein beschreibbares Ende im Sinne eines vorab festgelegten Ziel- oder Idealzustandes hat.³⁶

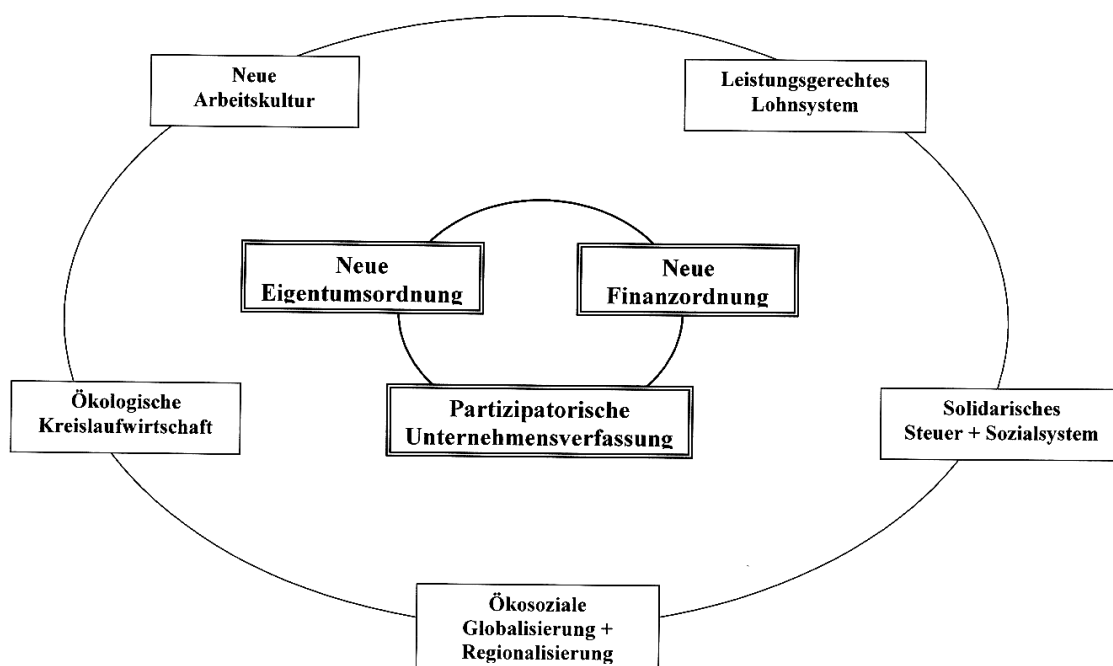
In der folgenden **Grafik** werden im inneren Kreis die drei grundlegenden Handlungsfelder dargestellt: Eine neue Eigentumsordnung, eine neue Finanzordnung und eine partizipatorische Unternehmensverfassung. Sie haben für die Veränderung des ganzen Wirtschaftssystems eine Schlüsselfunktion: Sie bedingen einander und mit ihnen gewinnen die Handlungsfelder, die auf dem äußeren Kreis benannt werden, erst ihre systemisch verändernde Wirkung. Die hier angeführten Handlungsfelder beziehen sich zunächst auf ökonomische Teilsysteme, sie erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. In einem dritten äußeren Kreis wäre es durchaus sinnvoll, auch für gesellschaftliche Teilsysteme wie Bildung, Kultur, gewaltfreie Konfliktlösung, partizipatorische Demokratie etc. weitere

³⁴ Vgl. schon heute den Wortlaut der Bayrischen Verfassung in Art. 151: „Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“

³⁵ Der von Jean-Jacques Rousseau 1762 geprägte Begriff des „Gesellschaftsvertrages“ wird in der Diskussion heute aufgenommen, um grundlegend Ziele, Rechte und Pflichten einer lebenswerten und zukunftsfähigen Gesellschaft neu zu definieren; vgl. Joschka Fischer: „Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution“ 1998

³⁶ Vgl. zur entsprechenden Konzeption des „offenen“ Prozesses den Abschnitt „Transformationsstrategien“

Handlungsfelder hinzuzufügen. Diese gesellschaftlichen Handlungsfelder beeinflussen natürlich auch die ökonomischen Teilsysteme.



In dem folgenden Abschnitt werden wir die einzelnen Handlungsfelder kurz vorstellen, in dem wir zunächst die bestehenden Verhältnisse zu diesem Handlungsfeld beschreiben und analysieren. In einem zweiten Schritt skizzieren wir zu dem jeweiligen Handlungsfeld unsere Vorstellungen auf der Grundlage der oben vorgestellten Prämissen. Mit diesen Skizzen möchten wir Sie zur Diskussion einladen, ist dies doch der effektivste Weg, das kollektive Wissen aller Leserinnen und Leser zu nutzen und so zu fortwährend sich bessernden Ergebnissen zu gelangen.

3.2 Neue Eigentumsordnung

3.2.1 Analyse

Nach § 903 BGB beinhaltet Eigentum das Herrschaftsrecht, die Verfügungsgewalt, über eine Sache, wobei nicht nur physikalische Güter sondern auch immaterielle Güter wie geistiges Eigentum, Patentrechte, Software, o.ä. als Sache bezeichnet werden. Grundsätzlich kann eine Sache einem Individuum, einer juristischen Person, einer Gruppe oder auch der Allgemeinheit gehören. Dies ist eine Frage der Eigentumsordnung, durch die letztlich geregelt wird, wer wann welches Gut benutzen oder verbrauchen darf. Die Gesellschaften bedürfen einer allgemein akzeptierten Eigentumsordnung zur Vermeidung sozialer Konflikte.³⁷ Dabei

³⁷ Jenseits möglicher ethischer Überlegungen zur Eigentumsordnung ist zu bedenken, dass Gemeineigentum, in dem alle über alles entscheiden, zumindest in großen Gesellschaften einen erheblich höhe-

sind innerhalb einer Eigentumsordnung unterschiedliche Eigentumsformen möglich. Wir unterscheiden an dieser Stelle fünf grundlegende Formen des Eigentums:

- a) Allmende: Naturgüter wie Wiesen, Wälder, Seen usw. werden von Menschen, einer Menschengruppe gemeinsam genutzt und gepflegt. Die Gemeinschaft, die diese Güter nutzt ist auch der Eigentümer.
- b) Selbst erarbeitetes persönliches Eigentum: Die den Menschen umgebende Natur ist nicht sein Eigentum, aber in dem er mit eigener Arbeit erntet oder sich mit Mitteln der Natur ein Werkzeug herstellt usw. ist dieses Ergebnis seiner Arbeit „sein Eigentum“.
- c) Gemeinsam geschaffenes und genutztes Eigentum z.B. Brücken, Straßen, Wehranlagen, größere Maschinen usw. sind öffentliches Eigentum.
- d) Verfügtes Eigentum: Eine Eigentumsform, in der ein Fürst, König, Priester o.ä. das Recht erhält, über ursprünglich gemeinsames Eigentum (Land) oder gemeinsam geschaffenes Eigentum (Burgen, Schlösser) zu verfügen. Es wird ihm als sein „Eigentum“ zugesprochen. Aus dieser Form des Eigentums entstanden große Kulturleistungen, es ist aber gleichermaßen mit Sklavenarbeit und einer Vielzahl von Kriegen verbunden.
- e) „Privatisiertes“ Eigentum: Allgemeingut oder von anderen erarbeitetes Gut wird in privates Eigentum umgewandelt. Dies kann durch willkürlichen Rechtspruch, durch Gewalt oder Vorteilsnahme geschehen („privare“ lateinisch „rauben“, z. B. Land, auch Menschen als Sklaven). Diese Form der Eigentumserlangung wurde wesentlich durch die Römer geprägt („*Ich erkläre, dass es mein ist!*“) und ist Praxis, wenn es z. B. um die Verfügungsgewalt über wertvolle Rohstoffe geht.

Es gibt keine ideale Form des Eigentums, die für jedes Gut gleichermaßen optimal ist. In den kapitalistisch organisierten Industriestaaten wird Privateigentum als Voraussetzung und notwendige Bedingung für die individuelle Freiheit gesehen³⁸. Zudem wird angenommen, dass Privateigentum die Eigentümer motiviert, mit ihren Gütern im besten Sinne wirtschaftlich umzugehen.

Dieser Betrachtung muss man entgegen halten, dass Eigentum in allen kapitalistisch organisierten Gesellschaften extrem ungleich verteilt ist. Dies verursacht nicht nur soziale Probleme, sondern es führt vor allem zu einer erheblichen Machtkonzentration. Eine für eine moderne Industrienation übliche Vermögensverteilung wie die von Deutschland (s. S. 5) weist auf gravierende Einschränkungen der Freiheitsrechte der Mehrheit der Bevölkerung hin.

Güter können ebenso Eigentum einer Gruppe sein. Dies ist der Fall bei der klassischen Allmende, aber auch heute gibt es viele Formen des Gemeineigentums. In jeder Kapitalgesellschaft, in modernen Allmenden, in Genossenschaften, teilt sich eine Gruppe von Menschen Eigentum. Die Formen unterscheiden sich durch die demokratischen Verfahren zur Ausübung der mit dem Eigentum verbundenen Herrschaftsmacht.

ren Zeitaufwand bei den notwendigen Informations- und Entscheidungsprozessen erfordert, als Privateigentum, in dem jeder für sich entscheiden kann.

³⁸ Die Legitimation hierzu kann sich auf viele geistige Väter von Aristoteles über Hegel bis zur katholischen Soziallehre berufen.

Schließlich gibt es zahlreiche Bereiche, die allen Mitgliedern der Gesellschaft zustehen (wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit). Die Güter zur Versorgung dieser Bereiche (Gemeingüter) sind sinnvollerweise Eigentum der Allgemeinheit bzw. des Staates.

In den meisten modernen Staaten ist das Privateigentum zwar ein Grundrecht, es kann aber durch demokratische Beschlüsse in die Verteilung und das Herrschaftsrecht eingegriffen werden, wenn der Gesetzgeber der Auffassung ist, dass das Herrschaftsrecht die Interessen der Allgemeinheit in einem unzulässigen Maße benachteiligt (vgl. u.a. GG Art.14). Gemäß des zurzeit dominierenden neoliberalen Zeitgeistes gibt es in den kapitalistischen Ländern die Tendenz, möglichst alle Güter zu privatisieren.

Die spezifisch kapitalistische Problematik des Eigentums liegt in der vollkommenen Privatisierung möglichst aller Güter und der damit verbundenen Machtkonzentration sowie vor allem in dem Recht auf Mehrung des Eigentums. Das Eigentum an privaten Produktionsmitteln (Kapital, Immobilien, Maschinen, Grundstücke, etc.) berechtigt den Eigentümer zur Aneignung des Mehrwertes unabhängig von seiner persönlichen Arbeitsleistung. Der Kapitaleigner hat prinzipiell das Recht, den durch die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital geschaffenen Mehrwert zur Mehrung seines Eigentums zu verwenden. Dies widerspricht dem Ansatz einer solidarischen Ökonomie.

3.2.2 Vorschläge zur Neuordnung

Eine solidarische Ökonomie beurteilt die Eigentumsformen (privat, genossenschaftlich, kollektiv, staatlich) in Bezug auf ihr Potential zum Nutzen des Allgemeinwohls. Die mit dem Privateigentum (auch an Produktionsmitteln) verbundenen Freiheitsrechte und auch die hohe Effizienz (s. Exkurs: Zur Produktivität des Kapitals) führen zu einer grundsätzlichen Bejahung des Privateigentums. Es müssen allerdings die an anderer Stelle genauer beschriebenen systemischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dazu führen, dass Privateigentum sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltig eingesetzt wird. Dies gilt in gleicher Weise für kollektives Eigentum und Staatseigentum.

Grundsätzlich können neue Ordnungsstrukturen einer solidarisch gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise anhand von 5 Punkten wie folgt umrissen werden:

1) Die Akkumulation des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes bei denjenigen, die den Mehrwert erzeugt haben.

Der Mehrwert eines Unternehmens wird nicht allein durch das eingebrachte Kapital des Unternehmers und dessen Eigenleistung geschaffen, sondern ebenso aus den Mitarbeiterleistungen und aus gesellschaftlichen Vorleistungen (Infrastrukturen, Technologien usw.). Diejenigen, die diesen Mehrwert erwirtschaften, sind in die Entscheidungen zur Verwendung einzubeziehen. Ein Teil des Mehrwerts wird in der Regel für Ersatz- oder Neuinvestitionen verwendet werden müssen. Bilanztechnisch mehrt sich durch den Mehrwert das Kapital, das aber nunmehr nicht ausschließlich Eigentum des Kapitaleigners, sondern Eigentum derjenigen wird, die es geschaffen haben.³⁹ Der Wertanteil des ursprünglich eingebrachten Kapitals sinkt dadurch im Laufe der Zeit und damit sinkt nicht nur das Recht auf die alleinige Aneignung des Gewinns, es wächst auch das Recht der Mitbestimmung und der Gewinnbeteili-

³⁹ Zur Umsetzbarkeit der Forderungen in diesem Abschnitt siehe das Kapitel „partizipatorische Unternehmensverfassung“

gung der anderen am Unternehmen Beteiligten. Dieser Sachverhalt soll anhand eines einfachen Beispiels verdeutlicht werden.

Stark vereinfachtes Beispiel für die Verwendung der erarbeiteten Wertschöpfung⁴⁰

Bilanz im Jahr 1

Anlagevermögen	70 000,00	Eigenkapital	50 000,00
Umlaufvermögen	30 000,00	Fremdkapital	50 000,00
Summe	100 000,00	Summe	100 000,00

Bilanz im Jahr 2

Anlagevermögen	80 000,00	Eigenkapital	50 000,00
Umlaufvermögen	40 000,00	Erwirtschaftetes Kapital	20 000,00
		Fremdkapital	50 000,00
Summe	120 000,00	Summe	120 000,00

Durch die betriebliche Tätigkeit ist in diesem Fall innerhalb eines Jahres das Vermögen um 20000,00 Geldeinheiten gestiegen. In einer solidarischen Wirtschaft steht dieser Vermögenszuwachs nicht nur dem Eigenkapitalgeber (den Shareholdern) zu, sondern er wird entsprechend den Regelungen einer partizipatorischen Unternehmensverfassung aufgeteilt. Dieser Prozess führt auf längere Sicht zu einer „Verwässerung“ des ursprünglichen Eigenkapitalanteils und damit zu einem permanent kleiner werdenden Anteil der Eigentumsrechte zugunsten des Anteils der Mitarbeiter oder der Fremdkapitalgeber. Letzteres sind in einer solidarisch organisierten Ökonomie entweder die Zentralbanken oder demokratisch legitimierte Banken.⁴¹

Die Tendenz zur steigenden Fremdfinanzierung gerade der großen Unternehmen ist ein durchaus gewolltes Merkmal solidarischer Ökonomie. Das Fremdkapital wird durch die Zentralbank zur Verfügung gestellt und begründet damit einen Anspruch der Allgemeinheit, in die langfristigen Entscheidungsprozesse des Unternehmens mit einbezogen zu werden (vgl. hierzu ausführlich das Kapitel zur partizipatorischen Unternehmensverfassung). Mit der steigenden Bedeutung der Fremdfinanzierung ist zu diskutieren, inwieweit es sinnvoll ist, auf die Tilgung der Zentralbankkredite zu verzichten, solange das Unter-

⁴⁰ Zur Erläuterung der verwendeten Begriffe in der Bilanz: Unter Anlagevermögen versteht man bspw. die Gebäude, die Maschinen und den Fuhrpark zusammen. Mit dem Umlaufvermögen ist das Vermögen gemeint, das relativ schnell wieder in Geld umgewandelt werden kann. Hierzu gehören bspw. unfertige Erzeugnisse, ausstehende Forderungen oder das Bankguthaben.

⁴¹ Siehe hierzu die Ausführungen in dem Kapitel „Finanzordnung“

nehmen den Kriterien einer sozialen, ökologischen und ökonomisch nachhaltigen Bilanzierung entspricht. Die entfristete Kreditvergabe wird somit an strenge Kriterien gebunden und das Unternehmen geht das Risiko der Rückzahlung ein, wenn es diesen Kriterien nicht mehr genügt. Durch diese Entfristung des öffentlichen Kredits wird das Fremdkapital dem Eigenkapital praktisch gleichgestellt. Es bleibt dem Unternehmen freigestellt, sich Kapital über neue Anteilseigner oder über die Zentralbank zu beschaffen, beide Varianten können sehr attraktiv sein. Vor allem befreit es die nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen von der übermäßigen Abhängigkeit von privaten Kapitalgebern. Die Macht des Kapitalgebers wird durch die nahezu gleichwertige Alternative der öffentlichen Fremdfinanzierung wesentlich eingeschränkt.

2) Privateigentum an Grund und Boden und allen natürlichen Ressourcen soll wieder in Gemeineigentum übergehen (Rückei gnung zu Gunsten der klassischen Allmende).

Sie können durch öffentliche Träger in Pacht verliehen werden (z. B. Erbbaurecht) und können für Eigennutzung, genossenschaftlich bzw. zum Gemeinwohl genutzt werden.

Begründung: Natürliche Güter sind Gaben der Natur an alle Menschen; sie können nicht selbst geschaffen oder erarbeitet werden. Sie sind elementare Grundlage eines jeden Lebens und können darum nicht für kommerzielle Interessen Einzelner der Allgemeinheit entzogen („privatisiert“) werden.

3) Die Bereiche der Öffentlichen Güter und der Daseinsvorsorge werden entkommerzialisier t, entprivatisiert und in die Trägerschaft öffentlicher Verantwortung gegeben (kommunale, staatliche oder genossenschaftlich gemeinnützige Träger).

Zu diesen Bereichen gehören: Wasser, Abwasser, Energie, Verkehr, Schule und Bildung, soziale und medizinische Versorgung, Versicherungswesen, Verwaltung, Polizei, Justiz, Finanzdienstleistungen (Banken), große Kulturgüter u. ä. (moderne Allmende).⁴²

Begründung: Diese Güter dienen unmittelbar dem Gemeinwohl und haben der Grundsicherung des Lebens aller zu dienen; sie sind zu erschwinglichen Preisen einem jeden zur Verfügung zu stellen und werden darum dem Profitstreben der Privatwirtschaft entzogen.⁴³

Neue Eigentumsordnung:

1. Grund und Boden ist Gemeineigentum
2. Öffentliche Güter der Daseinsvorsorge entkommerzialisier t und in Trägerschaft öffentlicher Verantwortung
3. Kapitalverwässerung führt zu geringerem Einfluss des Kapitals in Wirtschaftsräten
4. Nutzungsbestimmtes Eigentumsrecht
5. Kapital ist öffentliches Eigentum

Damit wird der Markt mit seinem freien Wechselspiel von Angebot, Nachfrage und Preisen in die Bereiche zurückverwiesen, in denen er seine wirtschaftlich belebende Funktion haben soll: Im Handel mit materiellen Gütern und Dienstleistungen, die über die Grundsicherung menschlichen Lebens hinausgehen.

⁴² Vgl. dazu bei Felber „Demokratische Allmende“ in „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 76ff.

⁴³ Grundlegendes Ausführungen zu Gemeingüter bei Silke Helfrich: „Wem gehört die Welt“, 2009, S.24ff.

4) Kapital ist öffentliches Eigentum

Das bedeutet, keine private oder privatrechtlich juristische Person kann aus der ökonomischen Verfügung über Kapital Eigentumsrechte z.B. in Form von Zinsen ableiten.⁴⁴ Leistungslose Gewinnmitnahmen durch Abschöpfung anderer Leistung sind nicht möglich.

5) Nutzungsbestimmtes Eigentumsrecht

Schließlich stellt sich bei allen Formen des Eigentums die Frage nach der Dauer dieses Rechts und der damit verbundenen Verfügungsgewalt. Ist es nicht sinnvoll, das Verständnis eines „ewigen Eigentums“ zu Gunsten eines „Nutzungsbestimmten Eigentumsrechtes“ zu erneuern? Der ursprüngliche Eigentümer würde im Zeitverlauf seine Eigentumsrechte verlieren, wenn er sein Eigentum selbst nicht nutzt, bzw. selbst mit ihm nicht arbeitet, sondern dies andere Nutzer, Besitzer tun (Land, Immobilien u. ä.). Dieses nicht selbst genutzte Eigentum beinhaltet Macht. Diese kann in einem demokratischen Staat nicht endlos verfügbar und vererbbar sein. Hier sind gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die nicht nur eine unkontrollierte Machtanhäufung, sondern auch eine Perpetuierung der Macht über Generationen verhindern. Privateigentum über einen bestimmten Freibetrag hinaus, das nicht selbst genutzt wird, kann in der Logik der solidarischen Ökonomie nicht vererbbar sein, es sei denn das Privateigentum wird selber genutzt (das selbst bewohnte Haus, das selbst geführte eigene Unternehmen, etc.)

3.3 Neue Finanzordnung ⁴⁵

3.3.1 Analyse

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist spätestens seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts durch ein Zurückdrängen der direkten Waren-Geld-Beziehung ($W-G-W'$) zugunsten eines zunehmenden Handels Geld gegen Geld ($G - G' - G''$) gekennzeichnet. Geld vermehrt sich durch den Handel mit Geld, ohne einen Bezug zur realen Wertschöpfung zu haben. Diese Selbstbezüglichkeit des Geldes muss früher oder später zu einem Kollaps des ökonomischen Systems, in dem es um die Herstellung und Bereitstellung von Gütern und Dienstleistung geht, führen.

Der Handel von Geld gegen Geld beruht auf dem Prinzip der Verschuldung und der damit zu zahlenden Zinsen. Der Geldempfänger (Schuldner) begibt sich in eine Schuld gegenüber dem Geldgeber (Gläubiger) und zahlt hierfür den Preis in Form des Zinses. Bei der heute üblichen hohen Kreditfinanzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten wird der Zins durch einen neuen Schuldvertrag (plus Zinsen) finanziert. Dies muss zu einem exponentiellen Anwachsen der Geldabgaben des Schuldners durch den Zinseszinsseffekt führen. Dramatisch wird dies vor dem Hintergrund der prinzipiell „ewigen“ Laufzeit der Zinsbelastung, wenn der Kredit nicht getilgt wird oder der Schuldner ihn nach zwischenzeitlichen Tilgungen wieder auf seine ursprüngliche Höhe bringt (Revalutierung).⁴⁶ Die Folge dieses Grundprinzips ist, dass die „Schere“ zwischen Schuldner und Gläubiger sich immer weiter öffnet und der Kreditgeber einen immer höheren Anteil an der

⁴⁴ Siehe hierzu die Ausführungen in dem Kapitel Finanzordnung

⁴⁵ Vgl. hierfür vor allem den ausgeführten Baustein „Das bestehende Geldsystem und der Finanzkapitalismus - Überlegungen zu einem Geldsystem für eine solidarische Ökonomie“

⁴⁶ Gerade bei wachsenden Unternehmen ist die Revalutierung von Krediten ein übliches Mittel, da mit dem Wachstum der Kreditbedarf eher steigt als sinkt.

Wertschöpfung des Kreditnehmers auf seine Konten buchen kann. Je nach Laufzeit und Zinshöhe kann dies auf ein Vielfaches des ursprünglichen Kredits anwachsen.⁴⁷

Bisher ist noch ein „realwirtschaftlicher“ Vorgang der Wertschöpfung impliziert, aus der die Zinsen „bedient“ werden. Doch schon hier zeigt sich, dass das Anwachsen der Buchwerte der Wertschöpfung permanent „vorausieilt“: Das Fremdkapital ist zum einen auf der Schuldnerseite sofort verfügbar. Auf der Gläubigerseite steht es zum anderen als kommende Einnahme in den Büchern, deren Summe je nach Zinssatz nach ca. 10 bis 20 Jahren das Doppelte des verliehenen Geldes ausmacht.

Der moderne Finanzkapitalismus bringt diesen Mechanismus der Aneignung immer größerer Anteile der Wertschöpfung auf eine neue Stufe: Investiert wird nicht länger in konkrete Unternehmen und Projekte – dies ist die ursprüngliche Rolle der „Geschäftsbanken“ – sondern in Kapitalfonds, deren Zweck darin besteht, maximale Verwertungschancen eines von jeder weiteren Zweckbindung freigesetzten Kapitals zu finden und zu nutzen. Dies ist das Geschäft der ursprünglichen Investmentbanken, die heute zum Bestandteil aller großen Geschäftsbanken geworden sind.⁴⁸

Der spekulative Geldhandel der modernen „Finanzindustrie“ mit ihren neuen „Finanzprodukten“, den Hedgefonds, dem Derivat Handel, dem Handel mit Leerverkäufen, den Währungsspekulationen, dem spekulativen Rohstoff- und Nahrungsmittelhandel usw. ist ein ins Extrem gesteigerter globaler Aneignungsmechanismus⁴⁹, der im Kern auf der „automatischen“ Kapitalmehrung in Folge des Zinsprinzips basiert. Die hier weltweit gehandelten spekulativen Geldmengen liegen schon lange weit über allen in der Realwirtschaft gebrauchten und gehandelten Gegenwerte. Allein das Volumen der an den Börsen gehandelten Finanzderivate übertraf im Jahr 2008 mit 2,2 Billionen US-Dollar das Weltbruttosozialprodukt (55 Billionen US-Dollar) um das 40-fache.⁵⁰ Die Finanzkrise von 2008 ff. zeigt, dass diese Loslösung des Geldhandels von der Realwirtschaft ganze Volkswirtschaften und Staaten in den Ruin treiben kann.

Diese sich immer weiter hochschaukelnden Mechanismen der zinsbasierten Verschuldungsökonomie haben die Gefahr eines vollständigen globalen Zusammenbruchs heute akut und real werden lassen. Sie eröffnen darüber hinaus avancierten Betrugsmöglichkeiten, die durch die „Konstruktion“ erfindungsreicher („innovativer“) Finanzprodukte zu infamer Perfektion getrieben werden.

Eine **solidarische Ökonomie** will die Abschöpfungs-, Aneignungs- und Bereicherungsfunktionen des Finanzsystems sowie die selbstbezügliche Funktion des

⁴⁷ Auch jeder Hauseigentümer weiß, dass er seinen Kredit selbst bei planmäßiger Tilgung in der Regel in doppelter Höhe an die Bank zurückzahlen muss. Ein Hausbesitzer, der z. B. 100 000,00 € aufnimmt (Zinsen 5 % / Anfangstilgung 2 %) hat nach 25 Jahren, wenn der Kredit getilgt ist, knapp 80 000,00 € nur Zinsen an die Bank gezahlt.(eigene Berechnungen)

⁴⁸ Die Verflechtung der unterschiedlichen Funktionen der Unternehmensfinanzierung und des Investmentbanking wieder aufzulösen und die Banken entsprechend zu entflechten, gehört zu den konkreten Schritten heute diskutierter Finanzmarktreformen.

⁴⁹ Hier kann grundsätzlich von einem „Aneignungsmechanismus“ gesprochen werden - aber nicht immer von einem „Abschöpfungsmechanismus“, da „Abschöpfung“ reale Wertschöpfung voraussetzt, was oft gar nicht mehr gegeben ist. Angeeignet werden dann künftige Verpflichtungen Dritter, Schulden zu begleichen (was als Letztbürgen in der derzeitigen Praxis die Staaten übernehmen).

⁵⁰ BIZ / Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2009): BIS Quarterly Review, März 2009. Vgl. auch Basisinformation Attac vom 19.11. 2008.

Geldes überwinden und das Geld wieder zu seiner produktiven und lebensdienlichen Funktionen zurückführen.

In einer solidarischen Ökonomie wird Geld als ein wichtiges Instrument des Wirtschaftens aber nicht als Ware genutzt. Geld ist in diesem Sinne v. a. ein vorzügliches Tauschmittel und ein allgemein anerkannter Wertmaßstab. Darüber hinaus bleibt es jedermann freigestellt, Geld aufzubewahren, um es zu einem späteren Zeitpunkt als Tauschmittel zu verwenden. Geld kann in einer solidarischen Ökonomie auch als „Kapital“ im Sinne der Vorfinanzierung künftiger Leistungen genutzt werden, damit sind allerdings keine Rechte auf eine Gewinnzuteilung oder Verzinsung verbunden. Die Verwendung des Kapitals wird letztlich die Gesellschaft entscheiden müssen.

Dabei ist die Vergesellschaftung des Kapitals nicht gleichzusetzen mit der „alten“ Forderung der sozialistischen Arbeiterbewegung nach einer „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“. Vielmehr wird die Vielgestaltigkeit privater, genossenschaftlicher, öffentlicher und staatlicher Eigentumsformen vor dem Hintergrund eines sozialisierten Kapitals als Kennzeichen einer „pluralen“ solidarischen Wirtschaftsstruktur angesehen.

3.3.2 Vorschläge zur Neuordnung

3.3.2.1 Reform des Schuldgeldzinses

Ein Geld- und Finanzsystem, das sowohl die Effekte des „abgekoppelten“ Kapitalwachstums als auch die leistungslosen Aneignungs- und Bereicherungseffekte überwindet, muss zunächst zwei grundlegende Fälle unterscheiden:

- a) Die Anlage von Rücklagen oder Ersparnissen, die aus realer und somit schon erfolgter Wertschöpfung resultieren, also die Anlage von *Realgeld* und
- b) Die Aufnahme von neuem und „geschöpftem“ Geld, das künftige Wertschöpfungen finanzieren soll, also die Aufnahme von *Schuldgeld*.

Eine wesentliche Fehlfunktion des heutigen Geld- und Finanzsystems besteht darin, Schuldgeld, dessen Gegenwert erst noch erarbeitet werden muss, mit einem Zins zu belegen, der

1. eine zusätzliche, nicht im ursprünglichen Bedarf begründete Wertschöpfung erforderlich macht und der
2. diesen zusätzlichen Anteil einem externen Akteur, nämlich dem Kapitalgeber übereignet.

In der herrschenden Volkswirtschaftslehre kommt dem Zins als Preis für das geliehene Geld die Aufgabe der Allokation zu. Das heißt, das Geld, bzw. der Kredit, fließt dorthin, wo die erwartete Wertschöpfung höher ist als die notwendige Tilgung und die Zinsbelastung. Entscheidend für die Kreditaufnahme ist also die Höhe Zinses im Vergleich zu den Zukunftserwartungen. In der Konsequenz ist gerade in Wachstumsphasen ein außerordentlich hohes Wachstum der Kreditsummen zu beobachten. Eine effektive Tilgung von Kreditvolumina kann volkswirtschaftlich gesehen gar nicht stattfinden. In der Praxis ist sogar eine sich beschleunigende Aufblähung zu konstatieren.

Das zinsbasierende System der Investitionsfinanzierung ist deshalb grundlegend auf das Kriterium einer entfristeten Tilgung umzustellen. (vgl. hierzu auch die Ausführungen in Kapi-

tel 5.2) Dies schließt die gleichzeitige Erhebung von Zinsen aus, da diese für den Kapitalgeber gegenüber Tilgungen von Vorteil sind.

Um dies zu erreichen, kann der übliche Zins durch eine einmalige Kreditgebühr⁵¹ ersetzt werden, die vom Kreditnehmer (oder einem Dritten) als Entgelt an die kreditvermittelnde Stelle - also in der Regel an die Bank - gezahlt wird. Damit entfällt das exponentielle Wachstum der Zinsschuld.

Die Kreditgebühr ist dabei kein „Preis“, der sich am Markt bildet und auch keine Risikoprämie. Die Gebühr ist stattdessen die finanzielle Gegenleistung, die die kreditausgebende Stelle für ihre Aufwendungen der Bonitätsprüfung⁵², der Prüfung des Investitionsvorhabens und der technischen Abwicklung sowie Verwaltung des Kredites enthält. Das Risiko des Kreditausfalls kann in dieser Gebühr ebenfalls enthalten sein. Der Kreditmittler müsste in diesem Fall verpflichtet sein, Rücklagen bei der Zentralbank für ausfallende Kredite zu bilden.

Grundsätzlich werden Schuldner nicht aus der Tilgungspflicht entlassen. Kann ein Schuldner einen Kredit nicht zahlen, muss er in einem geregelten Verfahren (Insolvenzrecht) für die Tilgung sorgen. Kann der Kreditgeber das Geld nicht zurückerhalten, muss er auf seine Zentralbankrücklagen zurückgreifen, ist auch dieses erfolglos, zahlt letztlich die Allgemeinheit den Kreditausfall.⁵³

Eine solche Neuordnung setzt die konsequente Betrachtung neu geschöpften, also „*ex nihilo*“ geschaffenen Geldes als „öffentliches Kapital“ voraus, also als Kapital, das der Allgemeinheit, aus deren Hand es geschaffen wurde, gehört und das entsprechend nur treuhänderisch, nicht aber zu Erzielung eigenständiger, von Zwecken freigesetzter „Kapitalrenditen“ eingesetzt werden darf. Wo immer solche anfallen, stehen sie im Falle öffentlichen Kapitals der Allgemeinheit zu, die auch die Entlohnung der „Treuhänder“ festlegt sowie das Maß ihrer Unabhängigkeit (evtl. vergleichbar der von Richtern).

3.3.2.2 Anlageformen von Realgeld und Realkapital

Unter den derzeit weltweit umlaufenden Kapitalien befinden sich Einlagen, Rücklagen oder Ersparnisse, die aus realer und somit schon erfolgter Wertschöpfung resultieren, also durch Leistung schon gedecktes *Realgeld*.⁵⁴

Im Zuge einer Geld- und Zinsreform mit genannter Zielsetzung gibt es hierfür, was Spareinlagen betrifft, im wesentlichen zwei Alternativen:

- a) Für Spareinlagen gibt es keinen Zins; die kostenlose, diebstahlsichere und für Überweisungen verfügbare Sparmöglichkeit muss dann ausreichende Gegenleistung

⁵¹ Die Höhe der Kreditgebühr ist abhängig von der Inflationsrate, der aktuellen Knappheit des Geldes und ggf. der Laufzeit des Kredits. Sie kann von der Zentralbank also durchaus als Instrument zur Konjunktursteuerung eingesetzt werden.

⁵² Hier sind Richtlinien zur Bonitätsprüfung notwendig. Um dem Kreditvermittler einen Anreiz für eine sorgsame Prüfung zu geben, kann es sinnvoll sein, dass ein Teil der Gebühren erst nach Abschluss der Tilgung fällig wird.

⁵³ In diesem Fall steigt die Geldmenge ohne einen realen Gegenwert, was zu einer Geldentwertung beiträgt.

⁵⁴ Die heutigen liquiden oder liquidierbaren Mittel, sind allerdings in einem Maße ungleich verteilt das nicht aus den Unterschieden tatsächlicher menschlichen Leistungen resultieren kann. Dem ist so, weil sie „ihren Anteil“ an des historischen Folgen des Kreditzinsregiments enthalten, der alle Unterschiede wie auch die vorhandene Geldmenge in wenigen Jahrzehnten vervielfachend „aufbläht“. Das „Realgeld“ ist vom „Blähgeld“ deshalb praktisch kaum zu unterscheiden.

Um eine Abgrenzung und systematische Behandlung zu ermöglichen, wird es deshalb zu einem großzügig so genannten „Realgeld“ zusammen gefasst, das vom „Schuldgeld“, das nur öffentlich geschöpft werden darf, unterschieden wird.

für das Deponieren von Geld auf den Banken sein.⁵⁵ Die Gefahr, die hierbei besteht, ist das Entstehen „grauer“ oder „schwarzer“ Geldmärkte, die Grundlage einer neuen Form der Schattenwirtschaft werden.

b) Die Verzinsung von Spareinlagen wird als Privileg öffentlicher Geldinstitute behandelt. Diese gleichen den Zinssatz an die durch die Zentralbank gesteuerte Inflationsrate an, um ein stärkeres Wachstum des Kapitals gegenüber der realen Wirtschaftsleistung zu verhindern. Auch hier gibt es die Gefahr der Schattenmärkte, die aber relativ kleiner ist, da der „legale“ Anleger hier auch ohne Realzinsgewinne viele Vorteile genießt.

Bei der Geldanlage zur Finanzierung von Unternehmen stellt sich eine Neuordnung schwieriger dar, da ein prinzipieller Anreiz solcher Investitionen bzw. Kapitaleinlagen ein konstitutives Element privaten Unternehmertums ist.

Hier sind dennoch Formen möglich, die den nominellen Kapitalzins vermeiden und sich an Formen des *Islamic Banking* anlehnen können, die das Zinsinstrument bekanntlich in langer Tradition erfolgreich ausschließen. Investive Geldanlagen können dabei keinen „festen Zins“ beanspruchen, sondern begründen ein Mitentscheidungsrecht bei wichtigen unternehmerischen Entscheidungen. Hierzu zählt dann ggf. auch die Beteiligung am Unternehmenserfolg.⁵⁶

Andere Varianten für die Überwindung des Abschöpfungsmechanismus des Zinses sind dessen Linearisierung (jährliche Abschwächung des Zins bis auf 0) oder konsequenter die Besteuerung liquider Guthaben (Liquiditätsabgabe nach Gesell, Keynes u. a.).⁵⁷

3.3.2.3 Reform des Bankwesens

Banken, die kreditiertes Zentralbankgeld, also „Schuldgeld“ ausgeben, sind als öffentliche Einrichtungen des Gemeinwesens oder deren Treuhänder zu organisieren. Darum sollten sie auf ihre gemeinnützige Dienstleistungsfunktion in Verantwortung der Öffentlichen Hand zurückgeführt werden:

- auf die Aufbewahrungsfunktion,
- auf die Maklerfunktion zwischen Spareinlagen und Krediten ohne Gewinnabschöpfung für die Bank und
- auf die gemeinwohlorientierte Allokationsfunktion⁵⁸.

Die betriebswirtschaftlichen Aufwendungen werden wie dargelegt aus den Kreditgebühren aufgebracht. Die Mitarbeiter der öffentlichen Banken sind Angestellte mit festen tariflichen Gehältern ohne Boni wie in anderen Verwaltungsbehörden. Öffentliche Banken gibt es auf regional-kommunaler Ebene und auf Länderebene. Darüber hinaus kann es genossenschaftliche Banken und dem Gemeinwohl treuhänderisch verpflichtete Privatbanken geben.⁵⁹ Das Recht zur Geldschöpfung liegt allein bei der Zentralbank. Die bislang praktizierte Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken ist nicht mehr möglich.⁶⁰

3.3.2.4 Verbot jeden spekulativen Geldhandels und direkte Risikoversicherung der Wirtschaft ohne Geschäfte Dritter

Das Grundprinzip eines solidarwirtschaftlichen Geldwesens liegt darin, Geld nur mehr als

⁵⁵ Nach dem Modell der „Demokratischen Banken“ bei Christian Felber in „Gemeinwohl-Ökonomie“, S. 50 ff.

⁵⁶ vgl. hierzu die Ausführungen in dem Abschnitt zur partizipatorischen Unternehmensverfassung

⁵⁷ Eine differenzierte Diskussion dieser Modelle ist dem Baustein zur Finanzordnung nachzulesen.

⁵⁸ Allokation meint Verteilung, auch Hinfließen des Geldes, wo es der Wirtschaft am besten dient.

⁵⁹ So das Modell der „Demokratischen Banken“ bei Christian Felber in „Gemeinwohl-Ökonomie“, S. 50 ff.

⁶⁰ Dies kann z.B. durch eine 100% Mindestreservspflicht der Banken umgesetzt werden.

Instrument, nicht aber als **Ware** einzusetzen. Entsprechend sind spekulativen Geldprodukten, „gehebelten derivativen Instrumenten“, dem Handel mit gedeckten oder ungedeckten Leerverkäufen („setteled und unsetteled shortselling“), spekulativen Wetten auf fallende oder steigende Kurse (Optionsscheinhandel) von Wertpapieren, Währungen oder von Preisen für Rohstoffe und Nahrungsmittel - also der bekannten und berüchtigten Palette des „modernen“ Investment Banking - die Zulassung zu entziehen. Dies gilt auch für sogenannte Hedgefonds.

Dem Bedürfnis der Wirtschaft nach einer Absicherung typischer Risiken soll stattdessen durch direkte Versicherungsbeziehungen - also z. B. Versicherungen gegen einen Preis oder Devisenkursanstieg bis zum Kaufdatum oder einen Preisverfall bis zum Lieferdatum – nachgekommen werden. Auch dabei wird gegen eine Prämie an das Unternehmen Ersatz geleistet. Es müssen dann aber die Prinzipien gelten, dass a) mit dem Versicherungsschein nicht gehandelt werden darf und b) die Versicherung nur vom betroffenen Akteur und einem zugelassenen Versicherer abgeschlossen werden darf. Eine Situation, wie sie bei den sog. „Credit Default Swaps“ (CDS) auftritt, in der ein völlig unbeteiligtes Investmenthaus eine Wette auf den Kreditausfall zwischen zwei anderen Parteien abschließen kann, um bei Eintreten des Schadens daran zu verdienen, muss als sittenwidrig und illegal juristisch vollständig ausgeschlossen werden.

Bei einem Verbot jeglicher Geldspekulation und jeglichen Handels mit Schuldtiteln käme den Börsen vornehmlich die Funktion des Maklers zu. Die Kapitalbörse wäre also der Ort, an dem tatsächliche Unternehmensanteile vermittelt werden, die Devisenbörse der Ort, an dem sich tatsächliche Wechselkurse bilden und Rohstoffbörsen der Ort, an dem sich entsprechende Marktpreise für Grundstoffe oder Nahrungsmittel bilden.

Ein „Investmentbanking“ wäre an Börsen dann nicht mehr möglich und diese würden einen Großteil ihres Umsatzes verlieren.

Als Weg der Eigenkapitalbeschaffung würden die Börsen aber auch in einem gemischten markt- und solidarwirtschaftlichen System ihre Funktion behalten. Die für die Realwirtschaft nötigen Kapitalbeschaffungen können zwar auch für Großunternehmen und im internationalen Bereich durch Großbanken bzw. Zentralbanken mit dem beschriebenen Kreditverfahren wahrgenommen werden, doch solange auch Eigenkapital in der Wirtschaft eine Rolle spielt bzw. spielen soll, sind Börsen – reduziert auf ihre Rolle als Makler - nötig und sinnvoll.

Die Allokation des Geldes kann in dem System einer solidarischen Ökonomie nicht vollständig durch eine Investitions- und Steuerpolitik des Staates also durch öffentliches Fremdkapital geschehen. Eigenkapital ist für die meisten Unternehmensformen ein probates Mittel, die eigene Situation unbürokratisch“ zu verbessern und Wege der kollektiven Selbsthilfe zu erschießen. Anders kann die Frage der Feststellung von Wechselkursen gesehen werden. Dies kann durch das Zusammenwirken von Zentralbanken geschehen. Hierfür könnte der Vorschlag von John Maynard Keynes hilfreich sein: Die Schaffung eines „Globo“ als internationaler neutraler Verrechnungseinheit, mit dem internationale Geschäfte verrechnet und an dem die Wechselkurse der Nationen oder Regionen gemessen werden.⁶¹

⁶¹ Felber S. 58ff.

3.3.2.5 Einführung eines dualen Geldsystems

Regionale Währungen und global-konvertible Währungen können einander ergänzen: Regionale Währungen können sofort als reines zinsfreies Tauschäquivalent für Waren und Leistungen in der jeweiligen Region fungieren. Sie haben gegenüber den globalisierten Zentralwährungen eine die Regionalwirtschaft schützende, stärkende und belebende Funktion. Die konvertiblen Landeswährungen dienen dabei weiter dem überregionalen und globalen Handel und bedienen die Spar- und Kreditnotwendigkeiten.

Diese utopisch anmutenden Vorschläge liegen nicht so weit von der Realität entfernt wie es scheint: Gemeinnützige, nicht abschöpfende Genossenschaftsbanken gibt es schon, z. B. die GLS-Bank; es gibt regionale zinsfreie „Komplementärwährungen“ bzw. ein „Regio-Geld“ neben den üblichen Landeswährungen, es gibt Leihgemeinschaften, die weitgehend auf einen Kreditzins verzichten, es gibt Tauschwährungen, Zeitbanken u. ä. Alle diese Anfänge sind Ausdruck und Experimentierfelder von alternativen Geldsystemen. Mit den skizzierten Veränderungen des Geldsystems wären noch nicht alle kapitalistischen Abschöpfungsmechanismen überwunden, aber wohl entscheidende Weichen gestellt.

3.3.3 Sofort-Maßnahmen zur Finanzmarktkontrolle und zur Dämpfung der Spekulation

Die Steuerung ganzer Volkswirtschaften über die Vorgänge an hoch volatilen Wertpapiermärkten und die Potenzierung der Volatilität – also der Kursausschläge – durch vielfache Effekte systematischer und mit Finanzmarktinstrumenten bewehrter Spekulation macht die Politik zum Handlanger und Reparaturbetrieb des Finanzsystems.

Um überhaupt wieder eigenständig gestaltunfähig zu werden, sind eine Reihe von Sofort-Maßnahmen erforderlich, um

- a) die Finanzmärkte zu kontrollieren und dabei in ihren Möglichkeiten effektiv zu begrenzen und
- b) die Instrumente, die durch systematische Spekulation die Volatilität erhöhen, so weit als möglich aus dem Markt zu nehmen.

Die Bewegungen der Wertpapiermärkte stellen für jede konjunkturelle Entwicklung einen „prozyklisch“ verstärkenden Effekt dar und sind oft sogar *Auslöser* von Rezessionen oder eines folgenden Booms (oder umgekehrt). Im Sinne des volkswirtschaftlichen Prinzips der „antizyklischen Globalsteuerung“⁶² sind diese Bewegungen prinzipiell zu dämpfen, um die volkswirtschaftlichen Konjunktoren und Zyklen wieder primär wirtschaftspolitisch steuern zu können.

Ein praktischer Maßnahmenkatalog kann heute etwa wie folgt aussehen:

- Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken
- Zentralbankmonopol der Geldschöpfung
- Demokratische Kontrolle der Zentralbanken

⁶² Dieses Prinzip den „Aufschwung“ oder „Boom“ zu dämpfen und den „Abschwung“ oder die Rezession abzufedern war bis zum Beginn der neoliberalen Welle Anfang der 80er Jahre und in Deutschland noch bis weit in die 90er Jahre hinein Grundlage staatlicher Wirtschaftspolitik. Erst die Paradigmen der „New Economy“ haben extreme Wachstumsraten als etwas positives dargestellt und zu den unvermeidlichen Gegenbewegungen das Investmentprinzip formuliert „aus jeder Marktbewegung profitieren“ zu können.

- Verbot von Leerverkäufen („Shortselling“) und dem Handel mit Kreditausfallversicherungen
- Transparente Kontrolle von Hedge-Fonds und Derivaten
- Generelle Begrenzung der Boni und Verbot kurzfristiger („prozyklischer“) Boni
- Erhöhung der notwendigen Eigenkapitalquoten und der Mindestreservesätze für Geschäftsbanken
- Einrichtung öffentlich-rechtlicher Rating-Agenturen
- Finanztransaktionssteuern, um sowohl „große“ als auch „schnelle“ Spekulationen mit ihren prozyklischen Effekten zu erschweren und Mittel zu Kompensation der Schäden zu gewinnen
- Ein öffentlicher Kredit- und Schulden-Audit, durch den die Ursachen der Verschuldung von Ländern, gegen die an den Finanzmärkten spekuliert wird, transparent werden

Diese Überlegungen und Vorschläge bringen – das muss hier betont werden – kein neues und solidarisches Geld- und Finanzsystem hervor. Es sind nur Reparaturen, die das bestehende System in seinen Auswirkungen mildern und zum Teil destruktive Effekte auch korrigieren können, aber am Kardinalfehler der Selbstbezüglichkeit des Geldes und der darauf aufgebauten Strukturen grundsätzliches ändern.

3.4 Partizipatorische Unternehmensverfassung und genossenschaftliche Wirtschaftsweise

3.4.1 Analyse

Das private Unternehmertum hat den nicht zu unterschätzenden Vorzug, im Wirtschaften zu einer hohen Eigeninitiative, Innovation und Kreativität zu führen. Darum ist es zu schützen und zu fördern.

Dennoch muss die Frage der Kapitalakkumulation gelöst werden. Die mehrfach zitierte Formel von der *„Akkumulation des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes in alleiniger Privatverfügung der Kapitaleigner“* entspricht zwar ganz dem Prinzip und Bestreben kapitalistischer Wirtschaftsweise, wird aber genau genommen bereits durch die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft eingeschränkt. Die moderne Betriebswirtschaftslehre hat darüber hinaus erkannt, dass Mitarbeiter, die sich ausgenutzt und bevormundet fühlen, wesentlich unproduktiver arbeiten als Mitarbeiter, die sich gerecht behandelt fühlen. In einigen Unternehmensführungen gibt es aus dieser Erkenntnis heraus Ansätze einer „Corporate Governance“ (ethisch und sozial verantwortliche Unternehmensführung). Im Idealfall ist hier ein Mitwirken aller am Unternehmen Beteiligten und vom Unternehmen Betroffenen, der sog. „Stakeholder“ vorgesehen. Neben den Kapitaleignern und der Geschäftsführung sind dies die Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten und Vertreter der Öffentlichkeit.

Diese Ansätze bleiben allerdings systemimmanent. Sie dienen in aller Regel der weiteren Profitsteigerung des Unternehmens. Der Wachstumszwang und das Konkurrenzprinzip lassen den Unternehmen auch keine Wahl. Das Deutsche Aktiengesetz verpflichtet die Gesellschaften, eine möglichst hohe Rendite für die Anleger zu erwirtschaften.⁶³ Das „Shareholder-Prinzip“, das Prinzip der Kapitalanlage mit den höchsten Profiten, dominiert vor allem die Großunternehmen.

⁶³ Gerhard Scherhorn „Geld soll dienen, nicht herrschen...“, S. 68

3.4.2 Vorschläge zur Neuordnung

Ein grundlegend neuer Ansatz der Unternehmensverfassung ist ein zentraler Punkt für eine solidarische, am Gemeinwohl orientierte Ökonomie, dabei muss sich die neue Unternehmensverfassung an den folgenden Kriterien messen lassen:

- Sie muss gewährleisten, dass keine Gruppe so viel Macht erhält, dass sie die wesentlichen Entscheidungen des Unternehmens in ihrem Sinne dominieren kann. Konkret dürfen die Kapitalgeber nicht das selbstverständliche Recht für sich beanspruchen, den erwirtschafteten Gewinn allein unter sich aufzuteilen. Die fortwährende Akkumulation des Kapitals in alleiniger Privatverfügung der Kapitalgeber muss beendet werden.

- Sie muss den Leitvorstellungen einer gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Ökonomie entsprechen. Unternehmerisches Handeln muss sich an drei gleichgewichtigen Zielvorstellungen orientieren:
 - **Ökonomische Nachhaltigkeit**, d. h. die Möglichkeit, den Wertschöpfungsprozess dauerhaft und auch für kommende Akteure und Generationen aufrecht zu erhalten
 - **Soziale Nachhaltigkeit**, d. h. die Aufrechterhaltung von Lebens- und Teilhabechancen auch für kommende Akteure und Generationen, durch den ökonomischen Prozess
 - **Ökologische Nachhaltigkeit**, d. h. die dauerhafte Aufrechterhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens und der Wirtschaft auch für kommende Akteure und Generationen

- Sie muss Rahmenbedingungen und Anreizsysteme zur Verfügung stellen, die es ermöglichen, dass alle an der Produktion beteiligten Menschen (auch die Kapitalgeber) in ihrer Tätigkeit eine Sinnerfüllung finden können, sie sich also aus eigenem Interesse heraus (intrinsisch) für die Belange ihres Unternehmens engagieren.

Wir versuchen, uns diesen Ansprüchen durch das Konzept einer **partizipatorischen Unternehmensverfassung** zu nähern. Die partizipatorische Unternehmensverfassung beinhaltet vier Kernelemente, die im Folgenden kurz vorgestellt werden:

3.4.2.1 Die Ausweitung der Bilanzierung auf soziale und ökologische Kriterien:

Die Unternehmen werden durch den Gesetzgeber verpflichtet, neben den finanzwirtschaftlichen auch vorgegebene ökologische und soziale Bilanzkriterien und Kennzahlensysteme einzustellen. (Hier gibt es bereits differenzierte Verfahren.) Durch unterschiedliche Anreize und Förderungen (Steuern, Kreditkonditionen, öffentlicher Auftrag, Zölle u. ä.) wird die Realisierung dieser Kriterien belohnt oder im Negativfall „bestraft“. Damit wird die unternehmerische Erfolgsrechnung auf eine breitere Basis gestellt und durch marktkonforme Anreizmechanismen konsequent in Richtung ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit gelenkt. In der Erfolgsrechnung werden neben den bisher üblichen betriebswirtschaftlichen auch ökologische und soziale Kosten und Gewinne ausgewiesen.

3.4.2.2 Partizipatorische Betriebsleitung:

Ein Unternehmen ist immer eingebunden in das Flechtwerk sozialer, ökologischer, volkswirtschaftlicher und öffentlicher Bedingungen und Notwendigkeiten. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen ist ein Kernbereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens und be-

darf deshalb der Kontrolle und der Lenkung durch die Gemeinschaft. In der kapitalistischen Marktwirtschaft vollzieht sich diese Lenkung im Wesentlichen durch einen am Profit orientierten Markt. Diese Art der Steuerung setzt häufig falsche Signale und führt – wie in den vorherigen Kapiteln beschrieben - zu erheblichen Fehlsteuerungen.

Für den Aufbau eines Unternehmens in dem System einer solidarischen Ökonomie stellen sich in diesem Zusammenhang zwei zentrale Fragen:

1. Wer trägt innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen (z. B. Regelung der Bilanzierung wie oben beschrieben, grundsätzliche Beibehaltung des Marktes) die Verantwortung was, wie und wo produziert wird?
2. Wer trägt die Risiken der Produktion?

Diese Fragen müssen in einem gesellschaftlichen Entscheidungsprozess beantwortet werden. Dabei wird man unweigerlich analysieren müssen, welche gesellschaftlichen Gruppen überhaupt an der Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen beteiligt sind. Dies sind die Kapitalgeber (hiermit sind sowohl Eigenkapital als auch Fremdkapital gemeint), die Mitarbeiter, die Vertreter der Öffentlichkeit (Kommune, Land), die Kunden und die Vertreter ökologischer Interessen als „Anwälte“ der Natur. Diese Gruppen tragen sowohl die Verantwortung als auch die Risiken der Produktion (ausführlich werden die Verantwortungsbereiche und Risiken in dem Baustein Unternehmensverfassung dargestellt). Akzeptiert man, dass die Produktion von Gütern und Dienstleistungen eine Kernangelegenheit der Gesellschaft ist, sind diese Gruppen mit in die unternehmerischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Damit wird weder das unternehmerische Handeln noch der Markt (und der Preis) als ein Instrument der Verteilung in Frage gestellt. Es geht vielmehr darum, innerhalb eines solidarisch organisierten Marktes (s. Kapitel 4.7) Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu einer am Gemeinwohl orientierten Steuerung führen.

Zur Gewährleistung der gesellschaftlichen Interessen ist in den größeren Unternehmen die Bildung eines **betrieblichen Wirtschaftsrats** sinnvoll. Zu den zentralen Aufgaben des betrieblichen Wirtschaftsrats gehört unter Berücksichtigung der oben genannten Bilanzierungsregeln die langfristige strategische Ausrichtung des Unternehmens, die Entscheidungsbefugnis über die Gewinnverwendung und die Wahl und die Kontrolle des Vorstands. Der betriebliche Wirtschaftsrat ist somit in etwa mit dem herkömmlichen Aufsichtsrat in Kapitalgesellschaften vergleichbar, verfügt aber über mehr Kompetenzen und setzt sich auch anders zusammen. Das operative Geschäft liegt beim Vorstand. Die Zusammensetzung des betrieblichen Wirtschaftsrats erfolgt drittelparitätisch mit den Gruppen Kapitalgeber (Eigen- und Fremdkapital), Mitarbeiter und Öffentlichkeit. Ein Recht zur Teilnahme an der Gruppe „Öffentlichkeit“ haben Vertreter der Kommunen bzw. des Landes (dies sind gewählte Vertreter aus den jeweiligen Parlamenten), der Kunden und Umweltverbände. Sollten die Kunden oder die Umweltverbände ihr Recht nicht wahrnehmen wollen, wird dieser Platz durch einen Vertreter der Kommune (bzw. des Landes) wahrgenommen.

Die Drittelparität verhindert die Machtanhäufung bei nur einer Gruppe. Bei strittigen Entscheidungen sind Verhandlungen zu führen und ggf. Koalitionen zu bilden. Die Zahl der Teilnehmer sollte immer ungerade sein, so dass es zu keiner Pattsituation kommen kann.

Es stellt sich die Frage, wie die Vertreter der Kunden und der Umweltverbände demokratisch legitimiert in einen Wirtschaftsrat (betrieblich oder überbetrieblich) entsandt werden können. Hiermit wird eine zentrale Frage des Demokratieverständnisses in einer solidarisch formierten Gesellschaft angesprochen. Das Subsystem Wirtschaft bedarf in einer

solidarischen Gesellschaft einer demokratischen legitimierten Mitbestimmung ohne die Entscheidungsspielraum der einzelnen Unternehmen lahm zu legen. Bekennt sich die Gesellschaft zu ihrer Verantwortung für wirtschaftliche Prozesse, sind entsprechende Strukturen zu bilden. In diesem Fall könnte das bedeuten, aus der Gesellschaft heraus bilden sich – ähnlich den heutigen Gewerkschaften - Kundenverbände und Umweltschutzverbände. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, in direkter Wahl Vertreter in diesen Verbände zu wählen. Die Verteilung der gewählten Personen auf die einzelnen Unternehmen und Wirtschaftsrate obliegt dann den Verbänden. Inwieweit dieses oder ein anderes Modell der gesellschaftlichen Mitbestimmung funktioniert, ist eine Frage des gesellschaftlichen Bewusstseins. Dort wo Menschen wirklich mit gestalten können, engagieren sie sich auch. Zur Bewusstmachung der enormen Bedeutung der Kunden- und Umweltverbände sind statt der herkömmlich täglichen Börsenmeldungen in den Nachrichtensendungen auch Nachrichten aus den Aktivitäten der Kunden- oder Umweltschutzverbänden denkbar.

Funktion und Aufbau der betrieblichen Wirtschaftsrate ist im Einzelfall von der Betriebsgröße und der Unternehmensform abhängig: In Kleinunternehmen bis zu etwa 30 Beschäftigten wird es keinen Wirtschaftsrate geben. Die gesellschaftlichen Interessen können bei diesen Unternehmen durch gesetzliche Bestimmungen wie den Bilanzierungsregeln und durch die regionalen Wirtschaftsrate wahrgenommen werden. Bei größeren Unternehmen ab etwa 50 Beschäftigten wird die Bildung eines betrieblichen Wirtschaftsrates gesetzlich vorgeschrieben.

Darüber hinaus ist eine differenzierte Besetzung und Gewichtung der Interessensgruppen der betrieblichen Wirtschaftsrate nach den Unternehmensformen bedenkenswert. Bei öffentlich- rechtlichen Unternehmen und bei sogenannten Allmenden ist der Einfluss der Öffentlichkeit stärker zu gewichten und evtl. auch eine Viertel- oder sogar Fünftelparität zu ermöglichen.⁶⁴

3.4.2.3 Bildung nationaler und regionaler Wirtschaftsrate

Um die sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kennzahlen für die Bilanzierung der Unternehmen zu finden, bedarf es entsprechender „Leitwerte“ für die Wirtschaft. Diese könnten in einem Nationalen Wirtschaftsrate erarbeitet werden.⁶⁵ In Regionalen Wirtschaftsrate könnten in Analogie und Weiterentwicklung der schon heute arbeitenden „Raumplanungsbehörden der Länder“ konkretere Rahmenvorgaben für die Region erarbeitet werden. Kleinere Unternehmen könnten sich in Analogie und Weiterentwicklung der früheren Zünfte und heutigen Handwerkskammern in den Regionalen Wirtschaftsrate zusammenfinden: eine Austausch- und Abspracheebene, die nach den gemeinwohlorientierten Leitwerten und Kennzahlen die Angebotspaletten und Markträume für alle Beteiligten sichert, Kooperation ermöglicht und so für ein nachhaltiges Agieren aller in der Region sorgt.

Grundsätzlich erfolgt die Zusammensetzung der nationalen und regionalen Wirtschaftsrate nach den gleichen Überlegungen wie bei den betrieblichen Wirtschaftsrate.

3.4.2.4 Anreizsysteme

Spätestens an dieser Stelle taucht die Frage auf, ob die wirtschaftlich Handelnden bereit sein werden, ihre Kraft und ihr Kapital für ein partizipatorisch organisiertes Unternehmen zur

⁶⁴ Detailliertere Überlegungen hierzu sind in dem Baustein „partizipatorische Unternehmensverfassung“ ausgeführt. So kann es beispielsweise durchaus sinnvoll sein, in einem Seniorenheim die Interessen „ der Kunden“ stärker zu gewichten als die Interessen der Kapitalgeber.

⁶⁵ Felber spricht hier von einem nationalen „Wirtschaftskonvent“, a.a.O. S. 25ff.

Verfügung zu stellen. Die Vorteile für die Angestellten, die Kunden und Lieferanten liegen auf der Hand: Ihre aktive Beteiligung ist dort, wo sie vorher nur in passiver Abhängigkeit lebten, ein deutlicher Gewinn. Ebenso verhält es sich mit den öffentlichen und ökologischen Interessen.

Für Eigentümer und Unternehmer, deren Motivation allein oder überwiegend in der Profitmaximierung und Machtausübung besteht, scheint diese Wirtschaftsweise eher ein Verlust zu sein. Dennoch gibt es für die Unternehmer und Kapitaleigner entschiedene Vorteile:

a) Auf der ideellen Seite profitieren Unternehmer und Kapitaleigner durch einen persönlichen Gewinn an Sinnfindung und Selbstverwirklichung. Sowohl die Kapitalbeteiligung an einem großen Unternehmen und erst recht an kleineren und mittelständischen (Familien-)Unternehmen, in dem die Kapitaleigner zusätzlich ihre Arbeitskraft einbringen, wird schon heute – unter kapitalistischen Verhältnissen – als sinngebend empfunden.

b) Auf der monetären Seite ist zunächst daran zu erinnern, dass es in einer solidarischen Ökonomie keine leistungslose Bereicherung durch Kapital geben wird. Eine Verzinsung des Kapitals über Anlageformen (Fonds, einzelne Wertpapiere, Sparanlagen etc.) wird es nicht mehr geben. Eine Person, die über Kapital verfügt, das sie „arbeiten“ lassen will, kann dies nur durch Direktbeteiligungen in Unternehmen erreichen. Hier hat sie, im Gegensatz zur reinen Finanzanlage, eine Chance am erwirtschafteten Gewinn des Unternehmens beteiligt zu werden. Wie dieser Gewinn des Unternehmens verteilt wird ist zwischen den Mitarbeitern, den Kunden, der Öffentlichkeit und ggf. den Lieferanten auszuhandeln. Bei kleinen Unternehmen, in denen es keine Wirtschaftsräte gibt, kann der Gesetzgeber über Vorschriften oder über Steuern eine übermäßige Kapitalmehrung leicht deckeln.

Eine besondere Form partizipatorischer Unternehmensverfassung ist die **genossenschaftliche Wirtschaftsweise**. Da die Mitglieder einer Genossenschaft zugleich Kapitalgeber, Eigentümer, Produzenten und ggf. auch Kunden sind, ist eine wesentliche Voraussetzung für eine partizipatorische Unternehmensführung in sich gegeben. Aber auch wenn in einer Genossenschaft die Interessensgegensätze kleiner erscheinen mögen, ist die Bildung eines betrieblichen Wirtschaftsrates notwendig, um die Interessen der Gesellschaft zu berücksichtigen. Die bisherige Praxis zeigt, dass Genossenschaften durchaus nach kapitalistischen Prinzipien arbeiten, wenn sie die Gewinnorientierung an die erste Stelle setzen und ökologische und Gemeinwohlkriterien außen vor lassen. Darum wirken Genossenschaften erst dann voll im Sinne einer Solidarischen Ökonomie, wenn sie nach den oben genannten ökologischen, sozialen und gemeinwohlorientierte Bilanzkriterien arbeiten und in das System der Wirtschaftsrate eingebunden sind.⁶⁶

Partizipatorische Unternehmensverfassung:

1. Gleichwertige Berücksichtigung ökonomischer, sozialer und ökologischer Aspekte in die Rechnungslegung der Unternehmen
2. Beteiligung der Gesellschaft an den Entscheidungsprozessen durch Wirtschaftsrate
3. Kapitaleinlage kann als sinnstiftend empfunden werden.
4. Die Verteilung der Gewinne wird im Wirtschaftsrat ausgehandelt.
5. Genossenschaftliche Wirtschaftsweise

⁶⁶ Ausführlicher in Bausteine „Genossenschaftsprinzipien“ und Genossenschaftstypen“

Eine weiterentwickelte Form genossenschaftlicher Wirtschaftsweisen sind **Reproduktionsgenossenschaften**. In ihnen schließen sich genossenschaftliche Produktion und Kunden/Verbraucher zu einer Kooperative zusammen, in der direkt über den konkreten Bedarf und die Bedarfsbefriedigung der ökonomische Prozess funktioniert – gegebenenfalls auch ohne das Tauschmittel Geld.⁶⁷

3.5 Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem

3.5.1 Analyse

An der für die kapitalistische Wirtschaftsordnung typischen Umverteilung von Geld und Vermögen von unten nach oben haben die tariflich ungebundenen Vergütungen bestimmter „Spitzenverdiener“ einen großen Anteil. Hier gibt es nicht durch eigene Leistungen gedeckte und in Selbstbemächtigung beanspruchte Vergütungen, die das Vielfache der durchschnittlichen Tariflöhne ausmachen.

Das heißt: Unsere Gesellschaft ist tief gespalten in drei Einkommensgruppen:

a) Die Einkommensgruppe der tarifgebundenen Lohn- und Gehaltsempfänger:

- Die durchschnittlichen tariflichen **Bruttomonatslöhne** liegen in Westdeutschland bei etwa 3.300 €, im Osten bei etwa 2.700 €.
- Die **Spreizung der Tariflöhne** liegt in der Regel zwischen **1 zu 3**, maximal zwischen 1 zu 7.
- Über diese Durchschnittsgrößen hinaus gibt es eine **Mittelschicht von Besserverdienenden** (Niedergelassene Ärzte, Unternehmensberater, Geschäftsführer, Berufspolitiker, die zwischen 10.000 und 20.000 € monatlich brutto verdienen. Dies ist eine Spreizung zu den Niedrigverdienern bis zu 1 zu 20.
- Als **Leistungskriterien** zur Errechnung der tariflichen Löhne gelten 1. die Leistungsintensität, 2. der Qualitätsanspruch und Ausbildungsgrad, 3. die Verantwortungslast.

b) Die Einkommensgruppe der Spitzenverdiener mit sehr hohen Vergütungen:

- Die Spitzengehälter der **Manager**, der Vorstände der DAX-Unternehmen und der Banken liegen in Deutschland zwischen 1 und 77 Mill. €; die der leitenden Mitarbeiter zwischen 100.000 und 500.000 € im Jahr. Die Vorstandsgehälter der Deutschen Krankenkassen liegen zwischen 170.000 und 270.000 €. ⁶⁸
- Hinzu kommen **Boni**, die oft 50 % der regulären Vergütungen ausmachen.

a) Menschen im Niedriglohnbereich

durch Ausweitung der Leih- und Zeitarbeit, Arbeitsplatzverlagerung und Lohndumping mit einer steigenden Zahl von Erwerbstätigen, die trotz Vollbeschäftigung von ihrem Einkommen nicht leben können, sondern vom Staat (Steuerzahler) alimentiert werden müssen. Damit ist unsere Gesellschaft gespalten in zwei Einkommensgruppen: auf der einen Seite die breite Masse der Erwerbstätigen in gebundenen Tariflöhnen mit mittleren

⁶⁷ Zur Besonderheit von Reproduktionsgenossenschaften: Fabricius, Wolfgang: „Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften“, 2008

⁶⁸ Genauere Zahlen im ausgeführten Baustein „Leistungsgerechtes und solidarische Lohnsystem“ und im Internet

Einkommen von etwa 3.000 €, auf der anderen Seite eine Minderheit mit tariflich ungebundenen Vergütungen von dem 10- bis zum 1000-fachen der durchschnittlichen Tariflöhne.

Das **Gravierende und Skandalöse** der letztgenannten Vergütungen liegt

1. in ihren Höhen, die nicht durch eigene, sondern durch fremde Leistungen erarbeitet wurden und darum als „Raubgehälter“ anzusehen sind;
2. in der Selbstbemächtigung, in der die Empfängergruppen diese Vergütungen festlegen (Selbstbedienungsmentalität eines modernen „Raubrittertums“).

Es gibt keinen logischen Grund, der die Höhe und die Selbstbemächtigung der ungebundenen Vergütungen rechtfertigt. Und es ist unbegreiflich, dass sich eine Gesellschaft diese Einkommensspaltung und Selbstbemächtigung gefallen lässt. Zudem ist diese Entwicklung nicht nur ungerecht und unverschämt, sondern verstärkt auch die sozialen und ökonomischen Crashtendenzen.

3.5.2 Vorschläge zur Neuordnung

Regeln gegen diese Persionen und für ein leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem könnten etwa wie folgt aussehen.

1. Für nicht voll leistungsfähige Menschen und sehr leistungsschwache Tätigkeiten gibt es einen Solidarischen Lohnausgleich, so dass auch hier Mindestlöhne gezahlt werden können. Erst so kommt die Gesellschaft dem Verfassungsgebot der Menschenwürde und der Solidarität auch im Arbeitsbereich nach.
2. Alle berufliche Tätigkeiten, auch die der Banker, Manager, Vorstände usw. werden nach leistungsgerechten Tariflöhnen vergütet.

Beispiele für ein leistungsgerechtes und solidarisches Lohn- und Gehaltssystem:

1. Leistungs- und anreizgerechte Tariflöhne für alle berufliche Tätigkeiten; in Spreizung zwischen 0,5 und dem 5-fachen (max. 10-fachen) der Durchschnittslöhne
2. Abschaffung der Selbstbemächtigung von Einkommen
3. Begrenzung oder Abschaffung des Knappheitskriteriums

Als **Leistungskriterien** gelten wie in bisherigen Tariffberechnungen:

1. die Leistungsintensität,
2. der Qualitätsanspruch und Ausbildungsgrad,
3. die Verantwortungslast.

Die im Folgendem angegebenen konkreten Zahlenangaben dienen der Verdeutlichung und der Illustration der Vorschläge. Sie geben aus heutiger Sicht eine mögliche Richtung vor, die in einer konkreten Situation natürlich differenziert auszuhandeln wäre.

Das menschliche Leistungsvermögen schwankt bei gleichem Zeiteinsatz in der Regel zwischen dem 0,5- bis zum 5-fachen der Durchschnittsleistung eines Menschen.

Darum werden alle Vergütungen wie in den bisherigen tariflichen Löhnen in der Regel zwischen der Hälfte bis zum 5-fachen der Durchschnittslöhne gezahlt - bei besonders hoher Bereitschaft zur Mobilität, Qualifikation und Verantwortung gegebenenfalls bis zum 10-fachen der Durchschnittslöhne. Das wären bei 3.000 € Durchschnittslohn zwischen 1.500 und 15.000 € (max. 30.000 €) monatlich.

Variante: Die Spreizung der Löhne wird zwischen dem Mindestlohn und der Höchstvergütung mit einer Spanne von 1 zu 20 vorgeschlagen, also bspw. in einer Dimension von 1.000 bis 20.000 €. ⁶⁹

Alle Boni und sonstigen Sondervergütungen werden auf max. 20 % des Gehaltes begrenzt und müssen an gemeinwohlfördernde Aspekte der Tätigkeit gebunden sein.

Die Einkünfte von Privatunternehmern werden nach dem oben beschriebenen Anreiz- und Begrenzungsprinzip geregelt (s. 5.4).

Auch wenn man es eher als ein zweitrangiges Problem ansehen mag, ist eine Begrenzung der Honorare für Künstler, Spitzensportler, Medienstars, u. ä. auf dem freien Markt sinnvoll. Die teilweise astronomisch hohen Gagen mancher Sportler, Künstler und Fernsehstars zahlt natürlich letztlich der sogenannte kleine Mann, der durch die entsprechenden Preise von kulturellen oder sportlichen Angeboten ausgeschlossen wird.

Zusätzliche Einkünfte aus Vermögen, Kapital, große Erbschaften u. ä., soweit es diese in einer solidarischen Ökonomie noch gibt, werden durch starke Progression so besteuert, dass sie ab einer Höhe von über dem 20-fachen der Durchschnittseinkommen wieder der Gemeinschaft zufallen. ⁷⁰

3.6 Neue Arbeitskultur

3.6.1 Analyse

Die rasante Zunahme der Arbeitsproduktivität und die damit enorm wachsende Wertschöpfung haben in den letzten 120 Jahren zu einem Absinken der Arbeitszeit von 70 - 80 Wochenstunden auf ca. 35 Wochenstunden Mitte der achtziger Jahre geführt.

Die Paradoxie der heutigen Arbeitskrise liegt darin, dass trotz des noch schnelleren Wachstums der Arbeitsproduktivität und der Wertschöpfung der letzten Jahrzehnte, dies nicht zu einer Entlastung in der Arbeit und zu weiterem Absenken der Arbeitszeit führte, sondern zu mehr Stress und Ausbeutung in der Arbeit und zu längeren Arbeitszeiten von 45 bis 50 Stunden - und gleichzeitig zur Ausgrenzung qualifizierter Menschen aus der Erwerbsarbeit.

Die Folgen sind die Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Nichtarbeitsplatzbesitzer, die psychische und soziale Destabilisierung der aus Erwerbsarbeit Ausgegrenzten, die Überlastung des Sozialstaates und die Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität durch Schwund an Kaufkraft und sozialem Frieden.

Die Ursachen sind einmal ein einseitiges materielles Arbeitsverständnis, das den Sinn der Arbeit allein in einem möglichst hohen Einkommen sieht⁷¹, und zum anderen in den Abschöpfungs- und Bereicherungsstrategien kapitalistischer Wirtschaftsweise, die Arbeitskräfte nur als Kostenfaktor betrachtet, der durch Rationalisierung, sprich Arbeitsplatzabbau zu minimieren ist („Entlassungsproduktivität“).

3.6.2 Vorschläge zur Neuordnung

Voraussetzung für die Überwindung der Arbeitskrise ist ein ganzheitliches Verständnis von Arbeit: Die Erkenntnis, dass der Wert der Arbeit nicht allein in materieller Wertschöpfung

⁶⁹ Felber-Modell, siehe Felber „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 40, 79ff.

⁷⁰ Vgl. Felber „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 62ff.

⁷¹ Darum haben es die Gewerkschaften so schwer, ihre Mitglieder für Arbeitszeitverkürzung zu Gunsten der Arbeitslosen zu motivieren.

(Produktion, Gewinne, Lohn) liegt, sondern ebenso in ihrer sozial-psychologischen, kulturellen und sinngebenden Wertschöpfung, ohne die der Mensch nicht Mensch sein kann.

Die **ganzheitlichen Werte der Arbeit** sind:

- a) der materielle Wert: Produktivität, Entlohnung, Gewinn;
- b) der soziale Wert: Soziale Einbindung, Anerkennung, soziale Sicherheit;
- c) der psychische Wert: Kreativität, Selbstentfaltung, Kommunikation, Verantwortung;
- d) der ideelle und ethische Wert: Individuelle Sinnfindung, dem Guten, der Gemeinschaft dienen.

Diese umfassende Wertschöpfung durch Arbeit geschieht in **drei Bereichen der Arbeit**:

- a) in bezahlter **Lohn- bzw. Erwerbsarbeit** als Arbeiter, Angestellter, Beamter, als Selbstständiger;
- b) in unentgeltlicher **Eigenarbeit** wie Familienarbeit, Arbeit an Wohnung, Haus, Garten, Hobby u. ä.;
- c) in ehrenamtlicher **Gemeinwohlarbeit** wie Freiwillige Feuerwehr, Chor, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Vereinen, Parteien, Kirchen, Nachbarschaft etc.

Der Anteil der unentgeltlichen Eigenarbeit und der ehrenamtlichen Gemeinwohlarbeit an der gesamtgesellschaftlichen zivilisatorischen Wertschöpfung wird von vielen Fachleuten größer als die monetäre Wertschöpfung der Wirtschaft eingeschätzt. Ziel einer neuen Arbeitskultur ist es, die drei Bereiche menschlichen Tätigseins, die Eigenarbeit, die Gemeinwohlarbeit und die Erwerbsarbeit in ein gleichgewichtiges und einander befreiendes Verhältnis zu bringen.

Dennoch muss der besondere **Wert der Erwerbsarbeit** gesehen werden. Er liegt auf drei Ebenen: Zum einen, dass hier der Arbeitende in den ökonomischen Prozess von Arbeit – Produktion – Einkommen – Konsum – Teilhabe am Steuer- und Sozialsystem integriert wird, ohne den eine hochentwickelte arbeitsteilige Gesellschaft nicht funktionieren kann. Zum anderen, dass der Arbeitende durch seine Erwerbsarbeit Geld als Tauschmittel für den eigenen Lebensunterhalt und für die Bedienung des Sozial- und Steuersystems erhält. Zum dritten, dass in der beruflichen Tätigkeit der Mensch die stärkste öffentliche soziale Integration und Wertschätzung erfährt. Diese Werte sind grundlegend für die psychische Gesundheit des Einzelnen wie für die Stabilität der Gesellschaft.

Zur Erreichung dieses Zieles schlagen wir folgende gesetzliche Regelungen vor:

- dass das Volumen der Erwerbsarbeit so geteilt wird, dass jeder arbeitsfähige Mensch an ihr Anteil haben kann;
- dass es bei einem Überhang an Arbeitskräften zum Absenken der Regelarbeitszeit kommt – das wäre heute bei 27-30 Wochenstunden gegeben⁷² - bei Arbeitskräftemangel zu einem Anheben der Regelarbeitszeit (gegebenenfalls branchenspezifisch);
- dass die Arbeitszeiten sehr flexibel z. B. mit Arbeitszeitkonten gestaltet werden können,
- dass das Renteneintrittsalter ebenso flexibel und in altersgerechten Abstufungen gestaltet wird.
- dass das Recht auf Einkommen als

Neue Arbeitskultur:

1. Gesichertes Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen für alle Bürgerinnen und Bürger.
2. Teilen des Arbeitsvolums unter allen Erwerbsfähigen durch flexibles Senken der Regelarbeitszeit
3. Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem
4. Flankierend Ablösen der Sozialabgaben von den Arbeitsplätzen, dafür Wertschöpfungsabgabe nach Arbeitsplatzkoeffizient

⁷² Vgl. Memorandum 2011

Menschenrecht verfassungsmäßig garantiert werden sollte, um eine Entscheidung zwischen Erwerbs- Familien- und Gemeinwohlarbeit zu ermöglichen.

Ziel ist eine neue Art der „Vollbeschäftigung“, im solidarischen Teilen der Erwerbsarbeit, einer deutlichen Entlastung in der Erwerbsarbeit und im Schaffen größerer Freiräume für Eigenarbeit und Gemeinwohlarbeit.

Damit das ökonomisch machbar ist und sich daraus eine wirklich neue Arbeitskultur entwickelt, sind verschiedene flankierende bzw. verzahnende Maßnahmen anderer Neuordnungen einer Solidarischen Ökonomie nötig. Diese sind:

- Ablösen der Sozialabgaben der Unternehmen von den Arbeitsplätzen und ihre Bindung an die Wertschöpfung des Unternehmens. Die Höhe der Sozialabgaben kann mit einem „Arbeitsplatzkoeffizienten“ errechnet werden, der höher besteuert wird bei wenigen Arbeitsplätzen pro Produktionseinheit, geringer besteuert bei mehr Arbeitsplätzen pro Produktionseinheit (siehe 5.7. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem);
- Einführung eines solidarischen Grundeinkommens, das als soziale Grundsicherung an die Stelle bisheriger Sozialleistungen tritt (siehe 5.7. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem);
- Einführung eines leistungsgerechten und solidarischen Lohnsystems, wie es unter 5.5 beschrieben wurde.

Im Zusammenwirken dieser Systemveränderungen würde eine neue befreite und befreiende Arbeits- und Sozialkultur entstehen: Die Ängste und Nöte der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsüberlastung, des sozialen Abstiegs und der Altersarmut wären gebannt. Es bliebe viel Zeit für Eigenarbeit, Familienleben, Freizeit und Muße. Ehrenamtliche Gemeinwohlarbeit und Kultur würden aufleben. Das kreative Tätigsein des Menschen könnte sich in allen Bereichen des Lebens frei entfalten.

3.7 Solidarisches Steuer- und Sozialsystem

3.7.1 Analyse

Die Prinzipien und Regelungen der Sozialen Marktwirtschaft der 50er bis 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts versuchten zwischen den Kapitalmehrungsinteressen und den sozialen Interessen der Lohnempfänger und des Staates einen Ausgleich zu schaffen – entsprechend der Verpflichtungen des Grundgesetzes der sozialen Absicherung eines jeden Bürgers und der Sozialpflichtigkeit von Eigentum.⁷³

Im Zuge der Neoliberalisierung der Marktwirtschaft seit den 90er Jahren sind die ausgleichenden sozialen Regelwerke zunehmend eingeschränkt worden. Deutlich ist das einmal in der Steuerbelastung der verschiedenen Einkommensgruppen: Der Anteil des Steueraufkommens aus Gewinnen und Vermögen hatte eine deutlich sinkende Tendenz: Er lag 1950 bei etwa 23 %, 1970 bei 25 %, 2004 bei 15 %. Der Anteil des Steueraufkommens aus Lohnsteuern hatte eine deutlich steigende Tendenz: So lag er 1950 bei 9 %, 1970 bei 25 %, 2004 bei 28 %. Dies, obwohl sich das Sozialprodukt seit 1960 versiebenfacht hat, das

⁷³ Artikel 1, 14, 20(1), 28(1)

Einkommen aus Unternehmen und Vermögen fast um das Zwölfwache gestiegen ist, das Nettoeinkommen der Lohnabhängigen nur um das Dreifache.⁷⁴

Zum anderen werden die Prinzipien des Bismarckschen Sozialsystems zunehmend abgebaut: Die solidarische und paritätische Beteiligung der Beschäftigten und Unternehmer an den Sozialabgaben verschiebt sich zu Lasten der Beschäftigten und zur Entlastung der Unternehmer (z. B. durch „Kopfpauschale“); das solidarische Umlageverfahren wird zu Gunsten des Anlageverfahrens über Privatversicherungen schrittweise zurückgenommen. Damit geht der Weg deutlich in Richtung einer Zweiklassengesellschaft, das Solidarprinzip unserer Gesellschaft wird aufgeben, der Sozialstaat droht zu zerbrechen.

3.7.2 Vorschläge zur Neuordnung

Das Steuer- und Sozialsystem einer solidarischen Ökonomie will diesen Weg wieder umkehren und das solidarische Sozialstaatsprinzip sichern. Dabei ist es gut, die **elementaren Grundfunktionen** von Steuern neu zu begreifen: Die Notwendigkeit einer „Staatssteuer“ zur Finanzierung aller hoheitlichen und öffentlichen Aufgaben des Gemeinwesens und die Notwendigkeit einer „Sozialsteuer“ zur Finanzierung der sozialen Absicherungen im solidarischen Füreinandereinstehen.

Demzufolge ergeben sich für die Erhebung von Steuern folgende Prinzipien:

1. das **Einheitsprinzip**: Es werden von allen Bürgern, von allen Einkünften und Gewinnen Abgaben gezahlt (Prinzip Bürgerversicherung);
2. das **Leistungsfähigkeitsprinzip** durch progressive Besteuerung: Die wirtschaftlich Stärkeren zahlen höhere Anteile als die wirtschaftlich Schwächeren;
3. das **Solidarische Prinzip**: Die öffentlichen Ausgaben kommen den Schwächeren überproportional zugute;
4. das **Paritätische Prinzip**: Zu gleichen Anteilen zahlen Unternehmen und Angestellte Sozialabgaben;
5. das **Lenkungsprinzip**: Die Höhe der Abgaben richtet sich nach sozialen und ökologischen Zielorientierungen.

Konkret können folgende Änderungen im Steuersystem diskutiert werden:⁷⁵

- Die bisherigen arbeitsplatzgebundenen Sozialabgaben der Unternehmen werden durch eine **Wertschöpfungssteuer** ergänzt oder ganz ersetzt. Diese besteuert die Wertschöpfung eines Unternehmens, unabhängig davon, ob diese Wertschöpfung durch den Einsatz von Arbeit, Kapital oder Boden erzeugt wurde. Aus dieser Wertschöpfungssteuer fließen beispielsweise 50 % an die Sozialkassen. Die bisherige einseitige Belastung des Produktionsfaktors Arbeit entfällt damit.
- Die Grundlage für die Besteuerung eines Unternehmens liegt nicht mehr ausschließlich in dem finanziellen Ergebnis dieses Unternehmens, sei es der Gewinn, die Wertschöpfung oder der Umsatz. Neben diesen monetären Größen werden andere **Kennziffern aus der Gemeinwohlbilanz** herangezogen, z. B. ökologische Nachhaltigkeitskennziffern, Mitarbeiterbeteiligung, Arbeitsplatzsicherung, regionale Auswirkungen, soziales Engagement etc.. Aufgrund dieser Kennziffern können Steuersätze angehoben bzw. gesenkt werden. Sie bieten damit ein geeignetes Anreizsystem für ein gemeinwohlorientiertes Verhalten des Unternehmens (z. B. durch Berechnung der Sozialsteuer nach einem „Arbeitsplatzkoeffizienten“, s. o.).

⁷⁴ Vgl. Horst Afheldt, „Wirtschaft die arm macht“, S. 32ff.. Mehr dazu im ausgeführten Baustein „Steuer und Sozialsystem einer Solidarischen Ökonomie“

⁷⁵ Ausführlich in der Langfassung Baustein „Steuer und Sozialsystem in einer solidarischen Ökonomie“

- Die **Besteuerung der Ressourcen** direkt an der Quelle der Ressourcenerschließung (Mengensteuer). Endliche Ressourcen werden mit einer höheren Steuer belegt als regenerative Ressourcen. Diese Besteuerung ist wesentlich zielgenauer als die jetzt praktizierte allgemeine Verbrauchssteuer.

Das Sozialsystem arbeitet mit **zwei Grundsicherungen**:

a) mit der Einführung eines **solidarischen Grundeinkommens (GE)**, das die Grundsicherung aller Bürger garantiert und ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt wird. Die Details zur Einführung eines Grundeinkommens als Grundsicherung in einer solidarisch organisierten Wirtschaft werden in der Akademie diskutiert. Von den vielen Varianten des GE wird von vielen das Modell der negativen Einkommenssteuer favorisiert. Dieses Modell sieht bei Einkommen von 0,00 € einen bestimmten Transferbetrag vor (z. B. 8000,00 € / Jahr), der dann sukzessiv mit steigendem Einkommen kleiner wird. Die Wirkung lässt sich anhand einer einfachen Formel darstellen. Bei einem Grundfreibetrag von 8000,00 € und einem einheitlichen Steuersatz von 30 % gilt: $\text{Steuerschuld/Jahr} = (0,3 * \text{Einkommen}) - 8000,00\text{€}$.

Solidarisches Steuer- und Sozialsystem:

1. Einheitsprinzip: Abgaben von **a l l e n** Einkünften **a l l e r** Bürger (Prinzip Bürgerversicherung)
2. Solidaritätsprinzip: Progressive Besteuerung zu Gunsten der Schwächeren
3. Paritätisches Prinzip: Unternehmer und Angestellte zahlen Sozialabgaben zu gleichen Anteilen
4. Lösen der Sozialabgaben der Unternehmen von Arbeitsplätzen, dafür von Wertschöpfung
5. Lenkungsprinzip: Höhe der Abgaben nach sozialen und ökologischen Kriterien
6. Soziale Grundsicherung
7. Gemeinsame gesetzliche Krankenversicherung für alle Bürger

b) mit einer gemeinsamen **gesetzlichen Krankenversicherung**, die von allen Bürgern aus allen Einkünften nach gleichen Kriterien und Regelsätzen für Krankheitskosten, Pflegeversicherung u. ä. bezahlt wird (Bürgerversicherung).

Neben diesen beiden sozialen Grundsicherungen kann es durchaus **Zusatzversicherungen** geben, z. B. für eine Zusatzrente, für eine zusätzliche Ausbildungsversicherung, für Lebensversicherungen u. ä. Das hier entstehende Kapital wird nicht verzinst und kann nicht in Finanzpapiere angelegt werden. Es steht der Realwirtschaft zur Verfügung.

3.8 Ökologische Kreislaufwirtschaft

3.8.1 Analyse

Die **kapitalistische Wirtschaftsweise** der Profitmaximierung und des ständigen Wachstums zwingt zur Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten. Das führt zu dem benannten Überschreiten der ökologischen Belastungsgrenzen – dies mit den Folgen drohender Klimakatastrophen, Kriege um die knapper werdenden Ressourcen und schwerer soziale Unruhen, die die Existenz der Menschheit bedrohen. Deutlich ist, dass die ökologische Frage eng mit der Gerechtigkeitsfrage und der Friedenssicherung verknüpft ist.

⁷⁶

Ziel einer lebensdienlichen Ökonomie ist es, das **Primat der Ökologie** gegenüber der Wirtschaft durchzusetzen, ohne dass die Wirtschaft selbst nicht nachhaltig arbeiten kann.

⁷⁶ Ausführlich dazu und zum Ganzen im ausgeführten Baustein „Ökologischer Wohlstand“

Leitendes Paradigma ist die Rückkehr zur natürlichen Kreislaufwirtschaft im umfassenden Sinne:

- Konsequentes Hineingehen und Aufnehmen der Energiekreisläufe der Natur (regenerative Energiewirtschaft);
- Alle Materialnutzung so weit wie möglich in Kreisläufe der Wiederverwertung zurückführen (Recyclingwirtschaft);
- die Belastung des Ökosystems und den Verbrauch von Ressourcen, die nicht regeneriert werden können, drastisch reduzieren, möglichst auf Null herunterfahren und durch andere Stoffe oder Nutzungen ersetzen.

Für das Erreichen dieser Ziele sind **drei Strategien** zu realisieren:

- **Konsistenzstrategie:** Ökologische Übereinstimmung (Konsistenz) aller technischen und wirtschaftlichen Prozesse, naturverträgliche Gestaltung der Stoff- und Energieströme.
- **Effizienzstrategie:** Bessere Nutzung von Ressourcen und Energie durch technische und logistische Innovationen (höherer Wirkungsgrad), Erhöhung der Dauerhaftigkeit, Langlebigkeit und des Recyclinggrades von Produkten und Materialien, bis hin zur „Dematerialisierung“ von Funktionen.
- **Suffizienzstrategie:** Überprüfung und Wandel von Einstellungen, Konsum und Verhaltensmustern im Hinblick auf eine umweltverträglichere Gestaltung von Lebensstilen; „*Mit weniger besser leben*“ durch ressourcen- und umweltschonendere Konsum- und Verhaltensformen.

Das Letzte wird oft übersehen, für nicht notwendig gehalten oder als „Verzichtsforderung“ abgelehnt. Wir halten diese dritte Strategie für unerlässlich, einmal weil durch den sog. Rebound-Effekt („Bumerang-Effekt“) bei alleiniger Effizienzsteigerung die Mengenzunahme des effizienteren Produkts den ökologischen Vorteil aufheben kann. Zum anderen ist eine ökologische Wende ohne Bewusstseins- und Lebensstilwende nicht machbar: Es geht um eine Abkehr vom „materialistischen Grundirrtum“, dass besseres Leben im immer Mehrhaben zu finden sei, und um ein Lebensverständnis, das den Reichtum des Lebens in Übereinstimmung mit der Natur, den geistig-seelischen Werten und den Bedürfnissen der anderen sieht und lebt.

3.8.2 Vorschläge zur Neuordnung

Als Hebel und Regelwerke zum Umsetzen der Ziele und Strategien halten wir für besonders wichtig:

- Bemessen der Wohlfahrt und des Fortschritts der Gesellschaft nicht mehr mit dem BIP, sondern auch mit ökologischen, sozialen, kulturellen und Gemeinwohlindeizes (z. B. mit dem „Human Development Index“ der UNDP),
- Überwindung des Wachstumszwangs in der Wirtschaft durch die Abschaffung des exponentiellen Kapitalwachstums und des Renditezwangs (s. o.), Entschleunigung überhitzter Entwicklungen;
- Durchsetzen des Verursacherprinzips auf allen Ebenen und Einbeziehen aller ökologischen Folgekosten in die Preise (z. B. Atomenergie!);
- Einstellen ökologischer Kennzahlen in die Bilanzierung der Unternehmen;

Ökologische Kreislaufwirtschaft:

1. Möglichst vollständiges Aufnehmen der natürlichen Energie- und Materialkreisläufe
2. Höchste Effizienz im Energie- und Materialdurchsatz, Absenken des Verbrauchs
3. Verursacherprinzip und Aufnahme der Folgekosten
4. Ökologische Kennzahlen in allen Bilanzrechnungen, entsprechende Steuer- und Förderpolitik
5. Ganzheitliche Parameter für Wohlfahrt statt BIP
6. Werte- und Lebensstiländerung

- Installieren von Steuer- und Fördersystemen, die nach ökologischen Kriterien fördern oder belasten,
- Fördern der ökologischen Aufklärung auf allen Ebenen;
- **Ideelle, politische und finanzielle Förderung von Pionierprojekten ökologischer Zukunftstechnologien, Unternehmen, Gemeinschaften und Lebensweisen;**
- Förderung internationalen Austauschs ökologischer Technologien und Verfahren besonders zu Gunsten der Entwicklungsländer;
- Durchsetzung internationaler Regelwerke und Institutionen für eine ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft - insbesondere gegen die Ressourcenausbeutung und Naturzerstörung der neoliberalen Globalisierung.

3.9 Ökosoziale Globalisierung und Regionalisierung ⁷⁷

3.9.1 Analyse

Die seit den 90er Jahren rasant beschleunigte Globalisierung „*ist unvermeidbar, ambivalent und unberechenbar, aber steuerbar*“ (Hans Küng).

Zu den **positiven und ambivalenten Auswirkungen** der Globalisierung gehören vor allem: Die verstärkte Begegnung der Kulturen und Religionen, die internationale Vernetzung und gegenseitige Verstärkung von zivilgesellschaftlichen Bewegungen, Aufbrüchen, Demokratisierungsprozessen, die rasche Ausbreitung von technisch-wissenschaftlichem Know-how und Innovationsschüben, insbesondere in den Schwellenländern neue Arbeitsplätze und die Verringerung der Armut sowie Wachstumsschübe für die Industrieländer durch offene Weltmärkte.

Zu den **negativen Auswirkungen** der Globalisierung gehören vor allem: Der Wettlauf um Standorte mit den geringsten Löhnen, Sozial- und Umweltstandards mit den Folgen des Verlustes von Arbeitsplätzen, des Lohndumping, der Umweltzerstörung, der Wettlauf um Steuerensenkungen und Steuerhinterziehungen auf globalem Parkett (Steueroasen) mit der Konsequenz der Verarmung der öffentlichen Haushalte in allen Ländern, die Privatisierung vieler öffentlicher Dienste und Einrichtungen in Nord und Süd, selbst von Grundbedürfnisleistungen (zugunsten von Kapitaleignern und Investoren), die Überflutung der Märkte in den Entwicklungsländern (EL) durch industrielle Billigexporte der Multis (Freihandel) sowie eine Schwächung der kleinen, mittelständischen und regionalen Wirtschaft, da sie in den globalen Wettläufen nicht mithalten kann. Daraus ergibt sich zugleich eine wachsende Schere zwischen den wenigen extrem Reichen und den vielen Armen (in allen Ländern sowie zwischen Nord und Süd), das Verfehlen der Millenniumsziele, Hunger, Armut, Kindersterblichkeit bis 2015 weltweit zu halbieren, kein Durchbruch bei der Bewältigung der ökologischen Krise, die Zunahme von Armuts- und Umweltmigration, das Aufkommen neuer Kriege um Ressourcen und zunehmende internationale Gewalt, bis hin zu neuem Terrorismus („Kampf der Kulturen“).

Den größten Anteil an diesen negativen Auswirkungen der Globalisierung verursachen die **Transnationalen Konzerne** (TNC) und die **Finanzmarktakteure**. Sie erwirtschaften mehr als die Hälfte des weltweiten Sozialprodukts, beherrschen damit die regionalen Wirtschaftskreisläufe und sind in ihrer übergroßen wirtschaftlichen Macht politisch kaum steuerbar. Regierungen müssen nationale Grenzen beachten, Multis praktisch nicht.

Das Dogma, die Praxis und Lüge des „**Freihandels**“ hat eine verschärfende Wirkung: Die Liberalisierung des Außenhandels und des Kapitalverkehrs soll Wohlstand für alle Beteiligten

⁷⁷ Ausführlicher dazu in den ausgeführten Bausteinen „Globalisierung heute – Für eine solidarische und umweltfreundliche Weltwirtschaft“ und „Globalisierung, Regionalisierung, Subsistenzwirtschaft“

bringen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Industrieländer (IL) und ihre Konzerne diktieren noch immer weitgehend die Bedingungen. Daraus folgt zwingend eine Benachteiligung der Schwächeren, abzulesen am Agrar- und Rohstoffhandel mit den EL mit seinen verheerenden Auswirkungen.

Das **Paradoxe** unserer Weltsituation liegt darin, dass durch die neuen Möglichkeiten der Globalisierung die Voraussetzungen für ein Zusammenwachsen der Völker und Kulturen in Frieden und Wohlstand wie noch nie in der Menschheitsgeschichte gegeben wären. Warum geht die Entwicklung eher in entgegengesetzte Richtung? Die **Ursachen** liegen nicht allein, aber primär in der neoliberalen Ausformung der Globalisierung: In den Leitvorstellungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, dem Primat der Profitmaximierung, des ständigen Wirtschaftswachstums, der Konkurrenzwirtschaft. Unter diesen „Leitsternen“ kann Globalisierung gar nicht anders funktionieren.

3.9.2 Vorschläge zur Neuordnung

Eine Solidarische Ökonomie will diese Fehlentwicklungen überwinden. Ihr Ziel ist es, die neoliberale in eine **ökosoziale und solidarische Globalisierung** zu verwandeln. Entgegen häufigen Behauptungen gibt es Ansätze einer menschen- und umweltfreundlichen Politik. Dazu müssten die Regierungen allerdings koordiniert das Gemeinwohlinteresse gegen die Partikularinteressen von Profit und Komfort durchsetzen können und wollen und so die Selbstdemontage des Staates und der öffentlichen Finanzen beenden. Die Solidarität mit anderen Ländern, die Würde aller Menschen, die Achtung der Menschenrechte und der Schutz globaler Gemeinschaftsgüter müssen die Ziele aller Nationen werden. Stichworte dazu sind:

- Alle Länder, insb. auch die IL und ihre Konzerne, müssen menschenrechtliche, soziale, ökologische und kulturelle Ziele beachten
- Es sollte den Schwellenländern und EL Gleichberechtigung zugestanden werden, denn Demokratie heißt gleichberechtigte Mitsprache auch kleinerer Partner
- Die IL sollten nicht nur ihren Schadstoffausstoß, sondern auch ihren Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren und damit eine Vorreiterrolle in der Völkergemeinschaft übernehmen
- Schwellenländer und EL dürfen nicht dieselben Fehler machen, wie sie die IL gemacht haben; sie müssen auf eine den IL nachahmende Entwicklung verzichten.

Die Chancen für einen Systemwechsel haben sich seit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise erhöht (vgl. die Diskussionen über die Transaktionssteuer). Eine sozialökologische Regulierung der Weltwirtschaft kann nur durch radikale **Reformen oder Neuerfindung der internationalen Organisationen** (UN, OECD, WTO, IWF, Weltbank und G 20) und durch internationale Koordinierung der nationalen Politiken umgesetzt werden. Dies sollte neben grundlegenden Veränderungen der Welthandelsstrukturen insbesondere auf den folgenden fünf Gebieten erfolgen:

- Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs zur Verhinderung spekulativen Geldhandels und zur Vermeidung von Finanz- und Verschuldungskrisen
- Vereinbarung von Mindeststandards in der Sozialpolitik, zur Vermeidung von Sozial-Dumping
- Vereinbarung von Mindeststandards in der Umweltpolitik, zur Vermeidung von Umwelt-Dumping
- Harmonisierung der Steuerpolitik, zur Vermeidung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung (Vereinbarung von Mindeststeuersätzen)

- Harmonisierung der Wettbewerbspolitik zur Vermeidung des Missbrauchs von Marktmacht (insbesondere durch Kartelle, Oligopole und Monopole)

Maßnahmen auf all diesen Gebieten können weniger radikal erfolgen (quasi Reformen⁷⁸) oder aber radikaler (Systemwechsel). Radikalere, d. h. an die Wurzeln gehende systemische Veränderungen sind in den anderen Bausteinen oben beschrieben worden, insbesondere in den Bausteinen Neue Eigentumsordnung, Neue Finanzordnung und Partizipatorische Unternehmensverfassung. Die Realisierung dieser Veränderungen würde der neoliberalen Globalisierung die Grundlage entziehen und eine konsequente „Ökosoziale Globalisierung“ ermöglichen.

Dabei ist neben der **Abschaffung der spekulativen Finanzmärkte auch die Entflechtung der Transnationalen Konzerne** in kleinere Wirtschaftseinheiten von Nöten. Ihr „too big to fall“ (zu groß, um zu fallen) macht Politik und Wirtschaft zur Geisel und muss überwunden werden.

Diese Veränderungen sind durch internationale Konferenzen und Institutionen bisher kaum zu erreichen. Zu sehr stehen nationale Interessen und wirtschaftliche Abhängigkeiten im Vordergrund (vgl. die Klimakonferenz in Kopenhagen 2009). Aber es kann Vorreiterländer bzw. **Vorreiterregionen** geben (z. B. die EU?). Sie werden von der weltweiten Zivilgesellschaft zunehmend und nachdrücklich dazu aufgerufen. Hier werden **Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), Basisgruppen, Bürgerinitiativen und Netzwerke, auch Kirchen und Gewerkschaften**, immer bedeutsamer. Sie engagieren sich weltweit **für eine Globalisierung der Solidarität** - der Solidarität mit den Schwächeren, den Entwicklungsländern und der gefährdeten Natur. Sie zeigen Alternativen auf und realisieren schon modellhafte Lösungen. Somit haben sie eine eminent wichtige Pionier- und Wächterrolle übernommen.⁷⁹

Neben diesen Ansätzen gibt es ein weiteres wichtiges Instrument, die neoliberale in eine ökosoziale und solidarische Globalisierung zu transformieren. Es geht um eine generelle **Dezentralisierung**, um die **Stärkung der Region** und um die Entwicklung einer modernen regionalen **Subsistenzwirtschaft**.

Gemeint sind der Schutz und die Stärkung der kleinen, mittelständischen und regionalen Wirtschaft mit dem Ziel, möglichst viele Bereiche der Wirtschaft, auch der Kultur, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Bildung usw. in der eigenen Region in eigener Regie und in eigenen Wirtschaftskreisläufen zu betreiben. Hier werden möglichst viele Produkte und Angebote durch, innerhalb

Ökosoziale Globalisierung und Regionalisierung:

1. Kontrolle, Regulierung oder Auflösen der TNC und internationalen Finanzwirtschaft
2. Durchsetzung internationaler sozialer und ökologischer Mindeststandards
3. Reform, Stärkung oder Neuerfindung internationaler Organisationen (nicht nur der UN-Organisationen!)
4. Aufhebung des Dogmas vom Freihandel
5. Dezentralisierung und Stärkung der Regionalwirtschaft und ihre globale Vernetzung.

und für die Region erstellt, in vorteilhafter Kooperation der einzelnen Akteure. Das macht die Region, ihre Wirtschaft und Kultur unabhängiger, stärkt sie gegenüber Außenbestimmungen, senkt die Umweltbelastung durch kürzere Transportwege, schafft mehr Arbeitsplätze und Kleinunternehmen und nimmt so mehr Menschen in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozesse hinein.

⁷⁸ Diesen reformerischen Weg geht z.B. die Initiative des „Global-Marshall-Planes“, vertreten u.a. von F.J. Radermacher, in „Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung“, 2004

⁷⁹ Besonders deutlich in der Weltsozialforen.?? Wesentlich wirksamer sind bisher Organisationen wie Greenpeace, Transparency Int., Oxfam u.a. NROs

Voraussetzung für diese Möglichkeiten wäre neben der Auflösung Transnationaler Konzerne vor allem die **Überwindung des Dogmas und der Regeln des „Freihandels“**. Es muss wieder legitim und entsprechend geregelt werden, dass sich schwächere Regionen und Märkte durch **Schutzzölle** und Kapitalverkehrskontrollen vor einem Überschwemmt- und Beherrschtwerden von außen schützen können.⁸⁰

Das Ganze kann allerdings nur im Zusammenspiel von zwei Prinzipien gelingen: Im Zusammenwirken von Dezentralisierung und Subsidiarität einerseits und der weitmöglichsten Vernetzung und Kooperation andererseits. D. h., wo immer möglich Eigenständigkeit und Verlagerungen nach unten, aber nicht abgekapselt und isoliert, sondern in Vernetzung und regem Austausch mit Außenbezügen und übergeordneten Einheiten bis in die globalen Bereiche hinein (ökonomische Subsidiarität).⁸¹

Schlussbemerkungen

Während dieser Text geschrieben wurde, hat sich die gesellschaftliche Situation schon wieder verändert. Führende Persönlichkeiten aus der Wirtschaft kündigen den nächsten Finanzcrash an, die Feuilletons der bürgerlichen Presse überbieten sich darin, die Schwächen des kapitalistischen Systems aufzuzeigen und zu analysieren. Folgt man diesen Autoren, sitzen wir auf einem brodelnden Vulkan – eine Einschätzung, der wir nicht widersprechen können. Aber noch sind wir weit davon entfernt, dass die Diskussion um eine menschendienliche Wirtschaftsordnung von den Feuilletons in den Wirtschaftsteil umzieht. Noch gilt in den Köpfen der meisten Menschen: Wir leben zwar in einer schlechten Wirtschaftsordnung, aber es ist immerhin die beste aller möglichen. Der Schritt von der kritischen Analyse zum Aufzeigen einer möglichen Alternative wird bislang kaum vollzogen. Bei aller Unvollkommenheit des vorliegenden Entwurfs hoffen wir eine Diskussion beleben zu können, die das Augenmerk auch auf eine Wirtschaftsordnung jenseits des Kapitalismus (in welcher Variante auch immer) legt. Eine andere Wirtschaft ist möglich, wir müssen uns nur auf den Weg machen.⁸²

„Die Welt von morgen wird, ja muss eine Gesellschaft sein, die sich auf Gewaltfreiheit gründet. Dies mag ein entferntes Ziel sein, ein unpraktisches Utopia... Die Menschen zögern oft, einen Anfang zu machen, da sie fühlen, dass das Ziel nicht vollständig erreicht werden kann. Diese Geisteshaltung ist genau unser größtes Hindernis auf dem Weg zum Fortschritt, ein Hindernis, das jeder Mensch, sofern er nur will, aus dem Weg räumen kann.“
Mahatma Gandhi

⁸⁰ Z.B. durch starke Korrektur bzw. Ablösung des GATS-Abkommens

⁸¹ So bei Silke Helfrich: „Wem gehört die Welt?“, 2006; Susanne Elsen „Die Ökonomie des Gemeinwesens“ in Giegold/Embshoff „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ S.101 ff.; Elinor Ostrom: „Die Verfassung der Allmende“, 1999; Christian Felber: „50 Vorschläge für eine gerechtere Welt“, 2006, Kapitel „Faire Spielregeln für den Welthandel“, S. 165 ff.

⁸² Transformationsstrategien und Transformationswege zeigen wir in dem Text: „Transformationspfade und Wandlungsprozesse“ auf.

Literaturauswahl

Afheldt , Horst „Wirtschaft die arm macht“, 2003

Altwater, Elmar / Nicola **Sekler** (Hrsg.): „Solidarische Ökonomie“, 2006

Amery, Carl: Global Exit. Die Kirchen und der Totale Markt“, 2002

Bahro, Rudolf: „Die Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten?“, 1989

Bauer, Joachim: „Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren“ ,Hamburg 2006

Beck, Ulrich (Hg.): „Die Zukunft von Arbeit und Demokratie,“ Frankfurt a.M. 2000

Bolz, Norbert / **Bossart**, David: „Kultmarketing. Die neuen Götter des Marktes“, 1995

Breidenstein, Gerhard: „Hoffen inmitten der Krise. Von Krankheit und Heilung unserer Gesellschaft“, 1990

BUND und Brot für die Welt: „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.“ Eine Studie des Wuppertal Instituts, 2008

Capra, Fritjof „Wendezeiten. Bausteine für ein neues Weltbild“, 1990

Gorbatschow, Michail: „Perestroika. Die zweite russische Revolution“, 1987

Ditfurth, Hoimar, von: „So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen. Es ist so weit!“ 1985

Duchrow, Ulrich „Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerungen und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie“, Mainz 1994

Duchrow, Ulrich / Hinkelammer, Franz Josef: „Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur Diktatur des Eigentums“, 2002

Duchrow, Ulrich / Bianchi, Reinhold / Krüger, Rene / Petracca, Vincenzo: „Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktionen im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung“, 2006

Engler, Wolfgang: „Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft“, 2005

Fabricius, Wolfgang: „Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften“, 2008

Faraclas, Nicholas (Hrsg): „Subsistenz und Widerstand. Alternative zur Globalisierung“, 2003

Felber, Christian: „50 Vorschläge für eine gerechte Welt. Gegen Konzernmacht und Kapitalismus“, 2006

Felber, Christian: „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“, 2008

Felber, Christian: „Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise“, Wien 2009

Felber, Christian: „Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“, 2010

Fischer, Joschka: „Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution“, 1998

Fromm, Erich: „Haben oder Sein“, 1979

Galuska, Joachim (Hg.): „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Die spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln“, 2004

Geißler, Heiner; « Ou Topos. Such nach dem Ort, den es geben müsste“, 2009

Gensichen, Hans Peter: „Nur die Armut wird uns retten. Geteilter Wohlstand in einer Gesellschaft des Weniger“, 2009

Giegold , Sven / **Embschhoff**, Dagmar: „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“, 2008

Groll, Franz „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft“, 2009

Helfrich, Silke: „Wem gehört die Welt“, 2009

Hengsbach, Friedhelm: „Wirtschaftsethik. Aufbruch, Konflikte, Perspektiven“, 1993

Henkel, Hans-Olaf: „Die Ethik des Erfolgs. Spielregeln für die globalisierte Gesellschaft“, 2004

Jakubowicz, Dan: „Genuss und Nachhaltigkeit. Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils“, 2002

Kessler, Wolfgang: „Aufbruch zu neuen Ufern. Ein Manifest für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“, 1990

Kessler, Wolfgang: „Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle“, 2004

Küng, Hans: „Anständig wirtschaften. Warum Ökonomie Moral braucht“, 2010

Leggewie, Claus: Die Globalisierung und ihre Gegner“, 2003

Linz, Manfred: „Was wird aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit“, 2006

Lüpke, Geseko, von: „Die Alternative. Weg und Weltbild des Alternativen Nobelpreises“, 2003

Meadows, Dennis: „Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Signale zum Kurswechsel“, 2009

Miegel, Meinhard: „EXIT. Wohlstand ohne Wachstum“, Berlin 2010

Moewes, Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, 2004

Ostrom, Elinor: „Die Verfassung der Allmende“, 1999

Paech, Niko: „Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die **Wachstumsfrage** erledigt?“ in Natur und Kultur 6/1 2005

Pax Christi (Hrsg.): „Der Gott Kapital. Anstöße zu einer Religions- und Kulturkritik“, 2006

Precht, Richard David „Die Kunst kein Egoist zu sein“, 2010

Radermacher, Franz Josef: „Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung“, 2004

Radermacher, Franz Josef: „Global Marshall Plan. Ein Planetary Contract. Für eine Ökosoziale Marktwirtschaft“, 2004

Reheis, Fritz: „Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus“, 2004

Scherhorn, Gerhard „Geld soll dienen, nicht herrschen. Die unaufhaltsame Expansion des Finanzkapitals“, 2009

Schumann , Harald / Hans Peter Martin: „Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand“, 1997

Schmidt, Susanne: „Markt ohne Moral. Das Versagen der internationalen Finanzelite“, 2010

Soros, George: „Die offene Gesellschaft. Für eine Reform des globalen Kapitalismus“, 2001

Vester, Frederic: „Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter“, 1984

Voß. Elisabeth: „Wegweiser Solidarischer Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich!“, 2010

Weizsäcker, Ernst Ulrich, von: „Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch“, 1997

Winkelmann, Bernd: „Damit neu werde die Gestalt der Erde. Politische Spiritualität im Umbruch unserer Zeit“, 1997

Winkelmann, Bernd: „Friedliche Revolution 1989/90. Das Wirken christlicher Basisgruppen in der DDR“, 2009

Zinn, Karl Georg „Rezeptionslücken des Keynesianismus“, Hamburg 2008

Von der kapitalistischen zur solidarischen Ökonomie – Teil 1: Transformationspfade und Wandlungsprozesse

1. Zur Notwendigkeit der Transformation

Der Kapitalismus ist den Herausforderungen an ein lebensdienliches Wirtschaftssystem für das 21. Jahrhundert nicht gewachsen. Er ist nicht in der Lage, die großen und globalen Probleme, wie

- den weltweiten Hunger
- die weltweit ansteigende Armut
- die Zerstörung der Umwelt und der globalen Biosphäre
- die Gewährleistung der Menschenwürde für alle Menschen
- eine gerechte Einkommensverteilung und damit den Frieden und
- die Gewährleistung der Freiheitsrechte für alle Menschen
- zu lösen und eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Wirtschaftsweise zu etablieren.

Vor dem Hintergrund dieser Diagnose stellt sich die Frage, wie ein anderes, **solidarisches statt konkurrenzgetriebenes**, ein **lebensdienliches statt profitmaximierendes** Wirtschaftssystems entwickelt werden kann, das einen Grundlagenwechsel möglich macht und den Kapitalismus in seinen heutigen Wirkzusammenhängen transformiert und überwindet.⁸³

Eine solche **Transformation der systemischen Grundlagen** ist nötig, da die Ziele einer lebensdienlichen und solidarisch ausgerichteten Ökonomie nicht vereinbar sind mit den Prinzipien der Steuerung der Wirtschaft durch die Akkumulation von Kapital. Der Solidargedanke schließt dabei die leistungslose Bereicherung durch Kapitalbesitz mit ihrer Verstetigung und Verschärfung sozialer Ungleichheit aus. Der Gedanke der Lebensdienlichkeit und Nachhaltigkeit erfordert eine Überwindung der exponentiellen Wachstumsdynamik, die in der Kapital- und Kapitalzinsrechnung angelegt ist und in permanenten Zyklen zu immer umfassenderen Krisen führt.

Es steht heute außer Frage, dass das individuelle Streben nach Macht und Eigentum nicht jene sinnvolle Orientierung und auch nicht jene unsichtbaren Mechanismen (Adam Smiths „Invisible Hand“) bieten kann, welche zur Lenkung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse dringend erforderlich sind. Im Gegenteil, der direkte Zusammenhang zwischen kapitalgetriebenem Wirtschaften und den verheerenden Folgen für das ökologische und soziale Gleichgewicht kann heute als nachgewiesen gelten.

Für ein lebensdienliches Wirtschaften ist also ein wirklicher Grundlagenwechsel nötig. Jedes Nachdenken über den weltweiten Übergang zu sozial, ökologisch und auch wirtschaftlich nachhaltigen Formen der Ökonomie muss dabei auch mit einer Analyse der Rolle des globalisierten Kapitals einhergehen und die Frage stellen, wie die notwendige Vorherrschaft internationalisierter Politik über den weltweiten Finanzkapitalismus erreicht werden kann.

Wie ein solcher Wechsel aber zu bewerkstelligen wäre, lässt sich heute allenfalls in Ansätzen beschreiben.⁸⁴ Eine Transformationsstrategie, an deren Umsetzung „vor Ort“ und in den einzelnen Ländern unseres globalisierten Systems mitgewirkt werden kann, muss sich der Notwendigkeit dieses übergreifenden Wandels bewusst sein, ohne ihn in den Einzelmaß-

⁸³ Dabei ist es eine grundlegende und durchaus offene Frage, ob es eine Transformation des Kapitalismus zu einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise überhaupt geben kann. Die Steuerung wirtschaftlichen Handelns durch die „privaten“ Interessen der Akteure und die systemischen Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation sind in ihrem Kern nicht veränderbar, wenn nicht Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes sich transformieren bzw. im Kern schon transformiert sind.

⁸⁴ Siehe z.B. in Stephany Griffith-Jones, Jose Antonio Ocampo and Joseph E. Stiglitz (Hrsg.), Time for a Visible Hand. Lessons from the 2008 World Financial Crisis, Oxford, 2010

nahmen schon voraussetzen zu dürfen, wenn sie handlungsfähig und politisch wirksam werden will.

2. Grundfragen einer Transformationsstrategie

Wann werden Umgestaltungen, Veränderungen und „Reformen“ zu Transformationen im Sinne der Verwandlung in eine neue Form? Und muss das Ursprüngliche und Wesenhafte des Vorherigen dabei in irgend einer Form erhalten bleiben oder kann es sich im Kern zu etwas Neuem wandeln? Kann es die „Transformation des Kapitalismus“ also geben oder sind nur partielle Transformationen *im* Kapitalismus möglich, die den Wesenskern und die kapitalistischen Wirkprinzipien letztlich unangetastet lassen? Eine bewusste Strategie des Wandels muss sich mit der Frage auseinandersetzen, inwiefern schrittweise Transformationen in „geschlossenen“ sozialen Systemen⁸⁵ überhaupt möglich sind oder ob es nicht vielmehr die scharfen Umbrüche sind, die historisch den Übergang zu etwas Neuem markieren.

Diese Grundfragen einer Transformationsstrategie zu stellen, heißt nicht, sie vollständig beantworten zu wollen. Die vollständige Antwort ist das Ende des Fragens und die Suche nach echter Transformation kann nur mit einer grundsätzlichen Haltung des Fragens einhergehen.

Was ist der Wesenskern des Kapitalismus? Ist dieser transformierbar? Ist es das Profitstreben und die individuelle Bereicherung? Oder ist es die Grenzenlosigkeit der Kapitalwirtschaft in ihrer rechnungsförmigen Anwendung instrumenteller Rationalität und Effizienz bei der Durchdringung aller Bereiche und Verhältnisse? Kann es eine sukzessive Transformation geben oder gibt es nur den scharfen Bruch der disruptiven Überwindung?

Rationalität, Effizienz und Machbarkeit sind auf gesellschaftlicher Ebene die Versprechungen und Zielgrößen des Kapitalismus. Freiheit und Bedürfnisbefriedigung sind die Versprechungen für den einzelnen.

Eine Transformation des Kapitalismus im Sinne einer „Aufhebung“ wird auch diese Kriterien „aufheben“ müssen - im vielfältigen Sinne dieses Wortes - also auch im dem Sinne, sie nach „oben“, in den Bereich des bewussten Gestaltens zu bringen und ihre positive Gehalte zu bewahren. Denn wir brauchen Effizienz, Rationalität und Machbarkeit auch jenseits der Akkumulationslogik des Kapitals, wenn wir unser Leben frei und ohne Not gestalten wollen.

Damit eine Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich wird, die zugleich die Produktivkräfte erhält, die wir zur Überwindung der globalen Krisen brauchen, sind konkrete Schritte in partiellen Politikfeldern nötig. Ab einem gewissen Punkt a) der Veränderung von Rahmenbedingungen und Teilbereichen und b) der Krisendynamik des bestehenden Systems können diese konkreten Schritte einen qualitativen Umschlag herbeiführen, aus dem ein neues System von Wirtschaft und Gesellschaft erwächst. Wann und wie dies geschieht,

⁸⁵ Die sozialwissenschaftliche Systemtheorie mit Niklas Luhmann als prominentestem und produktivstem Vertreter geht davon aus, dass soziale Systeme zwar „umweltoffen“ sind, also Umweltereignisse verarbeiten, aber zugleich „selbstreferentiell geschlossen“, d.h. sie verarbeiten alle Umwelteinflüsse nur nach internen Kriterien. In dieser Sicht ist die systemische Binnenlogik ultrastabil. Was nicht in dessen Kriterien gefasst werden kann, ist ein äußeres Geschehen, an das das System keinen Anschluss nimmt. Vgl. Luhmann, Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie, Suhrkamp, 1987.

ist nicht planbar. Die Wahrscheinlichkeit, dass es geschieht, kann aber planvoll erhöht werden. Die hierfür notwendigen Schritte, sind im vorliegenden Papier zur Diskussion gestellt.

3. Krise und Transformation

3.1 Die Krisen des Kapitalismus

Die Krisen des Kapitalismus sind so alt wie der Kapitalismus selbst. Und doch überlebte das markt- und geldbasierende System der Kapitalakkumulation bislang jede Krise und jede Vernichtung der Buch- und Sachwerte – ob in ökonomischen Zusammenbrüchen oder in Kriegen.

Aber der Kapitalismus ist nicht nur krisenanfällig, er ist auch stark! Aus den Ruinen der Überakkumulation reicht er stets aufs Neue seine Hand des Nehmens und Gebens unter dem Versprechen des „Morgen mehr“. Die Krisen- und Untergangstrategen, die den Zusammenbruch herbeisehnen, damit ein Ende komme – und sei es mit Schrecken – müssten heute auf einen globalen und irreversiblen Kollaps spekulieren. Die Klimakatastrophe gibt hierfür das endzeitliche Szenario ab. Doch ethisch ist es nicht vertretbar, die Katastrophe und die Vernichtung aktueller Lebensgrundlagen zum Meilenstein einer Überwindungsstrategie zu machen.

Ist es also sinnlos, dem Kapitalismus noch etwas entgegen zu halten? Ihn angesichts seiner radikalen Rücksichtslosigkeit gegenüber marktfernen Kriterien verändern und aufheben zu wollen?

Die Geschichte der politischen Kämpfe gegen die Macht des Kapitals kennt im wesentlichen zwei Varianten: Hier den Klassenkampf mit seinem Versuch, der Macht der Kapitalbesitzer die Macht der Besitzer von

Arbeitskraft entgegen zu stellen. Doch deren politische Frucht – die „Diktatur des Proletariats“ – ist aus historischer Erfahrung diskreditiert. Das Diktat der Stellvertreter einer als Proletariat definierten Klasse hat dem anonymen Diktat der Kapitallogik keine bessere Zukunft entgegensetzen können.

Auf der anderen Seite steht die politische Zähmung und Einfriedung der Marktgesetze und -auswüchse durch demokratisch legitimierte Steuerung, Kontrolle und Reformen. Der im weitesten Sinne „sozialdemokratische“ Weg also, der gleichwohl die „Privatisierung der Welt“, die Merkantilisierung aller Beziehungen, die immer breiter klaffende Schere sozialer Ungleichheit in allen Ländern und im globalen Maßstab sowie die Ausbeutung aller menschlichen und natürlichen Ressourcen nicht aufhalten kann.

Diese zweite, den Kapitalismus „zähmende“ und mildernde Variante der Politik hat sich heute durchgesetzt und erscheint im „Common Sense“ alternativlos. Doch sie kann das Akkumulationsgesetz in seinem Kern nicht aufheben. Wo Kapital stetig mehr Kapital erzeugt, wird der Druck der Verwertung aller verfügbaren Grundstoffe materieller und sozialer Natur immer stärker. Das von den Wirtschaftsakteuren und Regierungen aktiv gestaltete und forcierte Projekt der Globalisierung nimmt deshalb den gesamten Erdball als Reserve möglicher Märkte in Anspruch und ist auf die vollständige Kapitalisierung aller noch nicht verwerteten sozialen und natürlichen Ressourcen ausgelegt. Deren Verbrauch oder Erhalt wird dabei zur Frage der Marktpreise.⁸⁶

Die politische Gestaltung begrenzter wirtschaftlicher Verhältnisse, sei es in einem Betrieb oder innerhalb einer Volkswirtschaft, kann dem globalisierten Kapitalismus heute kein hinreichendes Gegengewicht mehr entgegensetzen.⁸⁷ Der ökologische wie soziale Kollaps, der

⁸⁶ Die Bestrebungen, durch „Klimazertifikate“ und Emissionsrechtehandel die Erdatmosphäre zu kapitalisieren, gehen genau in diese Richtung.

⁸⁷ Sebastian Dullien, u.a. sehen dies in Ihrem 2009 von der Friedrich Ebert Stiftung veröffentlichten Papier „Der gute Kapitalismus“ anders: „Damit der Kapitalismus seine produktive (»gute«) Dynamik möglichst frei von seinen zerstörerischen Tendenzen entfalten kann, muss er an die Leine genommen werden: durch den Staat und die Gesellschaft. Die Leine darf nicht zu lang, aber auch nicht zu kurz sein. In einer idealen Welt muss auch der globale Kapitalismus eine globale Regulierung oder Leine haben, um im Bild zu bleiben.“ (ebd. S. 6)

aus der systemlogischen Vollständigkeit der Erschöpfung der jeweils verfügbaren Mittel resultiert, ist durch eine schlichte Politik der sozialen oder ökologischen Abfederung nicht aufzuhalten. Und zugleich ist dieser Kollaps aller Erfahrung nach keine auch nur in weiterer Perspektive erstrebenswerte Option. Denn je weniger verbleibt, je vollständiger die Zerstörung also ist, desto verlockender klingt für die Überlebenden das Versprechen des morgen wieder einsetzenden Wachstums durch Markt und Akkumulation.

Blicken wir also ins Unausweichliche? Sind die Optionen verbraucht? Oder gibt es eine weitere Option, die rational beschreibbar und praktisch umsetzbar ist? Das **Projekt einer „Transformation“ privat- und marktkapitalistischer Strukturen hin zu einer lebensdienlichen, solidarischen und zukunftsfähigen Ökonomie** soll hier eine neue Chance eröffnen. Keine Gewissheit - aber die Perspektive eines beschreibbaren und in einzelnen Schritten gangbaren Pfades.

3.2 Begriffsklärung: Reform und Transformation

Was heißt „Transformation“? Was unterscheidet sie von einer „Reform“ in bester und aufgeklärtester Absicht?

Die „Transformation“ soll eine grundlegende Änderung der Wirkzusammenhänge von Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringen. *Transformation* heißt Umformung im Sinne der Verwandlung in eine neue Form. Die *Reform* ist hingegen eine Erneuerung, bei der die Strukturen und Zusammenhänge des Bisherigen nicht vollständig, sondern allenfalls graduell verändert werden.

Reform wurde im politischen Diskurs lange Zeit „progressiv“ gebraucht, z.B. als Beschreibung des Weges der Demokratisierung der Gesellschaft und der Herstellung von Chancengleichheit. Der Begriff wurde im vergangenen Jahrzehnt auch zur Restaurierung ordoliberaler Verhältnisse insbesondere im Bereich der Sozialpolitik und neoliberaler Rückführungen politischer Einflüsse auf die Wirtschaft verwendet.

In der jüngeren politischen Praxis bezeichnete „Reform“ mithin jede Änderung von Rahmenbedingungen - ob in progressiver oder restaurativer Perspektive, ob mit dem Versuch, gegebenen Strukturen zu überwinden oder zu verfestigen bzw. wieder herzustellen.

Um diese Richtungen von Reformen im Weiteren klar zu unterscheiden und zur Transformation in Beziehung setzen zu können, wollen wir die Begriffen wie folgt verwenden:

Restaurative Reformen:

Änderungen von Rahmenbedingungen, die auf eine Wiederherstellung vorheriger Strukturen abzielen.

Stabilisierende Reformen

Änderungen von Rahmenbedingungen, die die Stabilität vorhandener Strukturen erhöhen und die Krisenanfälligkeit und Veränderbarkeit des vorhandenen Systems verringern.

Transformierende Reformen

Änderungen von Rahmenbedingungen, die die Wahrscheinlichkeit der grundlegende Veränderung gegebener Strukturen und der Herausbildung neuer Systembedingungen erhöhen.

Transformation

Umformung und Verwandlung des gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhangs unter Herausbildung neuer Systembedingungen und Ordnungsstrukturen.

Transformationsschritte

Änderungen von Rahmenbedingungen in einzelnen, umgrenzten Bereichen, die dort eine grundlegende Umformung herbeiführen und neue Systembedingungen schaffen sowie Schaffung neuer Bereiche, in denen neue und grundlegend andere Systembedingungen gelten.

Transformationsprozesse:

Das Zusammenwirken verschiedener Reform- und Transformationsschritte, die in ihrer Synergie einen geschichtlichen Prozess tiefgreifender Transformation bewirken können.

Transformation heißt Umformung im Sinne der Verwandlung in eine neue Form. Was nun gibt Transformationsschritten und Transformationsprozessen die Qualität, das System selbst bis hin zu seiner Umwandlung und Aufhebung zu verändern? Wie sehen die Transformati-

on, auf die wir hinarbeiten wollen, und der neue Handlungszusammenhang, der entstehen soll, konkret aus?

Eine Antwort, die den Rahmen der Transformationsstrategie und die Zielpunkte des Transformationsprojektes absteckt, muss die grundlegenden Erfahrungen bisherigen sozialen Wandels in Rechnung ziehen: Echte Transformationen sind immer *historische Prozesse*, die niemals nur aus planerischen und willentlichen Entscheidungen resultierten. Sie erfordern die Wirkkraft sozialer Bewegungen und einschneidender Ereignisse, die die Deutungsgeohnheiten sprengen und Raum geben für echte Novität.

3.2.1 Transformation, Novität und Antithesen

Das wirklich Neue - also die *Novität des Künftigen* – ist bislang ohne Beispiel. Dieser selbstverständliche Satz wird allzu leicht vergessen, wenn eine „Utopie“ gezeichnet und gekennzeichnet wird. Dies heißt: Wir kennen die konkrete Gestalt der Gesellschaft, die am Ende eines Transformationsprozesses stehen wird, heute noch nicht. Aber wir können die **Anti-thesen**, die der heute vorherrschenden Wirtschaftsweise gegenüber stehen, heute schon formulieren:

- Wo hier Konkurrenz herrscht, ist dort Solidarität.
- Wo hier ein „Mehr“ steht, ist dort ein „Genug“.
- Wo hier die Grenzüberschreitung Programm ist, ist es dort die Bewahrung und der Schutz von Grenzen.
- Der alles berechnenden Persönlichkeit steht die mitfühlende gegenüber.
- An die Stelle des egoistischen Marktakteurs tritt der solidarisch Handelnde.
- An die Stelle der Repräsentation tritt die Partizipation.
- Aus Funktionszwang wird die Freiheit der Entscheidung.
- Aus der Angst um die Existenz wird die Befreiung zur Gestaltung
- Aus der Befriedigung eigener Interessen wird die Befriedigung gemeinsamer Bedürfnisse.
- Aus dem Ausschalten des Anderen das Aufnehmen des Nächsten.
- Aus der Externalisierung von Folgen wird die Übernahme von Verantwortung.
- Statt um Konsumquantität geht es um Lebensqualität.
- Statt um die Verfügung über andere Menschen geht es um die Verfügung über die eigene Zeit.
- An die Stelle von Allmachtfantasien tritt die Anerkennung der eigenen Kleinheit und Endlichkeit.
- Statt um das Wachsen des Ego geht es um das Wachsen des Selbst.

Indem diese Antithesen formulierbar und auf einer Wertebene zustimmungsfähig sind, haben sie eine innere Realität, die die Anschlusspunkte des Neuen markiert.

3.3 Widersprüche und Transformationsdynamik im Kapitalismus

Im Alten steckt der Keim des Neuen. Wäre es anders, dann wäre der Kapitalismus in der Tat das „Ende der Geschichte“, wie es von neoliberalen Theoretikern schon ausgerufen wurde.⁸⁸ Die Transformation des Kapitalismus ist aber in ihm selbst und in seinen inneren Widersprüchen schon angelegt.⁸⁹ Aber die Konflikt- und Bruchlinien verlaufen heute anders als zu Zeiten Karl Marx' und der historischen Arbeiterbewegung. Es ist nicht mehr zuerst und allein der Widerspruch von Wertschöpfung und Wertaneignung – also zwischen Arbeit und Kapital – der heute auf einen Systemwandel drängt, sondern der Widerspruch zwischen grenzenlo-

⁸⁸ Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, 1992. Fukuyama knüpft an Hegels Geschichtsphilosophie an und sieht in der Verknüpfung von politischer Demokratie und wirtschaftlichem Liberalismus die „letzte Synthese“, die sich überall und endgültig durchsetzen werde.

⁸⁹ Schon Karl Marx beschreibt diese Transformation „von innen“ im Kapital und seinen Schriften zur politischen Ökonomie. Für ihn sind schon die Kapitalgesellschaften (!) Stationen zur Selbstnegation des privatkapitalistischen Systems. Dass die Transformation eines gesellschaftlichen Zustandes in diesem in und dessen Widersprüchen selbst angelegt ist, ist Grundannahme der dialektischen Geschichtsphilosophie (Hegel), an die Marx anknüpfte und an die auch Fukuyama (1992) anzuknüpfen behauptet.

sem Anspruch der Kapitalakkumulation und der sozialen und ökologischen Begrenztheit der Welt, zwischen der Selbstbezüglichkeit des renditegetriebenen Wachstums auf der einen und dem Anspruch lebensdienlicher politischer Gestaltung auf der anderen Seite.

Indem der sich globalisierende Kapitalismus heute alle Ressourcen und sozialen Verhältnisse in seine Systemlogik hineinzieht, macht er zugleich das logische Ende seines Wachstums sichtbar.

Das Versprechen der volkswirtschaftlichen und individuellen Wohlstandsmehrung wird obsolet, angesichts der absehbaren Erschöpfung aller Ressourcen und angesichts des fortschreitenden Verlustes freier Handlungsoptionen im anonymisierten System weltumspannender ökonomischer Zwänge.

„Unregierbarkeit“ wird zum weltweiten Status Quo der Politik gegenüber den finanzkapitalistischen Systemen und Märkten und ihren *Global Players*.

Hier zeigt sich der zweite große Widerspruch des globalisierten Kapitalismus: Der Widerspruch zwischen der vermeintlichen Freiheit der Gestaltung der Lebensumstände durch erfolgreiche Kapital- und Warenallokation und der faktischen Unfreiheit des Handelns in immer undurchdringlicheren Zwängen, bis hin zur Gefangenschaft in den Eigengesetzlichkeiten des Systems und der sozialen Verhältnisse, die es hervorbringt.

Die Richtung der aus den **inhärenten Widersprüchen gespeisten Transformationsdynamik** im modernen Kapitalismus lässt sich aus diesen Befunden ableiten:

- Nur die **Überwindung des Wachstumszwanges** kann Ressourcen auch für künftiges Wirtschaften erhalten.
- Die **Erschließung und Wiedergewinnung kapitalferner Handlungsräume** kann individuelle Freiheitsgrade neu eröffnen und der Verabsolutierung der Kapital- und Warenlogik in allen sozialen Beziehungen entgegenwirken.
- Nur ein klares und durchsetzungsfähiges **Primat demokratischer und partizipativer Politik** kann im volkswirtschaftlichen wie im internationalen Maßstab Gestaltungsräume wieder erschließen.
- Die **Demokratisierung der Wirtschaft** ist heute das Gegenmodell des an sein Ende stoßenden Prinzips der ökonomischen Alleinherrschaft des Kapitals. Dabei müssen neue partizipativ-solidarische Eigengesetzlichkeiten etabliert werden, die andere Formen des Wirtschaftens verstetigen.

3.4 Die Logik des Transformationsprojektes

Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer lebensdienlichen statt eigennützigen Ökonomie kann zu einem guten Teil an schon heute mögliche Wirtschaftsformen und Handlungsweisen anknüpfen, die der Richtung der oben genannten Wandlungsmomente entsprechen. In der politisch gestalteten Marktgesellschaft sind es der Pluralismus der Formen und die Nischen der herrschenden Ökonomie, in denen sich neue Handlungsweisen und anders strukturierte Kontexte in einfachen und zunächst prekären Formen entwickeln können.

Eine konkret umsetzbare Transformationsstrategie kann nicht davon ausgehen, dass Formen solidarischer Ökonomie erst möglich sind, wenn "der Kapitalismus" bzw. die Eigengesetzlichkeiten der Kapitalakkumulation überwunden sind, wenn es "den Kapitalismus" also nicht mehr gibt. Ein realistische Strategie muss statt dessen von einer bis auf weiteres parallelen oder „dualen“ Existenz lebensdienlicher und gemeinnütziger Wirtschaftsformen auf der einen und marktkapitalistischer Formen auf der anderen Seite ausgehen. Die Logik eines Transformationsprojektes lässt sich dabei wie folgt beschreiben:

- Strukturen solidarischer Ökonomie⁹⁰ entwickeln sich parallel zur vorherrschenden Wirtschaftsweise mit Hilfe einer in entsprechenden Projekten aktiven solidarwirtschaftlichen Bewegung. Teil dieser Entwicklung ist die kontinuierliche, politisch durchgesetzte Verbesse-

⁹⁰ Zu diesen Strukturen gehören, Genossenschaften, demokratische und genossenschaftliche Finanzinstitute, reformierte AGs, gGmbHs, gemeinnützige Stiftungen, Vereine bzw. Fördervereine, nicht profitorientierte Akteure wie Kirchen, Parteien, gemeinnützige Fonds, Solidarfonds u.ä. wie auch Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs), d.h. wirtschaftstunabhängige, gemeinnützige Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft.

rung der Rahmenbedingungen lebensdienlichen und solidarisch-gemeinnützigen Wirtschaftens.

- Unabhängig von diesen Möglichkeiten wird es Krisen- oder "Kipp"-Situationen der dominant kapitalwirtschaftlichen Strukturen geben. Diese bergen um so größere Chancen, grundlegende Transformationsprozesse auszulösen, je mehr sich die solidarwirtschaftlichen Strukturen entwickelt haben und je mehr alternative Handlungsoptionen sie den Einzelnen und den Unternehmen eröffnen.⁹¹
- Der "Kippunkt", also der Punkt, an dem echte Transformationsprozesse durchgreifend in Gang kommen, hängt davon ab, wie jeder Einzelne und die vielen vor allem kleinen Unternehmen sich im "kritischen Moment" verhalten und entscheiden - sowohl mikroökonomisch, das heißt in jeder wirtschaftlichen Einzelentscheidung, als auch politisch.
- Ein "grundsätzlicher Wandel" ist in dieser Sicht nicht Voraussetzung solidarischer Ökonomie, sondern umgekehrt: Die Entstehung und Entwicklung solidarökonomischer Strukturen ist Voraussetzung für den "grundsätzlichen Wandel", weil nur so die *notwendigen Alternativen* entstehen.

Dieses **duale Transformationsmodell** ist nach unserem Verständnis das einzige, mit dem heute gangbare konkrete Schritte hin zu einem grundsätzlichen Systemwandel begründet und beurteilt werden können. Dass es dabei den grundsätzlichen und vollständigen Systemwandel *nicht* schon voraussetzen kann und darf, entspricht einfacher und praktischer Logik. Im Rahmen des Kapitalismus gibt es Grenzen für tatsächlich lebensdienliches Wirtschaften. Dennoch versucht das solidarwirtschaftliche Transformationsprojekt die grundlegende Systemkritik mit einem beschreibbaren und in konkreten Schritten gangbaren Transformationspfad zu verbinden.

Solche Schritte identifizieren zu wollen und sich im Versuch einig zu werden, hierfür eine politische und ökonomische Bewegung zu mobilisieren, ist heute Aufgabe emanzipatorischer und linker Politik.

4. Pfade und Kernelemente der Transformation

Die Transformation hat klare Zielvorstellungen und ist doch ein offener Prozess. Denn sie zielt auf die Überwindung von Strukturen ab, die *in sich* kaum transformierbar sind: Die Steuerung wirtschaftlichen Handelns durch die „privaten“ Interessen der Akteure und die systemischen Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation sind in ihrem Kern nicht veränderbar, wenn nicht Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes sich transformieren bzw. im Kern schon transformiert sind. Dies gilt vor allem dann, wenn die betrachteten Transformationsschritte nicht in „Inseln“ und Nischen verwirklicht werden können, sondern gesamtgesellschaftlicher Natur sind. Ein grundlegender institutioneller Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft (die einzelnen Elemente sind in den Bausteinen dokumentiert) dürfte im wesentlichen aber nur im Rahmen von tiefgreifenden Destabilisierungs- und Umbruchphasen möglich sein, wie sie im Abschnitt 6 (Transformationsszenarien) dargelegt sind. Dennoch müssen die einzelnen Schritte heute schon bedacht und wo immer möglich auch schon versucht werden. Dabei stellt sich die Frage, in welchen Bereichen mögliche Schritte denkbare Transformationspfade erschließen, die in ihrem Zusammenhang und unter den genannten Bedingungen zu grundlegendem Wandel führen können.

⁹¹ Auch "kleine" Schritte wie ein für alternatives Wirtschaften günstigeres Förder-, Bilanz- und Steuerrecht oder entsprechende Verbesserungen des Gesellschafts- und Genossenschaftsrecht können dabei im konkreten Fall eine sehr große Rolle spielen.

4.1 Systemische Strategie und Transformationspfad „solidarischer Markt“

Das vorherrschende Wirtschaftssystem hat seine Stärke in dem, was soziologisch als „**systemische Integration**“ bezeichnet wird, d.h. es reproduziert seine Existenzbedingungen durch die Verschränkung vieler Einzelhandlungen innerhalb eines auf allgemeinen Prinzipien beruhenden Rahmens.

Eine erfolversprechende Transformationsstrategie muss in diesem Sinne ebenfalls „systemisch“ sein. Das heißt, sie arbeitet nicht primär mit direkten politischen Regulierungen (auch wenn diese im Einzelfall immer wieder nötig sein mögen), sondern „**strategisch**“ mit **Veränderungen der Rahmenbedingungen**, die das vom Einzelnen und von Unternehmen in solidarischer Perspektive erwartete Handeln rational und auch aus Einzelperspektive vorteilhaft machen. Die Frage der **Bedingungen unternehmerischen Handelns am Markt**, das nicht unter Wachstums- und Akkumulationszwang steht, und gleichwohl aus der Binnenlogik des Unternehmens gesteuert wird, ist hierbei zentral.

Ein wesentlicher Transformationspfad ist dabei die Entwicklung eines „**solidarischen Marktes**“⁹², der jenseits des Verwertungs- und Wachstumszwanges folgendes leisten muss:

- Austausch von Gütern und Leistungen ohne asymmetrische Machtbeziehungen.
- Stabilisierung von kooperativen Austauschbeziehungen zwischen Unternehmen.
- Erlangung einer für jedes Unternehmen stabilen „optimalen Größe“.
- Schaffung von Inklusions- oder Anschlusschancen für bisher nicht in den Produktions- und Dienstleistungsprozess eingebundene Menschen bzw. Unternehmen.
- Permanente Steigerung der Effizienz der Güterproduktion und der Qualität von Dienstleistungen.
- Kanalisierung von Effizienz- und Qualitätsgewinnen unter den Kriterien:
 - Minderung des Ressourcenverbrauchs
 - Erhöhung der verfügbaren Gemeingüter
 - Steigerung der Freiheitsgrade der Lebensgestaltung durch Verminderung der notwendigen Erwerbsarbeitszeit
 - Minderung externer sozialer und ökologischer Kosten (national wie global)
- Positive Schrumpfungsoptionen für ökologisch und sozial defizitäre Unternehmen.
- Rechtliche Fundierung und Förderung einer gemeinwohlorientierten Unternehmerrolle.
- Förderung partizipativer Unternehmensformen.

Die Formulierung und Anwendung **betriebswirtschaftlicher Grundsätze jenseits der Kapitallogik** ist ein Kernelement dieser Transformation. Erst wenn es möglich wird, ohne Gewinn- und Akkumulationszwang dauerhaft erfolgreich zu wirtschaften, werden die Alternativen solidarischer Wirtschaftssektoren „mikroökonomisch“ attraktiv.⁹³

⁹² Siehe hierzu auch die Bausteine „Partizipatorische Unternehmensverfassung“ und „Markt und Wettbewerb in einer Solidarischen Ökonomie“.

⁹³ In der Genossenschaftsbewegung wird zum Beispiel das **Kriterium der Wertschöpfung** anstelle des betriebswirtschaftlichen Kriteriums „Gewinn“ vorgeschlagen. Siehe hierzu z.B. die „Wertschöpfungsbilanz“ der Mondragon Gruppe aus den Jahren 2007 und 2008. Quelle <http://www.mondragon-corporation.com/DEU/Wirtschaftliche-Daten/Wirtschaftliche-Situation-und-Vermögenslage-/Entwicklung-Des-Wertzuwachses.aspx> am 31.03.2010.

4.1.1 Reformen der Unternehmensverfassung

Um Wege hin zu einem solidarischen Markt zu eröffnen und für die Unternehmen auch konkret gangbar zu machen, sind grundlegende Reformen des **Gesellschaftsrechts** bzw. der **Unternehmensverfassung** sowie des **Bilanzrechts** nötig.

Hierzu gehört eine Revision der Zusammensetzung des **Aufsichtsräte bzw. Aufsichtsorgane** der großen Kapitalgesellschaft. Dort sind nur die partikularen Interessen von Kapital und Arbeit des jeweiligen Unternehmens vertreten sind, nicht aber die allgemeinen Interessen der das Unternehmen umgebenden Wirtschaft und Gesellschaft, einschließlich der für jede Wirtschaft und jedes Zusammenleben notwendigen natürlichen Grundlagen der Umwelt.

Nach klassischer Faktortheorie (Produktionsfaktoren: Arbeit, Kapital und Boden) werden nur zwei der drei Faktoren tatsächlich vertreten, da der Boden der Kapitalseite - als Besitz oder Eigentum - „gehört“. Wenn wir „Boden“ aber als Synonym für „natürliche Grundlagen“ verstehen, muss auch dieser Faktor, wie auch jener der „allgemeinen“ gesellschaftlichen Interessen, im Aufsichtsrat als zu schützendes Gemeingut vertreten sein. Notwendig ist deshalb zumindest eine **Drittelparität**, in der die „gesamtgesellschaftlichen“ und ökologischen Interessen im höchsten Aufsichts- und übergreifenden Steuerungsorgan der Kapitalgesellschaft vertreten sind.

Dabei ist auch ein **Partizipation der Anspruchs- und Berührungsgruppen** („Stakeholder“) – also Kunden, Lieferanten, Anwohner, Vertreter gesellschaftlicher Gruppen u.ä. – vorzusehen, um bei der ethisch und sozial verantwortungsvolle Unternehmensführung („Corporate Governance“) die Mitwirkung der Betroffenen zu ermöglichen.

Neben dieser Reform der Unternehmensverfassung ist auch ein Reform des **Aktienrechts** sowie des **Bilanzrechts** erforderlich, um einer einseitigen Ausrichtung am Erfordernis der Kapitalverwertung auch auf der Ebene der operativen Unternehmensteuerung entgegen zu wirken.

4.1.2 Nachhaltigkeitsbilanz und „Zieldreieck“ der Nachhaltigkeit

Die Bilanz weist den „**Erfolg**“ des Unternehmens anhand des „**Gewinnes**“ bzw. „**Verlustes**“ und des **Wachstums** aus. Wo es möglich und zweckmäßig ist, Gewinne oder Wachstum zu realisieren, muss dies getan werden, um die Aktionäre mit dem ihnen zustehenden prozentualen Anteil (Dividende) befriedigen zu können bzw. um ihren Anteilswert zu mehren. Das Aktien- und das Bilanzrecht erzwingen also eine einseitige Ausrichtung des Unternehmenshandels an Gewinn- und Wachstumskriterien unter „Externalisierung“ von Folgekosten.

An die Stelle der Orientierung des Unternehmenserfolgs an Gewinn- und Wachstumskriterien soll in einer lebensdienlichen Wirtschaft das **Kriterium der Nachhaltigkeit** treten.

Die **Nachhaltigkeit unternehmerischen Handelns**, an der "reformierte" Kapitalgesellschaften (und sonstige Unternehmen) in gemeinwohlorientierten Strukturen künftig orientiert werden sollen, umfasst definitionsgemäß **drei gleichgewichtete Aspekte**:

- **Ökonomische Nachhaltigkeit**, d.h. die Möglichkeit, den Wertschöpfungsprozess dauerhaft und auch für kommende Akteure und Generationen aufrecht zu erhalten.
- **Soziale Nachhaltigkeit**, d.h. die Aufrechterhaltung von Lebens- und Teilhabechancen auch für kommende Akteure und Generationen, durch den ökonomischen Prozess.
- **Ökologische Nachhaltigkeit**, d.h. die dauerhafte Aufrechterhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens und der Wirtschaft auch für kommende Akteure und Generationen.

Diese drei Aspekte wirken in einem reformiertem Gesellschafts- und Bilanzrecht als „**Ziel-dreieck**“, das den Unternehmenserfolg ausweist und dem alle Handelnden verpflichtet sind. Es ist dann also nicht mehr sinnvoll, eines der Zeile auf Kosten der anderen zu verfolgen, da dies für das Unternehmen Nachteile nach sich ziehen würde - z.B. höhere Steuern, schlechtere Versorgung mit „öffentlichem Kapital“ (siehe unten), Ausschluss aus Förderprogrammen, schlechtere Berücksichtigung bei der Infrastrukturplanung u.ä.

So ist ein **von innen wirkende Mechanismus** gegeben, der die Unternehmen gemeinwohlverträglich handeln lässt, ohne dass es einen äußeren Zwanges oder äußerer Kontrolle immer und notwendig bedarf. Die Nachhaltigkeitsbilanz könnte – wie bisher die Gewinnbilanz - „systemisch“ statt „politisch“ (das heißt durch äußere Regelung und Kontrolle wirken und damit positive eigendynamische Effekte erzeugen).

4.1.3 Aufhebung des Wachstumszwangs und Rückgang der Wachstumsraten

Wenn wir uns die Analysen zum Wachstumszwang der Kapitalwirtschaft bei Binswanger⁹⁴ zu eigen machen, der zufolge unsere Wirtschaft ein Mindestmaß an Wachstum - in seiner Sicht p.a. 1,8% - benötigt, um ihren Verwertungszyklus aufrecht zu erhalten⁹⁵, dann ist "ökonomische Nachhaltigkeit" unter kapitalwirtschaftlichen Bedingungen in der Tat ohne Wachstum nicht möglich (offen mag dabei die notwendige Mindestrate sein).

Wenn nun aufgrund entsprechender Rahmenbedingungen die beiden anderen Faktoren zur gleichen Zeit und mit Bilanzierungspflicht (Ökobilanz, Sozialbilanz ...) als *gleichgewichtete* weitere Bestimmungsgrößen in einem "**Zieldreieck**" wirken, so ist die überragende und nur in scharfer Konkurrenz aufrecht zu erhaltende Orientierung am Verwertungs- und Wachstumsdiktat durch andere, gemeinwohlbezogene Orientierungen zunächst ausbalanciert.

Wachstum und Gewinn sind dann nicht länger Selbstzweck unternehmerischen Handelns, sondern nur dann vorteilhaft und „erfolgreich“, wenn sie zugleich die beiden anderen Kriterien nach sich ziehen. Der Gegensatz von Wirtschaftlichkeit und Gemeinwohl kann dadurch aufgelöst werden, so dass nicht länger „die Politik“ reparieren muss, was in der Wirtschaft an Fehlentwicklungen entsteht, sondern die Wirtschaft selbst die aus ethischer und politischer Sicht gewollte Resultat hervorbringen kann.⁹⁶

⁹⁴ Hans Christoph Binswanger, Die Wachstumsspirale, Marburg, 2006.

⁹⁵ vgl. Baustein „Wachstum“.

⁹⁶ so auch Christian Felber, in: Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Wien, 2010.

Dies bedeutet auch, dass Wachstum unter diesen Bedingungen nicht immer etwas sozial und ökologisch schädliches sein *muss*, sondern im Gegenteil nach seinem sozialen und ökologischen Nutzen gesteuert werden kann - über Bilanzregeln, Steuer- und Fördergesetze, regionale, landesweite und europaweite Strukturpolitik bzw. Strukturplanung⁹⁷ usw. So wird ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wachstum im Prinzip möglich! Ein solches Wachstum kann im "Zieldreieck" sukzessive um so geringer ausfallen, je mehr ökologisch und sozial notwendige Wachstumsschritte erfolgt sind, je stabiler das nachhaltige wirtschaftliche System also wird.⁹⁸ Nachhaltiges Wachstum ist deshalb zugleich schrumpfendes Wachstum.

4.1.4 Rahmenbedingungen der Nachhaltigkeitsorientierung

Ein **reformiertes und an Nachhaltigkeit orientiertes Unternehmen** bedarf bestimmter Rahmenbedingungen, um die Handlungsorientierungen auch effektiv umsetzen zu können.

Hier ist zum einen der **Faktor der Kapitalschöpfung** zu nennen. Wo das für effektives Wirtschaften notwendige Kapital mit einem Zins bzw. „Kapitalmarktzins“ belegt ist, werden Profit und Wachstum vom Konkurrenzmarkt erzwungen und können sich soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien nur um den Preis der Gefährdung der Existenz des Unternehmens durchsetzen. Deshalb ist die Versorgung der Reformierten Gesellschaften mit weitgehend **zinsfreiem öffentlichem Kapital** eine grundlegende Voraussetzung für die Erfolgsaussichten dieses Pfades (vgl. unten).

Eine weitere Bedingung ist die Koordination der wirtschaftlichen Entwicklung über kommunale und regionale **Beiräte** bis hin zu einem **nationalen Wirtschaftsrat**, in denen entsprechende Leitlinien und Zieldefinitionen entwickelt werden.

Diese Beiräte haben dabei zugleich die Aufgabe, Kooperationen von Unternehmen und Beiträge zu gemeinsamem Erfolgen und Synergien, die an den Kriterien der Nachhaltigkeit orientiert sind, zu fördern.

Hierdurch wird eine **Orientierung an Kooperationen** unter ethischen Zielvorgaben erleichtert und an die Stelle des Konkurrenzkampfes kann das Ringen um gemeinsame Erfolge treten.⁹⁹

4.2 Transformationspfad kooperativ-genossenschaftliche Wirtschaftsformen

Ein friedliches Überleben von Mensch und Natur kann nur eine Ökonomie gewährleisten, in der nicht das Unternehmen, die Produktion und die Konkurrenz, sondern die Reproduktion und die Kooperation im Mittelpunkt steht. Die Globalisierung hebt zwar die Autonomie der Staaten auf, bietet aber andererseits die Chance, jenseits der nationalen Grenzen den Globus als gemeinsame Ressource aller Menschen kooperativ zu nutzen und zu pflegen.

In entlegenen Regionen sind noch Restbestände ursprünglicher kooperativer Ressourcennutzung vorzufinden.¹⁰⁰ Ökonomische und soziale Kooperativen haben sich als wirtschaftliche Selbsthilfe aber auch immer wieder als Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaftsweise entfaltet. Hinzu kommt im IT/Open-Source-Bereich die andauernde Produktion neuer Software, die nicht kommerzialisiert werden kann. Sie ermöglicht es, die Kommunikation und

⁹⁷ vgl. Baustein „Solidarische Unternehmensverfassung“.

⁹⁸ Hier zeigt sich ein Transformationspfades "Nachhaltigkeit", der als Klammer vieler Teilaspekte angesehen werden kann und auch die spezifisch "ökonomischen" Interessen integriert!

⁹⁹ Siehe hierzu auch den Baustein „Markt und Wettbewerb“.

¹⁰⁰ Ostrom, Elinor, 1999

Kooperation zwischen Konsument und Produzent regional und global zu erleichtern und zu intensivieren. Diese Ansätze lassen sich aufgreifen weiterentwickeln. Eine vollständig nachfragegesteuerte Produktion, bei der die Nutzer selbst die Funktionalität und das Design der Produkte mitgestalten können, lässt sich gerade mit Hilfe moderner Kommunikationstechnologien verwirklichen.

Die Erfahrung vieler Beispiele zeigt, dass der Mensch nicht nur bedingungslos konkurrierender Egoist sein muss, sondern dass er auch kooperieren und sich mit den Mitmenschen und der Natur im Einklang befinden will. Dies zeigen viele Initiativen und Projekte im Süden, aber auch in den stärker durchkapitalisierten Ländern des Nordens. Immer geht es im Kern darum, die Trennung von Konsument und Produzent durch das Kapital und die Profitmaximierung aufzuheben und nur noch zu produzieren, um das soziale und ökonomische Leben profitfrei reproduzieren zu können.

Die Finanzierung des leistungslosen Kapitaleinkommens wird dabei schrittweise reduziert. Indem die Profite im Reproduktionsprozess verbleiben, entsteht die ökonomische Kraft, auch den Prozess der Privatisierung der Infrastruktur zu stoppen und umzukehren und die Gemeingüter wieder in kollektiven Besitz zu überführen.

Wir müssen dabei nicht bei Null beginnen, denn ausgehend von ihren eigenen Bedürfnissen haben sich weltweit bereits 800 Millionen Menschen kooperativ in Genossenschaften organisiert. In wachsendem Umfang organisieren sich Menschen, um in wirtschaftlicher Selbsthilfe Güter und Strukturen herzustellen und zu nutzen, die sie zum Leben und zum Überleben brauchen. Solche Aktivitäten sind in das Transformationsprojekt produktiv einbeziehen und systematisch ausbauen. Genossenschaftlich-kooperative Ansätze können – konsequent eingesetzt und entwickelt - zumindest partiell die Ökonomie der Kapitalakkumulation ablösen und praktische Alternativen zur Verfügung stellen.

Um die Produktion im Bereich der Daseinsvorsorge solidarisch und nachhaltig zu gestalten, wird dann nicht mehr nach dem Kriterium produziert, welche Kaufkraft die Ware auf einen Markt findet, sondern welchen Bedarf die kooperativ organisierten Konsumenten anmelden. Dies ist heute in sehr differenzierter Weise möglich und hängt nicht von zentralen „Plänen“ ab. Durch moderne Techniken kann statt dessen jeder Konsument seinen Bedarf z.B. über den Webshop einer solidarökonomischen Kooperative anmelden und bestellen.

Um die Produktion zu stabilisieren, können sich die Konsument mit kooperativen Produzenten z.B. in Form von **Reproduktionsgenossenschaften** zusammenschließen. Dabei kann auch eine Vorfinanzierung der Produktion organisiert werden, wie dies z.B. im Lebensmittelbereich in Form der Vertragslandwirtschaft in der Schweiz, der Community Supported Agriculture (CSA) in den USA und der Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften in Deutschland geschieht. Ein Expertenpool ermöglicht es, die erforderlichen Produzenten zu finden. Ein Ressourcenpool erlaubt es, die entsprechenden Betriebsstätten ausfindig zu machen oder aufzubauen.

Eine solche **Transformation der Wirtschaftsweise** bezieht sich auf den ökonomischen Kernprozess

$$g - w - g' \text{ }^{101}$$

¹⁰¹ Mit Geld (g) werden Waren (w) – z.B. Rohstoffe und Arbeitskraft – gekauft. Nach Einsatz der Arbeitskraft ist die Ware am Markt mehr wert als es die einzelnen eingekauften Elemente waren. Durch den Verkauf der fertigen Ware für eine höhere

durch den das Geld sich anscheinend aus selbst heraus zu Gunsten des Investors vermehrt. Dies führt, wie auch an anderen Stellen dargelegt, zu einer Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben und zur grenzenlosen Kapital- und Kreditexpansion.

Die Umverteilung von unten nach oben kann durch solidarökonomische Beziehungen zwischen Produzent und Konsument abgelöst werden, indem jeder für die Leistung, die er für die Gemeinschaft/Gesellschaft erbringt (W) ein Wertäquivalent (Geld, G) erhält, das ihm ermöglicht, eine gleichwertige Leistung von der Gemeinschaft/Gesellschaft zu erwerben. Aus $g - w - g'$ kann dadurch wieder $w - g - w$ werden, also der Austausch nach tatsächlichen Wertäquivalenten der Waren. Eine nicht leistungsbezogene Geldvermehrung findet dabei nicht statt, da der Tausch gegen Geld alleine am Gestehungswert der Waren bemessen wird, nicht aber daran, was in einer Marktsituation vom Käufer/Wiederverkäufer als Preis realisiert werden kann.

Durch die direkte Kooperation von Konsument und Produzent wird Kapitalanlegern also die Möglichkeit versperrt, durch Investitionen und mit leistungslosem Einkommen ihr Kapital und damit ihre sozioökonomische Macht zu vermehren. Zumindest für den Bereich der Daseinsvorsorge ist der alternative Mechanismus gut beschreibbar und erprobt!

Robert Kurz¹⁰² hat den Prozess der Ökonomisierung der Reproduktion und den entsprechenden Ausweg hervorragend formuliert, indem er ausführt, dass sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten historisch immer weiter vorgeschoben hat und dabei immer mehr reproduktive Bezüge okkupierte - nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsum eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich.

Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen, folgt daraus, dass sie in genau umgekehrter Reihenfolge - von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend - dem Markt seine historische „Beute“ wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist.¹⁰³

4.3 Transformationspfad Vergesellschaftung des Kapitals

4.3.1 Nachhaltiges Wirtschaften mit öffentlichem Kapital

Oberste Prämisse der neoliberalen Marktwirtschaft ist die Gewinnmaximierung und die Akkumulation von Gewinnen in Privatverfügung. Hiermit einher geht der systemische Zwang zu fortwährendem exponentiellem Wachstum mit seinem zerstörerischen Potential für die natürlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft sowie einer internen Krisendynamik, die soziale Ungleichheit reproduziert.

Summe (g') wird der Mehrwert realisiert, der aus der Wertschöpfung im Produktionsprozess entstand. Dieser Mehrwert steht dem ursprünglichen Käufer zu, der sein Geld damit als Kapital einsetzt, um es zu vermehren.

¹⁰² Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus" <http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml>, 2001

¹⁰³ siehe auch Baustein „Reproduktionsgenossenschaften“ der Arbeitsgruppe 4.

Wirtschaftspolitische Forderungen müssen deshalb auf der Ebene der obersten Prämissen die Kriterien einer nachhaltigen Wirtschaftsweise formulieren, die auf Eigenkapitalrenditen verzichten kann und nicht von exponentiellem oder linearem Wachstum abhängt.

Neben *privatem Kapital*, das im Wirtschaftsliberalismus als „Motor“ globalen wirtschaftlichen Wachstums gilt, müssen Formen *öffentlichen Kapitals* treten, die Wachstum in gesellschaftlich sinnvollen, ökologisch verträglichen und politisch gewollten Bereichen ermöglichen oder aber Wirtschaftssektoren vom Wachstumszwang freistellen oder gar gezielt schrumpfen lassen.

Als Kriterien für den Einsatz öffentlichen Kapitals dient dabei nicht die Kapitalakkumulation, sondern die positive Auswirkung eines öffentlich-gemeinnützigen Wirtschaftssektors und seiner öffentlichen, demokratisch verfassten Unternehmungen auf seine gesellschaftliche und natürliche Umwelt. Hierfür sind verbindliche Maßstäbe zu entwickeln, die die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Arbeit, auf die natürliche Umwelt sowie die gesellschaftlichen Lebensbedingungen unter solidarischen Prämissen erfassen - einschließlich der Auswirkungen im Rahmen globalisierter Wirtschaftsbeziehungen.¹⁰⁴

Ein öffentlich-gemeinnütziger Wirtschaftssektor ist nicht mit staatlichen Unternehmen in ihrer Rolle der Bereitstellung öffentlicher Versorgung gleichzusetzen. Unternehmen des öffentlich-gemeinnützigen Sektors können statt dessen privat (z.B. gemeinnützige Gesellschaft mit Beschränkter Haftung, gGmbH) oder genossenschaftlich oder auch staatlich organisiert sein. Entscheidend ist, dass sie mit öffentlichem Kapital arbeiten und ihr Handeln durch die Erreichung definierter, in öffentlichem Interesse liegender Effekte gesteuert wird. Hierbei spielen die Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse sowie die Schaffung ökologisch und sozial nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe eine besondere Rolle.

4.3.2 Der gesellschaftliche Charakter des Kapitals

Jedes neu in Umlauf gebrachte Geld ist „an sich“ ein öffentliches Kapital, da es von der Zentralbank als einer Institution der Gesellschaft „geschöpft“ und zur Verfügung gestellt wird.¹⁰⁵

Deshalb gibt es keinen rein privaten Kredit, der auf der „Schöpfung“ von Kapital basiert. Jeder „geschöpfte“ Kredit ist ein Stück weit öffentlich und deshalb muss jedes hieraus resultierende Kapital ein Stück weit öffentlich sein. Umgekehrt kann zentral geschöpftes Geld niemals rein privates Kapital sein. Denn es wird durch eine öffentliche Hand privaten oder anderen öffentlichen Händen zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Diese Funktion wird im Bankensystem wahrgenommen und ist eine gesellschaftliche Aufgabe – so wie auch die Geldschöpfung einen gesellschaftlichen Vorgang darstellt. Aus der Geldschöpfung entstammendes Kapital als öffentliches Kapital zu behandeln und somit zu vergesellschaften, ist ein

¹⁰⁴ Wer sich ernsthaft mit der Zukunft unseres globalen öko-sozialen Systems auseinandersetzt, muss differenzieren, nach Branchen und nach Ländern. Er sieht, dass jedes Industrieland sowohl auf Wachstum als auch auf Schrumpfung angewiesen ist: Wachsen müssen Sektoren wie der Bildungsbereich, viele Leistungen im Gesundheitswesen, die Altenpflege, der Umweltschutz, die erneuerbaren Energien, neue Transportsysteme, Bioläden und der Faire Handel (häufig Bereiche mit schwacher Lobby!). Schrumpfen müssen dagegen viele Teile des Verkehrssektors, die Nutzung fossiler Energien und der Atomenergie, generell der Ressourcenverbrauch und der Schadstoffausstoß. Vgl. hierzu auch Bausteine „Wachstum“.

¹⁰⁵ Daran ändert sich auch nichts, wenn, wenn die Zentralbank, wie in den USA, privat ist oder wenn eine Privatbank den Kredit ausgibt, da im Moment der Kontierung bei der Zentralbank eine Schuld konstituiert wird, für die die Gemeinschaft einsteht - und sei es in Form von Inflation - wenn sie vom Kreditnehmer nicht zurückgezahlt wird. Deshalb ist das bei der Zentralbank „geschöpfte“ Kapital selbst bei privater Bereitstellung und Verwaltung als öffentliches Gut anzusehen.

wesentlicher Transformationsschritt einer heute durch privates Kapital dominierten Gesellschaft.

Das Geldsystem ist aktuell in einem Zustand, in dem nicht länger der Geld-Ware-Geld Zyklus wie nach Marx zusätzliches Geld – also eine Akkumulation von Kapital – hervorbringt ($G - W - G'$), sondern Geld wird anscheinend direkt zu mehr Geld ($G - G'$). In diesem Zustand wird allgemein geglaubt, dass das Geld selbst neues Geld hervor bringt. Aber Geld wirft keine Jungen, wie es so schön heißt, es „trägt“ keine Zinsen, es tut nichts. Was lediglich stattfindet ist die Aneignung einer noch größeren Schuld durch den, der das Geld als Kapital besitzt. Das Schuldverhältnis, das hinter jedem Kapital steckt, wird dabei nicht nur verstetigt, sondern dynamisiert. Auf gesellschaftlicher und rechtlicher Ebene müssen die Verhältnisse überwunden werden, die dies ermöglichen. Die private Aneignung des Zinses ist deshalb ein zentraler Punkt dessen, was wir in solidarwirtschaftlicher Perspektive zu überwinden versuchen.

Die Banken haben insgesamt im vergangenen Jahr in Deutschland 400 Mrd. Euro an Zinsen eingenommen. Dies liegt weit über den gesamten Steuereinnahmen des Bundes und ist auch eine Verschiebung von Macht. Die Zinserträge der Kreditwirtschaft gehören – nach Abzug der betrieblichen Kosten - in öffentliche oder genossenschaftliche Hand. Das ist ein klarer und zielgerichteter Transformationsschritt, der schon vor einem grundlegenden Wandel der Wirtschaftsweise die Machtverhältnisse nachhaltig ändert und ein „Primat der Politik“ überhaupt erst möglich macht.

4.3.3 Die Linearisierung des Zins

Im Baustein Wachstum ausführlich beschreiben wurden die Folgen der exponentiellen Anstiegs der Zinseszinsfunktion. Man kann den Wachstumszwang und die Effekte steigender sozialer Ungleichheit, die dem Zinssystem inhärent sind, wesentlich abmildern, indem man den Zins linearisiert.¹⁰⁶ Die Linearisierung des Zinses bedeutet, dass der Zinsfuß in jedem Zyklus um den Zinseszins reduziert wird, so dass der Zins nach einer errechenbaren Anzahl von Jahren ausläuft und nicht mehr „ewig“ ist.

Auch auf dieser Basis wäre kapitalistisches Wirtschaften noch möglich, aber es wäre in weit stärkerem Maße an eine tatsächliche und demokratisch-partizipatorisch gestaltbare Wertschöpfung geknüpft, statt an die Eigendynamik der Kapitalströme, deren Umfang sich durch eine Zinslinearisierung wesentlich reduziert, statt sich durch die Zinseszinsdynamik stetig und immer schneller („exponentiell“) aufzublähen.¹⁰⁷

4.4 Transformationspfad Verfassungswandel und ökonomische Verfassungsgrundsätze

Jede staatliche Gewalt ist in der Bundesrepublik Deutschland an die Grundsätze der Verfassung, insbesondere an den Grundrechtskatalog und an die Prinzipien der Volkssouveränität gebunden. Das politische System der BRD ist eine „wertgebundene Ordnung“, in der alles staatliche Handeln in letzter Instanz auf den Grundwert der Menschenwürde und jede staatliche Ordnung auf das Demokratieprinzip verpflichtet ist.

¹⁰⁶ vgl. Baustein Finanzsystem

¹⁰⁷ vgl. Baustein Wachstum

Im Rahmen dieser Verfassungssystematik können staatliche Gestaltungs-, Schutz- und Leistungspflichten definiert werden, die auf alle nachgeordneten Gesetzgebungen durchschlagen.

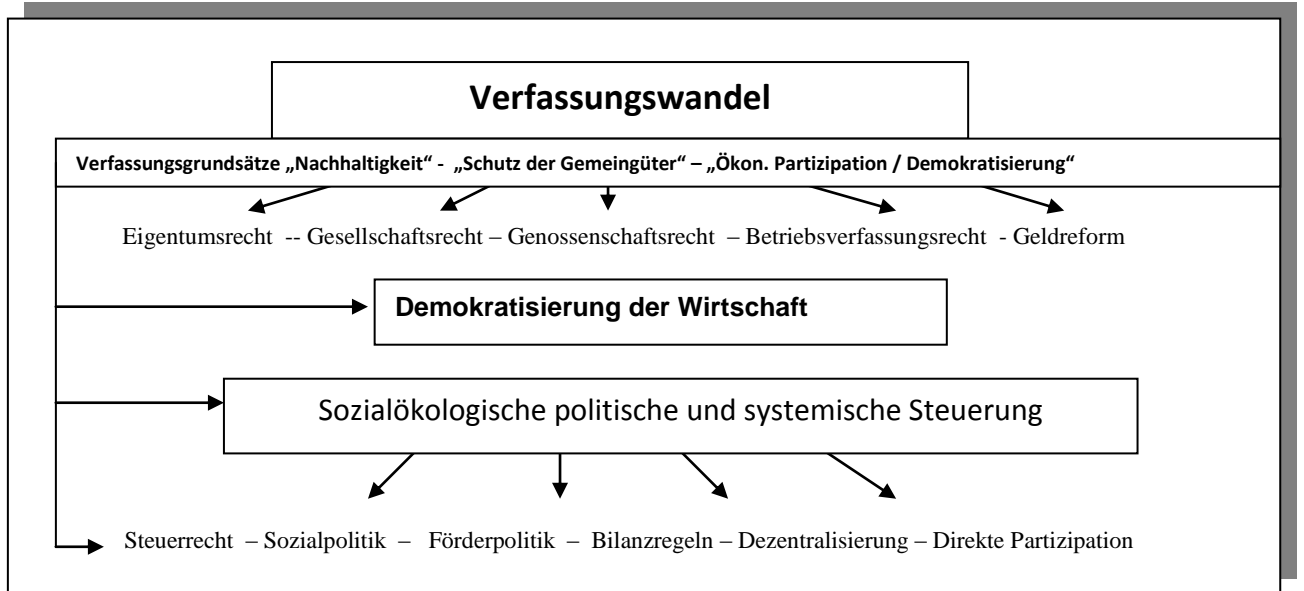
Für den Bereich der Wirtschaft hat dies bislang kaum stattgefunden. Da der Staat das wirtschaftliche Handeln durch seine Gesetzgebung, durch eigenes Handeln, durch die Infrastrukturplanung, durch das Förder- und Steuerrecht, durch das Gesellschaftsrecht und auf vielerlei andere Weise prägt und gestaltet, muss er auch im wirtschaftlichen Sektor auf verfassungskonforme Ziele und Maßgaben verpflichtet werden.

Zu nennen sind hier im Wesentlichen drei Bereiche, bei denen ein Verfassungsrang angestrebt werden soll:

- Das **Nachhaltigkeitsgebot**: Der Staat schützt und fördert in Verantwortung vor den kommenden Generationen sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweisen (angelehnt an die Nachhaltigkeitsdefinition von H. Brundtland).
- Der **Schutz der Gemeingüter**: Der Staat stellt den Schutz von Boden, Wasser und Luft als der Gesellschaft verfügbare Gemeingüter sicher. Jede private Nutzung ist dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet. Auch Gesundheits- und Bildungseinrichtungen können als zu schützende Gemeingüter definiert werden.
- Die **Demokratisierung der Wirtschaft**: Der Staat sichert durch seine Gesetzgebung die Partizipation der Bürger an der wirtschaftlichen Gestaltung ihrer Lebensumstände.

Diese Grundsätze garantieren zusammen eine nachhaltige und dauerhafte Förderung aller Transformationsbestrebungen und des Aufbauprojektes solidarischer Ökonomie.

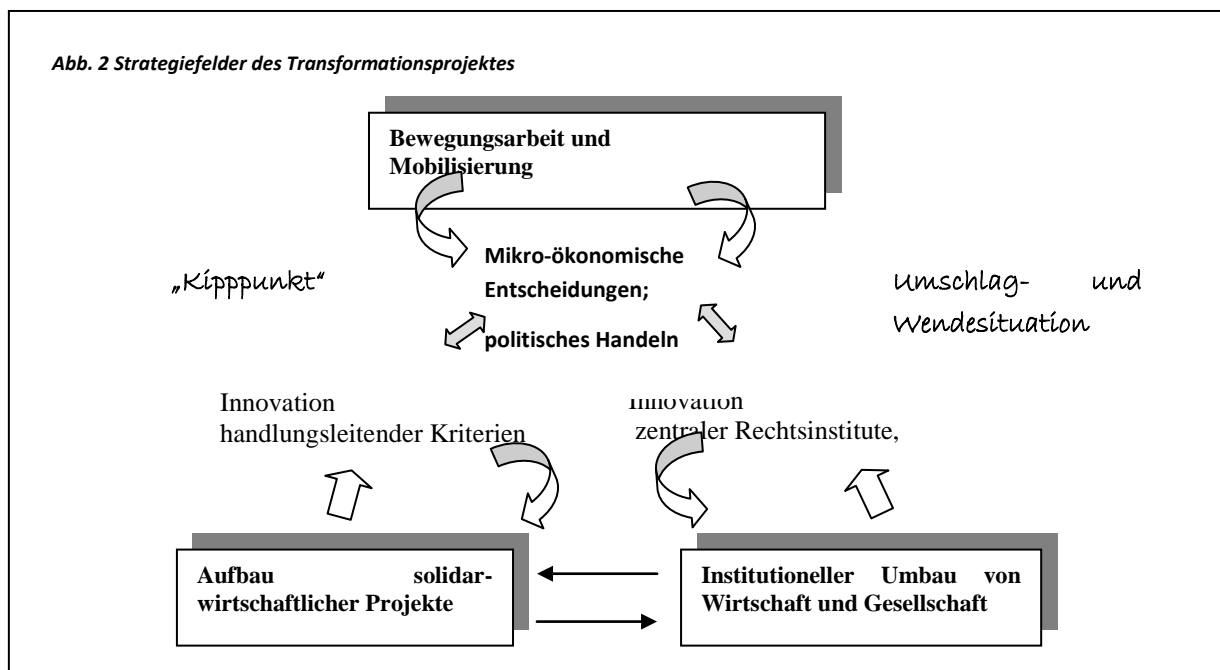
Abb. 1 Verfassungswandel und Institutioneller Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft



Das Schaubild zeigt, wie die Verfassungsgrundsätze auf die nachgeordneten Rechtsfelder durchschlagen und die Erfordernisse einer Demokratisierung der Wirtschaft sowie einer sozialökologischen Steuerung nach sich ziehen. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Regelungen des Steuerrechts, der Sozialpolitik usw. Insgesamt ergibt sich ein institutioneller Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne solidarökonomischer Grundsätze.

5. Strategiefelder des Transformationsprojektes

Eine systematische Transformationsstrategie beinhaltet zumindest drei Strategiefelder: 1. Den Aufbau solidarwirtschaftlicher Projekte, 2. Den systemischen und institutionellen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, 3. Bewegungsarbeit und Mobilisierung. Diese knüpfen an bestehende Strukturen an und verändern sie, um eine Umschlag- und Wendesituation (den „Kippunkt“) wahrscheinlicher zu machen und bessere Chancen für Alternativen zu erschließen.



Die Abbildung zeigt im Überblick den Zusammenhang der im weiteren dargestellten Strategiefelder. Der „Kippunkt“ ist dabei wie eine Funktion vieler Einzelentscheidungen, die insbesondere im Bereich des wirtschaftlichen Handelns zu einem Systemwandel führen können, wenn dort massenhaft andere Prioritäten und Handlungsweisen greifen. Ein Aufbau solidarwirtschaftlicher Projekte und ein schon begonnener institutioneller Umbau sind dabei für jeden Einzelnen wichtige Bedingungen, die eine neue Ausrichtung seines Handelns möglich machen. Die Bewegungsarbeit mit ihren Mobilisierungsprozessen stellt Vernetzungen der Akteure, die Sichtbarkeit im politischen Prozess und die soziale Integration der Aktivisten sicher.

5.1 Der Aufbau solidarwirtschaftlicher Projekte

Der Aufbau solidarwirtschaftlicher Projekte ist die soziale Basis des Transformationsprozesses. Er manifestiert die zu Grunde liegende solidarwirtschaftliche Bewegung, ohne die eine Transformation nicht möglich ist. Im Rahmen dieser Bewegung werden neue Handlungsweisen entwickelt und ausprobiert, die auf partizipativen und solidarischen Werthaltungen beruhen. In dem sich diese zu handlungsleitenden Kriterien verstetigen, die über die Bewegung hinaus Bedeutung erlangen, findet genereller sozialer Wandel und ein „Vordringen“ dieser Kriterien in andere Sektoren der Ökonomie statt. Zum Aufbauprojekt solidarischer Ökonomie gehören u.a.:

- Unternehmen mit solidarischer Unternehmensverfassung
- Solidarisch verfasste Produktions-, Konsum- und Reproduktionsgenossenschaften

- Genossenschaftliche Banken, die Formen ethischer Geldanlagen und demokratisierte Fonds bereitstellen
- Gemeinnützige Unternehmen (gGmbH) und Stiftungen, die solidarisches Wirtschaften fördern
- Vereine, Verbände und (Nicht-Regierungs-)Organisationen, die Gründungs- und Umwandlungsberatungen durchführen
- „Inseln“ neuen Wirtschaften z.B. im Rahmen von Komplementärwährungen, Tauschringen oder Zeitbanken
- Eine breit angelegte Bildungsarbeit zu Themen lebensdienlicher und solidarischer Ökonomie und
Breit verfügbare Information über existierende Projekte und Möglichkeiten (u.a. Kartierung vorhandener Initiativen und Betriebe)

Auch wenn die konkreten solidarwirtschaftlichen Strukturen und Projekte oft den Charakter von prekären Enklaven im noch alten System haben, geschehen hier doch entscheidende experimentelle Pionierarbeiten und Lernvorgänge für eine solidarwirtschaftliche Gesellschaft.

5.2 Der systemische und institutionelle Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft

Parallel zum Aufbauprojekt, das zugleich einen Bewusstseins- und Kulturwandel in Gang setzt, wird auf politischer Ebene eine Änderung und Verbesserung sowohl der Rahmenbedingungen alternativen und solidarischen Wirtschaftens angestrebt als auch eine institutionelle Reform der vorherrschenden Wirtschaftsweisen.

Wo immer dies in einzelnen Schritten heute schon gelingt, kann der real existierende Kapitalismus in seiner Tendenz zur vollständigen Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche gebremst und partielle Alternativen verfügbar gemacht werden.

Der institutionelle Umbau strebt strategisch und über die Einzelmaßnahmen hinaus eine Innovation zentraler Rechtsinstitute an, ausgehend von grundlegenden Werten und Normen der Verfassung. Zentrale Elemente des institutionellen Umbaus (im einzelnen beschrieben in den Bausteinen) sind:

- Verankerung der Zielgrößen Nachhaltigkeit, Schutz der Gemeingüter und Demokratiegebot für die Wirtschaft in der Verfassung und somit als Grundlage aller nachfolgenden Gesetze.
- Reform des Unternehmens- bzw. Gesellschaftsrechts hin zu partizipatorisch- gemeinwohlorientierten Unternehmensverfassungen.
- Demokratisch legitimierte Beteiligung der öffentlichen Hand an den Aufsichtsorganen der Aktiengesellschaften.
- Reform des Bilanzrechts mit Berücksichtigung und Bilanzierung bisher externalisierter (Folge-)Kosten und Erstellung einer Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlbilanz.
- Nachhaltigkeits- und gemeinwohlorientiertes Steuer- und Förderrecht, das den Unternehmen die entsprechenden positiven und negativen Anreize setzt und den Unternehmensgewinn als dominantes Kriterium ablöst.
- Rechtliche und steuerliche Anbindung von Wachstums- oder Schrumpfungsziele von Unternehmen an Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlbilanzen.
- Ablösung sozialer Sicherung von wirtschaftlichen Wachstumszwängen durch ein System bedingungsloser Grundsicherung, z.B. über negative Einkommenssteuer.
- Eine Geld- und Zinsreform, die die inhärenten Wachstumszwänge und Wachstumsfallen der vorherrschenden Geld- und Zinswirtschaft überwindet (z.B. Zinslinearisierung, öffentliches Kapital, alternative Kreditmodelle).
- Eine Reform des Eigentumsrechts, das den Schutz der Gemeingüter gewährleistet und die Sozialbindung des Eigentums – insbesondere großer Vermögen und Unternehmen - einlöst.
- Eine Internationalisierung wirtschaftlicher Solidar- und Schutzrechte, die Ausbeutungen und Aneignungen durch multinationale Unternehmen erschwert.

- Ein nachhaltiger Umbau der Finanzmärkte. Hierzu gehört die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken und die Ausstattung nur der Geschäftsbanken mit zentral geschöpftem Geld, um den Investmentbanken die Verfügung über „öffentliches“ Kapital (siehe unten) zu entziehen.¹⁰⁸

Dieser Katalog beschreibt strategisch ausgerichtete Reformen und Transformationsschritte in einzelnen gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen. Durch diese Schritte soll die Wahrscheinlichkeit der Transformation gegebener Strukturen und einer grundlegenden Veränderung des Systems erhöht werden („Transformierende Reformen“; vgl. 3.2) und es sollen in einzelnen Bereichen neue Systembedingungen geschaffen werden. Die systemischen und institutionellen Umbauelemente sind also Schritte auf dem Weg der Transformation, die noch im alten System beginnen, aber in der Tendenz auf ein neues soziales, ökonomisches und ökologisches System hin wirken.

Unter welchen Bedingungen wird ein solcher Umbau nun möglich oder wahrscheinlich? Mit dieser Frage beschäftigt sich der Teil 2 „Systemtheorie und Transformationsszenarien“.

Literaturhinweise

- **Bender**, Harald: Die Zeit der Bewegung. Strukturpolitik und Transformationsprozesse, Verlag Peter Lang, 1997
- **Jungk**, Robert: Der Jahrtausendmensch. Bericht aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft, Bertelsmann Verlag, 1973
- **Schumacher**, E.F.: Das Ende unserer Epoche, Hamburg, 1980
- **Vester**, Frederic: Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter. Deutscher Taschenbuch Verlag 1984
- **Lassalle**, Hugo M. Enomiya: Am Morgen einer besseren Welt. Der Mensch im Durchbruch zu einem neuen Bewusstsein, Herderbücherei, 1984
- **Ditfurth**, Hoimar von: So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen. Es ist soweit. Hamburg, Zürich 1985
- **Gebser**, Jean: Ursprung und Gegenwart. Eine Kulturgeschichte der Menschheit. Deutscher Taschenbuch Verlag 1986
- **Altner**, Günter: Die Welt als offenes System. Eine Kontroverse um das Werk von Ilya Prigogine. Fischer 1986
- **Bahro**, Rudolf: Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. Thienemann Verlag 1989
- **Sheldrake**, Rupert: Das schöpferische Universum. Die Theorie des morphogenetischen Feldes. Meyster Verlag 1983
- **Sheldrake**, Rupert: Das Gedächtnis der Natur. Das Geheimnis der Entstehung der Formen in der Natur. Piper München 1993
- **Macy**, Joanna: Mut in der Bedrohung. Psychologische Friedensarbeit im Atomzeitalter. Ein Selbsterfahrungsbuch. München 1986

¹⁰⁸ Des Weiteren sind hier zu nennen eine nationale sowie eine internationale Transaktionssteuer auf Kapitalbewegungen, aus der Folgeschäden kompensiert und solidarische Aufbauprojekte finanziert werden können, das Verbot aller Derivate, die nicht der direkten realwirtschaftlichen Absicherung nutzen, ein Verbot jeglicher sog. Leerverkäufe, die Einrichtung unabhängiger Aufsichts- und Rating-Organen auf internationaler Ebene und das Prinzip der vollen Haftung der Investmentbanken für Folgeschäden aus Wertpapiergeschäften.

- **Wilber**, Ken: Halbzeit der Evolution. Der Mensch auf dem Weg vom animalischen zum kosmischen Bewusstsein. Goldmann Verlag 1981/88
- **Capra**, Fritjof: Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild. Scherz Verlag 1990
- **Russel**, Peter: Die erwachende Erde. Unser nächster Evolutionssprung. Wilhelm Heyne Verlag 1991
- **Mayer**, Lothar: Ein System siegt sich zu Tode. Der Kapitalismus frisst seine Kinder. Publik-Forum 1992
- **Breidenstein**, Gerhard: Hoffen inmitten der Krise. Von Krankheit und Heilung unserer Gesellschaft. Fischer Taschenbuch Verlag 1990
- **Winkelmann**, Bernd: Damit neu werde die Gestalt dieser Erde. Politische Spiritualität im Umbruch unserer Zeit. De-facto-Verlag Leipzig 1997
- **Laszlo**, Ervin: Argumente für einen Neuen Geist in der Wirtschaft in Joachim Galuska „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business“, 2004
- **Radermacher** I, Franz Josef: Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung; Wien, Hamburg 2005
- **Richter**, Edelbert: „Reform“ als Restauration und hegemoniale Nostalgie. VSA-Verlag 2005
- **Meadows**, Dennis: Die Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Signale zum Kurswechsel, Hirzel Verlag, 2007
- **Zukunftsfähiges Deutschland** in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Fischer, 2008
- ...
- **Müller**, Leo: Bankräuber – Wie kriminelle Manager und unfähige Politiker uns in den Ruin treiben. Econ, 2010
- **Hasselmann**, Erwin: Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, Coop-Verlag, Hamburg 1971
- **Boettcher**, Erik (Hrg): Die Genossenschaft im Wettbewerb der Ideen - eine europäische Herausforderung. Bericht der 11. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Münster. Mohr 1985
- **Novy**, Klaus et al. (Hrsg.): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn 1985
- **Novy**, Klaus und **Prinz**, Michael: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Dietz, Berlin 1985
- **Compart**, Eddo: Kapitalistische Entwicklungswege bei der Genossenschaft. Haag+Herrchen, Frankfurt a.M. 1977
- **Oppenheimer**, Franz: Das Transformationsgesetz. 1894
- **Fabricius**, Wolfgang: Kapital ohne Kundschaft. Coop 2.0: digitale Wiederbelebung der Solidarwirtschaft mit Reproduktionsgenossenschaften. BoD, 2009
- **Ostrom**, Elinor: Die Verfassung der Allmende – Jenseits von Staat und Markt (Englischer Titel: Governing the Commons. The evolution of institutions for collective action). Die Einheit der Genossenschaftswissenschaften 104, Mohr Siebeck 1999

Von der kapitalistischen zur solidarischen Ökonomie –

Teil 2: Systemtheorie und Transformationsszenarien

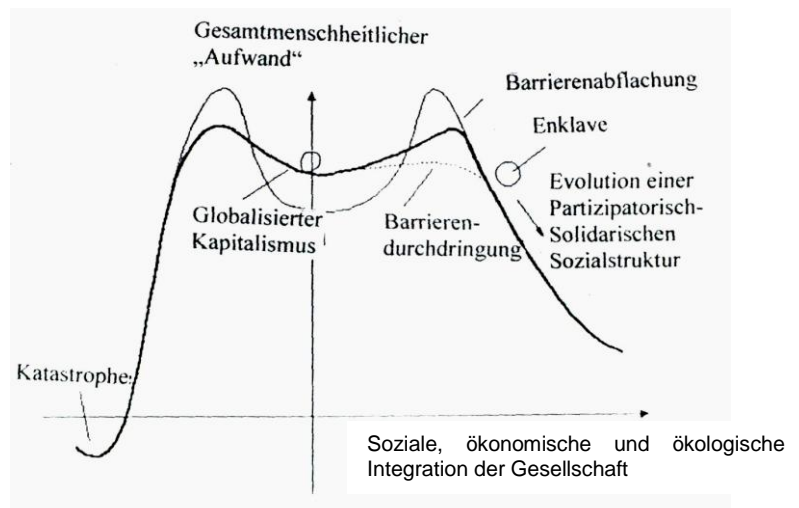
1. Systemtheorie und Transformation

Wenn wir die renditegesteuerte Kapitalwirtschaft als ein System ansehen, das bislang durch alle Krisen seine Identität bewahrt hat, muss eine Transformationsstrategie die Frage stellen, unter welchen Bedingungen sich dieses stabile System in ein grenzstabiles System verwandelt. Zum Verständnis dieser Möglichkeiten können Erkenntnisse der Systemtheorie hilfreich sein.

Dabei sollen gesellschaftliche Wandlungsprozesse aber nicht „mechanistisch“ mit der Dynamik physikalischer oder rein technisch rückgekoppelter Systeme gleichgesetzt werden, da es bei sozialem Wandel immer auch um die bewussten und gewollten Aktivitäten handelnder Akteure geht.

Die systemtheoretischen und kybernetischen Ansätze¹⁰⁹ sollen vielmehr als Beschreibungsmodelle der eigentümlichen Dynamik von Stabilität und Wandel in Krisensituationen dienen, die wir immer wieder beobachten können und die uns vor Augen führt, wie das in vielen Zyklen scheinbar Ultrastabile sich plötzlich und unerwartet verwandeln kann.¹¹⁰

In durchgreifenden Veränderungsvorgängen von Systemen ist häufig ein **Übergangspunkt** oder „Kippunkt“ erkennbar. Dieser markiert den möglichen Übergang zu einem erreichbaren Zustand jenseits der derzeitigen systemischen Grenzen. Er fängt den „überbordenden“ Ausschlag quasi auf und kann zu Neuem führen, statt das System wieder in die alten Fluktuationen zurückzuwerfen, wenn keine Alternativen erreichbar sind.



Die Skizze will diese Übergangsmöglichkeit in vereinfachter Form veranschaulichen. In einem stabilen System kann die „Höhe“ der Ränder als der Aufwand verstanden werden, der nötig ist, um das System zu stabilisieren bzw. in seiner Normalfluktuation zu halten.

Die Frage ist, wie „hoch“ die grenzstabilen Ränder oder „Dämme“ des derzeitigen Systemzustandes sind und wie sie sich so umformen oder „absenken“ lassen, dass die „Kugel“ (also die vorherrschende Wirtschaftsweise) bei ausreichendem Tempo darüber hinauswippt und es zu einem grundlegenden Wandel oder „Umschlag“ kommt.

¹⁰⁹ Die Kybernetik erforscht die grundlegenden Konzepte zur [Steuerung](http://de.wikipedia.org/wiki/Steuerung) und Regulation von Systemen, unabhängig von ihrer Herkunft. Als System wird dabei die Gesamtheit von Elementen, die so aufeinander bezogen sind und in einer Weise wechselwirken, dass sie als eine aufgaben-, sinn- oder zweckgebundene Einheit angesehen werden können und sich in dieser Hinsicht gegenüber der sie umgebenden Umwelt abgrenzen. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/System> und <http://de.wikipedia.org/wiki/Kybernetik> (14.07.2010).

¹¹⁰ Der kybernetisch-systemtheoretische Erklärungsansatz wird nicht von allen Autoren dieses Papiers vertreten und z.T. nur als vorläufiges heuristisches Modell akzeptiert.

Ein „Dambruch“ des gegenwärtigen Systems kann den Absturz in eine globale Menschheits-Katastrophe bedeuten, was einer Biosphäre ohne eine zivilisierte Menschheit entsprechen würde. Die Zustandsfunktion kann aber auch andere „tieferliegende“ Punkte geringeren Aufwands erreichen als das katastrophale Minimum eines zivilisatorischen „Zusammenbruchs“.

Die These unserer Transformationsstrategie ist, dass es ein neues stabiles Minimum in einer partizipatorisch-solidarischen Sozialstruktur gibt, das dem bestehenden, instabil werdenden Minimum des globalen Kapitalismus „benachbart“, aber zu ihm alternativ ist. Strategisches Ziel einer Solidarischen Ökonomie ist es, nicht einen katastrophischen, sondern einen transformierenden Übergang zu erreichen.

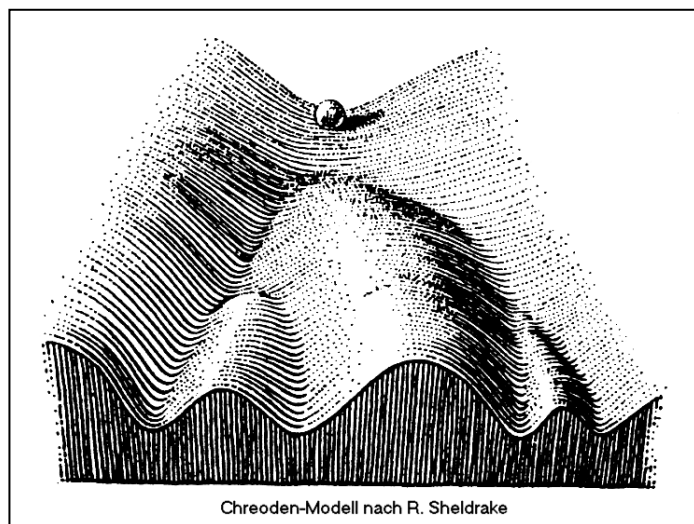
Dafür gibt es zwei parallele Möglichkeiten: Die eine ist die **Überwindung** der irgendwo flach genug gewordenen Barriere durch geeignete sozio-ökonomische Initiativen („Fluktuationen“), die die neue Struktur annähernd schon vorwegnehmen und dann kooperativ wachsen können, weil sie weniger Aufwand kosten.

Die andere ist die **Durchdringung** der weiter bestehenden Barriere durch Bildung von Enklaven der neuen Struktur jenseits der alten. Diese können wachsen und zusammenwachsen, sobald der Gewinn geringeren Aufwands im Innern der Enklaven größer wird als der Verlust höheren Aufwands in den alten Strukturen.

Die beiden Strategien struktureller Transformation, die der Barrierenüberwindung wie auch die der Barrierendurchdringung, schließen sich nicht gegenseitig aus. Sie lassen sich verbinden und sollten synergetisch im Sinne einer „Doppelstrategie“ verfolgt werden.

Dass es in geschichtlichen Krisensituationen „**Kipppunkte**“ zu einem neuen Bewusstsein (Paradigmenwechsel) und in eine neue Kulturform geben kann, zeigen bekannte Beispiele wie die Reformation des 16. Jahrhunderts, das Durchschlagen des Kopernikanischen Weltbildes, die bürgerliche und die industrielle Revolution, die Perestroika in der Sowjetunion, die Wende in der ehemaligen DDR u.a..

Diese in historischen Dimensionen gesehen schlagartigen Wandlungsprozesse können bildhaft auch anhand des **Chreoden-Modells** veranschaulicht werden: In einer Talbewegung läuft der Strom – der Mainstream, symbolisiert mit der Kugel - immer in der tiefsten eingefahrenen Bahn. Es gibt aber Nebenbewegungen, die auch kleine Täler verursachen. Je nachdem wie tief die Teiltäler ausgefahren werden und wie sehr die Talhöhen abgesenkt sind, kann der Hauptstrom plötzlich in ein anderes Tal, in eine ganz andere Richtung gehen. Dieser plötzliche Umschlag von Außen-seiter- und Minderheitsbewegung zur Mainstreambewegung geschieht durch **sprunghafte „Lernvorgänge“**, wenn zwei Voraussetzungen gegeben sind: a) wenn die Krisenentwicklung schmerzhaft genug in eine Sackgasse geführt hat und systemkonforme Regelmechanismen



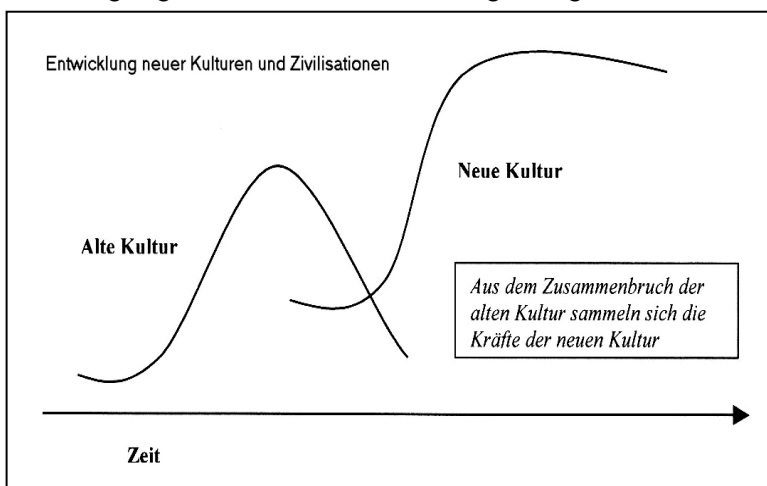
Chreoden-Modell nach R. Sheldrake

nicht mehr greifen, b) wenn sich anhaltend und qualifiziert Alternativen entwickelt haben und zur Verfügung stehen.¹¹¹

Wichtig ist es, den **zeitlichen Verlauf** dieser Prozesse zu sehen. Fritjof Capra¹¹² und Ervin Laszlo beschreiben die Grundbewegung der geschichtlichen Transformationsprozesse als **schwingende Sinuskurven**:

Die aufsteigende, sich stabilisierende Entwicklung der alten Kultur führt zu einem Höhepunkt, der zugleich Krisenpunkt ist.

Die weitere Entwicklung ist durch zunehmende Krisen und Destabilisierungen gekennzeichnet. Hier in der Abwärts- und Krisenbewegung sammeln sich als untergründiger Prozess die alternativen Gegenkräfte, die eine neue Kultur-, Lebens-, Wirtschaftsweise zum Durchbruch bringen - wenn die Zeit reif und der „kritische Moment“ da ist.

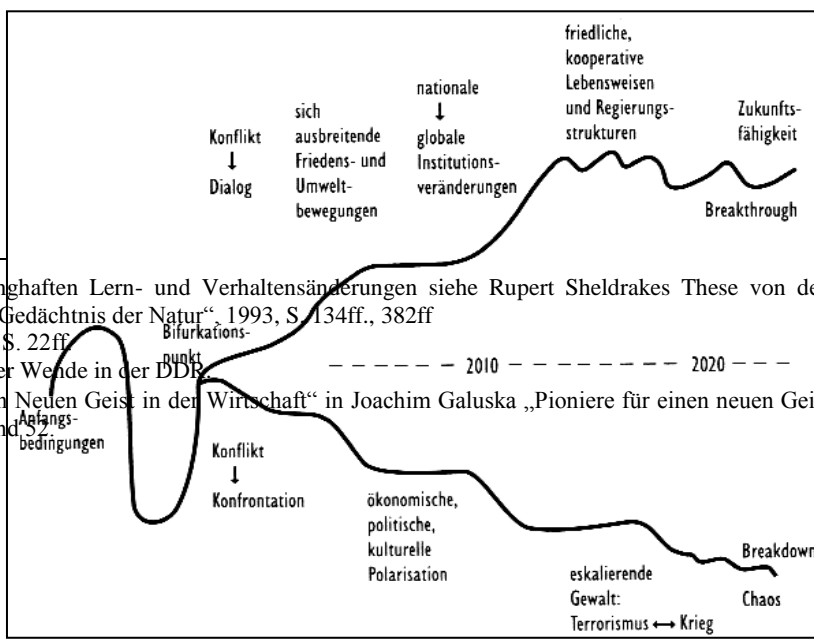


Dieser Kairos- oder Kippunkt ist nicht vorweg zu bestimmen und nicht einfach herstellbar. Er wächst vielmehr wurzelhaft aus vielfältigen Veränderungskraften. Und diese müssen nicht homogen sein. Sie können einen reformerischen, transformierenden oder auch einen Widerstands- und revolutionären Charakter haben. Wenn nur annähernd eine gemeinsame Richtung gegeben ist, wirken die alternativen Kräfte auch bei Widersprüchen in Richtung des Neuen oder eines „Umschlags“.¹¹³

Der Systemtheoretiker Ervin Laszlo (Gründer des Club of Budapest) sieht die gesamte Entwicklung der menschlichen Kulturen als sinusförmige Entwicklung mit immer neuen „**Bifurkationspunkten**“.

„Bifurkationen“ sind Gabelungen, Sprünge in Evolution und Geschichte, die in verschiedene Richtungen zu gehen versuchen, bis sich eine Richtung durchsetzt und in eine „höhere“ Stufe führt.

Laszlo sieht die heutige Zivilisation an einem Bifurkationspunkt, an dem sich entscheidet, ob es einen Durchbruch („Breakthrough“) zur Zukunftsfähigkeit oder einen Absturz („Breakdown“) ins Chaos gibt. Entscheidend dafür sind die vorherrschenden Paradigmen und die Art unseres Wirtschaftens im umfassenden Sinne.¹¹⁴



¹¹¹ Zum Creodenmodell und zu sprunghaften Lern- und Verhaltensänderungen siehe Rupert Sheldrakes These von den „Morphogenetischen Feldern“ in „Das Gedächtnis der Natur“, 1993, S. 134ff., 382ff

¹¹² Fritjof Capra „Wendezeiten“, 1990; S. 22ff

¹¹³ Deutlich auch in den Erfahrungen der Wende in der DDR

¹¹⁴ Ervin Laszlo: „Argumente für einen Neuen Geist in der Wirtschaft“ in Joachim Galuska „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business“ 2004; S.37ff. und S.32

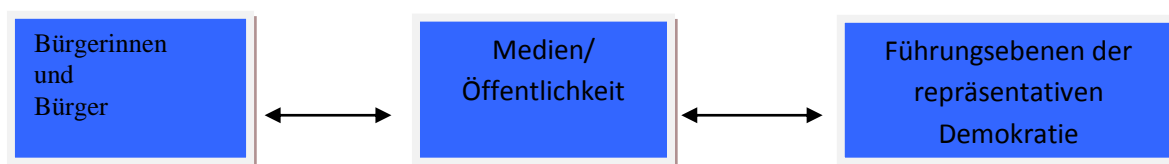
Diese Sicht von Entwicklungen hilft den alternativen Bewegungen, ihre Minderheitssituation vor den Umschlagprozessen positiv zu sehen, denn nicht die Masse, sondern die zukunftsöffnende Qualität dieser Bewegungen ist im Vorlaufprozess entscheidend. Ebenso hilft diese Sichtweise, möglichen „Bifurkationspunkte“ wahrzunehmen und diese durch Entwicklung von Alternativen, durch politischen Kampf und entsprechende Veränderungsstrategien in Richtung einer lebensdienlichen Ökonomie zu bewegen.

2 Bewegungsarbeit und Mobilisierung

2.1 Gesellschaftliche Bedingungen der Bewegungsarbeit und Mobilisierung

Die Vorbereitung und Umsetzung der politischen Mobilisierung muss auf vielen Ebenen ansetzen. Sie muss vor allem die strategischen Überlegungen in operativen Maßnahmen konkretisieren.

Zentrale Pole des strategischen Denkens sind die Menschen, die Bürger, auf der einen Seite und die politischen Führungsebenen auf der anderen Seite. Beide Ebenen benötigen die Medien des 21. Jahrhunderts als Multiplikator und Katalysator.



Die Machthabenden und politisch Gestaltenden beherrschen die Spielregeln der Medienöffentlichkeit mit großer Virtuosität. Wo dies nicht der Fall ist, verschwinden sie von der öffentlichen Bühne rasch. Eine Umsetzungs- und Mobilisierungsstrategie muss diese Ausgangssituation berücksichtigen und aus ihr heraus die konkreten Schritte gestalten.

Dabei ist in Rechnung zu ziehen:

a) Die Verankerung des Kapitalismus in der repräsentativen Demokratie

Es ist das Wesen der repräsentativen Demokratie, den Willen des Volkes nur durch den Filter der Interessen seiner Repräsentanten zur Geltung kommen zu lassen. Das Marktsystem verführt die Repräsentanten geradezu, sich nicht nur dem Volk (im günstigsten Fall dem Wahlkreis), sondern auch potentiellen Geldgebern, Karrieremöglichkeiten und den Eitelkeiten der Medienöffentlichkeit verpflichtet zu fühlen. Die Macht (auch die der Veränderung) geht in der repräsentativen Demokratie vom Volk aus, doch nachdem sie dieses verlassen hat, liegt sie in den Händen wichtiger Lobbyisten und der Medien. Alle gesellschaftlichen Interessensgruppen müssen nun über eine geschickte Lobbypolitik und eine gute Öffentlichkeitsarbeit versuchen, ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

b) Die Verankerung des Kapitalismus in den Medien

Das breite öffentliche Denken in der westlichen Welt ist weiterhin klar prokapitalistisch, auch wenn neueste Studien einen Anstieg kapitalismuskritischer Haltungen dokumentieren. Dies mag z.T. an den beschriebenen Stärken des Kapitalismus liegen, es liegt aber auch daran, dass die Repräsentanten und Profiteure des Systems darauf geschult sind und es gut verstehen, die Medien und deren Botschaften zu dominieren:

- Die entscheidenden Medien (Zeitungen, Private Sendeanstalten, etc.) werden von nur wenigen Personen sowie über die Rundfunkräte von den Parteien dominiert. Diese Personen gehen mit den Leitlinien des Marktkapitalismus weitgehend konform, da sie von diesem System profitieren oder entsprechend systemkonformen Parteien angehören. Wer in einer dieser Medien Karriere machen will, darf nicht zu systemkritisch sein.
- Die konforme Haltung der Medien wird dadurch weiter gestützt, dass Zeitungen wie auch private und öffentlich-rechtliche Sendeanstalten durch Werbung, d.h. durch Unternehmen, finanziert werden.
- Nach kapitalistischer Logik ist ein Medium gut, wenn es viel verkauft wird, wenn es eine hohe Einschaltquote hat. Das heißt nichts anderes, als dass sowohl der Inhalt als auch die Sprache leicht verdaulich, d.h. in aller Regel möglichst flach gestaltet werden müssen. Unangenehme Nachrichten, die sich nicht zu spektakulären Sensationen aufblasen lassen, entfallen.

c) Die Verankerung des Kapitalismus bei den Bürgern

Die große Mehrheit der Bevölkerung vertraute bisher den „Kräften des Marktes“. Dies wird durch zahlreiche Untersuchungen belegt und es gibt dafür plausible Gründe:

- Das Versprechen der „Marktwirtschaft“ nach größerem Wohlstand.
- Die subjektive Lebenserfahrung der Menschen, die die Markt- und Warengesellschaft mit relativem Wohlstand und sozialer Sicherheit verbinden.
- Die unbestreitbare Fähigkeit des Kapitalismus zu einer sehr effektiven Wirtschaft. Der rasante technische und wirtschaftliche Fortschritt in den westlichen Industrieländern ist außerhalb einer marktkapitalistischen Wirtschaftsordnung kaum vorstellbar.
- Die Jahrzehnte lang andauernde Indoktrination (Medien, Bildung, etc) der Alternativlosigkeit der marktförmigen Konkurrenzwirtschaft. Die Menschen haben diese Botschaft quasi mit der Muttermilch aufgesogen.
- Die Angst, sich auf einen Weg einzulassen, von dem man nicht weiß, was er für den Einzelnen bringen wird.

Die unübersehbaren Schwächen des Marktkapitalismus werden angesichts dieser Gründe von den meisten Bürgern verdrängt, und es wird eine Diskussion über Alternativen von vorneherein ausgeschlossen.¹¹⁵

2.2 **Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit**

Eine Transformation, die wirklich Veränderung will, muss als Bewegung erkennbar sein, sie benötigt einen Rahmen, ein „Gesicht“. Die Menschen müssen sich mit dieser Bewegung identifizieren können.

Menschen müssen auch im Rahmen einer repräsentativen Demokratie ihr Votum für eine lebensdienliche Ökonomie abgeben können. Dies setzt nicht voraus, dass sie sich aktiv für diese Ökonomie einsetzen können oder wollen. Dies setzt aber eine wählbare Partei, eine Organisation oder eine Bewegung voraus, die im Rahmen einer Lobbyarbeit dieses Votum wirksam werden lässt.

¹¹⁵ Die durchaus destruktiven psychischen Prozesse, die zu diesen Verdrängungen führen, können hier nicht dargestellt werden. Dies gilt ebenso für die zahlreichen Ersatzhandlungen in einem System, das den Menschen eher zerstört als zu Bildung seiner eigenen Persönlichkeit beiträgt. (vgl. hierzu u.a. Bianchi, Rifkin, etc.)

Eine **Bewegung für eine lebensdienliche Ökonomie** muss die Gesetzmäßigkeiten der Mediengesellschaft erkennen und nutzen:

- Die Bewegung muss aktiv ihre Ideen und Konzepte veröffentlichen. Hierzu bieten sich zunächst Zeitungsartikel, Broschüren und Bücher an und mit zunehmender Bedeutung die Veröffentlichung und Diskussion in neuen Medien.
- Die Publikationen müssen „mediengerecht“ gestaltet sein, so dass sie von einem durchschnittlichen Medienkonsumenten gelesen werden. D.h. sie müssen relativ kurz sein, in einer verständlichen Sprache und mit einer gewissen Zuspitzung. Die Analyse, die innerhalb - z.B. unserer Akademie - getrieben wird, ist also von der Kommunikation nach außen in Stil und Form zu unterscheiden.
- Die Bewegung muss mit Hilfe der Medien auf sich aufmerksam machen. Dies gelingt durch gezielt öffentlichkeitswirksame Aktionen und Formen sein, wie sie Attac oder Greenpeace entwickelt haben.
- Die Bewegung muss das Internet als demokratisches Instrument der Diskussion und der Willensbildung nutzen (Blogs, Online-Abstimmungen, Online Unterschriftenlisten, E-Mail Ketten etc.).

Die Bewegung muss aufklären und informieren. Sie muss aber vor allem das Herz ansprechen. Der Grundsatz der „*transition town*“ Bewegung, das Herz, den Kopf und die Hand der Menschen in den Veränderungsprozess mit einzubeziehen, gilt für alle Änderungsbewegungen. Die Bewegung muss begeistern, Emotionen entfachen, Ängste ernstnehmen. Schließlich muss sie in einfachen Projekten Alternativen aufzeigen, Erfolge erlebbar machen. Sie muss eine echte „Graswurzelbewegung“ sein.

Die konkrete Bewegungsarbeit umfasst sieben Kernbereiche der Mobilisierung.

2.3 Kernbereiche der Mobilisierung

2.3.1 Bildungs – und Aufklärungsarbeit

Das geistige Haus des Kapitalismus ist ein System von Mythen und Ideologien, die einer nüchternen Analyse nicht mehr standhalten. In den einzelnen Bausteinen der Akademie werden diese Mythen – von der alleinigen Triebfeder des Egoismus bis zur „invisible Hand“ und der Mär vom ewigen Wachstum - detailliert beschrieben und analysiert.¹¹⁶

Diese tragenden Mythen und Ideologien des Marktkapitalismus sind kritisch zu analysieren und zu widerlegen. Darüber hinaus sind Alternativen im Sinne einer lebensdienlichen Ökonomie aufzuzeigen und diese mit wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen zu untermauern. Eine Transformationsbewegung muss in diesem Sinne durch Aufsätze, Vorträge, Seminare etc. eine umfassende Aufklärungs- und Bildungsarbeit vorantreiben und so einen öffentlichen Diskurs über das bestehende System aktiv vorantreiben.

2.3.2 Aktive Unterstützung alternativer ökonomischer Bewegungen und Initiativen

Im bestehenden kapitalistischen System gibt es bereits zahlreiche Bewegungen und Initiativen, die Elemente einer alternativen Ökonomie zumindest teilweise umsetzen. Diese Initiativen tragen bereits jetzt erheblich zu einem Bewusstseinswandel bei. Exemplarisch können hier die Initiativen zum Regionalgeld, die Tauschringe, die Bewegung „Transition towns“, die vielen Initiativen zur regenerativen und lokalen Energiegewinnung genannt werden. Diese Liste lässt sich mittlerweile nahezu endlos fortsetzen.

2.3.3 Förderung ganzheitlich orientierter Lebensstilbewegungen

¹¹⁶ So im der „Richtungsentwurf“ im Baustein „Wachstum“ oder im Baustein „Menschenbild“.

Die vorherrschende Denkmuster und Selbstbilder orientieren sich an den Werten einer kapitalistischen Weltsicht, die insbesondere den Egoismus, den Individualismus und die materielle Bereicherung kultiviert. Diesem Paradigma werden in verschiedenen neuen Lebensstilsätzen, Lebensstilbewegungen und Kommunen alternative Lebensweisen entgegengesetzt. Hierzu gehören Elemente wie „einfacher, naturverbundener, ökologisch verantwortlich leben“, gemeinschaftlich leben, gemeinsamer Besitz, Meditation, Kontemplation, ganzheitliche Spiritualität, ganzheitliche Ernährungsweise, alternative Medizin u.v.a.. Diese Ansätze sind zu fördern, da sich in ihnen im Sinne einer "Graswurzelarbeit" die Wertumbildung und innerste Substanz für eine nachhaltige und solidarische Ökonomie entwickeln.

2.3.4 Unterstützung transformierender Reformen

Es gibt in der Gesellschaft starke Kräfte, die transformierende Reformen (vgl. oben) vorantreiben. Hierzu gehört z.B. die mögliche Einführung der Transaktionssteuer, die Verschärfung der Bankenaufsicht, die Einführung der Vermögenssteuer, ethische Geldanlagen, bewusster Konsum, die Förderung erneuerbarer und insbes. regionaler Energie. Derartige Reformen sind zu unterstützen.

2.3.5 Die Durchführung identitätsstiftender und aufklärerischer Aktionen

Wie oben bereits ausgeführt benötigen Veränderungsprozesse ein Zusammenwirken von Herz und Verstand. Eine gesunde Gesellschaft, die es ja zu schaffen gilt, wie auch der Prozess der Transformation benötigen die ganzheitliche Erfahrung von Körper, Seele und Verstand. Das Repertoire derartiger Aktionen ist der Phantasie und der jeweiligen Situation überlassen. Ein kleiner Katalog möglicher Beispiele mag hier genügen:

- Gemeinsames Feste
- Sitzblockade vor einer Bank
- Gemeinsame Meditation
- Teilnahme an Demonstration
- Etc.

2.3.6 Bildung von Netzwerken

Die politische Bewegung ist nicht von einer einzelnen Organisation zu leisten. So erscheint es von großer Wichtigkeit, all die Organisationen, die sich für eine lebensdienliche Ökonomie engagieren zu einem Netzwerk zusammen zu binden (attac, Kairos, Teile der Kirchen, Wissenschaft, zahlreiche lokale und internationale NGO's etc.). Dies soll nicht bedeuten, dass die jeweiligen Organisationen ihre eigene Klientel nicht weiter „bedienen“, aber es kann bewirken, dass die Bewegung einer lebensdienlichen Ökonomie in dem lauten Stimmengewirr eine hörbare Stimme erhält.

2.3.7 Politische Mobilisierungs- und Bewegungsarbeit

Kern der politischen Mobilisierung ist die direkte Bewegungsarbeit: Protestaktionen, Demonstrationen, Besetzungen von Betrieben u.ä. bei allen sinnvollen Gelegenheiten; auch Bündnisbildung, parlamentarische und außerparlamentarische Oppositionsarbeit, demokratische Einmischung von unten, demokratische Entmachtungspolitik von unten u.ä. gehören zur politischen Bewegungsarbeit.

Die Politik und die Machthaber des alten Systems müssen unter Druck gesetzt werden, sonst wird es kaum wesentliche Änderungen geben. Hierbei muss auch die Machtfrage gestellt werden, die sich z.B. bei der Aufhebung leistungsloser Einkommen, bei der Durchsetzung einer demokratischen Kontrolle der Großkonzerne u.ä. stellen wird. Das ist riskant und wird in politischen Kampfsituationen führen. Solche Situationen sind nicht einfach herzustellen. Es ist vielmehr der „Kairos“, der entscheidende geschichtliche Zeitpunkt („Kippunkt“) wahrzunehmen und dann geistesgegenwärtig zu handeln.¹¹⁷

¹¹⁷ Erfahrungen in der DDR-Wendezeit sind ein Beispiel dafür, wie das Wahrnehmen des „Kairos“ einen grundlegenden und völlig unerwarteten Umbruch ermöglicht hat.

Politische Mobilisierung und politischer Kampf ist neben der Unterstützung transformierender Reformen die zweite Seite der Doppelstrategie bzw. des dualen Transformationsprozesses.

3. Transformationsszenarien und Handlungsstrategien

Das Versagen und Scheitern der globalisierten kapitalistischen Wirtschaftsweise wird zwar bisher von vielen nicht gesehen oder verleugnet, zugleich aber ahnen und spüren die meisten, dass „es so nicht lange weitergehen kann!“ Doch keiner hat genauere Vorstellungen, in welche konkrete Richtung die Entwicklung weitergehen könnte. Viele verdrängen ihre Ängste. Und doch gibt es verschiedene oft unterbewusste Vorstellungen vom Zukünftigen: von dem Wunsch, dass es doch irgendwie weitergeht wie bisher, bis hin zur Resignation und Apathie, von Untergangsszenarien bis zu utopischen Vorstellungen eines ganz Neuen.

Um sich der eigenen Zukunftsvorstellungen bewusst zu werden und sich auf die verschiedensten Entwicklungsmöglichkeiten einzustellen, ist es gut, sich verschiedene Szenarien vorzustellen und durchzuspielen. Dabei ist es wichtig, nicht nur die gewünschten Szenarien, sondern alle möglichen, auch die nicht gewollten zu bedenken. Diese **Gedankenexperimente** können helfen, mögliche Entwicklungen, ihre Voraussetzungen und Folgen und vor allem konkrete Handlungsmöglichkeiten und Strategien vorweg zu bedenken, um dann im Geschehen das Wesentliche zu erkennen und das Zielführende zu tun. Nur so können entscheidende Herausforderungen und Chancen wahrgenommen und dem Abkippen von Umschlagmomenten ins Chaotische und gänzlich Zerstörende („Braekdown“) u.U. entgegengewirkt werden.

Dabei sollte jedes mögliche Szenarium mit mindestens drei Fragen geprüft werden:

1. Was sind die Voraussetzungen der jeweiligen Entwicklung?
2. Was sind ihre Chancen, Fragen, Probleme und Gefahren?
3. Was wären die entsprechenden Strategien und Handlungsmöglichkeiten einer lebensdienlichen Ökonomiebewegung?

Die folgenden Szenarien sind der Versuch, aus bisherigen Symptomen Entwicklungen in ihrer möglichen Unterschiedlichkeit stichworthaft zu skizzieren – wissend, dass die Wirklichkeit noch ganz anders und in Vermischung verschiedener Szenarien laufen kann. Dabei ist nicht die konkrete Schilderung der Szenarien gewollt, sondern die verschiedenen Entwicklungskräfte und Entwicklungsmöglichkeiten sollen bedacht werden.

3.1 Szenarien sukzessiver Reform und Transformation

a) "Sanfte Übergangsentwicklung" zu einer **sozialökologischen Marktwirtschaft**

In diesem Szenario werden soziale und ökologische Regeln und Rahmenbedingungen weltweit und konsequent durchgesetzt um die Negativauswirkungen des Kapitalismus zu überwinden oder abzumildern. Beispiele sind das Projekt „Global-Marshall-Plan“ und das Pro-

gramm der Schaffung einer „Sozialökologischen Marktwirtschaft“ bzw. des „Green New Deal“. Dieses Szenario entspricht dem Wunsch eines großen Mainstreams.¹¹⁸

Voraussetzungen: Einsicht der Verantwortungsträger in Politik und Wirtschaft; Gewinnung des Primats der Politik; Durchsetzung sozialökologischer Reformen.

Chancen, Fragen, Probleme, Gefahren: Der Kapitalismus könnte so in seinen negativen Auswirkungen „gezähmt“ werden. Wenn diese Reformen wirklich die Prinzipien und Kernpunkte der kapitalistischen Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen angehen, wird es massiven Widerstand der Profiteure des alten Systems geben und wird es zu Kampfsituationen kommen. Wenn Politik und Bewegungen stark genug sind, könnte hier der Kapitalismus zu einer annähernd lebensdienlich Wirtschaftsweise transformiert werden und in letzter Konsequenz aufhören, Kapitalismus zu sein. Ein Nachgeben und Einknicken würde die zerstörerischen Auswirkungen kapitalistischer Wirtschaftsweise verlängern. Auch ist (Beispiel Verschmutzungszertifikate) die Gefahr einer Kapitalisierung und eines „Ausverkaufs“ der Ökosphäre gegeben, wenn die gegebenen Machtpositionen nicht nachhaltig zu Gunsten der Politik verändert werden.

Handlungsmöglichkeiten und Strategien alternativer Bewegungen: Alles, was in die Richtung vernünftiger Reformen geht, unterstützen; darüber hinaus die Knackpunkte der kapitalistischen Abschöpfungs-, Bereicherungs-, Ausgrenzungs- und Externalisierungsmechanismen ins Bewusstsein der Allgemeinheit rücken und ihre schrittweise Überwindung fordern (Doppelstrategie); sich auf Kampfsituationen und Übergänge in kritischere Szenarien einstellen (s.u.). Grenzen und Gefahren bewusst machen.

b) "Systemimmanente Reformen" durch zunehmende **Krisenentwicklungen**

Aus Krisenentwicklungen innerhalb des Systems, z.B. weitere Finanzcrashes, zerstörerisches Agieren der TNC, Zusammenbruch von Märkten, stärkeres Erodieren des Mittelstandes, schwerwiegende Auswirkungen auf die Realwirtschaft u.ä. resultiert eine Alarmstimmung im System. Eine Rettung der Marktwirtschaft durch einschneidende Reglementierungen wird initiiert. Es finden in Teilen Paradigmenwechsel und systemverändernde Reformen statt (so von etlichen vorhergesagt für den Fall einer Wiederholung der Finanzkrise 2008ff.)

Voraussetzungen: Erkennen der Ursachen im System; Einsicht und Durchsetzungskraft der Politiker, Systemänderungen durchzusetzen, z.B. Reglementierung bzw. Verbot bestimmter Finanzprodukte, Aufteilung bzw. Verstaatlichung von zu großen Banken, Konzernen usw.

Chancen, Fragen, Problem, Gefahren: Eine tiefgehende Reform des Kapitalismus in Richtung seiner Transformation wäre vielleicht möglich. Doch sicher gibt es einen verstärkten Widerstand der alten Profiteure s.o.. Gefahr, dass Politiker einbrechen, es zu einem Sieg des Brutalkapitalismus kommt. Dies könnte zu einem schnelleren Kollabieren des Kapitalismus führen.

¹¹⁸ Z.B. in Franz Josef Radermacher „Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung“, 2005

Handlungsmöglichkeiten und Strategien alternativer Bewegungen: Aufdecken der systemischen Ursachen: Bei Einbrechen der Politiker und Umschlag in Raubtierkapitalismus Mobilisieren der „Straßen“, um aus dem negativen einen progressiven „Kipppunkt“ werden zu lassen. Gelingt nur, wenn es schon vorher eine starke politisch-öffentliche Alternativbewegung gibt und wenn vorher Systemalternativen und Beispiele, Projekte und Enklaven einer Solidarischen Ökonomie entwickelt wurden (siehe Punkt 5.2.).

c) **"Systemtransformierende Reformen"** durch **demokratische Prozesse**

Aus Krisenentwicklungen innerhalb des Systems (Beispiele wie oben) resultiert ein breiter Legitimationsentzug der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung, der breite soziale Schichten wie auch Teile einflussreicher Eliten umfasst und programmatisch in die politischen Parteien hineinwirkt. Es findet ein durchgreifender Paradigmenwechsel im politischen und kulturellen Diskurs statt und die Programmatik einer solidarischen und lebensdienlichen Gemeinwohl-Ökonomie wird im bewussten Gegensatz zur kapital- und renditege- steuerten Ökonomie in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert, in Parteiprogrammen konkret ausgestaltet und im Gesetzgebungsprozess schrittweise umgesetzt. Durch die Formulierung neuer Verfassungsgrundsätze, durch eine Änderung der Unternehmensverfassung (Gemeinnützigkeitsgebot und Demokratisierung der großen AGs mit steuernder Gemeinwohlbilanz) sowie durch die Etablierung eines dominanten Sektors öffentlichen Kapitals finden in Schlüsselbereichen transformierende Reformen statt, die den nachhaltigen Umbau der Gesellschaft initiieren und auf allen Ebenen solidarökonomische Strukturen möglich machen.

Voraussetzungen: Erkennen der Ursachen in weiten gesellschaftlichen Kreisen; Einsicht und Durchsetzungskraft der politischen Parteien, Systemänderungen durchzusetzen; Flankierung des Prozesses durch starke soziale Bewegungen, die einen permanenten Veränderungsdruck aufrecht erhalten und konservativ-restaurative Tendenzen der alten Eliten abwehren.

Chancen, Fragen, Problem, Gefahren: Die tiefgehende Reform des Kapitalismus kann auf „halbem Weg“ stehen bleiben und die Gemeinwohl-Ökonomie zum Verlieren einer weiter bestehenden Konkurrenz zur Kapitalwirtschaft werden lassen. Den alten Eliten kann es gelingen, Reformen so zu verwässern, dass sie ihre transformierende Kraft nicht entfalten. Fraglich ist, ob sich in der Programmatik der derzeit oppositionellen politischen Parteien (Grüne, Linke, SPD) oder in den „christlichen“ Parteien Ansatzpunkte für eine Transformationsprogrammatik finden lassen. Problem der Notwendigkeit einer internationalen Durchsetzung, der Transformationsschritte mindestens auf europäischer Ebene.

Handlungsmöglichkeiten und Strategien alternativer Bewegungen: Aufdecken der systemischen Ursachen: Bei Einbrechen der Politiker und Umschlag in Systemrestauration Mobilisieren der „Straßen“, um das Transformationsmoment aufrecht zu erhalten. Gelingt nur, wenn es schon vorher eine starke politisch-öffentliche Alternativbewegung gibt und wenn vorher Systemalternativen und Beispiele, Projekte und Enklaven einer Solidarischen Ökonomie entwickelt wurden (siehe Punkt 5.2.).

3.2 Crash-Szenarien

a) "Ökologische Crash-Entwicklung"

Durch das Zusammenkommen von Klimakatastrophen und dem Zusammenbruch der Erdölversorgung, aus dem es auch zu ökonomischen Zusammenbrüchen kommt es zu einem Paradigmenwechsel und zum „Kipppunkt“ zu einer gänzlich anderen, lebensdienlichen Wirtschaftsweise.

Voraussetzungen: 1. Es werden sowohl auf politischer Ebene wie in der Wirtschaft die systemischen Ursachen der ökologischen Crashentwicklung erkannt, 2. Es stehen genug ökologisch und ökonomische alternative Modelle und Technologien zur Verfügung, 3. Paradigmenwechsel im Lebensverständnis, in breiteren Bevölkerungsschichten Bereitschaft, in eigenen Lebensweise Einschneidendes zu ändern.
Chancen, Fragen, Probleme, Gefahren: Ökologische Crashentwicklungen, die jeden betreffen, könnten ein „Umschlagen“ bewirken. Aber es fragt sich, ob nicht die Paradigmen des kapitalistischen Wohlstandsegoismus und die „Nach-mir-die-Sintflut-Gesinnung“ in Wirtschaft und Lebensweise größer sind, und ob es genügend qualifizierte und durchsetzungsfähige Politiker gibt. Im negativen Fall könnte aus der ökologischen Crashentwicklung ein Kipppunkt in einen selbsterstörerischen Überlebenskampf jeder gegen jeden führen (Kriege um Ressourcen u.ä.). Ein Hauptproblem ist, dass der Zeitpunkt, zu dem der ökologische Crash manifest wird, viel zu spät ist, um nachhaltige destruktive Auswirkungen noch zu verhindern.

Handlungsmöglichkeiten und Strategien alternativer Bewegungen: Intensive Aufklärungs- und Bildungsarbeit, aufdeckende Aktionen, Entwicklung von ökologisch wirtschaftenden Projekten, Enklaven, „Archen“; verstärkte Lebensstilbewegung. In Kippsituation Ringen um politische Macht.

b) "Soziale Crash-Entwicklung"

Massenarbeitslosigkeit, Präkarisierung breiter Bevölkerungsschichten in den Industrieländern, Hunger- und Armutkatastrophen in den Entwicklungsländern, Migrationsströme, Aufstände der Betroffenen, Revolten in den Industrie- und Entwicklungsländern, der Sturz von Regierungen und der Zusammenbruch der Öffentlichen Versorgung und des Verkehr verdichten sich zu einem umfassenden sozialen Crash. Daraus etablieren sich neue politische Kräfte, die die kapitalistischen Wirtschaftsformen zu überwinden suchen.

Voraussetzungen: Schon vor dem Crash Erstarken und Agieren progressive Kräfte, die die Fähigkeit haben, sich an die Spitze der Volksaufstände zu stellen, sie aus chaotischer Gewalt zu zielorientierten Handlungen zu führen. Es sind Voraussetzungen gegeben, die politische Macht, auch Polizei und Militär gegen den Gegenstand der alten Profiteure auf die eigene Seite zu bringen.

Chancen, Fragen, Probleme, Gefahren: Die Chancen für eine postkapitalistische Wirtschaftsweise sind in diesem Szenario schwer einzuschätzen. Insbesondere ist fraglich,

ob sich aus Not, Chaos und Gewalt heraus eigenverantwortliche solidarische Handlungsweisen etablieren lassen. Fraglich ist auch, ob genug fähige Gruppen und Menschen da sind und ob die Masse der Bevölkerung den zielorientierten Weg basisdemokratisch mitgehen oder sich von Demagogen verführen lassen wird und ob die alten Kräfte nicht zu stark bleiben.

Handlungsmöglichkeiten und Strategien alternativer Bewegungen: Vorher das entsprechende Potential sammeln und vernetzen und eine subsistente Selbstversorgungswirtschaft vorbereiten, die im Chaos Überlebenschancen anbieten kann. Entsprechend sind alternative Wirtschaftsmodelle und Projekte zu fördern und zu entwickeln und sind übergreifende politische Vernetzungen zwischen diesen anzustreben.

c) "Kumulative Crash-Entwicklung"

Das extremste, aber nicht völlig unwahrscheinliche Szenario, besteht im Zusammenkommen und sich gegenseitig Verstärken von ökonomischer, ökologischer und sozialer Crashentwicklung. Dabei kommt es zum Zusammenbruch der ökonomischen und politischen Infrastrukturen, der politischen Ordnungen und Machtzentren, zu Hungersnöten, Migrationsströmen, Kriegen und bürgerkriegsartigen Kämpfen ums Überleben. Wenn es dabei zum Paradigmenwechsel kommt, kann ein „Kippunkt“ zu ökonomisch-sozialem Neuanfang aus kleingliedriger, regionaler Subsistenzwirtschaft, aus Inseln und Überlebenseklaven gegeben sein.

Voraussetzungen für ein Transformationspotential: Wie oben gibt es auch hier schon vorher entsprechende alternative Ansätze, Projekte und Gruppen, so dass es zum Sichtsammeln neuer politischer Verantwortungsträger kommen kann, durch dass sich ein neues Paradigma von Leben und Wirtschaft durchsetzen kann.

Chancen, Fragen, Probleme, Gefahren: Gefahr, dass das alles zu spät kommt und im Chaos untergeht, dass die egoistisch-chaotischen Überlebensversuche dominieren, es zum Kippunkt nach unten (Breakdown) kommt.

Handlungsmöglichkeiten und Strategien alternativer Bewegungen: in den Zusammenbrüchen Überlebensinseln, „Archen“ des Neuen schaffen, sich mit neuen politischen Verantwortungsträgern sammeln; politische Macht aus den Regionen neu aufbauen; aus regionaler Subsistenzwirtschaft neue alternative Wirtschaftsmodelle und Projekte aufbauen (ähnlich wie oben).

3.3. Fazit Szenario-Analyse

1. Es ist nicht vorweg zu bestimmen, zu welchen Szenarien es wann, wo und wie genauer kommen wird. Aber es ist eine **Wachheit** zu entwickeln für jeweilige Entwicklungssymptome, für die „Zeichen der Zeit“, für den „Kairos“ möglicher „Kippunkte“.
2. Das Agieren und Reagieren alternativer Gruppen und Bewegungen muss je nach Situation äußerst flexibel und erfinderisch sein. Doch wird deutlich, dass in den unterschied-

lichsten Situationen aus der oben beschriebenen Fülle der Transformationsstrategien sich folgende Grundaufgaben herauskristallisieren:

- Vorlaufende Aufklärungs- und Bildungsarbeit in der Öffentlichkeit,
 - Entwickeln von ökonomisch alternativen Systementwürfen und Modellen,
 - Entwicklung und Aufbau konkreter Projekte, Inseln und Enklaven einer Solidarischen Ökonomie,
 - politische Bewegungs- und Mobilisierungsarbeit.
3. Wichtig ist eine vorausgehende und ausdauernde „Graswurzelarbeit“, Netzwerkbildung und Bündnisfähigkeit auf dem Weg und Politikfähigkeit in den Wendesituationen.
 4. Die wünschenswerten, weil für Mensch und Natur unschädlichsten Szenarien wären die Wege 1 a) bis c), wobei das Szenario „Systemtransformieren Reformen“ (1 c) am ehesten einen konkreten Pfad zu einer tatsächlich anderen Ökonomie beschreibt. Es ist aufgrund der Eigenarten des politischen Systems und der gegebenen Machtstrukturen (Dominanz der Wirtschaft über die Politik) wohl aber leider nicht das wahrscheinlichste. Dennoch ist dies eine strategische Option, für die sich eine Gelegenheit, ein „Kairos“ finden kann. Die transformierenden Reformen müssen hierfür permanent in die politische und öffentliche Diskussion eingebracht werden, um in den sozialen Bewegungen und den Parteien sukzessive einen „Nährboden“ für einen planvollen und nachhaltigen institutionellen Wandel hin zu einer lebensdienlichen Wirtschaft aufzubauen.

Literaturhinweise

- **Jungk**, Robert: Der Jahrtausendmensch. Bericht aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft, Bertelsmann Verlag, 1973
- **Schumacher**, E.F.: Das Ende unserer Epoche, Hamburg, 1980
- **Vester**, Frederic: Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter. Deutscher Taschenbuch Verlag 1984
- **Lassalle**, Hugo M. Enomiya: Am Morgen einer besseren Welt. Der Mensch im Durchbruch zu einem neuen Bewusstsein, Herderbücherei, 1984
- **Ditfurth**, Hoimar von: So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen. Es ist soweit. Hamburg, Zürich 1985
- **Gebser**, Jean: Ursprung und Gegenwart. Eine Kulturgeschichte der Menschheit. Deutscher Taschenbuch Verlag 1986
- **Altner**, Günter: Die Welt als offenes System. Eine Kontroverse um das Werk von Ilya Prigogine. Fischer 1986
- **Bahro**, Rudolf: Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. Thienemann Verlag 1989
- **Sheldrake**, Rupert: Das schöpferische Universum. Die Theorie des morphogenetischen Feldes. Meyster Verlag 1983
- **Sheldrake**, Rupert: Das Gedächtnis der Natur. Das Geheimnis der Entstehung der Formen in der Natur. Piper München 1993
- **Macy**, Joanna: Mut in der Bedrohung. Psychologische Friedensarbeit im Atomzeitalter. Ein Selbsterfahrungsbuch. München 1986
- **Wilber**, Ken: Halbzeit der Evolution. Der Mensch auf dem Weg vom animalischen zum kosmischen Bewusstsein. Goldmann Verlag 1981/88
- **Capra**, Fritjof: Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild. Scherz Verlag 1990
- **Russel**, Peter: Die erwachende Erde. Unser nächster Evolutionssprung. Wilhelm Heyne Verlag 1991
- **Mayer**, Lothar: Ein System siegt sich zu Tode. Der Kapitalismus frisst seine Kinder. Publik-Forum 1992
- **Breidenstein**, Gerhard: Hoffen inmitten der Krise. Von Krankheit und Heilung unserer Gesellschaft. Fischer Taschenbuch Verlag 1990
- **Winkelmann**, Bernd: Damit neu werde die Gestalt dieser Erde. Politische Spiritualität im Umbruch unserer Zeit. De-facto-Verlag Leipzig 1997
- **Laszlo**, Ervin: Argumente für einen Neuen Geist in der Wirtschaft in Joachim Galuska „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business“, 2004
- **Radermacher** I, Franz Josef: Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung; Wien, Hamburg 2005
- **Richter**, Edelbert: „Reform“ als Restauration und hegemoniale Nostalgie. VSA-Verlag 2005
- **Meadows**, Dennis: Die Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Signale zum Kurswechsel, Hirzel Verlag, 2007
- **Zukunftsfähiges Deutschland** in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Fischer, 2008
- **Müller**, Leo: Bankräuber – Wie kriminelle Manager und unfähige Politiker uns in den Ruin treiben. Econ, 2010
- **Hasselmann**, Erwin: Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, Coop-Verlag, Hamburg 1971
- **Boettcher**, Erik (Hrg): Die Genossenschaft im Wettbewerb der Ideen - eine europäische Herausforderung. Bericht der 11. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Münster. Mohr 1985

- **Novy**, Klaus et al. (Hrsg.): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn 1985
- **Novy**, Klaus und **Prinz**, Michael: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Dietz, Berlin 1985
- **Compart**, Eddo: Kapitalistische Entwicklungswege bei der Genossenschaft. Haag+Herrchen, Frankfurt a.M. 1977
- **Oppenheimer**, Franz: Das Transformationsgesetz. 1894
- **Fabricius**, Wolfgang: Kapital ohne Kundschaft. Coop 2.0: digitale Wiederbelebung der Solidarwirtschaft mit Reproduktionsgenossenschaften. BoD, 2009
- **Ostrom**, Elinor: Die Verfassung der Allmende – Jenseits von Staat und Markt (Englischer Titel: Governing the Commons. The evolution of institutions for collective action). Die Einheit der Genossenschaftswissenschaften 104, Mohr Siebeck 1999

Solidarische Ökonomie heute

Konzepte, Beispiele, und Modelle in der Praxis

Von Hans-Jürgen Fischbeck

unter Verwendung und redaktioneller Bearbeitung von Beiträgen von

Clarita Müller-Plantenberg (CMP), Wolfgang Fabricius (WF) und Rainer Hanemann (RH)

1. Vorbemerkung

Die Basis der marxistischen Theorie ist die Lehre vom Klassenkampf mit der zentralen These, wonach „der Staat das Machtinstrument in den Händen der herrschenden Klasse“ sei. Daraus folgerte man, dass die „Arbeiterklasse“ die Macht im Staate erringen und diesen als „Diktatur des Proletariats“ umgestalten müsse, um dann den „Sozialismus“ mit staatlicher Gewalt durchzusetzen und mit weit reichenden Enteignungen zu beginnen. Dieses Konzept des „Staatssozialismus“ entartete in der Sowjetunion zum Stalinismus und brach, wie wir alle wissen, in der friedlichen Revolution des Jahres 1989 welthistorisch zusammen.

Was da zusammenbrach, das waren die verlogenen staatsdirigistischen Politbürokratien der Länder des Ostblocks, weil sie diktatorisch und ineffizient und deshalb dem westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unterlegen waren. Sie nannten sich Sozialismus und logen auch damit schon. In Wirklichkeit waren sie ein Extremfall der Privatisierung: Ganze Volkswirtschaften wurden in die besitzartige Verfügung der durch nichts legitimierten Politbüros und ihrer Nomenklaturen gebracht und jeweils wie ein einziger Staatskonzern geführt. Die einzelnen nationalen Politbüros wiederum waren gleichsam Tochter-Gesellschaften einer Holding, nämlich des Politbüros der KPdSU. Das war eher eine extrem monopolistische Entartung des Kapitalismus als eine echte Alternative.

Im Gegensatz dazu kann Solidarische Ökonomie viel eher als die eigentliche strukturelle und funktionale Alternative zum real existierenden Kapitalismus angesehen werden. Sie sprießt und wächst von unten, ganz anders als es die Marxistische Doktrin vorsah. Ihre Samen sind Projekte der Selbsthilfe marginalisierter oder gar exkludierter Gruppen der kapitalistischen Markt-Gesellschaft. Das zeigt sehr schön das frühe Beispiel der

2. Die „Pioniere von Rochdale“

28 Weber in Rochdale, England, wurden 1844 die eigentlichen Pioniere Solidarischer Ökonomie im vollen Sinn des Wortes. Sie gründeten die „Rochdale Society of Equitable Pioneers. Ihr fast heroisch zu nennendes Beispiel hat eine geradezu paradigmatische Bedeutung. Es ist heute noch lehrreich und ermutigend und verdient ehrende Beachtung. Es zeigt nämlich, dass sich auch arme Menschen aus eigener Kraft aus entwürdigender Armut und Abhängigkeit herausarbeiten und anderen ein orientierendes Beispiel geben können. Diese Kraft heißt Solidarität. Sie hat sich sowohl als Anstoß gebender Impuls als auch als tragendes Prinzip bewährt.

Die „redlichen Pioniere“ von Rochdale erarbeiteten auf Grund ihrer eigenen bitteren Erfahrungen¹¹⁹ und der fehlgeschlagenen Versuche ihrer Vorgänger ein eigenes Konzept, das bis zum Entwurf einer solidarischen Gesellschaft reicht.

Weil es in England den Bürgern ohne Schulabschluss und ohne Besitz eines Hauses nicht gestattet war, zu wählen, war der Aufbau einer Konsum-Genossenschaft nicht das alleinige Ziel der Rochdaler Weber. Die Konsum-Genossenschaft sollte vielmehr die Grundlage für die Errichtung einer Vollgenossenschaft sein, die alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche der Beteiligten einbezieht. Durch die Selbstorganisation sollte die wirtschaftliche Abhängigkeit der Lohnabhängigen vom Prozess der Industrialisierung aufgehoben werden.

*Der Genossenschaftsgedanke war in diesem Konzept Träger einer erhofften
umfassenden Wirtschafts- und Sozialreform.*

Victor Aimé Huber¹²⁰ beschreibt etwa um die Gründungszeremonie der „redlichen Pioniere“ sehr anschaulich:

„An einem düstern, rauen, feuchten, echt nordenglischen Novemberabend des Jahres 1843 finden wir in einem ärmlichen, trostlosen, dunkeln öffentlichen Lokal einige Dutzend armer Flanellweber versammelt, um über die Mittel zur Rettung aus dem Elend zu beraten. Alle in solchen Fällen leider hergebrachten Mittel – mehr trotzige als versöhnliche Verhandlungen mit den Fabrikherren, Versammlungen und Reden ohne Ende und endlich das törichtste von allen, ein Streik, hatten, wie immer, das Übel nur ärger gemacht und die Lage schien völlig hoffnungslos. Da wiesen einige früher von Robert Owen (wenigstens mittelbar) angeregte Männer auf die *Kooperation* als Ausweg aus dieser Not und Sicherung besserer Zustände für die Zukunft. In der Tat fand die Idee allgemeinen Anklang. Es wurde sogleich zur Beschaffung des *nervus rerum gerendarum* geschritten, indem die Anwesenden sich zu dem Beitrag von 2 Pence verpflichteten, den aber die wenigsten sogleich bezahlen konnten, Das tragikomische Missverhältnis zwischen Zweck und Mitteln wird noch mehr hervortreten, wenn wir die Hauptpunkte des Programms anführen, welches der definitiven Konstituierung der Genossenschaft der *Rochdale Equitable Pioneers* im Oktober 1844 zu Grunde gelegt wurde.

Konnte schon die Benennung, im Gegensatz zu der kläglichen Erscheinung der Leutlein, die sie zu führen sich anschickten, als eine fast lächerliche Anmaßung gelten, so konnte die Art von Programm, womit sie auftraten, diesen Eindruck nur verstärken. In der Tat wurde es bald das spöttische Stadtgespräch: „Die armen Weber sind vor Hunger und Kummer verrückt geworden.“

Als Zwecke der kooperativen Gesellschaft dieser „Rochdaler Pioniere“ wurden in ziemlich schwerfälliger und kurioser Fassung in jenem Programm folgende Punkte angegeben:

Im Allgemeinen sind Einrichtungen zu treffen, die zum pekuniären Vorteil und zur Verbesserung der sozialen und häuslichen Lage der Mitglieder dienen zu können. Zu diesem Behuf zunächst Bildung eines hinreichenden Kapitals in Aktien von 1 Pfund Sterling., um insbesondere folgende Pläne auszuführen:

¹¹⁹ 6 von ihnen hatten bereits bei den gescheiterten Versuchen von Robert Owen mitgewirkt. Die Weber waren Chartisten. Die Chartistenbewegung, die in England von 1836 bis 1848 bestand, war die erste sozialistische Vereinigung, die in teilweise blutigen Kämpfen versucht hatte, die politische Macht durch die Arbeiter zu erringen. Diese Niederlagen nahmen die Weber zum Anlass, andere Formen der Selbsthilfe zur Verbesserung ihrer Lage zu erproben. [Hasselmann, *Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften*, COOP Verlag, Hamburg 1971].

¹²⁰ Victor Aimé Huber, *Ausgewählte Schriften: Über Sozialreform und Genossenschaftswesen* – aus der genossenschaftlichen Praxis, II. Die Anfänge der englischen Genossenschaftsbewegung, 5. Die Rochdaler Pioniere.

- 1) Gründung eines Ladens (Store) zum Verkauf von Lebensmitteln, Kleidung und überhaupt der gewöhnlichen Bedürfnisse der Arbeiter.
- 2) Erbauung oder Ankauf und Einrichtung einer Anzahl von Häusern, worin die Mitglieder bei gegenseitiger Hilfeleistung zur Verbesserung ihrer Lage wohnen können.
- 3) Die Produktion solcher Gegenstände, welche der Gesellschaft zweckmäßig erscheinen mögen zur Beschäftigung arbeitsloser Mitglieder, oder solcher, die durch Herabsetzung der Arbeitslöhne Not leiden.
- 4) Zum weitem Vorteil und zur Sicherung der Mitglieder soll die Gesellschaft auch Grund und Boden pachten oder kaufen, welcher landwirtschaftlich bebaut werden kann von solchen Mitgliedern, die keine andere Arbeit finden oder bei ihrem Lohn nicht bestehen können.
- 5) Sobald es tunlich erscheint, soll die Gesellschaft die Kräfte und Mittel der Produktion, Verteilung, Erziehung und Leitung zur Gründung einer sich selbst und selbständig erhaltenden heimischen Ansiedlung vereinigter Interessen anwenden, und auch andern Gesellschaften zur Gründung solcher Kolonien behülflich sein.
- 6) Soll in dieser Kolonie ein sog. Mäßigkeitshaus (Temperance-Hotel) mit Ausschluss geistiger Getränke eröffnet werden.

So großartige und mannigfaltige Verheißungen hätten auch unter sehr viel günstigeren Umständen und in weniger unbeholfener Fassung schwerlich Vertrauen einflößen können und mussten den Glauben an den gesunden Verstand der armen Weber nur noch mehr erschüttern.

... Nachdem nun mehrere Monate lang unter den größten Entbehrungen und bei angestrengtester Arbeit durch Pfennigbeträge der Mitglieder und durch einige (nicht ganz korrekte) Vorschüsse von Freunden konnte ... ein sehr ärmlicher, kleiner, aber reinlicher Laden eingerichtet und mit einem entsprechenden Bestand einiger der notwendigsten Lebensbedürfnisse (Kartoffeln, Öl, Seife, Brot, Kohlen) ausgestattet und dessen Eröffnung auf den 21. Dezember 1844 angekündigt werden. Am Abend eines echt nordenglisch finstern, rauen, nassen, schmutzigen Wintertags füllten sich denn auch die benachbarten Straßen mit dichten Haufen von Neugierigen, unter denen nur wenige mit Wohlwollen und Vertrauen, die meisten mit Mitleid und Spott der Dinge warteten, die da kommen sollten.

... So wenig ermutigend war der Eindruck, dass selbst der Vorstand des Vereins sich erst bei völliger Dunkelheit heranwagte und, an den Häusern hinschleichend, unbemerkt in den Laden schlüpfte, dessen endliche Fenstererleuchtung mit allgemeinem Jubel und dem Chorus: „Die tollen Weber haben eröffnet!“ begrüßt wurde.

... Diesem bescheidensten, kläglichen, ja lächerlichen Anfang stellen wir nun vorgreifend auf Grund der Hauptzahlen des Rechnungsjahres 1865 zur Seite: Eine Genossenschaft, die mit ihren verschiedenen Zweigvereinen über 6000 Mitglieder, meist Familienväter, alle unter auf diesem Wege mehr oder weniger gehobenen verbesserten Zuständen, und ein Gesamtkapital von mehr als anderthalb Millionen Thaler, zählt.“

Man kann das Sprießen und Wachsen solidarischer Ökonomie vergleichen mit einem Garten ohne Gärtner, der von verschiedensten Beeten gebildet wird, die den jeweiligen Ländern und Regionen entsprechen und je nach den kulturellen, politischen, klimatischen und geographischen Bedingungen eine Vielfalt verschiedene „Pflanzen“ hervorbringen, die in der Perspektive gleichwohl das „Biotop“ eines Gartens bilden können.

3. Der Garten: Länder und Regionen

Zunächst werden verschiedene Länder und Regionen – gewissermaßen Beete dieses Gartens – betrachtet, in denen Formen solidarischer Ökonomie gedeihen: in Europa Israel, Italien und Österreich; in Lateinamerika: Brasilien, Venezuela, Ecuador und Bolivien.

3.1 Solidarische Ökonomie in Israel

Die Anfänge solidarischer Ökonomie in Israel liegen in der zionistischen Einwanderung an der Wende des 19. zum 20. Jahrhunderts. Wenn auch abgeschwächt, haben sie sich bis heute erhalten. Der wohl bedeutendste Ansatz solidarischer Ökonomie stellt die *Kibbuz-Bewegung* dar. Auch die Gewerkschaft *Histadrut* hat solidarwirtschaftliche Projekte entwickelt. Sowohl die Gewerkschaft als auch die ersten Kibbuzim gingen der Staatsgründung Israels im Jahre 1948 voraus, die ohne sie wohl kaum möglich gewesen wäre.

Wie jeder weiß, sind die Kibbuzim landwirtschaftliche Kooperativen, die von den ersten Einwanderern zu Beginn des 20. Jh. gegründet wurden, um Neuland zu erschließen und weitere Einwanderer aufzunehmen. Die auf Gemeineigentum beruhende Gemeinschaftlichkeit und innere Verfassung der Kibbuzim sind hinlänglich bekannt und müssen hier nicht eigens beschrieben werden. Die ersten Einwanderer konnten Grund und Boden vom 1901 auf Initiative Theodor Herzls gegründeten jüdischen Nationalfonds erwerben, der systematisch Land im britischen Mandatsgebiet aufkaufte, bis die Verfügung über (erobertes) Land an den Staat mit seiner Gründung 1948 überging. Heute ist der Fonds eine Entwicklungsagentur für ökologische Projekte der Urbarmachung von Land und der Erschließung von Wasserressourcen.

Es gibt säkulare und religiöse Kibbuzim, die untereinander in Kibbuz-Bewegungen zusammenarbeiten und Solidarität üben. Heute gibt es etwa 270 Kibbuzim mit jeweils bis zu 1700 Mitgliedern. Das sind aber nicht einmal 3% der israelischen Bevölkerung, die aber ein Drittel der landwirtschaftlichen Produktion des Landes erwirtschaften. Die Kibbuzim bieten ihren Mitgliedern eine weit reichende soziale Sicherung. Der Grundsatz der „jüdischen Arbeit“ verbietet die Beschäftigung palästinensischer Lohnarbeiter. Palästinenser bleiben somit aus der jüdischen Solidarität ausgeschlossen.

Leider zeigt sich, dass das entsolidarisierende Säurebad der konsumistischen Marktzivilisation, die Freiheit eher als Freiheit *von* jeglicher Bindung denn als Freiheit *zu* selbst gewählter Bindung versteht, auch zur Erosion bei vielen Kibbuzim führt.

Die Histadrut wurde 1920 zur Zeit des britischen Mandats gegründet. Sie baute eigene Betriebe und Kooperativen auf, gründete Schulen, eine Bank und eine Krankenversicherung. Ihr erster Chef war David Ben Gurion. Bis vor wenigen Jahren war die Mehrzahl der Israelis gewerkschaftlich organisiert. Arabische Mitbürger wurden erst seit den 60er Jahren aufgenommen, jedoch blieb ihnen die soziale Sicherung verwehrt.

Als 1977 nach 30 Jahren sozialdemokratischer Regierung der rechte Likud an die Regierung kam, begann der Niedergang der Gewerkschaftsbewegung. Subventionen für die gewerkschaftlichen gemeinwirtschaftlichen Eigenbetriebe wurden gekürzt, die Krankenkasse abgetrennt. Heute hat die Histadrut nur noch einige 100 000 Mitglieder und hat ihre solidarwirtschaftliche Besonderheit verloren.

Trotz günstiger gesellschaftlicher Bedingungen kam es nach Gründung des Staates Israel, von dem es heißt, er sei „einst ein sozialistisches Projekt“¹²¹, nicht zu dem, was man vielleicht demokratischen Sozialismus hätte nennen können, vermutlich weil das unter ständiger Rückeroberungsdrohung stehende Land auf internationales, besonders natürlich US-amerikanisches Fremdkapital angewiesen war und ist, für das es günstige Verwertungsbedingungen bieten musste, die sich mit Sozialismus jeglicher Art nicht vertragen.

3.2 Italien

Italien hat ein recht weit entwickeltes Genossenschaftswesen. Es entstand, als sich am Ende des 19. Jahrhunderts die Arbeiter großer Landbesitztümer organisierten. Drei große Zusammenschlüsse von Genossenschaften bildeten sich, eine sozialistische, eine christliche

¹²¹ Gisela Dachs: Israel kurz gefasst, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 69

und eine liberale. Die erste und bis heute größte von ihnen ist die 1886 gegründete LEGACOOOP. Sie förderte erwerbslos werdenden Landarbeiter. Die etwa zur gleichen Zeit einsetzende Industrialisierung wurde von ihren kleinen und mittleren selbstverwalteten Unternehmen mit geprägt.

Nach dem ersten Weltkrieg schuf die Mitte-Links-Regierung eine genossenschaftsfreundliche Gesetzgebung. Nach dem zweiten Weltkrieg gab es auf Grund der nun schon traditionsreichen Genossenschaftskultur und der Zusammenarbeit im Widerstand gegen die Faschisten einen gesellschaftlichen Konsens, der es ermöglichte, die Unterstützung von Genossenschaften als Aufgabe in der Verfassung zu verankern. So heißt es im Artikel 45

„Die Republik anerkennt die gesellschaftliche Funktion der Genossenschaft mit Selbsthilfecharakter und ohne die Zielsetzung des privaten Gewinnstrebens. Das Gesetz fördert sie und begünstigt ihr Wachstum mit den dafür geeigneten Mitteln und garantiert ihren Charakter und ihre Zielsetzungen durch entsprechende Kontrollen.“

Von 1970 bis 1990 verdreifachte sich die Anzahl der Genossenschaften von knapp 48 000 auf über 159 000. Zunehmend verlagerte sich das Gewicht der Genossenschaftsbildung vom italienischen Norden nach Mittelitalien, Süditalien, Sizilien sowie Sardinien.

Ihre soziale und wirtschaftliche Konsolidierung beruhte auf dem Zusammenschluss der einzelnen Genossenschaften in Konsortien, die in Selbstverwaltung und Kooperation miteinander arbeiteten und mit dezentral angelegten Unternehmenskonzepten schnell Kapital zu mobilisieren konnten.

Das Interesse des italienischen Staates an Genossenschaften rührt auch her von deren regionalen Entwicklungspotentialen für eine ausgleichende Strukturpolitik. Die relativ geringe Arbeitslosigkeit in den Regionen mit starker Genossenschaftsentwicklung wie der Lombardei und vor allem der Emilia Romagna bedeuteten zudem eine Entlastung staatlicher Leistungen.¹²²

Genossenschaften sind besonders stark im Wohnungsbau, in Handwerk und Gewerbe, dem Einzelhandel, der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich vertreten.

Mit Einsetzen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik im Europa der 80er Jahre häuften sich die Insolvenzen. Wie andernorts drohte Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit. Mit ihrer gesammelten Kraft erreichte die Arbeiterbewegung – vertreten durch Gewerkschaften und Genossenschaften – Mitte der 80er Jahre eine staatliche Förderung von Betriebsübernahmen und Genossenschaftsgründungen. Das nach dem Minister Marcora benannte Gesetz von 1985 sah vor, Sanierung und Hilfestellung für die Erhaltung und Neugründung von Klein- und Mittelbetrieben mit kooperativer Betriebsverfassung über einen Fonds, „Fondcooper“, zur Förderung von Genossenschaftsgründungen und Betriebsübernahmen zur Verfügung zu stellen.¹²³

¹²² In der Emilia Romagna arbeitete Mitte der 80er Jahre etwa die Hälfte der erwerbstätigen Menschen in Genossenschaften aller Branchen.

¹²³ Er startete mit einem Kapital von 90 Milliarden Lire.

1986 wurde dann die *Compania Finanziaria Industriale (CFI)*¹²⁴, zur Förderung und Beratung der Belegschaften von insolventen Betrieben gegründet, um insolvente Betriebe zu konkurrenzfähigen Gemeinschaftsbetrieben zu konsolidieren.

Nach einer Novellierung des Gesetzes 1991 ist zwar der Beitrag staatlichen Kapitals zu den Anteilen der Mitglieder etwas kleiner, aber die Kompetenzen der CFI haben sich insofern erweitert als sie nun auch Belegschaften von Betrieben berät, die in Gefahr stehen, insolvent zu werden, und von solchen, die keine Unternehmens-Nachfolger haben. Die Beratung und Investition findet für einen begrenzten Zeitraum von 5-10 Jahren statt.

Diese gesetzlichen Rahmenbedingungen erscheinen wie ein „Eldorado für genossenschaftliche Betriebe“ (D. Haensch, 1997). Neben dem Marcora-Gesetz von 1985 und 1991, gibt es zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit seit 1977 ein spezielles Gesetz zur Förderung von Jugendgenossenschaften.

1991 wurde das Gesetz zur Regelung der *Sozialen Genossenschaften* mit dem Zweck erlassen „zum Wohl der Allgemeinheit und Gemeinschaft tätig zu sein und die soziale Fürsorge und Integration zu fördern“¹²⁵. Seit dem haben sich Sozialgenossenschaften stark entwickelt, von denen es zwei Typen gibt: Bei dem einen können bis zu 50% der Mitarbeiter/innen Ehrenamtliche ohne entsprechende Qualifikation sein, und bei dem anderen müssen mindestens 30% der Mitarbeitenden schwer vermittelbare Personen (Behinderte, Haftentlassene etc.) sein, denen Zugang zur Arbeitswelt zu verschafft werden soll.

Diese Entwicklung muss auf dem Hintergrund des staatlichen Rückzugs aus vielen sozialen Aufgaben gesehen werden. Eine sehr schnell wachsende Anzahl von Sozialgenossenschaften bot ihre Dienstleistungen, z.B. Gesundheitsfürsorge etc., selbstbestimmt und selbstverwaltet entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen an, jedoch ohne den Staat aus der Verantwortung der Finanzierung zu entlassen.¹²⁶

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Regionen mit großem Genossenschaftsanteil weisen einen hohen Beschäftigungsgrad und einen vergleichsweise starken Zusammenhalt auf, wobei sich die regionale Kultur als bindende Kraft weiterentwickelt und die Abwanderung zugunsten des Erhalts lokaler Ökonomien und ihrer Infrastrukturen stoppt.

Selbstverwaltung und *Inklusion* sind Werte, die die *Lernprozesse* und *demokratische Entwicklung* begünstigt haben. Sie wurden von den Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegungen über Parteigrenzen hinweg eingefordert und erreichten so vergleichsweise günstige politische Rahmenbedingungen, die hierzulande als Lehrstück gelten können.

3.3 Österreich

Mit der verschärften Konkurrenz bei steigender Konzentration der Unternehmen gerieten die entlegenen grenznahen Viertel Österreichs – das Wald- und das Mühlviertel – in Gefahr, ihre Produktion nicht mehr absetzen und daher ihre Unternehmen und Bauernhöfe nicht mehr aufrecht erhalten zu können. Sie kämpften um ihre Existenz. Viele begannen, weite Pendelstrecken zurückzulegen. Die Jugend begann abzuwandern. Die Gemeinden waren stark verschuldet, die Gesundheitsversorgung war schlecht.

¹²⁴ Die ursprüngliche CFI wurde umbenannt ...

¹²⁵ Paolo Galeotti, Stefania Checchelani: Das Konsortium SOL.CO Mantua, in: C. Müller-Plantenberg (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie in Europa, Betriebe und regionale Entwicklung*, Kassel 2007, S.94

¹²⁶ Debatten mit Paulo Galeotti, Stefania Checchelani *Sommerschule* „Solidarische Ökonomie in Europa – Betriebe und Regionale Entwicklung“, Imshausen 2006

Gemeinwesenarbeit und eigenständige Regionalentwicklung stellte sich dieser Situation¹²⁷.

In den 80er Jahren führte die katholische Kirche aktivierende Befragungen nach der Methode Paulo Freires in den Dörfern durch und gründete später auch Initiativgruppen.

Die österreichische Bergbauernvereinigung (ÖBV) betrachtete die undifferenzierte herkömmliche Bauernpolitik, die ein „einheitliches Interesse aller Bauern“ voraussetzte, und eine zu einseitige Bildungspolitik, die nicht auf besondere Bedürfnisse wie Konfliktbewältigung, Solidarisierung und Förderung der Kommunikation untereinander ausgerichtet war, als Hindernisse. Hochschulabgängern wurden kaum Chancen geboten, so dass sie abwandern mussten.. Deshalb verschlechterte sich die Lage sich trotz der Regionalförderung.

Wie in ländlichen europäischen Regionen überhaupt, reagierten die Menschen in drei Weisen auf die neue Situation: Die einen modernisieren und betreiben Landwirtschaft wie jeden anderen Betrieb, die anderen ziehen sich von der Landwirtschaft zurück, während es den Dritten Gruppe um den Erhalt des seit Generationen bewirtschafteten Hofes geht.¹²⁸

Im Waldviertel wurde auf Grund der vorangehenden aktivierenden Befragung mit einer Bildungsarbeit begonnen, um das Bewusstsein für die Grundrechte der Gesellschaft zu stärken mit dem Ziel, ungerechte Strukturen zu verändern und partnerschaftlich-demokratische Verhaltensweisen zu fördern.

Der „Arbeitskreis Land“ organisierte regelmäßige Treffen zur Geschichte der Bauern, zur Information über den Maschinenring, zum Austausch mit anderen Gruppen mit ähnlichen Anliegen, Besuche bei alternativen landwirtschaftlichen Unternehmen, Verkaufsausstellungen etc. wurden organisiert. Eine Verkaufsaktion der ÖBV von Kartoffeln in Wien erbrachte eine spürbare finanzielle Hilfe. Daran anschließend entstand eine ständige Vermarktung von Eiern, Brot, Speck bei Verkaufsausstellungen und dem Bauernladen in Wien.

Der regelmäßig tagende „Arbeitskreis Land“ und die entstandenen persönlichen Kontakte bildeten die Vertrauensbasis für eine *Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft* BERSTA, (BERgSTAdt), bei der auch mehrere Stellen geschaffen wurden.

Eine ÖBV-Ausstellung zum Thema „Begegnung Stadt-Land“ motivierte eine Wiener Konsumentengruppe, beim Aufbau der Genossenschaft zusammen mit dem AK Land bei der Direktvermarktung natürlicher Qualitätsprodukte zusammenzuarbeiten. Sie schuf in der Folge die Verkaufsvoraussetzungen. die Bauern wurden betriebswirtschaftlich, finanziell und landwirtschaftlich beraten. Vorstand und Aufsichtsrat wurden paritätisch gebildet, eine begleitende Informations- und Bildungsarbeit wurde geleistet. Obwohl sich die BERSTA als Genossenschaft nicht halten konnte, – sie wurde in einen Verein, die BERSTA-Vermarktungsinitiative umgewandelt – war sie doch eine beispielgebende Initiative, denn es

entstand eine weitere Erzeuger-Verbraucher-Initiative (EVI) in Zusammenarbeit mit einer Initiativgruppe in St. Pölten. Verkauft werden sollten Produkte aus der Dritten Welt, von benachteiligten Bauern und aus biologischer Produktion. Die Bauern belieferten „EVIs Gute Stube“ wöchentlich und hatten einen spürbaren Zuerwerb. Zentral für die Verständigung ist

¹²⁷ Bericht von Anton Rohrmoser 2005 über die Gemeinwesenarbeit im Mühlviertel.

¹²⁸ Thomas Dax, Rudolf Niessler, Elisabeth Vitzthum: Bäuerliche Welt im Umbruch, Entwicklung landwirtschaftlicher Haushalte in Österreich, Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Forschungsbericht Nr. 32, Wien 1993; vgl. auch die Österreichische Bergbauernvereinigung <http://www.berggebiete.at/cms/dmdocuments/publikationen/FB32.pdf> Professionalisierung (4.9.05)

die gemeinsame Preisgestaltung. Dies ist ein Lernprozess für selbst bestimmte Veredelung von bäuerlichen und kunsthandwerklichen Produkten, von ökologischer Landwirtschaft und von der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Verarbeitung vor Ort und Direktvermarktung. Es folgte die Gründung einer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft MÜLI im Mühlviertel sowie zweier weiterer in Steyr und Graz.

Weitere Initiativen – so z.B. der Erhalt einer Molkerei, ein Kurs über Selbstverwaltung, die Gründung eines Bauernmarktes führten zum Konzept der „Eigenständigen Regionalentwicklung“ (ERE), für die eine Arbeitsgemeinschaft eingerichtet wurde.

So wurde Gemeinwesenarbeit methodisch verknüpft mit Wirtschaftsförderung, ein Prozess, der auch als Inkubation von Einzel- und Gemeinschaftsbetrieben beschrieben werden kann.

3.4 Solidarische Ökonomie in Lateinamerika¹²⁹

Bedingt durch weit verbreitete Armut und soziale Not und wesentlich gefördert durch linksgerichtete Regierungen in Brasilien, Venezuela, Bolivien und Ekuador, hat solidarische Ökonomie (SÖ) in großen Teilen Lateinamerikas in starkem Maße Fuß gefasst.

Eine große Bedeutung dafür hatte das Weltsozialforum 2001-2003 und 2005 in Porto Alegre in Brasilien. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ wurde ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass gemeinsame Strategien für eine bessere Welt aufgebaut werden können. 2001 kamen 16 000 Menschen aus 117 Ländern nach Porto Alegre. Dort bildete sich die erste internationale Arbeitsgruppe „Solidarische Volksökonomie und Selbstverwaltung“, in der mit 1500 Personen die Selbstorganisation der Arbeitenden, die staatliche Politik und die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven von Arbeit und Einkommen diskutiert wurden.¹³⁰

Während des Forums ergaben sich fruchtbare Anregungen, um adäquate staatliche Politiken zur Förderung der SÖ einzufordern. So verfasste eine brasilianische Arbeitsgruppe „Solidarische Ökonomie“ einen Brief an den 2002 gewählten Präsidenten Lula da Silva und seine zukünftige Regierung unter der Überschrift: „SÖ als politische Entwicklungsstrategie“, um eine staatliche Förderpolitik und die Einrichtung eines Nationalen Sekretariats für Solidarische Ökonomie einzufordern.

Auf dem Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre war SÖ erneut ein großes Thema. Im Laufe des Jahres wurde in Antwort auf den Brief an Lula da Silva das „Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie“ im Ministerium für Arbeit Brasiliens gebildet, und die Arbeitsgruppe SÖ wurde zum „Nationalen Forum für Solidarische Ökonomie“ erklärt. Dem folgten die Gründungen von bundesstaatlichen Foren für SÖ. 2004 fand ein Nationales Treffen Solidarischer Wirtschaftsbetriebe statt, zu dem 2500 Personen vor allem aus Solidarischen Wirtschaftsunternehmen aus allen Landesteilen kamen.

Sie bestätigten, dass der Mensch und nicht der Gewinn im Zentrum der Wirtschaft stehen muss. Bei SÖ ginge um ein soziales Transformationsprojekt, das Solidarität quer durch Wirtschaft und Gesellschaft zum Leitprinzip macht und auf ethischen Werten gründet. Nicht

¹²⁹ Nach Stefan Schmalz und Anne Tittor (Hrsg.): Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez: Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat. Festschrift für Dieter Boris, Hamburg 2008

¹³⁰ Eje 1 – Desarrollo Democrático y Sostenible, Economía Solidaria, Síntesis de los Eventos, Foro Social Mundial 2003 (Dokument des Weltsozialforums, AG Solidarische Ökonomie)

Wettbewerb oder Machtkonzentration, sondern Kooperation und Selbstverwaltung seien die dynamisierenden Faktoren.

2006 fand das Weltsozialforum in Caracas und 2008 in Mexiko statt. Letzteres endete mit einer Deklaration zu „Würde, Einheit und Volkssouveränität“ auf dem Zócalo.

Bei den Sozialforen wurden enge Kooperationsbeziehungen geknüpft zwischen der Solidarischen Ökonomie in Brasilien¹³¹, der in Venezuela und der in Argentinien.

In Ecuador, Venezuela, Bolivien und Brasilien vollziehen sich seit dem interessante Entwicklungen, die ein Licht auf unterschiedliche Etappen und Konstellationen werfen. In Venezuela wurde das „Ministerium der Volksmacht für die Kommunale Wirtschaft“ gebildet, dem das „Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie“ in Brasilien entspricht, In Ecuador wurde das Programm der Sozialen Solidarischen Ökonomie aufgelegt und ein Subsekretariat mit eben dieser Bezeichnung installiert. In Bolivien nennt man die Solidarische Ökonomie stets in einem Atemzug mit gerechtem Handel.

3.4.1 Ecuador

In Ecuador beschloss die im Januar 2007 eingesetzte Regierung unter Rafael Correa, wirtschaftliche Alternativen in Gang zu setzen und SÖ zu einer Priorität zu machen. Der Präsident ordnete eine Volksbefragung über die Einsetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung an. Als Grund dieses Prozesses werden das kapitalistische System und der Neoliberalismus als die Verursacher der Krisen gesehen, die sich in der ungerechten Konzentration von Macht und Reichtums ausdrücken. Mit seiner Partei Alianza País versprach Correa, für die Schwachen und Ausgeschlossenen einzustehen und erklärte bei seiner Amtseinführung das dunkle Zeitalter des Neoliberalismus für beendet. Die Wahlergebnisse im September 2007 zeigten, dass die vor der Wahl propagierte Strategie Correas durch die Mehrheit der Wahlberechtigten unterstützt wird.¹³² Ende November trat die Verfassungsgebende Versammlung Ecuadors zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

Schon im Februar 2007 wurde ein „Workshop SÖ“ von der „Nationalen Konföderation der Organisationen von Kleinbauern, Indigenen und Schwarzen“ (FENOCIN) organisiert, auf dem der Minister für Wirtschaft und Finanzen, Ricardo Patiño, die Schaffung eines Untersekretariats für Solidarische Ökonomie ankündigte, das dem Staatssekretariat unter seiner Leitung zugeordnet sei. Für diese Arbeit bat er die Kleinbauern um Unterstützung.¹³³

“Der wirtschaftliche Wandel bedeutet

- (i) den Wandel der Eigentumsformen;
- (ii) die Umverteilung des Reichtums, der Möglichkeiten und Fähigkeiten;
- (iii) die Begründung einer demokratischen, partizipativen Planung;

¹³¹ So wurde z.B. 2006 ein Vertrag zwischen dem venezolanischen „Das Ministerium der Volksmacht für Kommunale Wirtschaft“ (MINEP) und dem Nationalen Sekretariat für Solidarische Ökonomie Brasiliens (SENAES) und der brasilianischen Gemeinschaftsbank Banco de Palmas geschlossen nachdem zwei venezolanische Delegationen im Verlauf des Jahres die Gemeinschaftsbank besucht hatten.. Im Gegenzug wurde Brasilien venezuelanischen Nuklei der endogenen Entwicklung beeinflusst, bei der die Gemeinschaft einige staatliche Maßnahmen mit dem Ziel der endogenen Entwicklung durchführt.

¹³² Jonas Henze: Demokratie in neuen Händen, Klare Mehrheiten in der Verfassungsgebenden Versammlung, in: Lateinamerika Anders, Nr. 1/2008, S. 13

¹³³ http://www.rel-uita.org/sociedad/economia_solitaria-ecuador.htm (17.2.08)

- (iv) die Neudefinition der Beziehungen von Harmonie und Respekt gegenüber der Natur; und
(v) die Umorientierung der Wirtschaft auf die Produktion hin.“¹³⁴

So ist es auf der Website der Verfassungsgebenden Versammlung zu lesen. In diesem kleinsten Amazonasrainerland wird eine Umkehr des gesellschaftlichen Naturbezuges angestrebt: „Die ökologische Frage muss zu einer durchgängigen Achse werden. Das kapitalistische Modell gründet auf einer instrumentellen Vision von der Natur und der Maximierung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die als unerschöpflich gesehen werden.“

„In der alten Verfassung gab es den typisch ambivalenten Umgang mit dieser Frage: Prinzipien oder Rechte wurden proklamiert, aber Konkretionen vermieden. Der Artikel 3 (3) sieht es als das erste Ziel des Staates an, ‚Das Naturerbe und Kulturgut zu schützen und die Umwelt zu schonen...‘ Dann wird im Artikel 86 in Bezug auf die kollektiven Rechte darauf hingewiesen, dass ‚der Staat das Recht der Bevölkerung, in einer gesunden und ökologisch ausgewogenen Umwelt zu leben, schützen wird, das eine nachhaltige Entwicklung garantiert.“¹³⁵

Im Juni präsentierte der Präsident ein Programm der Sozialen und Solidarischen Ökonomie (SESS), das in dem Sekretariat für Soziale Solidarische Ökonomie ausgearbeitet wurde. Es wird die folgenden staatlichen Programme ausführen: das Mikrokreditprogramm, das Programm „Ernähre Dich Ecuador“ und das Programm der öffentlichen Käufe (ohne die internationale Bürokratie und ohne Importe).

Der Präsident erläuterte, dass die Werte der Sozialen Solidarischen Ökonomie zur ecuadorianischen Kultur gehören, in der die gemeinsame Arbeit (minga) seit je her eine Tradition bei den indigenen Völkern ist. Ein Gesetzesprojekt zur Begrenzung der Zinshöhe bei den Banken wird auf den Weg gebracht, um die ‚Übergriffe der Machtgruppen zu unterbinden.“¹³⁶

Der Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung und vorheriger Energieminister, Alberto Acosta, garantiert, dass die neuen Regeln für private Investoren gleiche Bedingungen für alle festlegen. Ausländische Firmen würden nicht mehr privilegiert. Denn nur ein gerechter Markt ohne Privilegien werde den Aufbau einer solidarischen Ökonomie ermöglichen. Man werde den Markt zivilisieren.

Ein Netzwerk Solidarischer Ökonomie aus Kleinbauern, Handwerkern, Agrarindustrie, Handel und Dienstleistungen führte im April eine Serie von Workshops bei seinem ersten Nationalen Treffen durch, um einen Plan für den Aufbau der Solidarischen Ökonomie auszuarbeiten und der Verfassungsgebenden Versammlung in diesem Punkt zuzuarbeiten.¹³⁷

3.4.2 Venezuela

„Das Ministerium der Volksmacht für Kommunale Wirtschaft“¹³⁸ wurde im September 2004 geschaffen, um Politik, Programme und Institutionen zu koordinieren, „die das abhängige kapitalistische Wirtschaftsmodell in ein Modell der sozialen, selbstverwalteten, nachhaltigen Wirtschaft überführen sollen.“ Ziel ist die Konsolidierung der Missionen zur Abschaffung von Armut, „Vuelvan Caras“ und die gezielte Förderung endogener Entwicklung sowie die Koordinierung der Akteure der Entwicklungsachsen und -Pole.“¹³⁹

Nuklei endogener Entwicklung

¹³⁴ http://www.asambleaconstituyente.ec/asamblea/index.php?option=com_content&task=blogsection&id=14&Itemid=73 (15.2.08)

¹³⁵ http://www.asambleaconstituyente.ec/asamblea/index.php?option=com_content&task=blogsection&id=9&Itemid=63 (15.2.08)

¹³⁶ <http://www.congresobolivariano.org/modules.php?name=News&file=print&sid=3538> (17.2.08)

¹³⁷ <http://www.redesolenecuador.blogspot.com/> (17.2.08)

¹³⁸ Ministerio del Poder Popular para la Economía Comunal, MINEC, umbenannt 2007 nach dem Dekret 5.246 Gaceta Oficial número 38.654

¹³⁹ <http://www.minec.gob.ve/contenido.php?id=29> (17.2.08) Zu seinen Aufgaben gehört also die Umsetzung und Inangsetzung der Endogenen Kerne (Núcleos de Desarrollo Endógeno, NUDE), die Gründung und Inangsetzung der Genossenschaften (Textilien, Schuhe, Agrartourismus),- die Koordinierung von Ausbildungsinstitutionen, ländliche Entwicklung sowie ein Mikrofinanzwesen.

Gemeinschaften, die ihre Region gemeinsam aufbauen wollen, können „Nuklei endogener Entwicklung“ gründen. Sie können auf einem bestimmten staatlichen Territorium Potentiale erkunden und Prioritäten setzen. Wenn sie Ihre Vorhaben gut ausgearbeitet haben und überzeugend vermitteln können, ist es möglich, dass sie Unterstützung durch Palmaven, ein Institut der Erdölgesellschaft PDVSA, erhalten.

Mission „Vuelvan Caras“

Die Missionen „Vuelvan Caras“ sind Aktionen, durch die die unwürdigen Lebensverhältnisse in den Armenvierteln verbessern sollen (Alphabetisierungskurse, Stipendien für Jugendliche und Stadtteilarbeit):- so haben z.B. die Regierungen von Venezuela und Cuba einen Tausch von 20 000 Ärzten aus Cuba, die in die venezolanischen Armenviertel gingen und dort in Gesundheitsposten die Bevölkerung versorgten, gegen Öl vereinbart. Die Regierungen von Argentinien und Venezuela haben Fleisch gegen Öl getauscht, und aus Brasilien wurden Korn und andere Nahrungsmittel gegen venezolanisches Öl geliefert.

Gemeinschaftsbanken

Gemeinschaftsbanken wurden nach dem Vorbild der brasilianischen Banco Palmas¹⁴⁰ (s. Abschnitt Beispiele) errichtet, die mittels alternativen Geldes in einem Elendsviertel am Rande Fortalezas in Nordbrasilien Güter und Dienstleistungen sowie Kredite ohne Zinsen zur Verfügung stellt. Während in Brasilien erst 13 Banken nach dem Vorbild dieser Gemeinschaftsbank entstanden, hat man in Venezuela seit 2006 bereits 200 solcher Banken aufgebaut. Darüber hinaus sollen auf der Basis eines für die Gemeinschaftsbanken verabschiedeten Gesetzes in den nächsten zwei Jahren tausend entsprechende Banken gegründet werden. Ein Nationaler Entwicklungsfonds stellt Mittel dafür bereit, dass Gruppen von mindestens fünf Personen zusammenkommen können, um ihre eigene Gemeinschaftsbank aufzubauen. Es ist das Ziel eines regionalen Pilotprojekts, dass sich die gesamte lokale Ökonomie durch Vereine und Genossenschaften entwickelt, die die Gemeinschaft selbst ins Leben ruft. Mit Hilfe der Kooperation mit den Brasilianern soll ein System sozialer Währungen ähnlich wie der in Palmeira, mit dem Ziel installiert werden, dass zumindest 70% der Transaktionen in einer solchen Regiowährung abgewickelt werden sollen.

Das Ministerium der Volksmacht ist nach eigenen Angaben angetreten „den kapitalistisch-individualistischen Rechtsstaat in einen wirklichen Staat des Rechts und der Gerechtigkeit zu transformieren, der sozial, demokratisch und partizipatorisch ist und auf einer neuen gemeinschaftlichen Kultur im Gegensatz zur individualistischen Kultur des Marktes beruht.“

Der staatliche Ölkonzern Pdvsa gab den „Nuklei für endogene Entwicklung“ Geld, um die Restaurierung von Gebäuden und Grünflächen sowie den Bau von Kliniken zu finanzieren und um Genossenschaft-projekte einschließlich des Startkapitals in Gang zu bringen.

Die entsprechenden Aufträge wurden an Genossenschaften von Bauarbeitern der Region vergeben. Einige standen unter dem Oberbefehl von Ingenieuren des Militärs.

Andere Nuklei endogener Entwicklung versuchen, das touristische Potential ihrer Regionen auszubauen. Weitere Genossenschaften bilden sich in weiteren Nuklei u. a. für Transport, Handwerk, Bäckereien, Kakaoproduktion und –verarbeitung sowie Agrartourismus.

Es gibt Gruppenschulungen über einige Monate. Stipendien zur Ausbildung in technischen Fragen und zum Aufbau von Genossenschaften können beantragt werden. Danach organisiert man sich und erarbeitet ein Projekt, sucht die Finanzierung und beginnt zu produzieren. Erfolgsbilanzen weisen bereits 12 Monate nach Anlaufen des Programms 260 000 Ausgebildete aus, die 6 800 Genossenschaften aufgebaut haben. 60% von ihnen besitzen eine Finanzierung. Sie sind in 125 „Nuklei für endogene Entwicklung“ organisiert. Mit anderen Worten: 200.000 Personen in diesem Land¹⁴¹ führen gemeinschaftliche Arbeit aus. Angesichts der offiziellen Finanzierung und der drastisch zurückgeschraubten Eingangserfordernisse für ihre Gründung erlebt Venezuela einen Genossenschaftsboom. Während 1998 800 registriert worden waren, stieg ihre Zahl bis 2003 auf 10.000, 2004 auf 50.000 und bis 2005 auf

¹⁴⁰ 1998 im Conjunto Palmeira einem Viertel mit 30 000 Einwohnern am Stadtrand von Fortaleza im Norden Brasiliens gegründet

¹⁴¹ Venezuela hat 26 Mio. Einwohnern und einer arbeitende Bevölkerung von 12 Mio.

74.200. Der venezolanische Ölkonzern Pdvsa hat in nur zwei Jahren 585 Mio. Dollar für die Programme der endogenen Entwicklung ausgegeben.¹⁴²

Ein so schnelles Anwachsen der Genossenschaften ist kaum denkbar, ohne dass es zu Missbrauch gekommen wäre. Oscar Bastidas vom Genossenschaftlichen Studienzentrum der Universidad Central prangert "Geld-Verschwendung an, wenn eine Genossenschaft verschwindet sobald die erste Rate ausgezahlt wird. Das geschieht vor allem auf Grund der Improvisation, die die Organisation der meisten gekennzeichnet hat." Selbst der Minister der Volksökonomie, Elías Jaua, räumte ein, dass es "viele Genossenschaften auf dem Papier gibt, sie lassen sich auf dem Papier als solche registrieren, aber sie haben einen Chef, der mehr verdient, Lohnarbeiter und eine Arbeits- und Einkommensverteilung, die nicht auf Gleichheit beruht."

Daher habe die staatliche Genossenschaftsverwaltung¹⁴³ – so der Minister – ein Programm zur staatlichen Überwachung dieser Gemeinschaftsunternehmen aufgelegt, "damit sie nicht dazu dienen, dass einige Gruppen Privilegien beibehalten".

"Wir verstehen, dass wir aus einer Lebenspraxis kommen, die zutiefst kapitalistisch ist", äußerte Juan Carlos Loyo, der Vizeminister der Volksökonomie. "Unsere Vorstellung ist es, die Grundlagen für ein neues sozioökonomisches Modell zu legen, das der Präsident (Chávez) den Sozialismus des 21. Jahrhunderts nennt, und daher haben Gemeinschaften Priorität für uns, die gemeinsame gesellschaftliche Beziehungen besitzen und sich organisieren, um gemeinsam eine produktive Tätigkeit zu organisieren".¹⁴⁴

3.4.3 Bolivien

In diesem Land mit dem höchsten Anteil an Indigenen in Lateinamerika sind gemeinschaftliche, reziproke Wirtschaftsformen noch lebendig. In den ayllus und in ländlichen Gemeinden wird getauscht, und man hilft sich gegenseitig (mink'a, ayni). In Bolivien erscheint angesichts dieses kulturellen Reichtums und der Gepflogenheiten der bäuerlichen Gemeinschaften solidarische Ökonomie also als nichts Neues. Vielmehr werden so die eigenen Werte und das eigene Wissen aufgewertet.

2005 organisierte das Netzwerk für gemeinschaftliche Vermarktung in Cochabamba ein Treffen. Der Handel mit Kakao, Kaffee, Paranüssen und Quinoa hatte zugenommen. Nun kamen 150 Organisationen aus 12 Ländern Lateinamerikas und der Karibik zusammen. Gemeinsam vereinbarten sie die nächsten Schritte in der Erklärung von Cochabamba:

- Förderung der lateinamerikanischen Bewegung für Solidarische Ökonomie, Gerechten Handel und Ethischen Konsum.
- Stärkung der lateinamerikanischen Koordination.
- Förderung partizipativer Zertifizierung für die Solidarische Ökonomie und den Gerechten Handel in unseren Ländern mit Kriterien, die lokal festgelegt auf lateinamerikanischer Ebene vereinheitlicht werden.
- Stärkung des Süd-Süd Handels.
- Einflussnahme auf staatliche Politik mit dem Ziel der Stärkung der Solidarischen Ökonomie und des gerechten Handels in den lokalen Gemeinden, im Land und der Region, nach den Prinzipien der Gleichheit, Transparenz und Regierbarkeit.

¹⁴² Humberto Marques: Venezuela – ensayos de economía solidaria, IPS 2005 <http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=35770> (20.2.08)

¹⁴³ Superintendencia de Cooperativas

¹⁴⁴ Humberto Marques: a.a.O. <http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=35770>

- Stärkung der Netzwerke Solidarischer Ökonomie zur Unterstützung des Interkontinentalen Netzes zur Förderung der Sozialen Solidarischen Ökonomie (RIPESS).

Der Grundsatz „Handel, nicht Hilfe“ der ersten UNCTAD-Konferenz¹⁴⁵ 1964 gilt auch in Bolivien. Seit 1969 wurden Dritte-Welt-Läden in den Niederlanden, Deutschland, der Schweiz, Österreich, Frankreich, Schweden, England und Belgien gegründet. Heute gibt es über 3000 solidarische Läden und die Produkte werden bereits in den normalen anderen Läden vertrieben. Ihre Verbreitung weitet sich nach Einschätzung der Bolivianer schnell aus. Weltweit gibt es 800 Partner – oft Genossenschaften – für gerechten Handel von Bauern, Handwerkern und Arbeitern in 45 Ländern des Südens, die zum Teil auch Ketten aufgebaut haben und solidarischen, gerechten Handel mit über 100 Organisationen in über zwanzig europäischen Ländern betreiben. Solidarischer Konsum übt einen weiterreichenden Einfluss aus: über zwei Drittel der befragten Bevölkerung in den Niederlanden, Österreich und England kennen gerechten Handel. Der Anteil der Bürger, die keine ausbeuterischen Strukturen durch ihren Konsum fördern wollen und daher zu rechtem Handel tendieren, steigt. Man erhofft sich seine Erweiterung in die normalen Läden und ist auch z. T. bereit, mehr für solidarisch gehandelte Produkte zu zahlen. Das Nationale Vermarktungsnetz Boliviens organisiert Märkte gerechten Handels in Partnerschaft mit Organisationen der Produzenten. Dazu gehören das Zentrum der Förderung der Frau, die bolivianische Caritas und „Aymaras sin Fronteras“ in verschiedenen Landesteilen.

Im März 2007 fand ein nationales Treffen für Solidarische Ökonomie und gerechten Handel in Achocalla statt, auf dem sich eine „Multi-Sektor-Plattform für die Förderung und Entwicklung der Solidarischen Ökonomie in Bolivien“ bildete.¹⁴⁶ Diese Plattform veröffentlichte kurz darauf einen Vorschlag zum Aufbau der Solidarischen Ökonomie und des gerechten Handels als nachhaltige Alternative gegenüber dem Neoliberalismus. Die Aktionen trugen dazu bei, dass ein Dialog zwischen kleinen Produzenten, Regierung und Banken zum Thema der Solidarischen Ökonomie in Bolivien entstand.

Das wachsende Interesse der Konsumenten an biologischen Produkten frei von Umweltgiften schuf Möglichkeiten für handwerkliche und bäuerliche Ökoprodukte. Die Regierung ist daran interessiert, die organisierten Produzenten und ihre lokalen Ketten zu fördern, um die solidarische Ökonomie zu konsolidieren.

Die Regierung ist bemüht, den Forderungen der Indigenen zu entsprechen, dass ihre spezifischen Rechte an Naturressourcen auf ihren Territorien anerkannt und respektiert werden, so z.B., dass sie konsultiert werden¹⁴⁷, dass sie Anteile an den Gewinnen und gerechte Entschädigungen erhalten. Einige Schritte hat Evo Morales' Regierung in dieser Richtung getan. Die Überausbeutung und die Verletzung der Gesetze durch die Transnationalen Unternehmen sollen ab jetzt geahndet werden. Gleichzeitig gibt es noch große Schwierigkeiten in Bezug auf die Anerkennung der indigenen Völker auch in der verfassungsgebenden Versammlung.¹⁴⁸

¹⁴⁵ United Nations Conference on Trade and Development, die Debatte über Rohstoffpreise und Marktöffnung wurde so vermieden, aber schon damals in den 60er Jahren gab es Gruppen, die gerechten Handel durchsetzen wollten und in UNCTAD-Läden die Produkte verkauften, die auf Grund der Zölle keinen allgemeinen Zugang zu den hiesigen Märkten hatten.

¹⁴⁶ <http://www.economiasolidaria.org/node/150> /15.2.08)

¹⁴⁷ consulta vinculante

¹⁴⁸ Almut Schilling-Vacaflor: Die Neudefinition der Beziehungen zwischen dem bolivianischen Staat und den indigenen Völkern im Rahmen des Wandels der Energiepolitik, in: Lateinamerika Analysen 18, GIGA 3/2007, S. 216.

Eine „Bewegung für Solidarische Ökonomie und Gerechten Handel“ hat sich gebildet, die Vorschläge und Forderungen an die Regierung heranträgt. Dazu möchte sie, dass auch in Bolivien eine staatliche Instanz für die SÖ errichtet wird, da die in Gemeinschaften organisierten Produzenten in Bolivien eine hohe Bedeutung haben und eine staatliche Politik erfordern, die sie stärkt und fördert. Der produktive solidarische Wirtschaftssektor beschäftigt zwar viele Arbeitskräfte, erhält aber bisher noch keine direkte Unterstützung. Dies soll anders werden.¹⁴⁹ und könnte u. a. dadurch geschehen, dass eine solidarische Finanzstruktur geschaffen wird, die Mikrokredite und Gemeinschaftsbanken auf lokaler und regionaler Ebene einschließt.

3.4.4 Brasilien

In Brasilien hat der Aufbau der solidarischen Ökonomie von unten nach oben schon 2003 die Regierungsebene erreicht.¹⁵⁰ Wie schon erwähnt, wurde unter der Regierung von Ignacio Lula da Silva das „Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie“ im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung unter der Leitung von Paul Singer gegründet. Eine Kartierung solidarischer Ökonomie wurde im ganzen Land durchgeführt, um eine Basis für staatliche Politik gegenüber der SÖ zu schaffen und um die Solidarische Ökonomie sichtbar zu machen. Auf dieser Basis wurde ein Nationales Informationssystem Solidarische Ökonomie (SIES) eingerichtet. 22.000 Solidarische Wirtschaftsunternehmen mit ca. zwei Mio. Menschen wurden im ganzen Land erhoben, vor allem Kleinbauern, Fischer, Handwerker aber auch Waldbewirtschaftung, Bergbau, kleine und mittlere Industrieunternehmen, Recycling-wirtschaft, Handel und Kreditgenossenschaften¹⁵¹

Die Bewegung der SÖ in Brasilien ist vielfältig. Sie besteht nicht nur aus Solidarischen Wirtschaftsunternehmen, darunter auch Mikrokreditorganisationen, und ihren Zusammenschlüssen, sondern auch aus einer Vielzahl von Förder- und Beratungs-institutionen.

Das Nationale Forum für SÖ erarbeitete gemeinsame Prinzipien (1. Selbstverwaltung, 2. Demokratie, 3. Kooperation, 4. Mensch im Mittelpunkt, 5. Wertschätzung der Verschiedenartigkeit, 6. Emanzipation, 7. Wertschätzung von Wissen, Kultur und „tecnologia popular“, 8. Permanente Weiterbildung, 9. Soziale Gerechtigkeit bezüglich Produktion und Verteilung, 10. Verantwortung für Umwelt und zukünftige Generationen) auf denen die Bewegung der Solidarischen Ökonomie Foren in allen Bundesstaaten aufbaut.

¹⁴⁹ Dies gilt vor allem der heutigen Praxis, bei der Rohstoffe ohne vorherige Weiterverarbeitung exportiert werden und als Produkte mit dem doppelten oder dreifachen Wert zurückkommen.

¹⁵⁰ Paul Singer: SENAES – Eine brasilianische Erfahrung der Politik Solidarischer Ökonomie, in: Sven Giegold und Dagmar Embshoff (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. In Kooperation mit der Bewegungsakademie und der »tageszeitung«, Hamburg 2008 (erscheint demnächst)

Sylvia Leser de Mello: Historisch theoretischer Rückblick auf die Wurzeln der Solidarischen Ökonomie in Lateinamerika, Organisation und Bündnisse, in: C. Müller-Plantenberg, W. Nitsch, I. Schlosser (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa, Entwicklungsperspektiven 83/84, Kassel 2005 ; Sonia Kruppa: Volkskooperativen – eine neue Perspektive für die Universität, in: C. Müller-Plantenberg, W. Nitsch, I. Schlosser (Hrsg.)a.a.O.; Jacqueline Bernardi: Für wen und für was arbeiten wir? ANTEAG- Associação Nacional dos Trabalhadores em Empresas de Autogestão (Nationale Vereinigung der Arbeiter in selbstverwalteten Betrieben), in: C. Müller-Plantenberg, W. Nitsch, I. Schlosser (Hrsg.):a.a.O.; C. Müller-Plantenberg: Solidarische Ökonomie in Brasilien, in: Elmar Altvater und Nicola Sekler (Hrsg.): Solidarische Ökonomie, Hamburg 2006.

¹⁵¹ http://www.proex.uel.br/intes/arquivos_atlas/Atlas_Econ_Solid_Final_1.pdf

Die zentralen Achsen der Arbeit des Forums sind¹⁵² 1) Demokratisierung des Wissens und Technologie; 2) Produktionsnetze, Kommerzialisierung und Konsum; 3) Solidarische Finanzen; 4) Legaler Rahmen; 5) Ausbildung; 6) Kommunikation).

Das Nationale Sekretariat für SÖ am Ministerium für Arbeit und Beschäftigung (SENAES), unter der Leitung des Ökonomen und Soziologen Paul Singer¹⁵³ definierte seine Aufgaben in Kooperation mit dem Nationalen Forum für Solidarische Ökonomie und etablierte von Anfang an eine interministerielle Zusammenarbeit zwischen dem eigenen Ministerium und den Ministerien für Soziale Entwicklung, Gesundheit und Agrarentwicklung.

Die Bildung des Nationalen Rates für SÖ wurde bereits 2003 zusammen mit der Gründung von SENAES beschlossen. Dieser trat jedoch erst 2006 in dreierparitätischer Besetzung von Solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU), sozialen Bewegungen und Regierungsvertretern in Kraft.

Zuvor hatten Vertreterinnen und Vertreter der bundesstaatlichen und des nationalen Forums auf einem Kongress die zentralen Politiken für die SÖ ausgearbeitet, die dann von dem Nationalen Rat umgesetzt wurden: die Stärkung der Selbstverwaltung solidarischer Betriebe und finanzielle Instrumente, die an die Situation der SWU angepasst sind.

So kam es zu einem starken Wachstum der SÖ und zu einer Professionalisierung durch Kooperation in Ausbildungs-, Finanzierungs- und Technologiefragen sowie bei der Nutzung von freier Software. Bemerkenswert ist auch das Anwachsen der Unterstützung durch die Caritas, durch Universitäten und ihre Netzwerke sowie durch Gewerkschaften.

Die Beispiele im ganzen Land weisen darauf hin, dass sich Kooperationsnetze und Ketten bilden, die ganze Regionen neu beleben können.

Ein aufsehenerregendes Beispiel ist die Zuckerfabrik Catende, die 1993 ihre 2.300 Arbeiter entließ. Die Gründung selbstverwalteter Betriebe durch die ehemalige Belegschaft wirkte wie eine Initialzündung für eine breite Entfaltung solidarischer Ökonomie:

Ein regionales Genossenschaftskonsortium wird gegründet. Dieser Prozess ist durch Diversifizierung der Anbaukulturen und übrigen Tätigkeiten: Maniok, Obstbau, Mais, Kartoffeln, Rinderweidewirtschaft etc. gekennzeichnet. Agroökologische Märkte werden gebildet, Maschinenringe entstehen nach der Besetzung und späteren Bewirtschaftung von brach liegendem Großgrundbesitz und seiner Enteignung. Die Landlosenbewegung spricht von einer Skala der Solidarität, die mit der Zeit eine zunehmende Intensität gewinnen kann. Agrar Genossenschaften kooperieren mit Genossenschaften, die ihre Produkte weiterverarbeiten und bilden solidarische Ketten: vgl. z.B. Justa Trama in Brasilien (Baumwolle zu Kleidung). Genossenschaftlicher Bergbau z.B. Cooperminas ist das Ergebnis der Betriebsübernahme der Belegschaft von einer Mine, die stillgelegt werden sollte. Zunehmend finden auch existierende solidarische Ökonomien der indigenen Völker, so z.B. die Tikuna im Bundesstaat Amazonas, Unterstützung durch das Programm der solidarischen Vertreter (agentes solidarios), die die Gründung und Konsolidierung von solidarischen Wirtschaftsbetrieben bei den indigenen Völkern vorantreiben.

4. Den Garten bestellen - Lehren aus den SÖ-Bewegungen in Lateinamerika

Wie können die vom globalisierten Kapitalismus Marginalisierten und Exkludierten im Zusammenwirken mit demokratischer Politik zu Subjekten ihrer eigenen, solidarischen Ökonomie werden?

Was sind die Lehren, die wir aus den Erfahrungen der SÖ-Bewegung in Lateinamerika seit der Beschleunigung neoliberaler Globalisierung ziehen können? 10 Punkte können benannt werden:

1. Die Akteure der alternativen Entwicklungsstrategie entstehen durch den Aufbau solidarischer Ökonomie vor Ort, von unten nach oben. Paul Singer schreibt:

¹⁵² http://www.fbes.org.br/docs/Movimiento_Brasileno_Economia_Solidaria.pdf (20.2.08)

¹⁵³ der zuvor Planungssenator von Sao Paulo gewesen war und im übrigen eine Professur an der Universidad de Sao Paulo innehatte hatte

"Solidarische Ökonomie entsteht als eine Produktions- und Distributionsweise, alternativ zum Kapitalismus. Sie wird ... von jenen neu und wiedererschaffen, die sich vom Arbeitsmarkt marginalisiert sehen (und fürchten, das zu bleiben). Der Vorschlag der Solidarischen Ökonomie entsteht nicht über eine theoretische Formulierung von Intellektuellen in der Universität, sondern über eine alternative Praxis von Arbeitern, die im Laufe der Geschichte in verschiedenen Ländern nach Alternativen suchten angesichts der Ungleichheit und der Marginalisierung, die durch den Wettbewerb und die Abhängigkeitsbeziehungen, die für den Kapitalismus charakteristisch sind, produziert wurden."

2. „In zwei Ländern wurden Ministerien für Solidarische Ökonomie (Brasilien und Venezuela), als Antwort auf die Initiativen eingerichtet, die aus sozialen Bewegungen kommen. In Brasilien existiert das Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung und in Venezuela gibt es das Ministerium der Volksökonomie. Beide führen die Initiativen und Forderungen von Volksorganisationen, Gewerkschaften und Genossenschaften zusammen. Sie nehmen die verschiedenen Formen wahr, in denen sich Solidarische Ökonomie ausdrückt, die zwar die Genossenschaften einschließt, aber über sie hinausgeht. Beide unterscheiden sich durch die Haushaltsmittel, die ihnen zur Verfügung stehen, obwohl die staatliche Politik Solidarischer Ökonomie in Brasilien von mehreren Ministerien ausgeführt wird (Soziale Entwicklung, Arbeit, Agrarentwicklung, Gesundheit).“¹⁵⁴
3. „Es geht um staatliche Politik solidarischer Ökonomie und nicht nur um Regierungspolitik und noch weniger um ergänzende oder assistenzialistische politische Maßnahmen. Das heißt es geht um staatliche Politiken, die dazu beitragen, dass die sozialen und emanzipierten Subjekte den Klientelismus überwinden. Diese staatlichen Politiken, die die Verbreiterung und Entwicklung der Solidarischen Ökonomie begünstigen, sind Politiken, die die Entwicklung von den lokalen Räumen her fördern. Sie gehen von der Wertschätzung der Fähigkeiten der Personen, der Familien, der Gemeinschaften, der Territorien aus.“¹⁵⁵
4. „Die Staaten fördern die Solidarische Ökonomie mit der ihr eigenen Logik, die von der zentralen Rolle der menschlichen Person, von der Priorität der Arbeit und Kooperation, von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten der Personen, ihrer Familien und der Gemeinschaften ausgeht.“¹⁵⁶
5. „Die staatlichen Politiken müssen als Querschnittsaufgaben wahrgenommen werden, da die Solidarische Volksökonomie die Gesamtheit der Lebensdimensionen einschließt. Daher also die Bedeutung der Interaktion mit allen staatlichen Bereichen, wobei die Priorität der Bereiche Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnung und natürlich der Wirtschaftspolitik (Wirtschafts- und Finanzministerium) nicht vergessen werden darf.“¹⁵⁷
6. „Es gibt Erfahrungen mit dezentraler staatlicher Politik zugunsten der Entwicklung solidarischer Ökonomie, so zum Beispiel auf der kommunalen Ebene. Aber das setzt eine Mobilisierung von den lokalen Gemeinschaften voraus. Von daher ist es so wichtig, in Netzwerken zu arbeiten.“¹⁵⁸
7. Die Regierungen von Ecuador und Bolivien, also der Länder mit hohem Anteil an Indigenen, sind explizit daran interessiert, die indigenen Rechte an der Bewirtschaftung ihrer Ressourcen auf ihren Territorien gegenüber den mächtigen Interessen an Rohstoffausbeutung multinationaler Konzerne zu stärken.
8. Indigene und Natur: Es fällt auf, dass gerade die Regierungen der Länder mit hohem Anteil von Indigenen an der Gesamtbevölkerung, Bolivien und Ecuador, die Bedeutung des

¹⁵⁴ Altigracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas, in: CHRISTUS, No. 759 Marzo-abril 2007; la autora es representante de la Coalición Rural México, A.C. (organización binacional México-EU) y participante en el Consejo Mexicano de Empresas de la Economía Solidaria, A.C. http://vinculando.org/economia_solidaria/redes_latinoamericanas_de_economia_solidaria_y_politicas_publicas.html

¹⁵⁵ Altigracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas.a.a.O.

¹⁵⁶ Altigracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas.a.a.O.

¹⁵⁷ Altigracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas.a.a.O.

¹⁵⁸ Altigracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas.a.a.O.

Erhalts der Natur als wesentlichen Teil der solidarischen Ökonomie betonen. Der Erhalt ihres Naturbezuges bedeutet für sie die Öffnung des Weges in die Zukunft.

9. Im Rahmen der Solidarischen Ökonomie wird es notwendig sein, solche Indikatoren für Entwicklung zu wählen, die sich nicht auf die Kalkulation des Bruttoinlandsproduktes beschränken, da es Tätigkeiten mit erstaunlichen Resultaten gibt, die einen geringen Geldwert besitzen. Ein Beispiel dafür ist die Kinderpastorale mit 300 000 Mitarbeitern in Brasilien, die die Kindersterblichkeit mit nur 78 Cent eines Dollar pro Monat pro Kind erheblich gesenkt hat. In den letzten Jahren ist die verbesserte *soziale* Qualität des brasilianischen Wirtschaftswachstums auf den Mikrokredit und auf die Erhöhung des Mindestlohnes zurückzuführen, was mehreren zehnten Millionen Arbeitern und Rentnern, den massiven Sozialprogrammen und der Ausweitung der formalen Beschäftigung zugute gekommen ist, die die Dynamik der Wirtschaft in Gang gesetzt hat.¹⁵⁹

10. "Die 'Utopie' der Aktivisten ist darauf gerichtet, dass die Solidarische Ökonomie in der Zukunft eine bestimmende Rolle im wirtschaftlichen und sozialen Leben spielt. Eines der Hauptziele ist es, den Menschen als Subjekt und Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit zu sehen anstelle der privaten Akkumulation. Für das Forum, das aus Nichtregierungsorganisationen, Universitätsangehörigen, Angestellten im öffentlichen Sektor und sozialen Bewegungen besteht, ist die SÖ nicht zuletzt eine Alternative zur Vergiftung der sozialen Beziehungen, wie sie mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist. Die solidarischen Initiativen in Brasilien haben mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit begonnen und haben dabei das Weltbild der Arbeiter verändert, die zunächst nur einen Lohn wollten und jetzt eine höhere Lebensqualität mit mehr Sicherheit und Zukunftsbestimmung zu schätzen wissen. Es ist dies ein Weg zu 'produktiver Inklusion' in einem Land, in dem fast die Hälfte der Bevölkerung vom System 'exkludiert' ist. Und diese Ausgeschlossenen sind keine uninformierten Personen, sondern Leute, die sich der Situation bewusst sind, die es erfordert, Druck auszuüben."¹⁶⁰ Abschließend fassen wir zusammen, wie SÖ Platz greifen kann. Folgende Methoden, Akteure, Aktionen und Institutionalisierungsprozesse haben wir kennen gelernt:

- die Kartierung solidarischer Wirtschaftsunternehmen und ihrer Unterstützer,
- die Inkubation von Gemeinschaftsunternehmen über eine befreiende Bildung,
- Universitäten, Kirchen und Gewerkschaften sind sehr wichtige gesellschaftliche Akteure,
- Selbstverwaltung in solidarischer Kooperation nach innen und außen,
- Institutionalisierung von Kommunikation und Information z.B. in regionalen Foren.

Wo solidarische Ökonomie sich entwickelt, wird folgendes Szenario mehr und mehr Wirklichkeit:

Männer und Frauen in Gemeinschaftsunternehmen vernetzen sich. Der Aufbau von lokalen Ökonomien, von Erzeugergemeinschaften, Produktionsketten, und Kooperationen ist Ausdruck von Zivilgesellschaften. Die Menschen nehmen Beziehung zu einander auf, um selbstbestimmt zu leben und gehen gegen Risiken und Abhängigkeiten vor, welche von multinationalen Konzernen im Energie- und Ernährungsbereich erzeugt werden. Bürger schließen sich in Foren, Räten oder Netzen zusammen und setzen sich dafür ein, zu Koplanern der lokalen, regionalen und nationalen Prozesse zu werden. Sie schaffen

¹⁵⁹ zitiert nach Mario Osava: DESARROLLO-BRASIL: Economía solidaria contra el desempleo,

¹⁶⁰ Zitiert nach Mario Osava: DESARROLLO-BRASIL: Economía solidaria contra el desempleo

Strukturen, um ihre Gesellschaften und Wirtschaften zu demokratisieren. Dies geschieht überall auf der Welt.

Nach drei Dekaden neoliberaler Globalisierung, Exklusion, Verarmung, Kriegen und damit einhergehenden Alarmsignalen der Biosphäre, fallenden Wasserspiegeln, schrumpfender Waldflächen, sich ausbreitenden Wüsten, steigender Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre, ansteigenden Temperaturen und einer wachsenden Anzahl von Sturmfluten, Wirbelstürmen, Klimaeinbrüchen mit allen ihren ökonomischen und sozialen Konsequenzen geht es nunmehr nicht mehr nur um Anklagen sondern vielmehr um Vorschläge dazu, wie diese Situation zu verändern ist. Konzentrationsprozesse und Abhängigkeiten produzieren Krisen. Immer mehr Menschen erkennen, dass ihre Zukunft Selbstverwaltung in einem Prozess der Anpassung an die natürlichen Lebensgrundlagen erfordert. Wir können daher soziale Prozesse beobachten, die sich von unten nach oben entwickeln. Im Rückbezug auf die eigenen Wurzeln wird Wissen geteilt und Eigentum erneut gemeinschaftlich selbst verwaltet. Die Gründung und Vernetzung von Gemeinschaftsunternehmen hat Konjunktur. Eine solidarische Ökonomie entsteht. Eingebettet in die Natur wird der Bezug zum Territorium verteidigt: nicht nur von Naturvölkern, die das Recht auf Anerkennung ihrer Territorien fordern, sondern auch von denen, die durch die neoliberale Globalisierung an den Rand gedrängt wurden, von Bewohnern „abgehängter Regionen“, die die endogenen Potentiale vor Ort neu entdecken und entfalten, von Arbeiter(inne)n insolventer Betriebe, die ihre Betriebe in Selbstverwaltung wieder in Gang setzen. Solidarische Ökonomie ist vielfältig aber an gemeinsamen Grundwerten ausgerichtet.

5 Pflanzen im Garten: ausgewählte Beispiele

Aus der Fülle der interessanten Beispiele können hier nur wenige ausgewählt werden:

Carl-Zeiss-Werke unter Ernst Abbé, Mondragon, Banco Palmas, Elektrizitätswerke Schönau und als wichtige Potentiale, die Gemeinschaftsbewegung und die Erschließung erneuerbarer Energien als Allmende des 21. Jh.

1. Carl Zeiß Jena unter Ernst Abbe – ein zukunftsweisendes, gerechteres Unternehmens- und Wirtschafts-Modell

Ernst Abbe (1840- 1905) wirkte in einer Zeit der zunehmenden Industrialisierung Deutschlands mit größtenteils harten kapitalistischen Ausbeutungsmethoden und sich verschärfenden sozialen Konflikten. Er erkannte, dass ein zügelloser Kapitalismus wohl wirtschaftlich reicher macht, menschlich aber ärmer. Deshalb verband er unternehmerische Erfordernisse und soziales Handeln zu einer untrennbaren Einheit. Der Mensch stand für ihn im Mittelpunkt, das Kapital sollte nicht Herr sondern Diener der Arbeit sein.

Aus diesem Denkansatz heraus ist seine Unternehmensphilosophie zu sehen, die bei Pflichten des Unternehmers im öffentlichen Interesse für das Gemeinwohl ansetzt. Den Unternehmensgewinn sah er nicht als Alleineigentum des Unternehmers an, sondern es sollte dem Gemeinwohl dienen. So überführte er seine Firma Carl Zeiss Jena in eine Stiftung. Umfassend und weitsichtig regelte er mit dem Statut der Carl- Zeiss- Stiftung von 1896 die Verwendung des Firmenüberschusses für betriebliche Belange, die Mitarbeiter der Firma, die Universität Jena und für gemeinnützige Einrichtungen sowie für die Bevölkerung Jenas und

der Umgebung. Weiterhin führte er in diesem Rahmen Mindestlöhne, Gewinnbeteiligung sowie Begrenzung des Lohnes für Führungskräfte auf das maximal 10-fache des Durchschnittsverdienstes der Arbeiter, den Achtstundentag, bezahlten Urlaub, Abfindung bei Entlassungen und eine Altersabsicherung (Pension) ein.

Darüber hinaus erkannte er die Probleme des Wachstums von Geldvermögen durch Zins und Zinseszins, sprach sich gegen eine Lohnsteuer, dafür aber für eine Vermögenssteuer aus und trat für eine Bodenreform ein.

Ernst Abbe erkannte, dass ein gutes gesellschaftliches Umfeld, Solidarität und eine soziale Sicherung wesentliche Grundlagen sind zur Entfaltung der Persönlichkeit, zur Förderung von Initiativ- und Forschergeist sowie für qualitativ hochwertiger Arbeit für die Firma und die gesamte Gesellschaft. Geprägt von Selbstlosigkeit, bereitete er den Weg zu einer auf sozialen und ethischen Prinzipien beruhenden Wirtschaftstätigkeit mit Sinn für den inneren Wert menschlicher Arbeit. Seine sozialetische Herangehensweise sollte uns gerade heute wieder als gesellschaftliches Zukunftskonzept und als Werteorientierung dienen.

5.1 Mondragon

Das wohl wichtigste Beispiel solidarischer Ökonomie ist die wohlbekannte Kooperative Mondragon, die unter Beweis gestellt hat, dass Genossenschaften auch großindustriell tätig sein und sich gegen kapitalistische Marktkonkurrenz behaupten können.

Die **Mondragón Corporación Cooperativa (MCC)** ist die weltgrößte Genossenschaft. Sie hat ihren Sitz in Mondragón im spanischen Baskenland und ist global tätig. Zur MCC gehören Unternehmen verschiedener Sektoren wie Maschinenbau, Automobilindustrie, Haushaltsgeräte, Bauindustrie, Einzelhandel (Supermarktketten), Banken und Versicherungen.

Anfang der 40er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde der junge republikanische Jesuitenpriester José María Arismendiarieta nach Mondragon (50 km von Bilbao entfernt) versetzt. Diese Region ist eine Wiege des Handwerks (Schiffsbau, Eisenerzabbau und Waffenproduktion etc.) und besitzt eine Tradition autonomer Verwaltung. Früh bildeten sich Berufsgenossenschaften sowie Zusammenschlüsse für gegenseitige Hilfe auf dem Lande.

In Mondragon gibt es eine starke Arbeitertradition. Diese hatten keine Aufstiegsmöglichkeiten in der Region und waren damals von einem großen Unternehmen für Metallverarbeitung¹⁶¹ abhängig geworden. Der Arbeiterpriester engagierte sich nicht nur in seinen Predigten, sondern auch aktiv beim Aufbau von sozialen Einrichtungen, Ambulatorien und Sportplätzen. Vom Großunternehmen wurde er als Berater berufen. Um vielen arbeitslosen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen, richtete er mit Hilfe der Bevölkerung eine Berufsschule ein. Die ersten fünf Absolventen dieser Schule versuchten, Anteile an einem dem metallverarbeitenden Betrieb zu erwerben. Als dies nicht möglich war, gründeten sie selbst eine Genossenschaft zur Herstellung von Gasherden und Heizungen. Später entstand ein Netzwerk von Genossenschaften, die ihrerseits Ableger und kleine Konsortien bilden. Von Anfang an galten die folgenden Prinzipien:

- Solidarität mit den Basken, was den Anteil ungelernter Arbeiter betrifft,
- Interne Solidarität durch ein allseits akzeptiertes Verhältnis der Bezahlung hochqualifizierter zu der für normale Arbeit,
- Offenlegung von Löhnen und Gehältern,

¹⁶¹ Unión Cerrajera

- Einkommensdifferenzen zwischen Arbeitern und Managern sollen kleiner als 1:3 sein
- In einer Genossenschaft sollen nicht mehr als 10% Nichtmitglieder arbeiten.

Als Mitte der 70er Jahre Führungskräfte die Genossenschaft verließen, wurden die Einkommensverhältnisse zu Gunsten des Managements verändert. Auch das Zahlenverhältnis zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern liegt inzwischen bei 50:50.

Wenn möglich, wird die Produktion in Gruppenarbeit ausgeführt. Die Arbeitsgruppen kommen ohne hierarchische Struktur aus, sie bestimmen ihre Aufgabenteilung und Arbeitsabläufe selbst und sind für das Ergebnis ihrer Arbeit auch selbst verantwortlich.

Das genossenschaftliche Leben und Arbeiten beruht auf der gemeinsamen Zugehörigkeit zu einer Reihe von unterstützenden Organisationen, die sich immer weiter differenzieren: der Genossenschaftsbank (Caja Laboral Popular), aus der ein Beratungs- und Forschungsinstitut für die Entwicklung weiterer Genossenschaften sowie die Sozialversicherung (Lagun-Aro) hervorgingen, der Studentengenossenschaft (Alecop), der Agrargenossenschaft (Lana), der Konsumentengenossenschaft (Eroski) und Wohnungsbaugenossenschaften. Aus der Berufsschule entwickelte sich eine Universität.

Die Arbeiter machen Einlagen in ihre Genossenschaft und haben alle die Möglichkeit, mit zu entscheiden, d.h. es gilt wie in jeder Genossenschaft: ein Mensch eine Stimme. Die Leitungsorgane werden gewählt und bestehen aus Arbeitern. Das Oberste Organ ist die Generalversammlung. Der Managementrat führt die Entscheidungen des Leitenden Rates aus. Der soziale Rat bringt die Meinungen der Belegschaft im Leitenden Rat ein und informiert über die Beschlüsse. Alle haben ihr Konto bei der Genossenschaftsbank (Caja Laboral), auf das Lohn, Zinsen und Gewinnanteile fließen. Kapital wird als ein Instrument zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Entwicklung der Region gesehen. Daher werden die Nettogewinne überwiegend in regionale Arbeitsplätze und Bildungseinrichtungen investiert.

Die Finanzierung der Genossenschaften geschieht über Anteile und Beitrittsgebühren in einer Höhe, die vom leitenden Rat vorgeschlagen und von den Mitgliedern abgestimmt wird.

- Gewinnanteile („Rückvergütungen“) werden nach den geleisteten Stunden und der Lohnhöhe bemessen. Bis 1965 wurden sie teilweise bar ausgezahlt, im Prinzip gehen sie jährlich auf das Konto der Mitglieder. Die Zinsen ihres Kontos werden zunächst halbjährlich in bar ausgezahlt.
- Mindestens 10% des genossenschaftlichen Gewinns wird für Bildung, Kultur und Soziales zurückgelegt.
- Zusätzlich wird ein vom leitenden Rat bestimmter Anteil in den Reservefonds der Firma gezahlt (1959-69 35-52,6%)(1970 10-29%)(ab 1980 50%).
- Die Mitgliederbeiträge und Beitrittsgebühren werden von der Genossenschaft für laufende Geschäfte genutzt.

- Die Genossenschaft muss jedoch darauf achten, dass sie in der Lage ist, Mitglieder, die die Genossenschaft verlassen, auszuzahlen.
- Alles wird ausgezahlt, wenn der leitende Rat die Gründe für das Verlassen einsieht.
- Wenn sie zur Konkurrenz gehen, werden 20% einbehalten.
- Bei Erreichen der Altersgrenze kann alles Geld vom Konto genommen werden (dies ist keine Pension).

Das Geheimnis des rasanten wirtschaftlichen Wachstums von Mondragon ist die Verschachtelung von Genossenschaften mit ihren unterstützenden Finanz- und Bildungseinrichtungen.

In den 80er Jahren kam es dennoch zu einer Krise auf Grund der europäischen Einigung und den damit verbundenen wirtschaftlichen Umstellungen. Die Bank konnte die Krise jedoch überwinden helfen und de facto wurden keine Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos, sie wurden lediglich in andere Genossenschaften umgesetzt. Bis heute ist die regionale Arbeitslosigkeit geringer als 2 %. Die inzwischen existierenden Gruppen von Konsortien bildeten nun das Kooperative Konsortium Mondragon (Mondragon Corporación Cooperativa, MCC), eine Dachorganisation, die die genossenschaftlichen Betriebe weiterhin besser vor den von außen kommenden Krisen schützen kann. Auch hierfür gibt es demokratische Organe. Im Jahre 2008 beschäftigte der Genossenschaftskomplex 93 000 Mitarbeiter und hatte einen Jahresumsatz von 16,7 Mrd. Euro. Er besitzt Niederlassungen in vielen Ländern.

Da es sehr schwer ist, in einer Welt rasant zunehmender Konzentration von Wirtschaftsunternehmen mit kleinen Unternehmen zu bestehen, ist der Zusammenschluss der Genossenschaften ein gangbarer Weg. Hier war das Prinzip ausschlaggebend, niemanden auszuschließen, d.h. die Möglichkeit einer Teilnahme an Produktion, Dienstleistungen, Kommerzialisierung, und Konsum für alle zu schaffen,. So wurde eine *Gemeinschaft entwickelt*, die einer *Region zu ihrer endogenen Entwicklung verholfen hat*. Die enge Vernetzung der Betriebe hat die Kooperativen-Gemeinschaft *vor den sozialökonomischen Einwirkungen des sie umgebenden kapitalistischen Systems in gewissem Maße geschützt*.

Auch hier gibt es Schattenseiten. Wie schon erwähnt, hat sich das Verhältnis der höchsten zu den niedrigsten Einkommen erhöht, und der Anteil der Nichtmitglieder übersteigt nicht nur die geplanten 10%, sondern beträgt zurzeit sogar die Hälfte der dort Arbeitenden. Aber die Debatte über den richtigen Weg ist immer wieder aufgebrochen und Veränderungen werden immer wieder neu vollzogen.

5.2 Banco Palmas

Ein eindrucksvolles und weit reichendes Beispiel solidarischer Ökonomie ist die Entwicklung, die Palmeira, ein Elendsviertel der Stadt Fortaleza im Nordosten Brasiliens genommen hat und die an das „Wunder von Wörgl“ erinnert. Die Siedlung wurde 1973 von etwa 30 000 zwangsumgesiedelten Fischern und ihren Familien gebaut. Mit großer gemeinsamer Anstrengung wurden nicht nur Häuser gebaut, sondern auch die Infrastruktur in Form von Wasserleitungen, Kanalisation und Stromanschlüssen sowie der Müllabfuhr geschaffen. Bald stellte sich aber heraus, dass die Bewohner die laufenden Gebühren für Wasser, Abwasser und Strom sowie die Grundsteuern mangels Geldeinkommen nicht bezahlen konnten. Das bisschen Geld, das sie so oder so bekamen, gaben sie für das Lebensnotwendige im Stadtzentrum, aber nicht in Palmeira aus, weil es da so gut wie nichts gab.

Kredite, die nötig wären, um sich vor Ort eine gewerbliche Existenz zu schaffen, bekamen die armen Leute nicht, so dass viele gezwungen waren, die mit eigener Kraft gerade erst gebauten und erschlossenen Häuser und Grundstücke zu verkaufen, um nicht in die Schuldenfalle zu geraten.

Um dieser Tragödie zu wehren, ergriff der Gemeindepfarrer vor 10 Jahren die Initiative und gründete die Gemeinschaftsbank Banco Palmas, die ein eigenes Geld, namens Palmas herausgab: Alle, die beim Bau und beim Betrieb des Gemeindezentrums und auch in der Verwaltung mitarbeiteten wurden und werden in Palmas bezahlt. Außerdem konnte man dort Palmas auch gegen Real, die Landeswährung, eintauschen. Das Wichtigste aber ist, dass die Banco Palmas zinslose Kredite in Palmas und zinsgünstige Kredite in Real nach den Prinzipien von Mohammad Yunus und seiner Grameen-Bank, also nach den Prinzipien *sozialer* Kreditsicherung ausreicht. Der Gemeinderat begrenzt die Summe der Palmas-Kredite, so dass deren Deckung durch die Leistungsfähigkeit der lokalen Ökonomie gewährleistet bleibt und keine Inflation entsteht. So wurden zwei wichtige soziale Innovationen der Gegenwart, nämlich Regiogeld und Kleinkredite mit einander kombiniert.

Die Gewerbetreibenden in Palmeira nehmen Palmas in Zahlung und bezahlen Löhne in dieser eigenen Währung, die nun ausschließlich in Palmeira zirkuliert, und zwar schnell. Neue Geschäfte und Betriebe konnten auf Grund der Kredite eröffnen, Arbeit, Handel und Wandel kamen in Gang. Gleichzeitig entstand ein starkes Gemeinschaftsgefühl, sprich kommunale Solidarität, die sich in dem Wahlspruch äußert:

„*Gott hat die Welt erschaffen – und wir Einwohner Palmeira.*“

Banco Palmas ist in der Tat ein Musterbeispiel, denn es gibt in ganz Brasilien und Venezuela, wie schon erwähnt, schon zahlreiche ähnliche Gemeinschaftsbanken, gefördert durch das Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie (Paul Singer).

5.3 Elektrizitätswerke Schönau

Ein leuchtendes Beispiel solidarischer Ökonomie in Deutschland sind die *Elektrizitätswerke Schönau e.G. (EWS)*. Eine Bürgerinitiative in Schönau, einem kleinen Städtchen im Schwarzwald, hatte sich durch Tschernobyl 1986 bewegen lassen zu einer Kampagne, Atomkraftwerke überflüssig zu machen durch Einsparen von Strom in der Menge, wie sie von Atomkraftwerken produziert wird. Sie versuchten, den regionalen Netzbetreiber und Stromversorger (Kraftübertragung Rheinfelden, KRG) dazu zu bringen, dass er mit seiner Preispolitik das Stromsparen fördert. Sie bissen aber auf Granit und kamen dadurch zu der Überzeugung, dass es notwendig sein würde, das Stromnetz in Schönau zu kaufen und selbst zu betreiben. Die Gelegenheit dazu bot das Auslaufen des Konzessionsvertrages von KRG mit der Stadt. Mit zwei Bürgerentscheiden und einer einzigartigen

Aktion solidarischer Kapitalbildung

gelang es ihnen selbst den unfair fast verdoppelten Kaufpreis von 7,6 Mill. Euro (?) aufzubringen. 750 Bürger erwarben Beteiligungen und viele spendeten in der Aktion „Ich bin ein Störfall“ für diesen Kauf. Heute hat die Genossenschaft 15 000 Mitglieder. Sie investiert in Erneuerbare-Energien-Anlagen, und sie hat eine Stromvertriebs-GmbH gegründet, die bundesweit Ökostrom vertreibt.

5.4 Hess Natur

Der Rüstungskonzern und Private Equity Fonds Carlyle will aus der Konkursmasse des Arcandor-Konzerns den ökologisch und sozial engagierten Textilanbieter „Hess Natur“ kau-

fen. Um dies zu verhindern, hat sich eine Initiative gebildet, die auf dem Wege solidarischer Kapitalbildung durch die Genossenschaft hnGeno e.G. soviel Kapital sammeln will, dass sie „Hess Natur“ kaufen und als eben diese Genossenschaft fortführen kann.

5.5 Energie-Allmenden

Sonne und Wind lassen sich nicht privatisieren. Sie „gehören“ allen. Unter der Wirkung des deutschen Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) lassen sie sich auf solidarische Weise für alle, die es wollen, nutzbar machen durch Bürger-Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien, seien es Solar- oder Windanlagen. Voraussetzung ist solidarische Kapitalbildung durch Genossenschaften, wie es schon bei den Elektrizitätswerken Schönau geschehen ist.

Bürger legen ihre Ersparnisse als Beteiligungen zusammen, um die nötigen Investitionen finanzieren zu können. Der Stromertrag wird eingespeist ins Netz, und die Vergütung des Stroms, zu der die Netzbetreiber verpflichtet sind, gestattet die Amortisierung der Investitionen in überschaubarer Zeit. So sind schon zahlreiche Bürger-Solar- und –Windanlagen entstanden. Ein gutes Beispiel für die Erschließung kirchlicher Dächer in ganz Deutschland für Photovoltaik stellt die kürzlich gegründete

Ökumenische Energiegenossenschaft e.G.

dar. Auf diese Weise wird ein bedeutender und noch steigender erneuerbarer Energieanteil an der Stromversorgung auf *dezentrale* und damit strukturell ganz andere Weise erzeugt als bisher, wo Elektroenergie, dieses Blut der Volkswirtschaft, von wenigen Großkonzernen produziert wird.

Elektroenergie, diese Schlüsselbranche jeder modernen Volkswirtschaft, kann so Schritt für Schritt, mehr und mehr eine Sache Solidarischer Ökonomie werden.

Die kapitalistische Energiewirtschaft hingegen versucht natürlich, diese Entwicklung mit allen Mitteln zu verhindern, wie der Kampf der Schönauer „Stromrebell“ schon gezeigt hat. Sie versucht, auch die erneuerbaren Energien zu „kapitalisieren“ und quasi zu monopolisieren, in dem sie mit gigantischen Investitionen mächtige Offshore-Windanlagen ins Meer setzen oder riesige Solaranlagen in die Wüste („Desertec“) pflastern will. Das erfordert dann wieder ebenfalls gewaltige neue kontinentale Stromtrassen bis hin zu großen Pumpspeicher-Anlagen in norwegischen Fjorden. Das alles soll geschehen, anstatt dass wir selber unsere Dächer für die eigene Stromversorgung nutzen. Mit dem dringend notwendigen Übergang zur Elektromobilität ergibt sich nämlich mit den ständig zu ladenden Batterien eine ebenfalls völlig dezentrale Speicherkapazität, die dann auch die Unstetigkeit des regenerativen Energieaufkommens auszugleichen gestattet.

5.6 Gemeinschaften

Als Reaktion auf die entsolidarisierenden Kräfte und Tendenzen der kapitalistischen Konsumgesellschaft haben sich in Deutschland und ganz Europa zahlreiche Gemeinschaften gebildet, die fast alle ökologisch und viele darüber hinaus auch christlich motiviert sind. Das Verzeichnis Eurotopia von 2009 enthält 390 solcher Gemeinschaften.

Gemeinschaftlichkeit bedeutet an sich schon *interne* Solidarität. Zu einer *externen* ökonomischen Solidarität von Gemeinschaften untereinander ist es bisher kaum gekommen, aber das Potential dafür ist vermutlich hoch, weil das nötige Problembewusstsein in vielen Gemeinschaften gegeben sein dürfte.

Es käme nun darauf an, geeignete Formen und Beispiele ökonomisch-solidarischer Zusammenarbeit z.B. in regionalen Genossenschaften von Gemeinschaften zu entwickeln und zu finden, um kreative Initiativkerne solidarischer Ökonomie zu bilden, die zumindest ideell auch deutschlandweit zusammenwirken können.

Diskussionsvorlage zur weiteren Arbeit der Akademie

Vision:

Die Akademie hat die Vision mit ihren Aktivitäten einen Beitrag zu leisten zur Entwicklung und Umsetzung einer Ökonomie im Dienste der Menschen.

Die Akademie kooperiert und vernetzt sich mit anderen Organisationen, die eine vergleichbare Vision verfolgen.

Inhaltliche Schwerpunkte zur Umsetzung dieser Vision:

1. Schwerpunkt: Theoriearbeit

Der Ausgangspunkt der Akademie ist die theoretische Arbeit, die wiederum drei Schwerpunkte beinhaltet:

- a. die kritische Analyse der herrschenden Ökonomie
- b. der Entwurf einer alternativen Ökonomie im Dienst der Menschen
- c. Modelle und Strategien der Transformation

2. Schwerpunkt: Die Beteiligung und Unterstützung von Projekten

Dieser Schwerpunkt ist als das notwendige Gegengewicht zu dem 1. Schwerpunkt zu sehen. Die theoretische Arbeit bedarf der Anbindung und Erprobung in der Praxis. Sowohl in Deutschland und Europa als auch global gibt es hierzu zahlreiche Ansätze. Wie die Beteiligung und Unterstützung seitens der Akademie gestaltet wird, ist abhängig von den beteiligten Personen. Denkbar ist der Aufbau solidarischer Unternehmen, der sukzessive Umbau einzelner Unternehmen, die finanzielle Unterstützung von Projekten, eine rechtliche Beratung, etc. Beispiele hierfür sind in den Aktionen zu Hess Natur, der EWS oder in den Aktivitäten von Ch. Felber zu finden.

3. Schwerpunkt: Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Arbeit der beiden vorherigen Schwerpunkte muss begleitet und unterstützt werden durch eine überzeugende Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Arbeit der Akademie muss in der Öffentlichkeit wahrgenommen und vermittelt werden. Mögliche Ansatzpunkte sind: Homepage, Buchprojekt, Tagungen, Entwurf von didaktischen Materialien, Presseartikel, öffentlichkeitswirksame Aktionen.

4. Schwerpunkt: Kooperation mit anderen Organisationen und die Bildung von Netzwerken

Es gibt sowohl in Deutschland als auch weltweit eine Reihe von Organisationen, die eine ähnliche Vision wie die Akademie verfolgen. Ein mittelfristig anzustrebendes Ziel ist der Aufbau und die Förderung eines Forums, in der sich diese Organisationen zusammenfinden und gemeinsame Aktivitäten planen und vereinbaren. Schon ein punktuelles Zusammenwirken dieser Organisationen könnte ein enormes Potential hervorrufen. Eine solidarische Ökonomie muss die Kooperation kultivieren, wenn sie sich selber ernst nehmen will.

Einladung zur Mitwirkung:

Wir laden alle Menschen ein, die sich unserer Vision anschließen wollen, in unserer Akademie mitzuarbeiten.

- **Sie können sich in einem der vier Schwerpunkte engagieren.**
- **Sie können als förderndes Mitglied die Arbeit der Akademie finanziell unterstützen.**
- **Sie können sich einfach regelmäßig über die Arbeit der Akademie informieren lassen, Tagungen der Akademie besuchen und uns wohlwollend begleiten.**

Organisation:

Eine effektive politische Arbeit bedarf eines institutionellen Rahmens. Wir schlagen deshalb die Gründung eines gemeinnützigen Vereins vor. (Vorlage einer Satzung: siehe Anlage) Die Vorteile eines gemeinnützigen Vereins sehen wir in folgenden Punkten:

- Durch die Gemeinnützigkeit können Spenden akquiriert werden.
- Die Akademie kann als eigene Rechtspersönlichkeit gegenüber anderen Organisationen auftreten.
- Es gibt einen gewählten Vorstand (Geschäftsführer), der die Arbeit der Akademie koordiniert
- Durch Mitgliedsbeiträge kann die Finanzierung der Arbeit auf ein solides Fundament gestellt werden.
- Die Mitgliedschaft in dem Verein schafft Identität und Verbindlichkeit.
- Es besteht auch die Möglichkeit als fördernde Mitglieder aufzunehmen. Diese Mitglieder können aus bestimmten Gründen nicht aktiv mitarbeiten, sind aber an der Vision interessiert und wollen durch ihren Mitgliedsbeitrag die Arbeit unterstützen.

Die Mitarbeit in der Akademie ist nicht an die Mitgliedschaft im Verein gebunden

Anlage1: Satzungsentwurf: 21. Juli 2011

Satzung des Vereins „Akademie Solidarische Ökonomie“

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr, Inkrafttreten der Satzung

- (1) Der Verein trägt den Namen Akademie solidarische Ökonomie e. V.
- (2) Er hat seinen Sitz in
- (3) Er ist im Vereinsregister des Amtsgerichts eingetragen.
- (4) Er übt seine Tätigkeit im In- und Ausland aus.
- (5) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben

- (1) Zweck des Vereins ist es, die Forschungs-, Bildungs- und Vernetzungsarbeit zu Ansätzen einer alternativen Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform zu fördern. Somit setzt sich der Verein das Ziel, zur Entwicklung einer Wirtschaftsordnung beizutragen, die der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit des Wirtschaftens dient, die Solidarität und die Freiheit der Menschen fördert und zur Entwicklung partizipatorischer, demokratischer und gewaltloser Entscheidungs- und Konfliktstrukturen beiträgt.
- (2) Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

1. wissenschaftlich theoretische Arbeit, die Auseinandersetzung mit vorliegenden Entwürfen und Experimenten und die Initiierung eines breiten gesellschaftlichen Diskurses auf nationaler und internationaler Ebene
2. breite und systematisch aufgebaute Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch öffentlichen Veranstaltungen, Seminare, Vorträge, Fortbildungen, Tagungen und die diversen Möglichkeiten des Internet; Erarbeitung entsprechender pädagogischer Materialien, Publikationen und Medien
3. Begleitung, Initiierung und Förderung praktischer Projekte
4. Vernetzung entsprechender Initiativen und Bewegungen; besondere Berücksichtigung internationaler Erfahrungen und entwicklungspolitischer Herausforderungen.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (4) Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei der Auflösung oder Aufhebung des Vereins

keine Anteile aus dem Vereinsvermögen.

- (5) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden.

(2) Auch eine fördernde Mitgliedschaft ist möglich. Fördernde Mitglieder verfügen über kein Stimmrecht, haben aber Anspruch auf rechtzeitige und kontinuierliche Information über die Aktivitäten des Vereins.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Austritt oder Ausschluss. Ein Austritt ist jederzeit zum Ende eines Kalendermonats zulässig. Er erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Vorstandsmitglied.

(2) Ein Ausschluss kann von der Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden, wenn das Verhalten eines Mitgliedes grob gegen die Interessen des Vereins verstößt.

(3) Sollte ein Mitglied trotz zweimaliger Mahnung seinen Mitgliedsbeitrag nicht bezahlen, so ist ebenfalls ein Ausschluss zulässig.

§ 6 Mitgliedsbeitrag

Der Mitgliedsbeitrag wird von der Mitgliederversammlung bestimmt.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. Der Vorstand
2. Die Mitgliederversammlung

§ 8 Der Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus mindestens drei Personen, dem/ der Vorsitzenden, dem/der stellvertretenden Vorsitzenden, dem/der Geschäftsführer/in.

- (2) Jedes Vorstandsmitglied ist zur außergerichtlichen oder gerichtlichen Vertretung des Vereins befugt.
- (3) Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
- (4) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf zwei Jahre gewählt; er bleibt jedoch auch nach dem Ablauf der Amtszeit bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt. Bei Verstößen gegen die Vereinsinteressen kann die Mitgliederversammlung Vorstandsmitglieder mit Zweidrittelmehrheit auch vor dem Ablauf ihrer regulären Amtszeit abberufen. Die Abberufung ist jedoch nur dann wirksam, wenn zugleich ein neues Vorstandsmitglied gewählt wird. Im Falle des Rücktrittes eines Vorstandsmitgliedes ist der Vorstand bis zur Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes durch die Mitgliederversammlung auch mit weniger als drei Mitgliedern handlungsfähig.
- (5) Der Vorstand führt die laufenden Vereinsgeschäfte und ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, sofern diese nicht der Mitgliederversammlung obliegen.
- (6) Vorstandsmitglieder können für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung erhalten. Hierüber sowie über die Höhe der Vergütung entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (7) Der Vorstand hat der Mitgliederversammlung mindestens einmal pro Jahr einen Geschäftsbericht vorzulegen, in dem auch über die inhaltliche Arbeit des Vereins zu berichten ist.
- (8) Jedes Vorstandsmitglied kann eine Vorstandssitzung einberufen. Die Einberufung des Vorstandes bedarf keiner besonderen Form, sie kann auch fernmündlich durch eine Telefonkonferenz erfolgen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit, mindestens aber zwei der amtierenden Vorstandsmitglieder anwesend sind.

§ 9 Die Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt. Ihre Beschlüsse werden protokolliert. Die Einladung erfolgt in der Regel per e-mail, bei Bedarf auch in postalischer Form mit beigefügter Tagesordnung. Die Einladungsfrist beträgt 14 Tage (Datum des Poststempels).
- (2) Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:
1. Genehmigung des Haushaltsplanes.
 2. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge.
 3. Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder.
 4. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und die Auflösung des Vereins.
 5. Beschlussfassung über einen vom Vorstand abgelehnten Aufnahmeantrag und über den Ausschluss von Mitgliedern.
 6. Wahl des/der Kassenprüfer/in
 7. Entlastung des Vorstands

8. Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands
9. Entscheidung über die Vergütung einschließlich der Höhe der Vergütung der Tätigkeit eines Vorstandsmitglieds
10. Die strategische Ausrichtung und inhaltliche Schwerpunktsetzung des Vereins im Rahmen der in § 2 formulierten Zielsetzung.

Darüber hinaus kann der Vorstand die Entscheidung über andere Angelegenheiten des Vereines an die Mitgliederversammlung übertragen.

(3) Die Mitgliederversammlung ist auch einzuberufen, wenn 10% der Mitglieder dies verlangen. Auch hier ist eine Einladungsfrist von 14 Tagen (Datum des Poststempels) einzuhalten.

(4) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder anwesend sind, und beschließt mit einfacher Mehrheit. Für Satzungsänderungen ist eine Zweidrittelmehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 10 Auflösung des Vereins

(1) Eine Auflösung des Vereins kann durch Beschluss einer Mitgliederversammlung mit einer Stimmenmehrheit von mindestens Dreiviertel der Anwesenden erfolgen.

(2) Über die Verwendung des Vereinsvermögens im Falle der Auflösung des Vereins, bei Aufhebung oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zweckes entscheidet die Mitgliederversammlung. Das Vermögen des Vereins darf nur für bereits anerkannte mildtätige Zwecke verwendet werden. Der Beschluss über eine solche Verwendung des Vermögens bedarf vor seinem Vollzug der Zustimmung des zuständigen Finanzamtes.

Anlage 2: Tagungsprogramm

Tagung der Akademie Solidarische Ökonomie

Kapitalismus und dann?

Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation

am 22. und 23. Oktober 2011

in Berlin

Samstag: Gemeinderäume der Bartholomäusgemeinde, Friedenstr. 1)

Sonntag: Gemeinderäume der St.Petri – St. Mariengemeinde, Karl-Liebknecht- Str. 8)

Programm

Samstag, 22. 10. Bartholomäusgemeinde

- 10.00-10.30 Begrüßung, Vorstellung der Akademie, Einführung in das Tagungsprogramm (Bernd Winkelmann)
- 10.30 -11.30 **„Eine andere Wirtschaft ist möglich – Richtungsentwurf und Strategien der Transformation einer solidarischen Ökonomie“** (Präsentation durch Mitglieder der Akademie: Norbert Bernholt, Harald Bender, Hans-Jürgen Fischbeck)
- 11.30- 13.00 **Handlungsfelder Solidarischer Ökonomie**
- Arbeitsgruppen: (Leitung und inhaltliche Einführung durch Mitglieder der Akademie)
- A. Solidarische Eigentumsordnung (Bernd Winkelmann)
 - B. Neue Finanzordnung (Harald Bender, Hans-Jürgen Fischbeck)
 - C. Partizipatorische Unternehmensverfassung (Norbert Bernholt)
 - D. Steuer- und Sozialsystem ,Lohnsystem, Arbeitskultur (Klaus Simon, Dietmar Poetzsch)
 - E. Solidarwirtschaftliche Projekte „ vor der Haustür“ (Dagmar Embshoff, Wolfgang Fabricius)
- 13.00 – 14.30 Mittagessen
- 14.30 -16.00 **Podiumsdiskussion : Systemwandel und Handlungsfelder Solidarischer Ökonomie** mit Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Christian Felber, Silke Helfrich, Dr. Peter Lanzet , Prof. Dr. Niko Paech,
Moderation: Martin Gueck (Kairos Europa)

- 16.00 Kaffeepause
- 16.30 – 18.00 Workshops zu zentralen Themen einer solidarischen Ökonomie.
Moderation der workshops durch ein Mitglied der Akademie
1. Postwachstumsökonomie (Prof. Dr. Niko Paech/ Klaus Simon)
 2. Menschenbild, Theologische Leitbilder, Herausforderung Kirche (Prof. Dr. Ulrich Duchrow /Peter Schönhöffer, Bernd Winkelmann)
 3. Solidarische Ökonomie als globale Bewegung (Dr. Peter Lanzet, Dagmar Embshoff / Hans-Jürgen Fischbeck)
 4. Erfolgsmessung in der Wirtschaft. Gemeinwohlbilanz und Gemeinwohlprodukt (Christian Felber/ Norbert Bernholt)
 5. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter (Silke Helfrich/ Wolfgang Fabricius)
- 18.00 Offene Podiumsdiskussion:
Einschätzungen, kritische Anfragen und Anregungen aus den workshops
(Moderation: Martin Gueck)
- Sonntag 23. 10. St.Petri – St. Mariengemeinde**
- 9.15 **„ Wege zur postkapitalistischen Ökonomie: Transformationspfade und Wandlungsprozesse“** (Dr. Harald Bender)
- 9.45 -10.15 Plenumsdiskussion „ Transformationsstrategie“ (Moderation: Peter Schönhöffer)
- 10.30 -12.45 **Diskussion und Verabredungen zur weiteren politischen Arbeit** (Moderation: Norbert Bernholt)

Stand 20.9.2011